

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

1

*Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung von*
Walter Dirke
Eugen Kogon
Heinz Kühn
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

1985
32. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Ständige Mitarbeit: Tilman Fichter
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (0228) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (0228) 37 80 21-25
Druck: Courir-Druck, 5300 Bonn 3

Redaktionsbeirat:

Siegfried Bangert	Norbert Grölnacher
Frank Benseler	Reinut Jochimsen
Gottfried Erb	Richard Löwenthal
Iring Fetscher	Ferdinand W. Menne
Bruno Friedrich	Susanne Müller
Horst von Glzyck	Peter von Oertzen
Martin Greiffenhagen	Friedrich-Wilhelm Witt

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 57,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreise Nr. 14 Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

An unsere Leser

Dies ist ein neuer Anfang. Neue Gesellschaft und Frankfurter Hefte haben sich zusammengetan; und das nicht nur dadurch, daß wir auf der Titelseite den drei Worten *Die Neue Gesellschaft* die zwei anderen – Frankfurter Hefte – hinzugefügt haben. Auch nicht nur dadurch, daß Walter Dirks und Eugen Kogon dem Herausgeberkeis der Zeitschrift beitraten, andere dem Redaktionsbeirat und wieder andere in der Redaktion mitarbeiten. Was wir wollen, ist ein „Bündnis“, oder – um es in den Worten des Walter Dirks von 1946 auszudrücken: „Wirklichkeiten verbünden“. Dirks forderte damals (in seinem Essay „Die zweite Republik“ in der ersten Nummer der *Frankfurter Hefte* vom April 1946 – „ein Bündnis der Arbeiter-Mehrheit, der Links-Bürger und der Katholiken“. Man wird – für eine neue „Labour-Idee“ – breitere Schichten hinzufügen müssen: Eine wachsende marginalisierte Bevölkerungsgruppe zum Beispiel, die von der neuen Macht-elite links liegengelassen werden soll, die kritischen, sensiblen Teile der technischen und disponierenden Intelligenz (oft glaubenslose Taufscheinchristen) oder die neuen, sozial- und friedenspolitisch engagierten Strömungen des deutschen Protestantismus. Aber die Notwendigkeit einer „Koalition“ für die soziale Demokratie als europäische Idee einer komplizierten Zusammenführung unterschiedlicher Tendenzen ist nach wie vor gegeben; wobei man beim Wort „Koalition“ nicht vordergründig die Koalition von Parteien assoziieren darf, sondern die von sozialen Gruppen und geistigen Traditionen.

Herausgeber, Redaktionsbeirat und Redaktion der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* haben am 8. Januar einen ganzen Tag zusammengesessen und die Arbeit dieses Jahres geplant: Hefte über Sicherheitspolitik, Arbeit, die vierzigjährige Wiederkehr der Kapitulation, ein Heft über neuere Strömungen im Marxismus, eins über die

Rechtswende in der neueren Literatur von Botho Strauß bis Peter Handke und zwei mit regionalen Schwerpunkten: Österreich und Berlin. Und wir haben über das „Gesicht“ dieser Zeitschrift geredet: Über eine Veränderung ihrer graphischen Gestalt, eine Differenzierung der verwendeten journalistischen Darstellungsformen (Glossen, Gegenkritik, Zitate, Noten zum Zeitgeschehen usw.), über die Verwendung von Bildern.

Wenn wir im ersten Jahrgang unserer Zusammenarbeit, unseres „Bündnisses“, trotzdem in vergleichsweise traditioneller Gestalt daherkommen, so deshalb, weil wir keinen Türken bauen wollten. Ein neues Design der Zeitschrift hätten wir – in den wenigen Wochen seit unserem Zusammenschluß – nur in Auftrag geben, nicht gemeinsam erarbeiten können. Neue Arbeitsweisen, neue journalistische Darstellungsformen sollten wachsen, nicht dekretiert werden. Deswegen bitten wir unsere Leser, das Experiment unseres Bündnisses nicht am Beispiel dieses ersten Heftes zu beurteilen, sondern am Ende des Jahres: Dann wollen wir soweit sein, daß man das geistige Resultat des Aneinander-Abarbeitens erkennen kann.

Ansonsten beginnen wir das Jahr 1985 mit zwei Maximen. Die eine stammt von dem großen französischen Sozialisten Jean Jaurès: „Wir wollen aus der Vergangenheit das Feuer übernehmen, nicht die Asche.“ Die andere stand in der ersten Ausgabe der *Frankfurter Hefte*: „Die größte Gefährdung der deutschen Zukunft ist das Ressentiment.“

Im übrigen hat die „Mutter“ dieser Zeitschrift, die Friedrich-Ebert-Stiftung, den Vorsitzenden ihres Vorstands, Heinz Kühn, in das Herausgeberkollegium und Siegfried Bangert und Friedrich-Wilhelm Witt in den Redaktionsrat neu entsandt. Wir begrüßen sie herzlich.

Peter Glotz



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
4	Walter Dirks	Verbündung für eine andere Republik
7	Peter von Oertzen	Stimme des demokratisch-sozialistischen Neubeginns Thema: Auf dem Weg in die Computergesellschaft
9	Johannes Rau	„Initiative Zukunftstechnologien“
14	Rainer Wagner	Wie fortschrittlich sind die neuen Technologien?
21	Otto Ulrich	Computer-Totalitarismus
24	Angela Schwab	Künstliche Intelligenz und Expertensysteme – Eine Terminologie und ihre Folgen
28	Hans-Dieter Klibler	Compaktionen – Wie verändern die Computer die sozialen Beziehungen?
34	Rolf Linkohr	Keine kulturelle Selbstbehauptung ohne industrielle Präsenz
39	Horst Hinz	Innovationspolitik aus Gewerkschaftsperspektive
43	Peter Paterna	Gesellschaftliche Auswirkungen der „Neuen Medien“
48	Hans-Günter Roff	Wieviel Computer braucht die Schule?
53	Giorgio Napolitano	Die Grenzen überwinden
57	Rudolf Schottlaender	Die Spannung zwischen philosophischer Anthropologie und marxistischem Humanismus
64	Eberhard Knödler-Bunte	Wider die Kurzatmigkeit sozialdemokratischer Kulturpolitik
76	Karlheinz Lohs	Chemische Kampfstoffe – derzeitiger Stand und Entwicklungstendenzen
80	Benno Haunhorst	Katholizismus und Sozialismus
87	Frankreich	Berichte aus europäischen Ländern Die Sozialisten und die „Modernisierung“
88	Griechenland	Chronik der Reformen
89	Großbritannien	Palastrevolte
90	Irland	Grundlose Beleidigungen
91	Niederlande	Amsterdam – Magnet für Drogensüchtige?
93		Kritik

Dieser Ausgabe ist ein Jahresinhaltsverzeichnis '84 der „Neuen Gesellschaft“ beigelegt.
Ein Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs '84 der „Frankfurter Hefte“ wird in nächster Zeit deren bisherigen
Abonnenten zugesandt.

Walter Dirks: Verbündung für eine andere Republik

Als die Gründer der Frankfurter Hefte die Vereinigung ihrer Zeitschrift mit der „Neuen Gesellschaft“ erläutern wollten, skizzierten sie das, was sie in die gemeinsame Arbeit einbringen wollten, in einer kurzen Formel als „ihren christlichen Grund, ihre besondere Art eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz, ihr Engagement in der Friedensbewegung, ihre kritische Sympathie mit den demokratisch-alternativen Kräften“. Das ist eine Liste, die – natürlich – der Ergänzung bedarf, aber auch einer Erläuterung.

Es kam eine aktuelle Überlegung hinzu. Sie war angeregt durch die Erinnerung an „unsere große Zeit“, an die Zeit zwischen 1945 und den 50er Jahren, als wir und unsere Freunde den Nachkriegsdeutschen nach der ungeheuren Katastrophe der faschistischen Gewalt nicht einen „Wiederaufbau“ empfehlen konnten, sondern eine neue Republik, für die es noch kein Vorbild gab. Wir gingen damals davon aus, daß diese zweite Republik entschieden demokratischer strukturiert sein müsse als es die erste gewesen war; sie müsse von eindeutigen Antifaschisten gewollt, entworfen und im Anfang getragen sein; wir gingen davon aus, daß die neue Republik als ein Teil Europas konzipiert sein müsse; der Kapitalismus als Wirtschaft der Gewinnmaximierung und als Herrschaftssystem werde durch einen demokratischen Sozialismus ersetzt werden müssen, wie es ihn bisher weder im Osten noch im Westen gegeben hatte. Das etwa war unsere Vision, – wir nannten sie eine „produktive Utopie“. Aber weder hatten die bisherigen Sozialisten die 1917 zwischen ihnen entstandene Kluft in und nach der Erfahrung des Faschismus überwunden, noch hatten die bürgerlich-demokratischen Deutschen, die Christen einbegriffen, ein politisches Bewußtsein jenseits von Weimar entwickelt. Wir und andere gleichen oder verwandten Geistes sind damals gescheitert: an der Beharrungskraft des Status quo, der fehlenden Entnazifizierung, an der politischen Unreife der christlichen Kräfte, an der falsch angelegten Währungsreform, am Willen der den Westen Deutschlands beherrschenden amerikanischen Besatzungsmacht, an der Spaltung Deutschlands in zwei Staaten, – personell gesehen aber auch an

der Willenskraft und Zähigkeit eines Mannes, Konrad Adenauers. Wir hatten die klärende Wirkung dessen überschätzt, was sich als Prozeß der Umbesinnung zwischen 1933 und 1945 in der Bevölkerung, in den KZs, in den Luftschutzkellern, in den einzelnen Schichten und Gruppen, in den einzelnen Köpfen und Herzen ereignet haben konnte, sich hätte ereignen sollen.

Wir haben uns dann lange darauf beschränken müssen „zu sagen, was ist“, an der Bildung eines kritischen und progressiven Bewußtseins zu arbeiten, die politische Struktur der Bundesrepublik als restaurativ zu analysieren, ihre Verfassung als Rahmen unserer Engagements zu akzeptieren, ihre Geschichte kritisch zu begleiten, gegen die Militarisierung zu kämpfen, die Atomwaffe von ihr fernzuhalten. Aber wir hielten im Grunde an der ursprünglichen Vision fest. Sie muß auch unsere heutigen Urteile und Entscheidungen leiten.

Inzwischen hatte die Ära der Reformpolitik im Zeichen des Bundespräsidenten Gustav Heinemann und des Bundeskanzlers Willy Brandt unsere Hoffnungen belebt; auch dieses Mal waren die progressiven Kräfte der Reform nicht stark und konsequent genug, und die Mehrheit der Wähler optierte schließlich restaurativ.

Wenn wir nun das, was uns geblieben ist, in „Die Neue Gesellschaft“ einbringen, dann keineswegs in dem Willen, jene Vision der ersten Jahre aufzugeben. In einer Weltsituation, die viel gefährlicher geworden ist, als sie es je war, haben wir und unsere Freunde dafür einzutreten, daß sie endlich verwirklicht wird. Sowohl die Entwicklung, welche die SPD seit der Nachrüstungs-Krise genommen hat, als auch die produktive Bewegung gegen die Atomrüstung und für die Rettung der Umwelt lassen es auf neue Weise als möglich, wenn auch keineswegs als sicher erscheinen, daß nicht nur jene bedenkliche „Wende“ im Zeichen Kohls und Genschers ihr Ende finden wird, sondern daß die Zeit für eine antirestaurative und sozialistische Wende anbrechen wird. Wir setzen also auf diese wahre Wende. Diese Hoffnung ließ uns die Vereinigung mit der „Neuen Gesellschaft“ als sinnvoll erscheinen.

Man soll nicht nur in Ideen und Zielen denken, sondern auch in Kräften. Die wahre Wende setzt unter anderem die Erneuerung sehr alter Traditionen voraus: die Erneuerung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, die Erneuerung des heißen Kerns des Christentums, der

sozialen und friedenswilligen Traditionen in der christlichen Bevölkerung, auch der schmalen radikal-liberalen Tradition im Bürgertum. Fragt man nach den faktischen Kräften, die im gegenwärtigen Stand der politischen Organisation für so etwas zur Verfügung stehen, so kommt unter den altetablierten Parteien nur die Sozialdemokratie als Träger solcher Hoffnungen in Frage. Was die Christen betrifft, so sind sie zum Teil in der SPD zur Stelle; ebenso in den alternativen Bewegungen; zum Teil sind sie politisch heimatlos; anders orientierte Christen sind in der konservativen Union gebunden, deren Struktur den Bedürfnissen der Stunde nicht entspricht und die sich im übrigen zu Unrecht eine christliche Partei nennt. Die Citoyens, die radikal-demokratischen Bürger sind zur Zeit politisch nicht organisiert: wir bedürfen auch ihrer Energie.

Andererseits erscheint uns die Struktur der Sozialdemokratie als zu schmal, als daß sie der alleinige Träger der Vision sein könnte. Und auch sie, und gerade sie bedarf der vielfältigen Erneuerung.

Aber dann sind da natürlich auch noch die Grünen. Die Frage ihrer Regierungsbeteiligung ist in diesem Zusammenhang nicht entscheidend. Es handelt sich nicht so sehr um taktische Situationen und Beschlüsse als vielmehr um eine geschichtliche Einsicht und Entscheidung. Für unsere Frage nach dem Weg in eine andere Republik sind die Grünen nicht so sehr als Partei, wohl aber als Bewegung wichtig, und zwar keineswegs sie allein, sondern zusammen mit anderen Alternativen, vor allem mit der Friedensbewegung.

Vielen Politikern ist der Aggregatzustand, den wir „Bewegung“ nennen, schlechthin verdächtig; aber nicht nur die Nationalsozialisten, das abschreckendste Beispiel, waren, bevor sie eine Partei wurden, eine Bewegung, sondern auch die Sozialisten Europas sind jahrzehntelang eine Bewegung gewesen, bevor sie als komplette Parteien organisiert waren; und es war keine schlechte Zeit, als auch später noch die Sozialdemokratie in Deutschland Mittelpunkt einer Bewegung war, die in sich vielfältig bis zu Gegensätzen unterschieden und lebendig war; Revisionisten und Orthodoxe, Reformer und Revolutionäre ergänzten sich; die Konsumvereine gehörten ebenso dazu wie die Arbeiterjugend, wie die Naturfreunde, wie der Radfahrerbund und viele andere Elemente einer sozialistischen Bewegung.

In Bewegungen als den Orten spezifischer Erfahrungen der Basis kann sich das Bewußtsein der Menschen selbst verändern, können sich neue Vorstellungen bilden und festigen, die bisher im politischen System noch nicht organisiert sind. Die Sozialdemokraten wären auch dann am Zustand jener heutigen Bewegungen interessiert, wenn sie nicht zu überdenken hätten, ob man mit Teilen von ihnen zum Zweck der Mehrheitsbildung paktieren soll. Auch eine SPD, welche die absolute Mehrheit hätte, wäre auf einen produktiven Dialog mit den Bewegungen angewiesen, weil diese neue wichtige Einsichten vertreten, weil sie im gesellschaftlichen Prozeß ein progressives Potential verkörpern, ein Stück politischer Zukunft. Das aber gilt, mehr noch als für die Grünen, für die Friedensbewegung, die im übrigen auch Kräfte aus der Frauenbewegung und der freilich sehr zersplitterten Jugendbewegung unserer Tage an sich gezogen hat.

Wir sind in der geschichtlich neuen, für den Systematiker der Politologie schwer zu akzeptierenden Lage, daß zwei politische Kräfte und Instanzen von ganz verschiedener Art nur gemeinsam den richtigen Weg ermitteln und gehen können: eine alte etablierte Partei mit allen Stärken und Schwächen einer solchen und eine vielfältige Basisbewegung. Sie sind aufeinander angewiesen, auch wenn sie einander noch mißtrauen. Dafür gibt es kein organisatorisches Schema. Was zuerst auf beiden Seiten geschehen muß, ist, daß sie sich aufeinander einstellen, aufeinander zu bewegen. Wenn es gut geht, werden die Menschen der Friedens- und Umweltbewegungen die Erfahrung machen, daß ihre Anliegen im Bereich der Parlamente und Regierungen durch die SPD mit Aussicht auf Wirkung vertreten werden, und die SPD wird die Erfahrung machen, daß sie im Dialog mit den Menschen und Einsichten der Bewegung ihr Programm erneuern und ihre Vitalität wiedergewinnen wird. Dasselbe gilt übrigens ebenso für die Gewerkschaften.

Es wird keineswegs einfach sein, sich in dem Prozeß, der schon begonnen hat, richtig zu verhalten. Er wird nur gelingen, wenn das Bewußtsein, für unsere gute Zukunft Verantwortung zu tragen, die Bürger beider Lager erfüllt und verbindet, daß sie wichtiger ist als es die allzu aktuellen Sorgen des Augenblicks sind. Daß es innerhalb der Bewegung eine mit Widersprüchen belastete Partei gibt, kompliziert den Fall. Die Grünen sind ein potentieller Bundesgenosse, aber zugleich und

zuerst ein Konkurrent, - und nach ihrem Hamburger Treffen sind sie vielleicht noch weniger berechenbar als je. Die „strategische“ Haltung, die den Sozialdemokraten anzuraten ist, kann durchaus in Konflikt mit berechtigten taktischen Überlegungen kommen. Vielleicht sind im Umgang mit der unbequemen, aber zur Mehrheitsbildung unentbehrlichen sehr jungen und entsprechend gärenden Partei vorläufig eher Experimente als gültige Lösungen möglich. Ein Lernprozeß ist notwendig, auf beiden Seiten.

Ein weiterer Hinweis ist für dieselben beiden Lager fällig. Sowohl der sozialistische Impuls als auch die Basisbewegung für den gesicherten Frieden ohne Waffen und für den anderen Umgang mit unserer Erde bedürfen eines reicheren und stärkeren Subjektes, als es die provinziell begrenzte Bundesrepublik sein kann. Die gegenwärtige, wahrhaftig verständliche Europa-Müdigkeit, die wir den zweifelhaften Autoritäten von Brüssel und Luxemburg und auch von Straßburg verdanken, muß durch eine europäische Basisbewegung überwunden werden. Nicht ein gouvernementales Kartell kann zum produktiven Subjekt zwischen den Atommächten und zwischen dem Norden und dem Süden der Erde werden, sondern nur Einsicht und Wille an der Basis. Die Friedensbewegung ist ebenso wie die für eine bedrohte Umwelt potentiell ohnehin europäisch; sie weiß es nur zu wenig, und sie tut fast nichts, was über die engen Grenzen der Bundesrepublik hinausgeht.

Eine europäische Basisbewegung größten Stils ist eine Voraussetzung der Lösung auch der globalen Aufgaben. Die sozialistische Linke hat es aus ihrer Tradition heraus noch schwerer. Über die „nationale“ Verantwortung und der für „die Internationale“, zu der sie sich bekennt, hat sie das Gewicht der Großregionen übersehen. (Ähnliches gilt für die anderen Großregionen der

Welt: überall ist das Erbe des 19. Jahrhunderts, das unmittelbare und das nachgeholte, stärker als die Forderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation: überall dominiert noch auf gefährliche Weise die Idee des Nationalstaats.) Europa ist nicht nur der alte Erdteil, dem wir sowohl die Größe als auch das Elend der gegenwärtigen Zivilisation verdanken, es ist der Erdteil, der den anderen neben der tödlichen Energie des Fortschritts auch die sokratisch-jesuanische Mäßigung vermitteln kann. Europa ist, marxistisch gesehen, eine Großregion mit vergleichbaren Produktionsverhältnissen, strategisch gesehen die Zielregion östlicher und westlicher Nuklearraketen. Europa ist zu einer neuen von Grund auf demokratischen Einheit verurteilt. Davon hängt seine eigene Existenz ab, aber auch das Wohl der ganzen Erde. Versagen die Regierungen, so muß eine aktive Bewegung die Voraussetzungen im Bewußtsein der europäischen Gesellschaften schaffen. Die Linke muß endlich das Trauma der ersten karolingischen Phase des europäischen Prozesses vergessen und sich selbst als Subjekt der Europäisierung Europas verstehen.

Das ist ein weites Feld? Wahrhaftig, und es sieht nicht so aus, als wenn es gelingen könnte, zu einer anderen Republik, zu einem anderen Europa durchzustoßen, sich dahin vorzuarbeiten. Aber es gibt keine annehmbare Alternative. Weder die Katastrophe, noch der europäische Marasmus ist eine Alternative, die man leben kann, die wir leben können.

Auch diese Überlegung hat ihre Bedeutung gehabt, als wir uns entschlossen, durch die Verbündung mit der „Neuen Gesellschaft“ - ich zitiere - „den mit ihrer Tradition verbundenen politischen Willen der Frankfurter Hefte im Leben der Bundesrepublik auf neue, wenn auch begrenztere Weise zur Geltung zu bringen“.

Peter von Oertzen: Stimme des demokratisch- sozialistischen Neubeginns

Der frühere niedersächsische Kultusminister Prof. Dr. Peter von Oertzen, Jahrgang 1924, ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Hannover, ist Mitglied des SPD-Partei Vorstandes. Der folgende, bislang nicht gedruckte Text stammt aus dem Jahr 1978 und erhält durch die „Verbündung“ zwischen NG und FH eine zusätzliche aktuelle Bedeutung.

Die geschehene Geschichte übt auf jeden politisch engagierten und aktiv tätigen Menschen eine besondere Faszination aus, zumindest wenn er sie als seine Geschichte erleben kann, als jenen historischen Prozeß, der die Bedingungen und Möglichkeiten geschaffen hat, unter denen er selbst politisch lebt und wirkt. Was dem distanzierten, objektiven – oder zumindest um Objektivität bemühten – Geschichtswissenschaftler vorwiegend als Gegenstand der narratio, der historischen Schilderung erscheint, als unaufhaltsame, notwendige Entwicklung im Fortgang der Zeit, als ein Prozeß, den man versteht, den man vielleicht noch billigen oder mißbilligen darf, den man aber nicht mehr ändern kann, das gewinnt in den Augen des politisch Handelnden einen ganz anderen Charakter. Er nimmt Partei, so als ob er selbst die Krisen und Kämpfe der Vergangenheit durchlebte, als ob er die politischen und militärischen Schlachten der Geschichte noch einmal schlagen müßte und – als ob er die versäumten Möglichkeiten noch einmal ergreifen und die erlittenen Niederlagen in Siege verwandeln könnte. Ihm stellt sich angesichts der Geschichte mit Notwendigkeit die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...? Und völlig unabwiesbar ist diese Frage für jeden, dem seine eigene Geschichte wieder begegnet, jene Geschichte, die er selbst durchlebt und vielleicht sogar zu einem winzig kleinen Teil selbst mit gemacht hat.

So geht es mir, wenn ich über die wieder herausgegebenen ersten Jahrgänge der „Frankfurter Hefte“ in den Zeitschriften lese und wenn ich dann die alten, staubigen, echten, wirklichen „Frankfurter Hefte“ der Jahre 1946, 1947, 1948, 1949 herausuche, in die Hand nehme und in ihnen blättere. Ich glaube nicht, daß irgend jemand, der die ersten Nachkriegsjahre nicht

selbst als Mitdenkender, Beteiligter, Handelnder erlebt hat, ermessen kann, was jene schlichten grünblauen, später roten Hefte objektiv für die deutsche Nachkriegspolitik – und subjektiv für einen zwar kleinen, aber nicht unwichtigen Teil der jungen Kriegsgeneration bedeutet haben.

Ich will es in eine einzige knappe Formel fassen: Die „Frankfurter Hefte“ verkörperten für mich und meine Freunde die einzige geistige Kraft und die einzige klare Stimme eines antifaschistisch-demokratischen, und das hieß für uns zugleich demokratisch-sozialistischen, Neubeginns in Westdeutschland. Daß eine linkschristliche Zeitschrift, getragen von einem kleinen Kreis im Widerstand gegen Hitler zu Sozialisten gewordenen katholischen Christlich-Sozialen, uns so erscheinen und objektiv eine solche Rolle spielen konnte – in einem Lande ohne erhebliche Tradition einer christlichen demokratischen Linken –, das ist nur aus den besonderen Bedingungen Nachkriegsdeutschlands zu erklären, in dem der klassische Antifaschismus der sozialistischen Linken durch Vertreibung und Emigration, durch Verfolgung und Austilgung einer ganzen Generation tödlich geschwächt worden war.

Natürlich gab es 1945/46/47 mancherlei Ansätze: Zeitungen, Zeitschriften, Zirkel, Gruppen, Tendenzen, Parteien. Natürlich gab es die alte kommunistisch-linkssozialistisch marxistische Linke; aber ihr Leben wurde rasch im eisernen Griff der russischen Besatzungsmacht und des stalinistischen Parteiapparates von KPD/SED erstickt. Natürlich gab es die neugegründete SPD, wacker, verlässlich, aber in ihrer geistig-politischen Ausstrahlung beschränkt und – verständlicherweise – auf die Not des Tages und die aktuelle Politik allzusehr fixiert. (1954 habe ich als junger SPD-Politiker diese erste Entwicklungsphase der neu-, nein, der wiedergegründeten deutschen Sozialdemokratie zu analysieren versucht. In den „Frankfurter Heften“ natürlich, wo denn sonst? Eine sozialdemokratische oder überhaupt demokratische linke Zeitschrift von Format gab es sonst nicht.) Die in der Weimarer Zeit durch „Weltbühne“ und „Tagebuch“ neben vielen anderen so glanzvoll repräsentierte unabhängige linkssozialistisch-linksliberale Tendenz war vollends nur in winzigen unbedeutenden Splittern wiedererstanden. (Die aus der Bekennenden Kirche hervorgegangene pazifistische protestantische Linke hat sicherlich eine außerordentliche Rolle gespielt – in der Diskussion um

die deutsche Schuld an Faschismus und Krieg, im Kampf um die nationale Einheit und gegen Wiederaufrüstung oder atomare Bewaffnung; aber bis zu einem politischen Programm ist sie nicht gediehen. Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei ist nicht ohne Grund gescheitert.)

Blieben die „Frankfurter Hefte“ (nachdem andere, wie der „Ruf“ oder „ende und anfang“ den verschiedensten Schwierigkeiten zum Opfer gefallen waren). Sie allein – und hier müssen ihre Köpfe mit Namen genannt werden: Walter Dirks und Eugen Kogon – haben in Analyse und Vision in Programm und politischem Kommentar eine Alternative zu der Entwicklung gezeigt, die 1950 bis 1953 in der Bundesrepublik Deutschland dann Wirklichkeit geworden ist: der Restauration des Kapitalismus und einer bürgerlichen Gesellschaft, die – geschichtlich bewußtlos – ihre faschistische Vergangenheit nicht bewältigte, sondern bloß verdrängte.

Es gibt kein wesentliches geistig-politisches Thema, zu dem die „Frankfurter Hefte“ 1946 bis 1949 nicht entscheidend Wichtiges – theoretisch Erhellendes und praktisch Bedeutsames – gesagt hätten.

- Die moralische Neubegründung der deutschen Demokratie aus der redlichen, unpharisäischen Bewältigung unserer Vergangenheit. Eugen Kogon: Juli 1947 „Das Recht auf den politischen Irrtum“. Nirgendwo sind die komplexen Beziehungen von Neubeginn und Kontinuität, von Schuld und Irrtum so nüchtern und sorgsam analysiert worden, wie auf jenen Seiten.
- Die geistige Neubegründung des Sozialismus jenseits seiner stalinistischen Korruption und seiner sozialdemokratischen Verflachung. Walter Dirks: „Das Wort Sozialismus“, Oktober 1946, „Marxismus in christlicher Sicht“, Februar 1947; Eugen Kogon: „Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit“, September 1947. Durch die „Frankfurter Hefte“ ist – abgesehen von einigen winzigen rätesozialistischen Sekten – die Bedeutung der Arbeiterdemokratie für den Sozialismus in Deutschland wiederentdeckt worden.
- Die politisch-moralische Neubegründung der Stellung Deutschlands unter seinen Nachbarn. Eugen Kogon: „Man braucht Deutschland,

auch deutsche Soldaten?“, Januar 1949. Anderthalb Jahre bevor Adenauer damit begann – sein Kabinett und die deutsche Öffentlichkeit in gleicher Weise überlistend – die Wiedererlangung der (west-)deutschen Gleichberechtigung mit einem „Wehrbeitrag“ im kalten Krieg zu erkaufen.

Aber die „Frankfurter Hefte“ haben nicht nur analysiert, kommentiert und proklamiert; sie haben – ganz nahe am Geschehen des politischen Alltags – versucht, den Weg der neugegründeten Bundesrepublik in eine andere Richtung zu lenken. Walter Dirks und Eugen Kogon haben ihren nicht geringen politischen Einfluß mit leidenschaftlichem Engagement darauf konzentriert, im Herbst 1949 eine Koalition von CDU und SPD, von christlich-sozialer Reform und demokratischem Sozialismus zustande zu bringen mit dem Ziel einer antifaschistischen, demokratisch-sozialistischen zweiten Republik. Statt dessen kamen der Bürgerblock und 17 Jahre sozialdemokratischer Opposition. (Daß jene Koalition nicht zustande gekommen ist, lag wohl nicht nur an Adenauer; auch bei Kurt Schumacher war die Neigung zu einer solchen Lösung nicht sehr groß.)

Noch bis in die fünfziger Jahre hinein haben dann die „Frankfurter Hefte“ die entglittenen Möglichkeiten zurückzugewinnen versucht. Nicht zuletzt durch ihre Befürwortung der Mitbestimmungsidee, die – damals noch – große Teile der CDU mit der SPD enger verband, als mit ihren konservativ-liberalen Koalitionspartnern. Ein letzter verzweifelter Versuch, unmittelbar in die aktuelle Politik einzugreifen, war die Gründung der Wochenzeitung „hier und heute“, Januar 1951. Sie hätte in der ungestalteten Parteistruktur der Jahre 1951/52 der Kristallisationskern einer neuen politischen Entwicklung werden können, (was Heinemanns GVP zwei Jahre später nicht sein konnte). Das Experiment scheiterte nach 10 Wochen. Ich bin nicht oft in meinem Leben so verzweifelt gewesen, wie an jenem Tage, als ich die letzte Ausgabe von „hier und heute“ in den Händen hielt. Für mich, für uns war eine Epoche zu Ende. Die Restauration war nicht mehr aufzuhalten.

Nun sind jene Jahre Geschichte! Aber die Frage bleibt: „Was wäre geschehen, wenn ...?“

Thema:

Auf dem Weg in die Computergesellschaft



Johannes Rau: „Initiative Zukunftstechnologien“ Ein Beitrag zur ökologisch- und sozialverträglichen Modernisierung eines Industrielandes

Johannes Rau, Jahrgang 1931, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, ist stellvertretender Parteivorsitzender und Landesvorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen.

I.

Die Sprecher der Wenderegierung in Bonn stellen in der wirtschaftspolitischen Debatte Zweckoptimismus zur Schau. Zufriedenheit über positive Einzelercheinungen soll strukturelle Probleme vergessen machen. Die Menschen aber wissen es besser: die westlichen Industriegesellschaften befinden sich in einer tiefgreifenden Strukturkrise, deren Ende noch lange nicht absehbar ist. Kurzzeitige Zwischenaufhellungen am Himmel wirtschaftlicher Entwicklungen,

erfreuliche, wechsellkursbedingte Exportzuwächse und Sonderkonjunkturen in einzelnen Sektoren dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in allen westlichen Industriegesellschaften von Vollbeschäftigung weit entfernt sind, daß die Stabilität des Geldwertes brüchig erscheint, daß weder quantitatives noch gar qualitatives Wachstum in nennenswertem Umfang sicher sind und daß Ziele wie mehr Verteilungsgerechtigkeit, humanere Arbeitsbedingungen oder mehr Mitbestimmung heute ferner erscheinen als noch vor einem Jahrzehnt.

Viele haben analysiert, daß und warum die traditionellen Industrieregionen von der Krise in besonderem Maße berührt werden. Ich will offenlassen, ob Industrien spezifische Alterungsprozesse durchlaufen müssen, wie mancher Betrachter im nachhinein meint. Unstreitig aber ist, daß die Industrien an Rhein und Ruhr als Folge der besonderen Leistungen während des Wiederaufbaus nach 1945 und der daraus entstandenen Strukturen heute besondere Lasten zu tragen haben und daß sie aufgrund ihrer hohen Exportabhängigkeit von internationalen Entwicklungen besonders betroffen sind. Hinzu kommt die Tat-

sache der besonders starken Preisempfindlichkeit der dominierenden internationalen Sektoren in Nordrhein-Westfalen. Dies sind neben dem Maschinenbau vor allem Kohle, Stahl und Chemie.

Die Menschen im Ruhrgebiet haben nach dem Kriegsende nicht gefragt, wohin die Züge mit Steinkohle und Stahlproduktionen führen und wohin der Strom exportiert wurde, sondern sie haben in erheblichem Maße Wohlstand von Menschen in anderen Regionen der Bundesrepublik miterarbeitet. Diese Leistungen für die Wirtschaft der gesamten Bundesrepublik wurden erbracht trotz der gegen die Kohle gerichteten Energiepolitik früherer konservativer Bundesregierungen (Politik des billigen Öls).

Die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen haben in erheblichem Umfang die Modernisierung alter und den Aufbau zukunftssträchtiger neuer Industrien in anderen Bundesländern bezahlt – dazu stehen wir in Nordrhein-Westfalen auch heute noch. Dabei ist aber bis in die 60er Jahre die notwendig gewordene Umstrukturierung der Industrien an Rhein und Ruhr nicht erkannt worden. Als 1966 ein Sozialdemokrat Ministerpräsident in Düsseldorf wurde, hatte das traditionelle Industriegebiet an der Ruhr in vielfacher Hinsicht den Anschluß verloren: Ohne genügend zukunftsorientierte Infrastruktur, mit nur ungenügenden Wissenschaftseinrichtungen konnte die Modernisierung von Kohle und Stahl nur zögernd beginnen, war der Boden für neue Industriezweige nur wenig vorbereitet. Die sozialdemokratischen Landesregierungen haben deshalb seit Mitte der 60er Jahre mit allem Nachdruck die infrastrukturellen Lücken des Landes Nordrhein-Westfalens geschlossen. Gab es z. B. damals noch keine einzige Universität im Ruhrgebiet, so hat heute das Land Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft der Bundesrepublik.

In diese Aufholphase platzten entscheidende Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Wesentliche Auswirkungen gingen dabei von den Ölpreiskrisen der 70er Jahre, der Verschiebung internationaler Wettbewerbsverhältnisse und dem Auftreten neuer Wettbewerber aus. Das Exportland Nordrhein-Westfalen wurde von diesen Entwicklungen unmittelbar und härter getroffen als die anderen Bundesländer. Die nachfolgende Krise der Finanzen aller öffentlichen Hände hat die Situation weiter verschärft.

In dieser schwierigen Lage geht an Sozialdemokraten die Frage, welche Antworten sie auf die veränderten ökonomischen Herausforderungen haben. Daß unsere Antwort nicht das zynische Hoffen auf die „Heilung durch Reinigungskrisen“ oder die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose sein darf, braucht nicht weiter erläutert zu werden. Aber was dann?

Theoretisch gibt es für die Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung wie auch für die in internationale Wirtschaftsprozesse hochverflochtene Bundesrepublik drei Orientierungsmöglichkeiten:

1. Wir könnten versuchen, unsere starke Exportorientierung zu reduzieren, uns unabhängiger gegenüber dem Weltmarkt zu machen, um dann im nationalen Rahmen mit traditioneller keynesianischer Wirtschaftspolitik wieder näher an die Ziele des Stabilitätsgesetzes heranzukommen.

Solche Konzepte werden nicht nur in der britischen Labour Party ernsthaft diskutiert. Auch bei uns sind Kapitalverkehrskontrollen zur Abkoppelung vom internationalen Zinsniveau in der Diskussion. Ich meine jedoch: Diese Alternative steht uns in Wirklichkeit gar nicht zur Verfügung – weder sind wir bereit, die damit verbundenen massiven Wohlstandsminderungen zu tragen, noch gibt es Antworten darauf, wie die Rohstoffversorgung einerseits und der Absatz unserer industriellen Erzeugnisse andererseits dann gewährleistet werden könnten. Schließlich müßte eine solche Strategie auf den massivsten Widerstand internationaler Kapitalinteressen stoßen. Sie mag fürs Seminar taugen, als praktische Handlungsanweisung für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist hier wenig zu holen.

2. Eine Alternative zum Versuch nationaler Abschottung stellt die Strategie bewußter Internationalisierung, multinationaler Verflechtung dar. Gelänge es, West- und Südeuropa zu einem ökonomisch harmonisierten Ganzen zu machen, so könnte von diesem Markt aus mit 300 Millionen Konsumenten mit größerer Erfolgswahrscheinlichkeit Antikrisenpolitik gemacht werden.

Im Konjunktiv liegt aber bereits das Gegenargument: Das trostlose Bild der Unfähigkeit der zehn nationalen Regierungen in der Europäischen Gemeinschaft, auch nur bei sehr viel weniger schwierigen Aufgaben Konsens zu erlangen, läßt keine Hoffnungen auf eine bevorstehende

europäische Wirtschaftsstrukturpolitik aufkommen. Das spricht nicht dagegen, alle Versuche zu mehr internationaler Abstimmung zu fördern, wie dies besonders Helmut Schmidt tut. Aber es setzt langen Atem, Geduld und auch Verzicht auf die Ausschöpfung aller eigenen Wohlstandsmehrungen voraus.

3. Bleibt eine dritte Möglichkeit: Wir können versuchen, in einer von uns prinzipiell nicht steuerbaren weltwirtschaftlichen Dynamik jene Nischen zu identifizieren, in denen durch regionale/nationale Wirtschaftsstrukturpolitik unsere Ziele angestrebt und möglich gemacht werden können.

In Verbindung mit einer klaren umweltpolitischen Akzentuierung haben Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern dafür die Strategie der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft erarbeitet. Kernpunkte dieser Strategie sind: Wir müssen dazu kommen, das ökologische Prinzip der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Steuerungsprinzip für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen anzuerkennen. Der fortgesetzte Versuch, die Gefährdung und die schlechende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ungesteuerte Wirtschaftsprozesse, die sich überwiegend an kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Kriterien orientieren, bieten den Menschen keine humane Zukunftsperspektive. Unsere Wirtschaft muß sich mittel- und langfristig darauf einstellen, nicht mehr an Energie und Ressourcen zu verbrauchen, als natürliche und die durch den Einsatz von Technik ermöglichte Regeneration wiederherstellen kann.

Wir lassen uns bei dieser Politik von der Erkenntnis leiten, daß die natürlichen Lebensgrundlagen nur *in* der Industriegesellschaft und auch nur *mit* den Möglichkeiten der Industriegesellschaft gesichert werden können. Die Option des „Ausstiegs“ aus der arbeitsteiligen Industriegesellschaft steht uns nicht offen, wir wollen sie auch nicht öffnen. Nicht nur deshalb nicht, weil die materielle Sicherheit der Menschen unseres Landes davon abhängt, sondern auch und vor allem deshalb nicht, weil viele der heute schon bekannten und erkannten Umweltprobleme nur unter Ausnutzung aller Fähigkeiten einer technologisch hochentwickelten Industriegesellschaft gelöst werden können.

Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien sind wesentliche Voraussetzungen für

die ökologische Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Sie können einen wichtigen Beitrag leisten, die Probleme der Industriegesellschaft zu lösen, alte Wunden der Industrialisierung zu schließen und neue Schäden zu verhindern. Es geht also nicht um die Abschaffung, sondern um die stärkere ökologische Orientierung unserer Industriegesellschaft.

Zugleich werden Entwicklung und Einsatz neuer, ökologisch orientierter technologischer Verfahren für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft außerordentlich bedeutend sein. Das von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Konzept eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ ist ein sinnvoller Vorschlag zur notwendigen Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Mit diesem Instrumentarium können Einsatz und Entwicklung neuer Umwelttechnologien gefördert werden und es ist gleichzeitig ein Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in unserem Land.

II.

Die sozialdemokratische Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat in ihrer Verantwortung einen eigenen Beitrag zur ökologischen Modernisierung des Industrielandes an Rhein und Ruhr erarbeitet: die „Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien“.

In der Technologie- und Forschungspolitik setzt Nordrhein-Westfalen vier Schwerpunkte, die in die „Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien“ eingebunden sind:

- 1) das Programm Zukunftstechnologien mit acht ausgewählten Technologiebereichen,
- 2) das Nordrhein-Westfalen-Programm zur sozialverträglichen Technologiegestaltung,
- 3) die Förderung des Technologietransfers und
- 4) die technologisch orientierte Förderung der Spitzenforschung.

Für diese zusätzlichen Technologie- und Forschungsschwerpunkte wird das Land für den Zeitraum von 1985 bis 1988 400 Mio. DM zur Verfügung stellen (von den für 1985 vorgesehenen 100 Mio. DM werden 60 Mio. DM für wirtschaftsfördernde und 40 Mio. DM für wissenschaftsfördernde Maßnahmen aufgewendet). Die bewährten Programme, wie z. B. das Technologieprogramm Wirtschaft, laufen selbstverständlich weiter.

Das Programm Zukunftstechnologien umfaßt die Felder Umwelttechnologien, Energietechnologien, Mikroelektronik, Meß- und Regeltechnik,

Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologien, Humanisierungstechnologien und Werkstofftechnologien.

Dem Anspruch einer *ökologisch* verträglichen Modernisierungsstrategie werden wir dadurch gerecht, daß die Erforschung und Entwicklung von Umwelttechnologien inhaltliche Schwerpunkte des Programms bilden. Von den insgesamt 100 Mio. DM für 1985 sind allein 27 Mio. DM für diesen Bereich vorgesehen. Damit sollen besonders gefördert werden:

- ▷ Entwicklung von Verfahrenstechniken, die eine Sanierung von Altlasten an Ort und Stelle möglich machen,
- ▷ Entwicklung von Techniken zur Untertagedeponie von Sonderabfällen,
- ▷ neue Trinkwasseraufbereitungsverfahren zur Nitratreduzierung,
- ▷ neue Techniken der Abwasserreinigung für kleine und mittlere Betriebe, etwa in der Galvanik und der Oberflächenbehandlung,
- ▷ Entwicklung umweltfreundlicher Kokereiverfahren,
- ▷ Weiterentwicklung der Rauchgasreinigungsverfahren für Großfeuerungsanlagen,
- ▷ Erprobung neuer Techniken zur Verwertung des Rauchgasentschwefelungsgipses und zur schadlosen Beseitigung von Filterstaub,
- ▷ Verbesserung der Marktreife von Wirbelschichtfeuerungsverfahren,
- ▷ Entwicklung von Techniken zur Lärminderung.

Ihren besonderen Charakter erhalten die Anstrengungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Modernisierung der Industriestruktur durch das Programm „Sozialverträgliche Technologiegestaltung“. Technik ist nicht gesellschaftsneutral. Ihre Entwicklung und Anwendung werden vom jeweiligen Kultur- und Gesellschaftsbewußtsein beeinflusst und wirken auf die gesellschaftliche Entwicklung zurück. Deshalb kann eine Technologiepolitik, die nur das technisch Mögliche und das wirtschaftliche Interesse einzelner Sektoren ins Kalkül zieht, zunehmend zu Technikfeindlichkeit führen.

Um Technikentwicklung und -anwendung sinnvoll zu beeinflussen, ist es notwendig, detaillierte Kenntnisse über die sozialen Auswirkungen neuer Techniken zu gewinnen. Deshalb sollen im Rahmen des Programms „Sozialverträgliche Technologiegestaltung“ zunächst die sozialen Folgeprobleme neuer Techniken untersucht und

beschrieben werden. Das Programm wird in diesen Wochen zwischen Landesregierung, Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Wissenschaft abgestimmt.

Zunächst müssen wir uns auf die Auswirkungen besonders der Mikroelektronik und der Informations- und Kommunikationstechnologien auf

- den Arbeitsmarkt,
- die schulische und berufliche Bildung,
- die Arbeitsplätze weiblicher und die Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer,
- die Mitbestimmung in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst,
- die Finanzierung des Systems der sozialen Sicherung und
- besondere soziale Beziehungen wie Familie, Freizeit u. ä. beschränken.

Wir wollen vor allem konkrete Angebote entwickeln, mit denen, erstens, die Qualifikation der Arbeitnehmer gefördert werden soll, in denen zweitens, Modelle der beruflichen Aus- und Weiterbildung erprobt werden, die die, drittens, Information zur Mitwirkungsmöglichkeit der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter durch Beratung und Schulung verbessern und die, schließlich, der Gesundheit am Arbeitsplatz und dem Arbeitsschutz dienen.

Das Untersuchungskonzept beruht auf vier Forschungs- und Projektansätzen:

- 1) Tätigkeitsfeld- und/oder Branchenuntersuchung,
- 2) Modell- bzw. Anwendungsprojekte,
- 3) Workshops,
- 4) Visionsuntersuchungen.

Um mehr gesellschaftliche Bestimmung von Technikentwicklung und -anwendung zu erreichen, müssen Technikverständnis und Technikumgang besonders gefördert werden. Ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm, das auf eine sozialverträgliche Technikgestaltung ausgerichtet ist, zielt auf Emanzipation der Menschen gegenüber der Technik. Es geht nicht primär um eine Erhöhung der Technikakzeptanz im Sinne der Konservativen, die eine Zustimmung zum technischen Fortschritt schon dann erwarten, wenn neue Techniken einen „wirtschaftlichen und alltagspraktischen Nutzen“ haben. Der bildungspolitische Aspekt hat deshalb zentrale Bedeutung. Die Arbeitnehmer müssen flexibel auf sich rasch ändernde Anforderungen reagieren können. Deshalb muß bei Lehrern und

Schülern eine gewisse Sensibilität für die technologische Entwicklung gefördert werden. Das heißt: nicht allein der Umgang mit neuen Techniken, sondern auch das Wissen über die gesellschaftlichen Auswirkungen muß vermittelt werden. Um jungen Menschen nutzbringende und umsetzbare Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln und ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sind die Lehrpläne weiterzuentwickeln, die Lehrer durch Modellversuche fortzubilden und die technologischen Entwicklungen in den Berufsschulen zu berücksichtigen.

III.

Diesem Konzept der ökologischen und zugleich sozialverträglichen Modernisierung der Industriestruktur widersetzen sich Ordoliberalen, Teile der Konservativen und Grüne in seltsamer Eintracht. Dabei sind die Gegenthesen jener Ideologen des „freien Marktes“ am wenigsten beachtlich, denen jedes aktive staatliche Handeln ein Ärgernis ist (es sei denn, dies geschehe in Form unspezifischer und unkontrollierter Subventionen an die von ihnen besonders vertretene Klientel).

Teile der Konservativen und der Grünen behaupten, diese Strategie sei nichts anderes als ein gigantischer Reparaturbetrieb für Umweltschäden. Die angestrebte Ergänzung des Verursacherprinzips durch das Gemeinlastprinzip in begründeten Fällen sei überdies ordnungspolitisch falsch. Mich wundert solche zynische Prinzipienreiterei, wo es unstreitig darum geht, bereits eingetretene Schäden möglichst schnell und so gut wie irgend möglich zu beseitigen. Wer es wirklich will, braucht z. B. für die Beseitigung der heute bekannten Altlasten mehr neue Technologien, als heute verfügbar sind. Und er muß zur Kenntnis nehmen, daß die ursprünglichen Verursacher vielfach nicht mehr bekannt sind oder für die Schadensbeseitigung nicht mehr herangezogen werden können. Daß schließlich künftige Schädigungen der Umwelt mit Hilfe neuer intelligenterer Technologien, beispielsweise der Steuerung von Recyclingprozessen oder der Müllbeseitigung, besser vermieden werden können, ist ernsthaft nicht zu bestreiten.

Von der Partei der Grünen wird weiter kritisiert, daß das Konzept der ökologischen Modernisierung nichts anderes sei, als eine Neufassung der alten sozialdemokratischen Wachstumsstrategie. Ich habe von dem quantitativen Wachs-

tumsfetischismus der Konservativen nie viel gehalten – ich halte aber auch nichts von der negativen Wachstumsfixierung der Grünen. Mich interessiert, welche Sektoren wachsen sollen, welche Produkte unsere Gesellschaft wie erzeugen will und welche nicht. Wenn sich dann am Schluß der ganzen Bemühungen ein statistischer Indikator mit der Bezeichnung Bruttosozialprodukt positiv verändert, ist das willkommen, aber nicht das Ziel des Ganzen. Ziel ist und bleibt, ein qualitatives Wachstum auf solchen Feldern anzuregen, zu



stützen oder zu verbreitern, auf denen gesellschaftlicher Bedarf auf ein ungenügendes Angebot trifft. Für die neuen Umwelttechnologien gilt das allemal.

Reicht ökologische Modernisierung zur Überwindung der Krise, zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit? Allein wohl kaum. Ökologische Modernisierung muß eingepaßt sein in eine Gesamtstrategie, zu der auch weitere Arbeitszeitverkürzung (sie steht auch und gerade nach den Erfahrungen des Jahres 1984 auf der Tagesordnung), Humanisierung der Arbeit, Sicherung und Ausweitung der Mitbestimmung gehören. In die-

ser Gesamtstrategie wird die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zunehmend zum Thema werden, freilich gewiß nicht in der Form der verlängerten Sparförderung der Konservativen. Und in dieser Gesamtstrategie ist es der Beitrag der verschiedenen Ebenen des Staates, durch vorausschauende Industriepolitik, durch mehr öffentliche Investitionen für die großen Gemeinschaftsaufgaben und durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen zu mehr qualitativem Wachstum beizutragen.

Das alles ist ein ungeheuer ambitioniertes Programm – aber auch dieses würde für sich genommen wahrscheinlich noch nicht definitiv aus der Krise herausführen. Unverzichtbar scheint mir, daß wir uns um einen neuen Konsens zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Staat bemühen. Der eigentliche Kern unserer „Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien“ ist ein breites Kooperationsangebot an alle notwen-

dig Beteiligten. Darum haben wir die „Initiative Zukunftstechnologien“ Anfang Oktober 1984 in Oberhausen im Rahmen einer Auftaktveranstaltung Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, aus Unternehmen, aus Wissenschaft und Forschung vorgestellt und mit ihr diskutiert. In der Folge werden wir zu einzelnen Themenschwerpunkten Fachkonferenzen veranstalten, die Betroffenen Gelegenheit geben sollen, Stellung zu nehmen und uns neue Aspekte eröffnen, die in unsere Arbeit einfließen können. Die bisherigen Reaktionen – nicht nur aus dem Bereich der Gewerkschaften und der Unternehmer, sondern beispielsweise der beiden großen Kirchen – ermutigen, auf diesem Weg weiterzugehen. Sicher wird eine solche Initiative eines einzelnen Bundeslandes nicht endgültig ans Ziel führen, aber ich bin ganz sicher, daß wir ohne einen solchen Versuch nicht dauerhaft aus der ökonomischen Krise herauskommen werden.

Rainer Wagner: Wie fortschrittlich sind die neuen Technologien?

Dr. Rainer Wagner, Jahrgang 1948, ist Leiter des Büros von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Der Aufsatz ist ein erweiterter Vorabdruck eines Beitrags für den edition-suhrkamp-Band „Neokonser-vatismus in der Strukturkrise“, der im März erscheinen wird.

*Technologie ist die Antwort.
Was aber war die Frage?
Günter Renning*

Die Technik, soeben noch für überholt oder überholbar erklärt, meldet sich triumphierend zurück. Kaum, daß das „postindustrielle Zeitalter“ eingeläutet ist, setzt der Industrialismus zu gewaltigen Innovationsschüben an, deren Umfang und deren Auswirkungen auf unser Leben erst Zug um Zug sichtbar werden. Kein besserer Beweis dafür, daß in der Tat der Fortschritt der Produktivkräfte die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt, ließe sich finden. Entsprechend ratlos ist

das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit: gespalten zwischen Technologie-Bejahung, ja Euphorie auf der einen und Ablehnung und Angst auf der anderen Seite. Für die einen steht außer Frage, daß die wirtschaftliche Zukunft sich an der Fähigkeit zum Bau von Megaspeichern entscheidet; ernsthaft wird die These erörtert, das Wirtschaftszentrum der Welt verlagere sich in den pazifischen Raum, während Europa mit seinen veralteten Industrien dem Abstieg geweiht sei; selbst der Ruf nach privaten Elite-Universitäten – der dahinterstehende Gedanke ist ungefähr so plausibel wie die Vermutung, ausländische Autobahnnetze seien, weil privat und nicht gebührenfrei, leistungsfähiger als das deutsche – findet vorübergehend Gehör. Die anderen im Lande reden nur von den Gefahren, wobei das Spektrum der Argumente von dem Hinweis auf handfeste Dinge wie z.B. die Arbeitsplatzverluste durch den Einsatz der neuen Technologien oder die schwer begrenzbar Datenweitergabe bis hin zu säuerlichem Antimodernismus und kulturkritischem Lamento reicht (man hat allen Ernstes Argumente wie folgendes zum Druck gegeben: die Kinder in den Computer-Camps seien überwiegend männlich; also verstärkten die neuen Technologien die „geschlechtsspezifische Rollen-

verteilung“). – Unterdessen steigt, während die Demoskopen noch Technologiefindlichkeit melden, rapide die Zahl der technologievergnügten Menschen, jungen und älteren, die sich unberührt von diesen Diskussionen kleine Computer kaufen. Technologie wird Volkssport – das Produktionsmittel als Konsumgut, das Arbeitsgerät als Kommunikationspartner. An den Bahnhofskiosken haben Computer-Fachblätter die Porno-Zeitschriften verdrängt.

Die Diskussionslinien im Streit um die neuen Technologien sind bislang politisch nicht eindeutig zuzuordnen; sie durchziehen beide Lager. FAZ und taz (die soeben 1 Million in neueste „Satz- und Redaktionstechnik“ investiert und mit dem Versprechen „200% Verlustzuweisung“ um Kapital wirbt) berichten über die Computer-Kids gleichermaßen ambivalent; ein wenig angesteckt von deren Faszination, ein wenig tantenhaft. So lassen sich mit den klassischen Kategorien wie konservativ oder links die Gegenpositionen nicht klar beschreiben. Im Gegenteil: Manche Argumente deuten auf eine Umkehrung der Fronten. Im konservativen Lager, aus dem noch vor wenigen Jahren wütender Protest schon gegen die Zulassung von Taschenrechnern im Unterricht durch sozialdemokratische Kultusminister gekommen war („nicht einmal rechnen sollen unsere Schüler mehr lernen!“), geben „aufgeklärte Konservative“ als Verteidiger des Fortschritts und der Modernität den Ton an; konservative Minister beeilen sich, in den Lehrplänen der Schulen Platz für Computer-Unterricht zu schaffen. Wird „Fortschritt“ die Losung der Konservativen? Siegt die Rechte im Zeichen der neuen Technologien?

Umgekehrt greifen Teile der Linken (auch in der SPD) bewußt oder unbewußt auf Denkfiguren der klassischen konservativen Industrie- und Zivilisationskritik zurück und würden am liebsten Begriffe wie den der industriellen Modernisierung (der in anderen sozialistischen Parteien das unumstrittene Hauptziel der Wirtschaftspolitik beschreibt) mit einem Tabu belegen. Berechtigte Sorgen vor realen Gefahren mischen sich mit einem sonderbar hilflosen und defensiven Kulturpessimismus. Eine Philosophie des „linken Wertkonservatismus“ wird ins Spiel gebracht, das „Bewahren“ als Prinzip unterstrichen – aber die Begründungen sind meist so defensiv und ungeschickt, daß gar nicht verständlich wird, was denn anderes konserviert werden soll als eine veraltete und umweltgefährdende Industriestruktur. Die

Grünen endlich verlangen Säuberung der Industrie ohne Modernisierung – was entweder ein bloßer Widerspruch ist oder aber zu einer fast vollständigen De-Industrialisierung führen mußte.

Die Linke befindet sich in einem Disput, der vielleicht nötig, aber nicht unauflösbar ist; sie muß ihn auflösen, sonst gerät sie endgültig in die Defensive. Das bedeutet keine Korrektur der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre entdeckten und entwickelten Ziele und Umwertungen, wohl aber den Mut zum Übergang von Zivilisationskritik zu Wirtschaftspolitik. Die widersprüchlich-defensive Haltung vieler Linker gegenüber den neuen Technologien hängt überwiegend damit zusammen, daß die Entdeckung des ökologischen Prin-



zips und die Verabschiedung der *economy of scale* (der konzeptionelle Schritt vom Mehr zum Besser) sich mit einer vagen, aber umfassenden Industrialismus- und Technikkritik verbunden hatten. Jetzt feiert die Technik Triumphe; das hat verwirrte Gemüter zur Folge. Indessen besteht dazu gar kein Anlaß: Gerade jetzt bietet sich die Technik zugleich als Mittel zur Lösung der Umweltprobleme und zur Überwindung des traditionellen Industrialismus an. Wir werden das Abgasproblem weder durch Verzicht auf das Auto noch durch verordnetes Kriechtempo lösen können, wohl aber durch die Katalysator-Technik (die leider nicht bei uns entwickelt wurde). Wir werden die schmutzigen Kraftwerke bzw. die in der Sackgasse geendeten Entwicklungslinien (Kernkraft) nur mit neuer Technik säubern bzw. abschalten können – zum Beispiel auf dem Wege weiterer

drastischer Energieeinsparung durch bessere Steuerungstechnik bei Distribution und Verbrauch. Grundsätzlich ist die neue Technologie umweltfreundlich; Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik sind „sauber“, und mit ihnen läßt sich alle Produktion sauberer machen. – Dieser Weg mag „ökologische Industrialisierungspolitik“ (Scheer, 1983) oder „ökologische Modernisierung“ (Glotz, 1984) genannt werden; es kommt darauf an, konkrete wirtschaftspolitische Strategien plausibel und damit mehrheitsfähig zu machen.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich – wie die SPD – zu einem prinzipiellen Ja zu einer industriepolitischen Modernisierungsstrategie längst entschieden. Und sie haben vor allem auf die wichtigste Herausforderung der neuen Technologien – geringer werdenden Bedarf nach (menschlicher) Arbeit, Arbeitsplatzvernichtung – zukunftsorientiert (nicht konservativ, nicht kurzfristig-organisationsegoistisch) reagiert: mit der Strategie der Arbeitszeitverkürzung. Desto wichtiger wird es für sie sein, auch bei den arbeits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen über bloß defensive Strategien („Ja, aber“ oder „Nein, wenn nicht“) – und erst recht über schrille Passivität – hinauszukommen. Denn gerade die neuen Technologien bieten ungekannte neue Chancen zur *Humanisierung* der Arbeit (Abschaffung schwerer Arbeit, monotoner Mensch-Maschine-Arbeit; Überwiegen verantwortungsvoller und ganzheitlicher Tätigkeit) und geben damit auch einen bildungsökonomischen Impuls zur *Qualifizierung* der Arbeitenden. (Das soeben vorgelegte Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ der IG Metall nennt erste konkrete Schritte in diese Richtung.) Und eine Gesellschaft mit besserer Arbeit, geringerer und flexiblerer Arbeitszeit, mit mehr sinnvoller Arbeit kann uns ein Stück weiter über die traditionelle Arbeitsgesellschaft hinausbringen.

Wir brauchen nicht nur Warnungen und Gefahrenszenarios, wir brauchen auch klarere Vorstellungen von den Chancen, die in den neuen Technologien liegen, wir brauchen Strategien für die Nutzung dieser Chancen. Wir brauchen *Bilder und Begriffe* eines anderen Lebens und Arbeitens in der Zukunft. Die Linke ist in der Defensive, weil sie die Macht über die Begriffe verloren hat; in Begriffen kristallisieren sich die politischen Hoffnungen und Erwartungen der Menschen. Eine enthüllende Kleinigkeit ist der Versuch eini-

ger Sozialdemokraten und Gewerkschafter, den Begriff „technischer Fortschritt“ durch „technische Entwicklung“ zu ersetzen. Darin liegt zwar der Verweis auf eine fundamentale Wahrheit; daß nämlich ein ernstzunehmender Begriff des Fortschritts gesellschaftlichen Fortschritt meinen muß, und daß technischer Progreß nicht umstandslos gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet. Aber die Preisgabe des Fortschrittsbegriffs und der Versuch, den technischen Fortschritt gleichsam durch Sprachregelung zu boykottieren, sind Zeichen der Hilflosigkeit.

Es gibt gerade bei jenen, die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet fühlen, heute eine sonderbare Fixierung auf die Bewahrung von Strukturen. Ich verstehe die gewerkschaftlichen Organisations-Sorgen angesichts der Perspektive verbreiteter Heim-Arbeitsplätze, obwohl ich sie nicht teile. Aber auf längerfristige Sicht ist das tabuartige Festhalten an der Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz – historisch einfach eine Folge der industriellen Revolution und Fabrikentstehung des 19. Jahrhunderts – nur noch *konservativ*. Ebenso die Vorstellung, die individuelle Arbeitszeit müsse unbedingt zwischen Montag und Freitag und zwischen 6 und 14 oder 8 und 16 Uhr liegen.

Haben unter der Ägide der neuen Technologien die Konservativen womöglich nicht nur die richtigen Begriffe, sondern auch die politisch besseren Karten? Im Augenblick, und was die Seelenlage der Mehrheit in Deutschland betrifft: zweifellos. Denn nicht nur eine wohlüberlegte Grundentscheidung für die Förderung der neuen Technologien und eine Modernisierungspolitik aufgrund der auf der Hand liegenden ökonomischen Notwendigkeiten (eine Ebene, die von den Kritikern meist einfach ausgeblendet wird), ist heute populär. Auch das kurzschlüssige „Ja ohne jedes Nein“ (und ohne jede Perspektive) hat heute im Zweifel den größeren Beifall: Die Deutschen, verschreckt durch die Krise und die plötzliche Instabilität all dessen, was über Jahrzehnte als gesichert galt (Wachstum, Vollbeschäftigung, reale Einkommenszuwächse, Rohstoffzufuhr, ruhige Zinsen usw.), beklatschen nervös diejenige Politik am lautesten, die „der Wirtschaft“ am meisten Gutes zu tun verspricht. Da braucht es schon gar nicht mehr die Herrschaft über Begriffe, sondern nurmehr schlichte und in der Sache irreführende Parolen – „Aufschwung“ –, um eine Bundestagswahl zu gewinnen. Differenzierte Konzep-

te, ja selbst Problem-Ehrlichkeit geraten in einer solchen Situation in den Anschein von Bedenkträgerei oder „Wirtschaftsfeindlichkeit“. Dieser Umstand verstärkt natürlich bei manchen Linken den schrillen Pessimismus, so falsch diese Reaktion auch ist.

Dennoch glaube ich nicht, daß die Konservativen auf die Dauer die Zustimmung der Wählermehrheit behalten werden: Weil sich auf die Dauer offenbaren muß, daß ihre Position zu kurz geraten und widersprüchlich ist. Das fängt schon auf dem rein wirtschaftspolitischen Sektor an. Einen gemeinsamen Nenner haben die Konservativen nur darin: Die neuen Technologien sind gut, weil sie der Industrie nützen (also müssen Datenschutz, Arbeitnehmerschutz, Mitbestimmung zurückgedrängt werden). Aber schon bei der Frage nach dem Stellenwert staatlicher Technologiepolitik hört die Gemeinsamkeit auf. Ohne gezielte und wenigstens mittelfristig planende Technologie- und Strukturpolitik aber werden sich die schon sichtbaren Fehlallokationen häufen und wird der Innovationsprozeß zunehmend chaotischer – günstigstenfalls. Nicht zufällig wird in den USA die Technologieentwicklung in ihrer ganzen Breite gezielt staatlich gefördert und gesteuert, wenngleich überwiegend aus Mitteln des Verteidigungshaushaltes und der NASA. Nicht zufällig organisiert in Japan das MITI den gesamten Entwicklungsprozeß und setzt Etappenziele bis auf Jahre genau, um dann „laserartig“ gezielte Exportstrategien einzuleiten. Wir in Deutschland dagegen sind noch stolz auf die Impotenz des Staates – oder stecken, noch schlimmer, strukturpolitisch unkoordiniert Rieseninvestitionen in technologisch veraltete und nicht exportierbare Entwicklungen (Kupferverkabelung) und setzen damit Milliarden in den Sand. Gleichwohl können sich die „aufgeklärten Konservativen“ wie Späth und Riesenhuber nicht gegen die unaufgeklärten Neoliberalen, die Ideologen der freien Marktwirtschaft durchsetzen; die schwammigen Kompromisse des Stuttgarter Wirtschaftsprogramms der CDU von 1984 zeugen davon. Wenn aber der regierende Block in Bonn weiter den verabschiedeten Mythos eines Wachstums auf weiter Front pflegt und den freien Markt hochhält (um dann fallweise verschämt Riesen-subsidien auszuteilen), wenn dem Forschungsminister trotz der gewaltig gestiegenen Bedeutung der Technologieförderung nur Spielwiesen verbleiben, wenn im Wirtschaftsministe-

rium weiterhin Strukturpolitik ein Tabubegriff und die Strukturberichte narrative Epik bleiben – dann wird es auch auf der Produktionsseite über kurz oder lang zu Verwerfungen kommen, die durch keine „Verbesserung der Rahmenbedingungen“ und kein wirtschaftsfreundliches Gerede mehr ausgeglichen werden können. Wahrscheinlich ist der gegenwärtige Innovationsschub in der Tat richtig mit Schumpeters Formel von der „produktiven Zerstörung“ gekennzeichnet – der breite Strom gleichmäßigen Wachstums wird in Stromschnellen eingeführt –; doch die Konservativen nehmen die Komponente Zerstörung nicht ernst genug. Da wird aus dem „laissez faire“ für immer mehr ein „laissez mourir“ werden; tatsächlich steigt die Zahl der Insolvenzen fort-dauernd an. Die Spannungen im Unternehmer-lager – im Arbeitszeitkonflikt ist das vorübergehend deutlich sichtbar geworden – verschärfen sich: zwischen den „Technologiegewinnern“, die ihre Kapitalintensität verstärken können, und den anderen, denen keine Perspektive bleibt. Sie werden vergeblich von Bonn strukturelle Hilfe erhoffen und am Ende noch die Gewerkschaften um Schonung bitten müssen.

Was für die Wirtschaft gilt, gilt noch mehr für alle übrigen Lebensbereiche, die von den neuen Technologien erfaßt werden: Die Konservativen weigern sich im großen und ganzen, die Veränderungen ins Auge zu fassen – offenbar in der undurchdachten, merkwürdigen Annahme, technischer Fortschritt ließe sich einstreichen, ohne daß der Preis gesellschaftlicher Veränderungen zu entrichten wäre. Darin liegt einmal mehr die logische Lebenslüge des Konservatismus, der eine wertgegründete Gesellschafts- und Lebensform erhalten will und dennoch allzugerne mit den Kräften liebäugelt, die jene zerstören werden. Die Intelligenteren unter den früheren Konservativen haben auf diesen Widerspruch mit Melancholie oder Zynismus geantwortet; die Jetzigen begnügen sich mit einem technokratisch halbierten Neokonservatismus. Die Begründung für die Unbekümmertheit lautet gewöhnlich, Technik als solche sei neutral, es komme auf ihre Anwendung an. Das ist ein Gemeinplatz und natürlich richtig; aber nicht in dem Sinn, alle Folgen stünden zu unserer freien Disposition als Anwender. Erstens ist es – darauf hat Weizenbaum zu Recht unter der Kategorie der Irreversibilität hingewiesen – in aller Regel schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich, zur früheren Ver-

fahrensweise zurückzukehren. Zweitens gibt es Folgen, die objektiv zwangsläufig eintreten, ob wir wollen oder nicht (zum Beispiel Arbeitsplatzverluste infolge von Rationalisierungen durch Prozeßinnovation). Drittens gibt es Optionen, die nur eine begrenzte Zeit offenstehen und für die wir uns bewußt entscheiden müssen, sonst gehen sie verloren.

Die (darum zu Recht so genannte) „dritte industrielle Revolution“ wird unsere Gesellschaft durchgreifend und in nahezu allen Lebensbereichen verändern – aber die regierenden Konservativen in Bonn stecken buchstäblich den Kopf in den Sand und glauben ernsthaft, es sei alles wie bisher oder könne gar wieder so wie unter Adenauer werden. Es ist bei näherem Nachdenken kaum glaublich, daß sie die erste fundamentale, zugleich aber sich bereits vollziehende und mit Händen zu greifende Folge der Technologieentwicklung – die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung – ignorieren und allen Ernstes versprechen, die Arbeitslosigkeit durch Wachstum zu beseitigen. Im konservativen Lager ist Biedenkopf mit seinem Mitarbeiterstab nahezu der einzige, der erkannt hat: „Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang zwischen der Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und der Zunahme der Beschäftigung. Dank der ‚inneren Revolution‘ der Produktionsverhältnisse durch ‚intelligente‘ informationsverarbeitende Maschinen kommt die Wirtschaft mit immer weniger Arbeit aus. Darin liegt ein entscheidender Unterschied zu früheren Wachstumsschüben.“ (Biedenkopf 1984). Man verlangt ja gar nicht, daß die regierenden Konservativen den gleichen Weg wie Biedenkopf, die SPD und die Gewerkschaften (und letztlich auch die Weitsichtigen im Unternehmerlager) ansteuern: den der geordneten Verringerung der Arbeitsmenge für die Arbeitnehmer. Man verlangt ja nur, daß das Problem wenigstens erkannt werde. Eben dies ist nicht der Fall. Die Republik leistet sich einen Regierungschef, der angesichts der mit Händen zu greifenden Tatsache, daß menschliche Arbeit zunehmend durch Maschinen überflüssig gemacht wird und zwei Millionen Arbeitswillige nach Arbeit suchen, programmatisch erklärt, wir müßten zur Bewältigung der Krise mehr arbeiten bzw. könnten uns nicht leisten, weniger zu arbeiten (Kohl, Regierungserklärung 1982 und öfter). Das kann nicht lange gutgehen.

Entsprechend dürftig steht es auch mit den

konservativen Antworten auf die anderen aufgeworfenen Fragen. Zu den Veränderungen in der Arbeitszeit und in der Arbeitsorganisation hört man nur das monotone Stichwort Flexibilisierung (aber nicht im Sinne durchdachter Konzepte wie jener von Burgdorff, Jungblut oder Hoff, sondern nur im Sinne der alten, der ursprünglichen Arbeitgeberkonzeption, die auf eine bloße Anpassung des individuellen Beschäftigungsniveaus an den Kapazitätsauslastungsgrad hinausläuft und somit zugegebenermaßen beschäftigungspolitisch gar keine Lösung darstellt); zu den Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen gibt es nur die hämischen Voraussagen Geißlers, die Gewerkschaften würden unmodern werden und an Einfluß verlieren (schon analytisch schlecht, denn Bereichen möglichen schwindenden Gewerkschaftseinflusses stehen Sektoren gegenüber, in denen deren Macht steigen wird); zum veränderten Begriff der Arbeit – nur Schweigen (außer neuerdings bei Biedenkopf) bzw. die alten Tugendkataloge; zur Datenschutzfrage – nichts oder vielmehr Zimmermanns Philosophie „Sicherheit vor Datenschutz“. Daß man zu soziokulturellen und philosophischen Fragen von der deutschen Rechten nichts hört, versteht sich leider ohnehin von selbst.

Aus alledem folgt: Der Widerspruch zwischen der sich in vielen Lebensbereichen verändernden Wirklichkeit und den politischen Instrumentarien bzw. Wert- und Zielorientierungen der regierenden Konservativen wird sich, wenn nicht noch ein dramatischer Anpassungsprozeß einsetzt, zwangsläufig verbreitern. Gewiß: Das legendäre Amalgam der Adenauer-Ära – wirtschaftliches Vorausstürmen bei gleichzeitigem stockkonservativem Beharren in den Lebens- und Gesellschaftsformen – lockt in beiden Lagern viele als Vexierbild. Die moderne Variante wäre, zugespitzt formuliert: Computer-Unterricht gleich nach dem Schulgebet. Allein auch damals ist die Schale schließlich aus objektiven Gründen gesprengt worden (weit mehr aus ökonomischen und bildungsökonomischen Gründen denn aus einer Revolution des Bewußtseins); und diesmal, da nicht mehr die dramatischen Erfahrungen von Faschismus und Katastrophe im direkten Hintergrund stehen, dürfte es schneller gehen. Das heißt konkret: Ich rechne aufgrund der objektiven Disparitäten mit noch weiter steigender Entfremdung zwischen wesentlichen Teilen der Industrie, später auch des Handwerks, und den regierenden

Für Leibniz war es logisch, daß die Mathematik sich auf zwei Ziffern beschränken konnte.

Sein Logikkalkül ist heute die
Muttersprache aller Computer.
Rechenoperationen reduziert
auf 0 und 1.
Maschinengerecht schon
anno 1678.

Es ist in unser aller Interesse,
daß nützliche Ideen
auch Wirklichkeit werden.

WestLB

Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank
Girozentrale
Düsseldorf Münster



Das UNUM. AVTEM. NE
selbst tut außerstehen,
zu Qualifikation nicht über Räume;
den zu verstoß.
Leibniz (April 1701):
w. dieses vorstellung stehen.
+ das verhält bis 16000, oder
causlich geschrieben wäre, das 1
100 000 000 000 000 || 1
qualifiziert über ein Alpha
das Prinzip war Leibniz (1701)
0 und 1 aus dem Kopf fingert

1	1
10	2
100	4
1000	8
10000	16
100000	32
1000000	64
10000000	128
100000000	256
1000000000	512
10000000000	1024
100000000000	2048
1000000000000	4096
10000000000000	8192
100000000000000	16384

Konservativen (es muß ja zu denken geben, wenn die „Wirtschaftswoche“ bereits 1984 unter der entsprechenden Titelschlagzeile schreibt: „Viele Unternehmer, so meint einer der ihnen, haben Sehnsucht nach Helmut. Dem vorigen, versteht sich“; das Zentralorgan der deutschen Wirtschaft, das „Handelsblatt“, ist um keine Spur höflicher). Ich rechne weiter mit zukünftig eher stärkeren Konflikten zwischen Gewerkschaften und Regierung; und zumindest mit der Möglichkeit neuer starker Protestbewegungen, sofern im Bereich der sogenannten inneren Sicherheit Politik à la Zimmermann allzu forsch durchgesetzt werden sollte. Der regierende Block wäre einem solchen Widerstand, auch einem kombinierten, wahrscheinlich machtmäßig gewachsen. Aber ein solcher Widerstand könnte indessen doch, darauf hat Dieter Otten hingewiesen, „den gesamten Modernisierungsschub so sehr schwächen, daß die alten Industriegesellschaften Europas überhaupt den Anschluß an die moderne technische Entwicklung verlieren würden“. Oder es könnte zumindest ein solcher Anschein entstehen. Das müßte, füge ich hinzu, endgültig die Wirtschaft gegen diese Regierung auf den Plan rufen. Dieser Nachsatz ist nicht als zynische Bemerkung zu verstehen, sondern als Aufforderung zu strategischem Nachdenken.

Die Linke wird nicht automatisch von diesen Verwerfungen innerhalb der regierenden Konstellation profitieren. So weit sind wir in Deutschland noch lange nicht, daß die Linke gerufen wird, weil die Rechte nicht mehr weiter weiß. Sondern die Linke braucht die Fähigkeit, Bilder besserer Gesellschaftsformen und sinnvollerer Lebensformen als erreichbare und gestaltbare Resultate der Veränderungen vor uns zu zeichnen. Und sie braucht ein bißchen strategisches Geschick, um die verunsicherten, ein wenig egoistischen und doch im Kern gutwilligen Leute zu überzeugen, die bei uns das ausschlaggebende Potential der Wechselwähler bilden.

Zu diesem Zweck muß sie – erhält aber gleichzeitig auch erst die Chance dafür – *den Begriff des Fortschritts wieder zurückgewinnen*; und nicht nur den Begriff, sondern auch die Sache: daß es Ziele gibt, die noch nicht verwirklicht sind, daß das schrittweise Erreichen dieser Ziele Fortschritt heißt; und daß dies es ist, wofür die Linke immer stand und wodurch sie sich von den Konservativen unterschied. Und sie muß die (mittlerweile) „alten“ Ziele – soziale Gerechtigkeit, besseres

Arbeitsleben, mehr Demokratie – zusammenbündeln mit den „neuen“ – Friede mit der Natur, mehr Lebensqualität. Sicher, gegen die Technik und auch gegen ihre neuesten Galoppsprünge gibt es auch einiges zu verteidigen und zu „konservieren“. Aber das gab es, bürstet man die Geschichte im Sinn der *Dialektik der Aufklärung* gegen den Strich, schon immer; doch das Bewahren war nie das primäre Motiv der Sozialisten, sondern sie hatten es in ihren besten Momenten in den Begriff des Fortschritts eingeschlossen (anders hat auch Eppler die Formel vom „Wertkonservatismus“ nie gemeint). Zu erinnern ist auch an die geschichtsphilosophische Grundüberzeugung des Sozialismus, daß bewahrt nur werden kann, was als nicht erreichtes Ziel angestrebt wird. Im Augenblick ist allzuoft eine Art schopenhauerischer Grundstimmung in der Luft, die im besten Falle unbewußt an mythische Denkfiguren anknüpft (Ursprung ist das Ziel), meist aber schlicht in die Defensive führt. Grundsatz der Sozialisten muß bleiben: *diese Industrie- und Arbeitsgesellschaft ist im Grundsatz nicht bewahrungswürdig*. Wer aber weiß, was er verändern kann und will, der wird auch wissen, was er bewahren kann und will.

Es gibt Zeiten eher des Stillstands und solche der raschen Veränderung. Zeiten für Konservative und Zeiten für Freunde des Fortschritts. Die gegenwärtige ist, entgegen weitverbreiteter Meinung in beiden politischen Lagern, zweifelsfrei eine Zeit einschneidender Veränderungen. Das fordert diejenigen, die bereit und fähig sind, der Veränderung Ziele zu geben und ihren Lauf zu prägen. – Zugegeben, diese Deutung findet sich damit ab, daß wir gegenüber der Technik nicht Herr der Entwicklung sind. Einmal mehr hat der Wunsch, wir wollten selbst bestimmen können, was wir haben wollen, getrogen. Ich bin auch, anders als Biedenkopf (1982, 18 f.), nicht der Meinung, daß dies nur ein vorübergehender Vorsprung der Technik sei. Der weiß wenig von der Geschichte, der nicht weiß, daß die Entfaltung der Produktivkräfte ihr erster Bewegungsgrund ist. Der kennt die Geschichte wenig, der nicht sieht, daß aller gesellschaftlicher Fortschritt nur im Gefolge, bestenfalls auf dem Rücken der Technik erkämpft wurde. Zugegeben: wir reiten den Tiger in der Überzeugung, nur auf seinem Rücken lasse sich sein Lauf bestimmen. Die Alternative wäre, ihn wild laufen zu lassen.

(Wird fortgesetzt)

Otto Ulrich: Computer-Totalitarismus Zur Mechanisierung der geistigen Tätigkeit

Dr. Otto Ulrich, geb. 1942, Ingenieur und Sozialwissenschaftler, ist Lehrbeauftragter am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg.

Die Realität der Optimisten

Manche machen es sich leicht, zum Beispiel so: Der kleine „Personalcomputer“ ist nur ein weiteres Hilfsmittel zur Bereitstellung gespeicherter Informationen. Was liegt näher, als ihn wie jedes bisherige bekannte technische Produktionsmittel in den betrieblichen oder behördlichen Arbeitsprozeß einzubauen. In dieser Perspektive liefert der Computer dann jenen Rohstoff, aus dem die Zukunft entstehen soll, die in verschiedenster Form veredelte neue Ressource „Information“.

Sowohl der zukünftige „Handel mit Informationen“ als auch die zum Sachzwang stilisierte japanische und amerikanische Herausforderung im Bereich der Telekommunikationsindustrie liefern die Begründung dafür, warum die „Computerisierung“ kein Selbstzweck sein soll, sondern technologische Grundlage zur „Modernisierung“ der Industriegesellschaften. Ganz offiziell und unter aktiver Förderung des Staates wird so unsere Gesellschaft einem umfassenden Rationalisierungs- und Zentralisierungsprozeß ausgesetzt. Dabei bestätigt sich erneut, daß die technisch-wissenschaftliche Elite (jetzt die Informatiker und Ingenieure) die eigentlichen sozialen Revolutionäre sind (Galbraith).

Fragen nach dem Wert des Menschen und seiner Zukunft als Subjekt im Strudel der „informationellen Revolution“ werden als Widerstand, als Non-Akzeptanz, als Unverstand, als störend und mittelalterlich diffamiert. Was technisch möglich ist, wird gemacht, und es wird weiterhin – in sozialer Perspektive – nichts dazu gelernt! Lehrt die öffentliche kritische Thematisierung des technischen Fortschritts in den letzten Jahren wirklich nichts Neues? Die damals, vor etwa 10 Jahren, einsetzende, zunächst ignorierte, lächerlich gemachte Diskussion über die Risiken des technischen Fortschritts für die ökologische Umwelt verlief im Prinzip und in der Struktur nach dem gleichen Muster wie heute, wo auch jeglicher

Hinweis auf eine möglich werdende radikale Wandlung der informationellen Umwelt mit seinen Konsequenzen für die zwischenmenschlichen Beziehungen wiederum als pessimistisch u. ä. qualifiziert wird.

Die ökologische Krise einerseits und der hochtechnologisch, superindustriell orientierte „Fortschritts“-Typ andererseits und die Ignoranz technikkritischer Positionen wiederum haben wesentlich zur Entzauberung der technischen Zivilisation und zur Bildung und Formierung der neuen sozialen Bewegungen beigetragen. Damals wie heute war es die interessengetriebene Realitätsperspektive der technologischen Optimisten, die – kontraproduktiv – die politische Formierung und Parlamentarisierung der Technikkritik (z. B. in Form der „Grünen“) provoziert haben. Vieles spricht dafür, daß auch heute wieder nur sogenannte sachgesetzliche Argumente von Meinungsverstärkern institutionell eingebundener Interessen darüber befinden, ob es eine „gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik“ gibt, oder ob dies als Modethema, als Alibiveranstaltung, aufs Programm gesetzt wird.

Aber wird nicht wieder die Rechnung ohne den Wirt gemacht (d. h. ohne Sensibilität für soziale Prozesse, ohne Ahnung von den tiefgreifenden Konsequenzen des Wertewandels)? Die Analogien drängen sich auf: Die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen war nicht länger zu tabuisieren, denn sie wurde faßbar, erlebbar, sie erzeugte Betroffenheit und wurde damit politisierbar. Heute wird – global und lokal – auch von offizieller Seite gegen die weitere Zerstörung ökologischer Systeme *therapierend* angegangen. Die Verstärkungsfunktion der neuen sozialen Bewegungen, die konkrete Betroffenheit vor Ort und radikal neue Formen der politischen Aktivierung von nicht kanalisiertem Interessen haben zu einer weit verbreiteten Sensibilisierung gegenüber den Ergebnissen des konventionellen Fortschrittsmodells geführt. Verstärkt wurde damit aber generell die grundsätzliche Skepsis gegenüber jenen Argumenten, die – auch heute wieder – mögliche Risiken einer technischen Zerstörung unserer informationellen Umwelt, jetzt durch vernetzte Computersysteme als unbegründet, als unwissenschaftlich usw. darzustellen versuchen.

Der technische Fortschritt in Gestalt der Mikroelektronik und des darum gebauten Computers und zahlloser anderer vernetzbarer Telekommunikationsgeräte setzt jetzt an einer ande-

ren (der soziopolitischen) Sphäre des Menschen an, stiller, zunächst nicht konkret erlebbar (wie Waldsterben heute), aber ebenso grundsätzlich verändernd wie „Saurer Regen“ und dessen Konsequenzen für den Menschen mit seinen ökologischen Abhängigkeiten.

Jetzt geht es um die Formalisierung des Alltagslebens, die Objektivierung von Bewußtseinsformen und deren Zerstückelung in logische „wenn-dann“-Strukturen. Die Normierung („McDonaldisierung“) der sinnlichen Wahrnehmung, die Mechanisierung der geistigen Arbeit, das Vordringen von „Maschinen-Denken“ aufgrund formalisierter, beschreibender Realitätswahrnehmungen ist die neue, schleichende, direkt (noch) nicht faßbare, also politisierbare, Herausforderung der Computerisierung.

Die Gefahr eines Positivismus, der bewußt Sinnfragen ausklammert, liegt in der Logik einer Tendenz, die die direkte, zwischenmenschliche Kommunikation durch eine technische, standardisierte ersetzen will. Dies Verlaufsmuster der Mechanisierung jetzt auch geistiger Tätigkeiten soll entfaltet werden.

Zur Logik der neuen Mechanisierung

„Information“ wird – in der Perspektive der Realisten – mehr und mehr zu einer Ware, zu einem auch handelsfähigen Produkt, das vom Produzenten, dem selbständig operierenden Informationssystem, erzeugt und elektronisch schnell von Datenbank zu Datenbank über das dazwischen liegende Supernetz (unser weit verzweigtes Telefonnetz) transportiert wird. Die Ungleichzeitigkeit von Ort und Zeit hebt sich auf. Vollständige Zentralisierung und totale Dezentralisierung (Verteilung der Technik z. B. in Form von Datenbanken) sind – einmalig in der Geschichte – Kennzeichen ein und derselben elektronischen Superstruktur. Das Informationssystem z. B. der Bank kann mit dem der Versicherungsgesellschaft, das wiederum mit dem der Steuerbehörden, diese wieder mit dem der Kraftfahrtbundesamt, mit dem Bundeskriminalamt usw. verknüpft werden.

Die zukünftigen Informationssysteme sind tendenziell global, zeitunabhängig, technisch in einem einzigen Netzwerk miteinander verzahnt. In dieser Perspektive erhält der „kleine Personalcomputer“ eine politische Dimension, weil er als ein Glied im Prozeß eines gigantischen, heranwachsenden Jumbo-Informationssystems

begriffen wird. Aber das allein reicht nicht aus, den „neuartigen gesellschaftlichen Immobilismus“ (Weizenbaum) zu erklären.

Ein Blick auf die formalen Prozesse des Computers hilft weiter: Computer beruhen ihrer ganzen Funktionsweise nach auf der Formalisierung von Entscheidungsstrukturen. Die einzige Logik, die ihnen entspricht, kann nur nach den Kriterien richtig oder falsch vorgehen (binäre Logik). Die dazu notwendige Formalisierung inhaltlicher Aussagen erfolgt dergestalt, daß genau definiert wird, welche Form Aussagen besitzen müssen, und daß nur eine bestimmte Kombinatorik von Aussagen zulässig ist (*und* und *oder* und *nicht*), die dann nach ihrem jeweiligen Wahrheitsgehalt abgefragt werden. Dieses Verfahren (man nennt es *algorithmisch*) zur Lösung von Problemen ist einem Spiel vergleichbar, z. B. dem Schachspiel; es funktioniert nur, wenn die Spielregeln vorher festgelegt sind und sich alle daran halten. Solche Lösungsverfahren können sehr komplex, ja fast unüberschaubar sein. Ihr mechanischer Charakter bleibt aber auch dann erhalten. Gerade die Logik der Computerprogramme veranlaßt zu der Meinung, der Computer befreie von dem routinehaft Wiederkehrenden. Nur befreit er die Betroffenen nicht davon, sondern konfrontiert sie an ihrem Bildschirm-Arbeitsplatz ständig mit derartigen streng geregelten Abläufen.

Kein Problem kann durch einen Computer erklärt werden, er kann es nur zerlegen und damit bearbeitbar machen. Computer simulieren Wirklichkeit, aber nur in der Form, daß alle Uneindeutigkeit im integrierten Schaltkreis verschwindet. Das Eindringen der Mikrocomputer in immer mehr Bereiche, ihr Alltäglicwerden auch für den, der nicht in einem Rechenzentrum arbeitet, ist es, das uns die Auseinandersetzung aufzwingt. Welche Auswirkungen der Umgang mit ihnen – ob freiwillig oder unfreiwillig, ob am Arbeitsplatz, in der Schule oder zu Hause – haben wird, liegt in der Grauzone des Vermutens. Jedenfalls wird es kein Mehr an Sinnlichkeit und Spontaneität sein können. Es wird ein Mehr sein, ein Weiterführen dieser Computerrationalität, die sich nicht fragen kann, warum sie handelt, sondern nur immer perfekter bestimmen kann, wie sie handelt.

Die Null-Eins-Logik kann keine Widersprüchlichkeit, Mehrdeutigkeit, Unwägbarkeit ertragen. Und das ist es eben, was sich von Seiten des Rechners in das menschliche Erleben und Verhalten

hineindrängt. „Menschen, die ständig mit routinierten Abläufen zu tun haben, werden in gewisser Weise routine- und automatenhaft.“ (Volpert) Die neuen Wissensmaschinen stehen schon bereit, um das Verschwinden der Fähigkeit zu assoziativem Denken zu beschleunigen, den Menschen von seiner unverwechselbaren Subjektivität zu entleeren. Computer, Roboter, Bürosysteme, Expertensysteme sind jene Maschinen, die mit Programmen der „künstlichen Intelligenz“ ausgestattet, eine historisch neue Phase der Mechanisierung, jetzt der geistigen Tätigkeit einleiten.

Arbeit erhält eine neue Qualität, weil es diesmal – in Weiterentwicklung entsprechender Erfahrungen aus der industriellen Revolution – nun um die Entleerung, die Wissensenteignung jener Reservate menschlicher Individualität geht, die bislang als unantastbar „menschlich“ galten: das logische Folgern und Kombinieren, der Dialog, das Erkennen von Problemen durch Sprache und Bild, das assoziative Schließen vom Einzelnen zum Ganzen usw.

Aber nicht nur das. Begleitet wird diese schleichende Zersetzung von für uneinnehmbar gehaltenen Bastionen des menschlichen Denkens durch Vorstellungen, die den Menschen, ja, die ganze Gesellschaft nach Kategorien beurteilen, die eindeutig der Computerwissenschaft entnommen sind. Mit Begriffen wie „Intelligenz“, „Sprache“, „Gedächtnis“, „Entscheidungen“ usw. läßt sich ein Computer, aber nicht menschliche Erfahrung – obwohl es laufend geschieht – beschreiben. Beide, Mensch und Computer, sind vollständig verschieden, ebenso wie sich die „Steuerbarkeit“ einer komplexen Gesellschaft nicht mit Regelungsbegriffen aus der Systemtheorie bewerten läßt.

Aber es geschieht in dem Maße, wie versucht wird, den Menschen in eine formalisierte Computerwelt einzupassen. Der Mensch wird, gerade weil er als Mensch noch Träume, Ahnungen, Emotionen, Gefühle, Glauben, Hoffnung hat, immer mehr als eigentliches Hindernis für eine effektive Nutzung der neuen Maschinen erkannt. Die Faszination des Instrumentes, die verzweifelte Anstrengungen es zu beherrschen, führen aus der Perspektive einer selbst auferlegten Sachzwang-Logik dazu, allgemein verpflichtende soziale Normen, kulturelle Werte, sogar die Subjektivität des Menschen, den normierten

Bedingungen einer neu entstehenden riesigen „Megamaschine“ anzupassen, zu unterwerfen. Dieses Projekt hat auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens begonnen. Die Formalisierung auch der geistigen Tätigkeit und Wissensverarbeitung setzt sich überall durch, sie läßt nur noch rationales, beschreibendes, positivistisches, also unpolitisches Denken zu. Kreativität und Kritik wird wie alles Nicht-Quantifizierbare in den Bereich der Irritationen überwiesen – deshalb blüht wohl auch die Fantasy-Welle, wenn auch entpolitisierend und entmündigend. Kreativ und kritisch ist man dann nicht mehr im Bereich der Planung und Steuerung von Produktion und Politik, sondern im Bereich der Meditation und des Batikens.

Ein Maschinen-Denktypus überwuchert die grundlegende Erkenntnis, daß Sinn und Vernunft Rationales und Irrationales gerade aufeinander beziehen und wesentlich mehr sind als zweckrationale Verarbeitung von Information. Wenn sich die vom Computer halbierte Rationalität durchsetzt, macht sie den Menschen zum Anhängsel der Wissensmaschine. Dann programmieren nicht nur Menschen die Computer, sondern die Computer programmieren die Menschen.

Was da durch die Computerisierung im Bereich der informationellen Umwelt des Menschen angerichtet wird, ist *Gleichschaltung* nach den Bedingungen der Maschine. Was ist das anderes als ein technologisch erzeugter Totalitarismus – eben „Computer-Totalitarismus“!

Was läßt sich tun?

Die Verfügbarkeit über den Einsatz der neuen Wissensmaschinen wird bestimmt von gesellschaftlichen Interessengruppen. Diese sind politisch beeinflussbar, wenn auch immer schwerer. Gleichwohl ist der Ausgang der Computerisierung unserer Gesellschaft jetzt noch offen. Aber nicht anachronistische Maschinenstürmerei ist Gebot der Stunde. Es geht um die Definition und Durchsetzung von Regeln, Einsatzprinzipien (in Holland werden schon spezifische Einsatzmoralen diskutiert), die den hektischen, perspektivlos-einseitig verlaufenden Prozeß der Informatisierung einbettet, kanalisiert und die weitere technische Entwicklung in die Abhängigkeit von der Erreichung menschlich oder gesellschaftlich als wünschenswert definierter Ziele bringt.

Angela Schwabl: Künstliche Intelligenz und Expertensysteme: Eine Terminologie und ihre Folgen

Die Diplom-Informatikerin Angela Schwabl, Jahrgang 1952, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg

Solange die Benutzung von Computern wenigen Menschen vorbehalten war, war das allgemeine Interesse an diesen Maschinen relativ gering. Seit sich jedoch die Miniaturisierung in der Elektronik soweit entwickelt hat, daß Computer auch für kleinere Betriebe und sogar den Heimbereich finanzierbar wurden, seit deshalb „Fabrik, Büro und Heim nicht mehr so sind wie früher“ (R. Z. Lawrence: Nur ein böses Gespenst, Die Zeit, 7. 12. 84), haben (fast) jedermann und jede Frau eine durch die eigene Erfahrung begründete Meinung zum Thema Computer. Es sind dies durchweg emotional begründete Urteile, denn es fehlt oft an den elementaren Kenntnissen über Möglichkeiten und Funktionsweisen von Computern. Dem Computer werden Eigenschaften zugeschrieben, die ihn als Werkzeug schlicht überfordern. Nun ist das Problem nicht neu: in der Geschichte finden sich immer wieder Legenden und utopische Vorstellungen über die Schaffung menschenähnlicher Maschinen und künstlicher Menschen. Jedoch drängt sich die Frage nach der Rolle der Computer besonders heute auf, in unserer durch den Fortschritt der Technik sich immer rascher verändernden Umwelt.

Computer sind Hilfsmittel, die dem Menschen bei der Durchführung formal beschreibbarer (algorithmisierbarer) Handlungen Unterstützung bieten. Sie können jedoch weder die Verantwortung für diese Handlungen tragen, noch die Zweckmäßigkeit ihres Einsatzes beurteilen. Obwohl diese Aussagen trivial und allgemein bekannt sind, haben sie bisher nicht Eingang in das Bewußtsein gefunden. Ursache oder Wirkung: die Projektion menschlicher Eigenschaften auf den Computer hat ihre Entsprechung in der Terminologie.

Informatiker haben für ihr Gebiet eine Terminologie geprägt, die unter Rückgriff auf Begriffe des täglichen Lebens Eigenschaften von Com-

putern beschreibt. Die Abwägung der Fähigkeiten und Möglichkeiten von Rechnern und damit des möglichen Schadens oder Nutzens wird dadurch erschwert.

Die 5. Computer-Generation

Entwicklungen in der Elektronik seit dem Ende des 2. Weltkriegs haben zu sprunghaften Leistungssteigerungen der Computer geführt. Die Rechner wurden, den Leistungsstufen entsprechend, zu Generationen zusammengefaßt:

1. Generation: Kathodenstrahlröhren (50er Jahre)
2. Generation: Transistoren (60er Jahre)
3. Generation: integrierte Schaltungen (70er Jahre)
4. Generation: hochintegrierte Schaltungen (ab etwa 1980).

Der Begriff „5. Computer-Generation“ wurde von Japan geprägt. Erklärte Absicht der Japaner ist es, mit Computern der 5. Generation, d. h. mit Computern, deren physikalische Leistungsfähigkeit auf höchstintegrierten (engl.: VLSI = Very High Large Scale Integrated) Schaltungen beruhen und deren funktionelles Merkmal die Fähigkeit zur „Wissensverarbeitung“ sein soll (im Gegensatz zur bisher betriebenen Datenverarbeitung), die heute in der Computer-Technologie, speziell im Bereich der Software, also der Programme, führenden Amerikaner einzuholen, wenn möglich sogar die Führungsrolle zu übernehmen. Die Japaner definierten für dieses Projekt einen neuen Typ von Computern, der auf der Grundlage neu zu entwickelnder Methoden die Verarbeitung von Wissen betreiben soll.

Wissensverarbeitung bedeutet, daß Fragestellungen auf der Grundlage einer Regelbasis automatisch erkannt und von einem Ableitungsprogramm auf der Grundlage vorgegebener oder „erlernter“ Strategien gelöst werden. „Wissensbasen“ unterscheiden sich von heute gebräuchlichen Datenbasen im wesentlichen dadurch, daß Datenbasen eine definierte Struktur haben, während Wissensbasen aus einer unstrukturierten Menge weitgehend isolierter Regeln bestehen. Ein weiterer Unterschied: während in Datenbasen alle Informationen explizit gespeichert werden, wird in „Wissensbasen“ aus den explizit gespeicherten Regeln mit Hilfe sogenannter Inferenzregeln weitere Information abgeleitet.

Das Projekt „5. Computer-Generation“ hat eine Laufzeit von 10 Jahren (1982–1991) und einen

Etat von mehreren Milliarden Dollar. Es hat zum Ziel, Computer zu entwickeln, die dem Menschen ein adäquater „Partner“ sind: die gesprochene natürliche Sprache (d. h. japanisch, englisch usw.) „verstehen“, ihre Umwelt über Sensoren „wahrnehmen“ können und deren Ausgabe wiederum in gesprochener natürlicher Sprache erscheint. Die Computer sollen auf „Wissensbasen“ arbeiten, so daß die üblicherweise unpräzisen natürlichsprachlichen Eingaben, d. h. die dem Rechner gegenüber artikulierten Aufgabenstellungen, im Kontext verstanden, Unklarheiten erkannt und durch Nachfrage beseitigt werden können. Die Japaner wollen „dumme Maschinen“ dazu bringen, sich zu verhalten, als hätten sie menschliche Intelligenz. Eine Schlüsselfunktion bei diesem Projekt hat die Entwicklung von Expertensystemen.

Das Projekt wurde im Oktober 1981 vom Japan Information Processing Development Center (JIPDEC) auf einer internationalen Konferenz in Tokio werbewirksam vorgestellt und ist in einer Hinsicht schon heute ein voller Erfolg: sowohl die Amerikaner als auch die Europäer reagierten äußerst beunruhigt! Die europäische Reaktion: es wurde im Frühjahr 1984 ein EG-Projekt mit zunächst 5 Jahren Laufzeit ins Leben gerufen, das European Strategic Programme of Research and Development in Information Technology (ESPRIT). Absicht des ESPRIT-Programms ist die Förderung innovativer Forschung und Entwicklung in der Informationstechnologie durch kooperative Projekte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die die Gemeinschaft teilweise finanzieren wird (ESPRIT programme, 1984). Der Bereich der Informationstechnologie wird auch in Europa für einen Schlüsselbereich der Zukunft gehalten, in den investiert und der koordiniert werden muß. Grundsätzliche Voraussetzung für die Förderungswürdigkeit von Projekten durch das ESPRIT-Programm ist die Zusammenarbeit von mindestens zwei unabhängigen Partnern aus der Wirtschaft, der Hochschule oder aus Forschungsinstituten.

Auch das japanische Projekt „5. Computer-Generation“ wird vom Staat koordiniert, auch hier arbeiten Industrie und Wissenschaft zusammen. Die Erforschung und Entwicklung sogenannter „wissensbasierter Systeme“ ist ein wesentlicher Teil des ESPRIT-Programms. Die Wissenschaftler haben ihrem Gebiet den Namen „Künstliche Intelligenz“ gegeben.

Abgrenzung der Begriffe

Intelligenz erfordert Wissen; was jedoch verstehen wir unter „Intelligenz“, was unter „Wissen“? Ein Blick ins Lexikon (dtv) gibt etwa folgende Definition: „Wissen [germ. Stw., Urbedeutung »gesehen, erkannt haben«]: zunächst der Inbegriff von Kenntnissen und Erkenntnissen, allgemein auch das Innewerden einer spezifischen Gewißheit ... Wissen kann sich gründen auf Erfahrung, Vernunft, Gewöhnung, Instinkt. Es dient der äußeren Daseinsgestaltung (Leistungswissen), der Erhöhung der Persönlichkeit (Bildungswissen) oder der Begründung der religiösen Existenz (Heilswissen, Erlösungswissen)“.

Dagegen eine Definition von Wissen aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz (Abk.: KI): „Wissen (wird) in der KI als eine Ansammlung von Kenntnissen, Erfahrungen und Problemlösungsmethoden verstanden, die den Hintergrund für komplexe Informationsverarbeitungsprozesse bilden. Das Wissen besteht aus Daten über Objekte, Relationen und Prozesse.“ (W.



Wahlster: Die Repräsentation von vagem Wissen in natürlich-sprachlichen Systemen der Künstlichen Intelligenz, 1977)

Es läßt sich leicht ablesen, daß der Wissensbegriff, der in der KI benutzt wird, den allgemein gebräuchlichen Wissensbegriff nicht voll überdeckt: *Wissen in der KI meint nichts weiter als Regeln!*

Betrachten wir ebenso den Begriff Intelligenz: „Intelligenz: Klugheit, Fähigkeit der Auffassungsgabe, des Begreifens, Urteilens; geistige Anpassungsfähigkeit an neue Aufgaben...“ (dtv-Lexikon) Intelligenz ist mit Erkenntnis und mit Dynamik sowie insbesondere mit Reflexion über das Selbstverständnis untrennbar verbunden.

Was ist *Künstliche Intelligenz*? Eine allgemeingültige Definition ist bisher nicht gefunden worden, es gibt nur Umschreibungen von KI-Wissenschaftlern. Eine besonders weitgehende „Abgrenzung“: „... de facto gehen die meisten Wissenschaftler der Künstlichen Intelligenz von der Arbeitshypothese – die sich als falsch herausstellen mag – aus, daß es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen den kognitiven Fähigkeiten von Mensch und Maschine gibt.“ (J. H. Siekmann, Informatik-Fachbericht 59, 1982) Siekmann geht sogar soweit zu behaupten: „... obwohl es irrig ist zu glauben, ein Computer könne nicht so programmiert werden, als ob er Emotionen habe, ist er doch nicht in der Welt, wie wir es sind und wird, selbst rapiden technologischen Fortschritt vorausgesetzt, eine uns fremde Intelligenz bleiben.“

Der Begriff *Künstliche Intelligenz* ist problematisch. Wenn Wissenschaftler so abenteuerliche Aussagen veröffentlichen, ist es nicht verwunderlich, wenn Laien befürchten, den Computer im Grenzbereich des Übersinnlichen angesiedelt sehen zu müssen. Nicht nur deutsche „KI-Päpste“ vertreten öffentlich diese Position, die amerikanische KI-Gemeinde ist im wesentlichen derselben Meinung. Alan M. Turing erfand schon 1950 seinen berühmten Turing-Test, ein Standard, mittels dessen der Computer auf ausreichende Imitation eines Menschen getestet werden kann: Ein Mensch als „Intelligenz-Tester“ ist mit seinem Gegenüber nur durch ein Fernschreib- oder Bildschirmterminal und eine Leitung verbunden; eine bestimmte Zeitlang kann der Tester beliebige Fragen stellen, aus deren Beantwortung er auf die Intelligenz seines Testobjektes schließen kann. Wenn der Tester danach nicht herausgefun-

den hat, ob sein Testobjekt ein Mensch oder eine Maschine war, muß er – falls es sich um eine Maschine handelte – ihm „Intelligenz“ im menschlichen Sinne zubilligen.

Andererseits soll nicht verschwiegen werden, daß es auch einige ernsthafte Kritiker der KI gibt. Namentlich Hubert Dreyfus beschrieb 1972 in seinem Buch „What Computers Can't Do“ die Grenzen der Künstlichen Intelligenz. Der Nicht-Informatiker, aber insbesondere auch jeder Informatiker, muß sich, wenn im Zusammenhang mit Computern mit Begriffen wie Intelligenz und Wissen hantiert wird, jederzeit bewußt sein, daß es sich hierbei um Worte der Fachsprache der Informatiker, speziell der KI-Gemeinde innerhalb der Informatik, handelt, die nicht verwechselt werden dürfen mit denselben Worten, benutzt in der Umgangssprache!

Künstliche Intelligenz

Die *Künstliche Intelligenz* ist ein Teilgebiet der Informatik, das sich damit beschäftigt, Systeme mit „intelligentem Verhalten“ mittels optimaler interner Strukturen und Abläufe zu synthetisieren. Die KI interessiert sich jedoch nicht für jede Art der Imitation intelligenten Verhaltens; ein Autopilot oder eine automatische Schiffssteuerung sind uninteressant. Interessant für die KI sind nur Systeme, die entweder mathematisch anspruchsvoll sind oder neue Einsichten in menschliches Verhalten und Denken erwarten lassen. Man könnte sogar sagen, die KI beschäftigt sich mit dem, was (noch) nicht realisierbar ist.

Die KI läßt sich im wesentlichen in drei Bereiche gliedern:

- ▷ Verarbeitung natürlicher Sprache,
- ▷ Bildverstehen, Mustererkennung,
- ▷ Expertensysteme.

Im Gegensatz zur „restlichen“ Informatik hat die *Künstliche Intelligenz* allgemeinverständliche und aufsehenerregende Ziele. Folge der leichtfertigen Wahl der Worte und ihrer ebenso leichtfertigen Verbreitung sind entsprechende Erwartungen, die sich oft nicht erfüllen lassen. Die Forschungsgebiete der *Künstlichen Intelligenz* sind bisher weitgehend akademisch, ihre Anwendung im „täglichen Leben“ ist kaum erprobt, es handelt sich vorwiegend um „reine Forschung“ (obwohl die Anfänge sich bis in die 50er Jahre zurückverfolgen lassen). Die Forschung und Entwicklung der KI fand bis vor wenigen Jahren, ohne daß von ihr viel Notiz genom-

men wurde, im Elfenbeinturm und in Militärlaboratorien statt. Nun wird in jüngster Zeit die Ansicht vertreten, die Künstliche Intelligenz lasse sich mit Gewinn anwenden. Dies ganz speziell unter dem Aspekt, daß es sich hierbei um einen der Schlüsselbereiche der Zukunft handelt, dessen heutige Vernachlässigung einen nicht wiederholbaren Rückstand gegenüber der Konkurrenz bedeutet. Ergebnis dieser Überzeugung ist eine nicht unerhebliche Ausschüttung öffentlicher Gelder (siehe ESPRIT-Programm), insbesondere für die Anwendbarmachung der Künstlichen Intelligenz. Spätestens unter diesen Voraussetzungen besteht die dringende Notwendigkeit, mögliche Anwendungen und ihre Wirkungen zu untersuchen.

Expertensysteme

„Als Expertensystem bezeichnet man in der KI wissensbasierte Systeme, die Expertenwissen und darauf beruhende Fähigkeiten maschinell verfügbar machen. ... Expertensysteme werden meist als interaktive Beratungssysteme konzipiert.“ (W. Wahlster: Aufgaben, Standards und Perspektiven sprachorientierter KI-Forschung, 1982) Expertensysteme sind motiviert durch die Vorstellung, die Expertise eines menschlichen Experten könnte automatisiert werden, womit die Möglichkeit beliebig häufiger Reproduktion und damit beliebiger Verfügbarkeit gegeben wäre. Expertensysteme sind das aufsehenerregendste Ergebnis der KI-Forschung, weil sie „Intelligenz“ zu beinhalten scheinen.

Die Problembereiche, für die Expertensysteme entwickelt wurden, sind charakterisiert durch eine große Anzahl möglicher Lösungen, die auf Richtigkeit bzw. Anwendbarkeit geprüft werden müssen. Expertensysteme arbeiten nur in extrem eng eingegrenzten Bereichen. Ein Expertensystem besteht im wesentlichen aus einer Sammlung relevanter Regeln, der sog. Wissensbasis, sowie einer Problemlösungskomponente, die die vom Benutzer an das System gestellte Anfrage aus der Wissensbasis zu beantworten versucht.

Das Expertensystem MYCIN beispielsweise diagnostiziert auf Grund von Untersuchungsergebnissen bakteriogene Krankheiten, die mit Antibiotika behandelt werden, und macht Therapievorschläge. MYCIN hat die Funktion zu entscheiden, welcher Bakterientyp die Infektion eines Patienten verursacht hat; darauf aufbauend schlägt das Expertensystem eine Therapie vor.

Die „Wissensbasis“ von MYCIN besteht aus etwa 450 heuristischen Regeln. Ein Beispiel für eine Regel zur Diagnosefindung:

- Wenn
1. die Gramfärbung des Bakteriums positiv ist, und
 2. das Bakterium kokkenförmig ist, und
 3. das Bakterium nach Zellteilungen Haufen bildet,
- dann handelt es sich mit einer Sicherheit von 0,7 bei dem Bakterium um Staphylokokken.

Expertensysteme gibt es fast nur im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, da hier Bedingung und Folge weniger umstritten, teilweise sogar eindeutig sind. Expertensysteme lassen sich natürlich auch hervorragend für *militärische Zwecke* einsetzen. D. B. Lenat hat sein EURISKO-Programm, ein Expertensystem, das aus einer „Wissensbasis“ grundlegender, axiomatischer Regeln eines eingegrenzten Gebietes neues „Wissen“, sprich: neue Regeln, entwickelt, u. a. auf Kriegsspiele angewendet. Das Expertensystem hat folgende Entdeckung gemacht: „Da nach den Spielregeln das langsamste Schiff die Wendigkeit der gesamten Flotte bestimmt, versenkt sich ein nicht mehr seetüchtiges Schiff selbst; eine vernünftige Methode, die Kampfkraft der Flotte zu erhöhen.“ (D. B. Lenat: Computer Software for Intelligent Systems, Scientific American, Sept. 1984; dtsh: Spektrum der Wissenschaft, Nov. 1984)

Ein Expertensystem läßt sich mit veränderter „Wissensbasis“ also für die unterschiedlichsten Zwecke einsetzen. Das Kriterium, das ein Expertensystem von einem herkömmlichen Programmsystem unterscheidet, ist die zur Programmierzeit nicht explizit festgelegte Reihenfolge des Aufrufs von Regeln. Daraus ergibt sich bei großen Regelbasen zwangsläufig eine gewisse „Undurchschaubarkeit“. Hierin wird häufig die „Intelligenz“ von Expertensystemen gesehen: „Programme wie MYCIN können sich ... an Situationen anpassen, die der Programmierer nicht vorhergesehen hat: die Art und Weise, wie das Programm von seinem Wissen Gebrauch macht, wird vom Programmierer nicht bis in jede Einzelheit festgelegt.“ (D. B. Lenat, a.a.O.) Jede Wenn-Dann-Regel ist ohne direkten Bezug zur übrigen Regelbasis, d. h. jede Regel kann völlig unabhängig eingefügt, modifiziert oder gelöscht werden.

Wie ist die Expertise von Expertensystemen zu

beurteilen? Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen einem Anfänger und einem Experten eines Gebietes:

- Ein Experte weiß mehr über sein Spezialgebiet.
- Ein Experte kann dieses Wissen effizienter anwenden.

Ein Nicht-Experte kann selbst bei gleich mächtigem Regelwissen ohne den Erfahrungshintergrund des Experten die Wissensbasis nicht angemessen nutzen. Experten folgern nicht auf der Grundlage vieler Wenn-Dann-Regeln (so funktionieren Expertensysteme), sondern eher auf der Grundlage von Situationen. Ein Experte hat gelernt, sein Wissen ständig besser, also effizienter zu nutzen. Sein Regelwissen wird auf Grund von Erfahrungen integriert, er ist in der Lage, über sein Wissen zu reflektieren.

Expertensysteme sind nur in eng eingegrenzten Sachgebieten effizient. Ihre Regelbasis muß zur Gewährleistung akzeptabler Bearbeitungszeit relativ klein bleiben (die konkrete Größe ist abhängig von der Leistungsfähigkeit des Rechners), da die Ableitungsmechanismen sich durch Vergrößerung der Regelbasis nicht ändern. „Wissensbasierte Systeme“ sind genausowenig wie andere Programmsysteme in der Lage, ein Modell ihrer begrenzten Welt zu bilden, um neues Wissen bewerten und integrieren zu können: es handelt sich um statische Systeme.

Ein Expertensystem bleibt immer ein Werkzeug, es kann nie ein Partner werden. Daraus folgt: die Expertise eines Expertensystems ist nicht zu vergleichen mit der eines Experten, ein Expertensystem ist nicht zu vergleichen mit einem Experten. Ein Expertensystem kann nur mit Gewinn eingesetzt werden, wenn diese Grenzen stets beachtet werden. Dies läßt indessen in abgegrenzten Bereichen, z. B. bei der Konfiguration komplexer technischer Systeme, manche neuartige Anwendung zu.

Die Projekte, die „wissensbasierte Systeme“ entwickeln und einsetzen, beziehen Grenzen und Wirkungen ihrer Systeme nur in Ausnahmefällen in ihre Forschung ein. Die Terminologie entwickelt allzu häufig ihr Eigenleben: die anthropomorphe Ausdrucksweise bringt auch Systementwickler dazu, ihrem System prinzipiell alle menschlichen Fähigkeiten zuzutrauen. Oder ist es doch umgekehrt?

Hans-Dieter Kübler: Kompaktionen Wie verändern die Computer die sozialen Beziehungen?

Prof. Dr. Hans-Dieter Kübler, Jahrgang 1947, lehrt mit dem Schwerpunkt Medienwissenschaft und -pädagogik an der Universität Münster. Veröffentlichungen: Unterhaltung und Information im Fernsehen, Tübingen 1975; Neue Medien und Jugendhilfe, Darmstadt/Neuwied 1984 (zusammen mit D. Baacke, B. Armbruster und m. Stoffers); Jenseits von Orwell. Analysen zur Instrumentierung der Kultur (Hg.), Frankfurt/M. 1984.

„High-Tech“ beherrscht nicht mehr nur die industrielle Produktion, die Büros und Entwicklungszentren und krepelt dort die Arbeitsformen wie -inhalte von Grund auf um; „High-Tech“ überwältigt nun auch die Vieh-Ranches des amerikanischen Westens und vertreibt vollends einen der letzten maskulinen Berufe, den des Cowboys, an den sich nicht nur nostalgische Jugendträume vieler Generationen, sondern auch – künftig um so mehr – simple Ideologien westlicher Überlegenheit heften, wie sie in den USA derzeit en vogue sind.

Die Fertigungsstraßen der Groß- und Serienproduktion werden „Maschloniker“ überwachen, und zwar voraussichtlich rund um die Uhr, wie die Maschinen optimal gefahren werden. Das sind Facharbeiter mit Doppelqualifikation, als Maschinenschlosser und Elektroniker, die bei Störungen sowohl mit dem Schraubenschlüssel umgehen als auch elektronische Schaltelemente austauschen können. Ausgebildet wurden und werden sie wie alle Schüler mittels „Eduware“, die Schulen oder auch private Kollegs in reichhaltigen, bis ins letzte spezialisierten Sortimenten vorhalten. Denn höchstes didaktisches Ziel wird das „Edutainment“ sein, jene gefällige Form der Instruktion, die sich der spielerischen, unterhaltenden Kurzweiligkeit der elektronischen Medienkonkurrenz uneingeschränkt befeilt.

Was „Telematik“ (Tele-[Infor]matik), „Communication“ (Compu[ter]-[Commu]nication) oder „Infotekation“ (Info[r]mationsverarbeitungs[te]chnische Kommunikation) in Wirtschaft Gesellschaft und Alltag bewirken (werden), das reflektiert und antizipiert die Sprache bereits, die

„Neusprache“ oder, wie die zeitgemäßere Übersetzung vorschlägt, der „Neusprech“ (Orwell, 1984): die Verschmelzung nämlich von Mikroelektronik und optischer Nachrichtentechnik zu einem neuen, mächtigen Industrialisierungspotential, die damit verfolgte und letztlich bewirkte Vernetzung aller Lebensbereiche und ihre entsprechende Konditionierung durch das Diktat der Ökonomie. Als Kontamination von Begriffen zu synthetischen Neukonstrukten und als Eliminierung von allem Überflüssigem manifestieren sie sich sprachlich: „Compaktionen“ (Comp[uter und Inter]aktionen), hier nach den kuranten Mustern versuchsweise neu geschöpft, dieser Begriff empfiehlt sich möglicherweise für die expandierenden Mensch-Maschine-Interaktionen – so wie „wg.“ im vergangenen Jahr zum politischen Fanal avancierte und in banalere Bereiche vordringt.

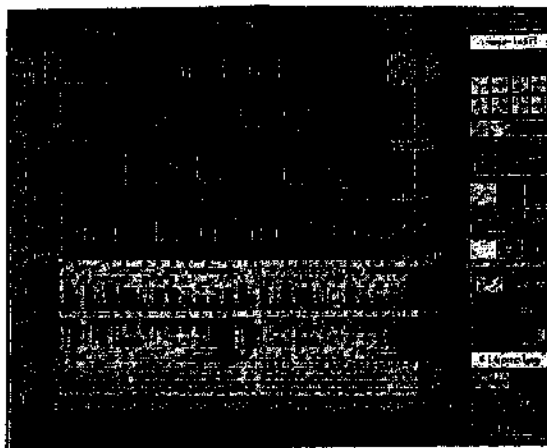
Der Computer verändert die Anatomie der Gesellschaft fundamental

Rationalisierung ist angesagt in umfassenden und gründlichen Ausmaßen ohnegleichen, und zwar mit doppelter Schubkraft: als Subordination aller ökonomisch relevanten Tätigkeiten unter das Zeitprinzip einerseits – und nach der vorausgegangenen Industrialisierung der Handarbeit stehen dafür vor allem die geistigen, kognitiven Arbeiten an –, jener mithin, die herkömmlicherweise in Kultur und Kommunikation, in Lernen und Sinnerfahrung aufgehoben sind; und andererseits als Instrumentierung bisher noch archaischer, zumindest vorindustriell organisierter Lebens- und Kommunikationsbereiche, um sie der Technisierung und damit der ökonomischen Verwertung zu unterwerfen.

Eine lukrative Expansion des Konsummarktes ist bei dieser sicherlich zu erzielen, der reißende Absatz von Heimcomputern avisiert den Trend, aber als ökonomisch entscheidender dürfte sich die durch die Elektronik erwirkte Intensivierung der Produktion insgesamt erweisen. Sie bleibt indes nicht auf die Fertigung im engeren Sinne beschränkt, sondern ergreift ebenso gravierend – und daraus resultiert der qualitative Impuls – ihre „Peripherien“ und Abhängigkeiten, von der Entwicklung über die Buchführung, Verwaltung und Personaldisposition bis hin zur Distribution und dem Handel.

Als universelle Maschine wie vor ihm nur die Uhr verändert der Computer die Anatomie der

Gesellschaft fundamental, immaterialisiert tendenziell sämtliche Verkehrsformen und wird auch das Denken und die Wahrnehmung nicht unbeeinflusst lassen. Denn „autonome Maschinen“ – so bezeichnet sie der weltweit bekannte Computerfachmann wie-kritiker J. Weizenbaum (1978, S. 44) – funktionieren „aufgrund eines eingebauten Modells eines Aspekts in der realen Außenwelt von allein“: „Wo die Uhr zur Zeitrechnung benutzt wurde, da beruhte die Einteilung des täglichen Lebens durch den Menschen nicht mehr ausschließlich etwa auf dem Stand der Sonne über bestimmten Bergen oder auf dem Krähen des Hahns, sondern auf dem Zustand eines sich autonom verhaltenden Modells einer Naturerscheinung. Die verschiedenen Zustände dieses Modells wurden mit Namen versehen und damit konkretisiert. Und die Summe dieser Zu-



stände durchsetzte die bestehende Welt und veränderte sie, und zwar so einschneidend wie vielleicht bei einer geographischen oder klimatischen Umwälzung globalen Ausmaßes. Von jetzt an mußte der Mensch neue Sinne entwickeln, um sich zurechtzufinden. Die Uhr hatte buchstäblich eine neue Wirklichkeit geschaffen“ (ebd., S. 45).

Die Mutation verläuft mithin mählich, graduell; sie ergibt sich erst aus einer unüberschaubaren Vielzahl einzelner Transformationen. Das macht es so außerordentlich schwierig und riskant, übergreifende, triftige Prognosen, eine „zuverlässige Vorausschau über alle Veränderungen unseres wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens durch diese Querschnittstechnologie“ zu erstellen, wie es zu Recht im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur „Anwendung der

Mikroelektronik“ (Bundestagsdrucksache 10/545) heißt, über den der Deutsche Bundestag am 10. November 1983 debattierte (Plenarprotokoll 10/83, 2180 C ff). Notorischen Vereinfachern erleichtert die latente Partikularität des Wandels hingegen die unbeirrte Zuversicht, die anstehenden Umwälzungen mit den gedienten Strategien zu bewältigen und die eingespurten Bahnen linear fortzuschreiben.

So sieht sich die neokonservative Bundesregierung in ihrem Programm „Informationstechnik“ (1984) mit einem „internationalen technologischen und wirtschaftlichen Wettlaufstrategischer Dimension“ konfrontiert, „bei dem auch die europäischen Industrienationen um eine längerfristige Vormachtstellung oder gegen das Zurückfallen kämpfen“ (S. 24). Mit der Behauptung einer „Führungsposition“ will sie dieses Gefecht „auf Gedeih oder Verderb“ (Friedrichs/Schaff, 1982) für die Bundesrepublik entscheiden. Technik und Wirtschaft sollten ihre (Markt-)Chancen ergreifen und sich dem internationalen Wettbewerb stellen, der Staat werde sämtliche aufhaltenden oder belastenden Hemmnisse wegräumen, günstige Rahmenbedingungen schaffen und – was nicht gern lauthals verkündet wird, aber jede Maßnahme prägt – mit einem gigantischen Investitionshilfe- und Subventionsprogramm die anfallenden Risiken und Entwicklungskosten finanziell abfedern. Den Individuen werden ein unerschütterlicher Optimismus, ein gehöriges Maß Gottvertrauen sozusagen, sowie „Lern- und Leistungsbereitschaft“ anempfohlen, um die „Herausforderungen der Technik“ zusammen mit der verantwortlichen Politik annehmen zu können.

Formierung durch die instrumentelle Vernunft

Die Kehrseite, die gesellschaftspolitische Dimension des sog. technologischen Strukturwandels, enthüllt sich mithin; auch sie hat J. Weizenbaum für die USA bereits vor mehr als acht Jahren prognostiziert, mit dem üblichen „time lag“ kündigt sie sich nun auch hierzulande an: „Der Computer“, diagnostizierte er (1978, S. 54), „kam gerade noch rechtzeitig, um gesellschaftliche und politische Strukturen intakt zu erhalten – sie sogar noch abzuschotten und zu stabilisieren –, die andernfalls entweder radikal erneuert worden oder unter den Forderungen ins Wanken geraten wären, die man unweigerlich an sie gestellt hätte.“ Und er begründet seine These: „... viele Probleme im Zusammenhang mit Wachstum und

zunehmender Komplexität, die in den Nachkriegsjahrzehnten hartnäckig und unwiderstehlich nach einer Lösung drängten, hätten als Anreiz für politische und gesellschaftliche Neuerungen dienen können. Eine enorm beschleunigte Tätigkeit auf dem Sektor sozialer Erfindungen, die dann eingesetzt hätte, würde uns heute als ebenso natürliche der damaligen Zwangslage erscheinen wie die Flut von technischen Erfindungen und Innovationen, die tatsächlich ausgelöst wurde“ (ebd.).

Mit der modernen Datenverarbeitung und Elektronik läßt sich die ungezügelte, konsumorientierte Produktion, das bloß quantitative Wachstum, die „Anarchie des Kapitalismus“ (Marx) in den Industrienationen ein weiteres Mal stabilisieren oder sogar erneut steigern; die einhergehende Komplexität und potentielle Gefährdung der natürlichen Ressourcen erfahren durch sie eine vordergründige Strukturierung und Steuerung. Daher erfreut sich der sog. Strukturwandel einer vorbehaltlosen Förderung und euphorischen Legitimierung durch alle konservative Politik: Die blinde Flucht nach vorn mißfällt zum Prädikat gesellschaftlicher Zementierung.

Doch ihr struktureller Preis zeichnet sich gleichfalls schon ab: die wachsende Polarisierung der Gesellschaft, und zwar nicht mehr nur zwischen jenen, die bezahlte Arbeit haben, und jenen, die keine bekommen, sondern auch zwischen jenen, die sich der rasanten Umwälzung anpassen können oder gar von ihr profitieren, und jenen, die es nicht (mehr) können, aus welchen Gründen immer, zwischen den High-tech-Erprobten und den Technikabstinenten (hierlands sogleich als -feinde verfeimt), zwischen den Informationskompetenten und den Nichtinformierten usw. „Zunehmende Wissenskluft“, „neue soziale Armut“, „Arbeitsgesellschaft versus Schattenwirtschaft und Aussteigermentalität“, „Überstrapazierung des sozialen Netzes“, „Eliteförderung statt Chancengleichheit“ – das sind einige der gängigen, eher verharmlosenden Schlagwörter, die jene gesellschaftlichen Verwerfungen sinnfällig indizieren. Sicher, die Geschichte läßt sich niemals wiederholen, und Weizenbaums Monitum ist in seiner abstrakten Radikalität überholt. Aber: ob als unvermeidlicher Fortschrittsobolus hingenommen oder als notwendige gesellschaftliche Disziplinierung einkalkuliert, die ungebremste Technologieoffensive formt sich ihr gesellschaftliches Fundament. Zu

immens sind die aufgebrachten Kapitalien, die privaten wie die öffentlichen (die aus anderen gesellschaftlichen Aufgabenfeldern abgezogen werden), zu einseitig werden sie investiert, zu unilinear wird die technische Produktivität forciert, ausschließlich an betriebswirtschaftlichen Kosten-Gewinn-Rechnungen fixiert, zu einfalllos wird die wechselseitige Konkurrenz der Industrieländer favorisiert, anstatt internationale Arbeitsteilung anzustreben, zu borniert wird der Markt als vorgeblich allein wirksames Regulativ hofiert (bei gleichzeitiger, aber uneingestandener Innovationsubventionierung und Risikomilderung durch die öffentliche Hand). Die anstehende Computerisierung der Gesellschaft ist dafür nicht allein verantwortlich, aber sie markiert den (vorläufigen) Höhe- und Endpunkt der fortschreitenden Formierung durch die instrumentelle Vernunft. Ihr kann „nur“ noch die technische Manipulation von Natur und Mensch folgen.

Wie sich die Makrostrukturen der Gesellschaft polarisieren, so differenzieren sich auch die Kommunikationsbeziehungen im Konkreten aus. Jene schlagen sich in diesen ungehindert nieder, diese konstituieren jene materiell. Denn Elektronisierung von Kommunikation am Arbeitsplatz und im Alltag impliziert vorderhand sowohl deren Aussonderung nach ökonomisch rentablen und unrentablen Sektoren als auch deren Formalisierung. Neue Qualitäten brauchen dabei nicht unbedingt zu entstehen, zumal ein dramatischer Zuwachs an kommunikativer Nachfrage bei der Mehrzahl der Konsumenten kaum und vor allem nicht von selbst zu erwarten ist. Quantitative Vervielfachung der schon vorhandenen Inhalte und Intensivierung der Übertragung dürften daher vorherrschen.

Die verwertete, instrumentierte Kommunikation wird sich immer markanter von den alltäglichen Gesprächen und Handlungen abtrennen; sie gehorcht ihren strikt rationalisierten Zwecken und computertüchtigen Algorithmen einerseits und genügt andererseits ihrer technischen Eigendynamik, der abstrakten Kapazitätssteigerung und Komplexitätsverdichtung, zunehmend selber – eine Erfahrung, die alle faszinierten Computernutzer, die sog. Freaks, fortwährend gewärtigen und die zur ständigen Erweiterung ihres Equipments oder – falls finanziell verkraftbar – zum kontinuierlichen Aufstieg im „Hardware“-Sortiment zwingt, vom simplen Heimcomputer etwa zum tüchtigeren Personalcomputer usw.

Strukturelle Veränderungen von Arbeit und Kommunikation

Wird Kommunikation unter technischen Vorzeichen instrumentiert, verliert sie nicht nur ihre persönliche Unmittelbarkeit, ihre Chance zur Spontaneität und ihre individuelle Zufälligkeit, sie wird auch auf strikten Informationsaustausch, auf ihren denotativen Kern reduziert. Alles Beiläufige, Unspezifische, subjektiv oft nicht Eingestandene, aber gleichwohl Erwünschte fällt weg, am Arbeitsplatz ebenso wie bei den alltäglichen Besorgungen. Doch sie sind keine fakultativen, beliebig eliminierbaren Zutaten; vielmehr konstituieren sich aus ihnen Sozialität, emotionale Anrührung und humane Sinnlichkeit, das, was Sozialpsychologen etwas nüchtern als elementaren „Beziehungsaspekt“ bezeichnen (Watzlawick u. a., 1974). Mit seiner Hilfe gelingt die permanente Interpretation des Gesagten, die sog. meta-kommunikative Selbst- und Fremdverständigung, Einordnungen, Relativierungen und Ironisierungen mithin, die dem Denotat erst die semantische Vollständigkeit und Vielfalt verleihen.

Instrumentierter und computernormierter Datenverkehr ist hingegen gänzlich eindeutig, soll heißen: semantisch einschichtig, mit akkuraten Oppositionen und unweigerlichen Schlußfolgerungen. Wenn inzwischen Experten bereits von nächsten Gerätegenerationen schwärmen, die menschliches Denken, sog. heuristische Operationen, perfekt simulieren könnten, so ändert dies grundsätzlich nichts an der diametralen Verlaufsmethode. Sie bleibt analytisch, d. h. sie basiert auf der destruktiven Zergliederung des angegangenen „Problems“ in logische Dichotomien, auch wenn sie sich als synthetisches Konstrukt zu „versinnlichen“ trachtet.

Denn ihre technische Kapazität und ökonomische Attraktivität resultiert außer aus der strikten



Zweckrationalität aus dem unerbittlichen Zeitdiktat. Ihm wird die instrumentierte Kommunikation gänzlich unterworfen, gleichsam als Äquivalent für die bewirkte tendenzielle Aufhebung räumlicher Entfernungen und gegenständlicher Dimensionen. Nur zeitliches Format nehmen die Computeroperationen an, sofern sie nicht auf Disketten gespeichert werden, einen räumlichen Umfang fixieren sie kaum noch. Sämtliche Nutzungskosten sind zeitlich definiert. Wer künftig Informationen vom Bildschirm abrufen, zahlt nicht nur für Material (Hardware) und Programm (Software) als fixe Kosten wie beim herkömmlichen Träger, sondern auch – und voraussichtlich mit wachsendem Anteil – für die Zeit, die er zu Abrufen und Aufnahme braucht. Daher wird jeder Kommunikationsanbieter genau kalkulieren (müssen), wie viele Informationen (sprich: Zeiteinheiten) er und seine potentiellen Kunden sich werden leisten können.

Schließlich ermöglicht der elektronische Bildschirm die Messung kognitiver Arbeiten in Zeiteinheiten, das tayloristische Prinzip erobert nahezu sämtliche Tätigkeiten – mit Ausnahme vielleicht jener, die anderen Verwertungsmaximen unterliegen (z.B. Management). Selbst die einst vorindustrielle Routine-Heimarbeit kehrt in rationalisierter Form wieder. Entsprechende Pilotversuche laufen bereits, und Politiker feiern sie als attraktive Chance für Mütter mit Kleinkindern und für Arbeitnehmer in ländlichen Regionen. Vier Prozent der Arbeitnehmer werden in 10 Jahren nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Urbanistik an solchen „dezentralen Heimterminals“ arbeiten, in den USA, schätzt man, sogar nahezu zehn Prozent. Denn die Büros sind dann allen Prognosen zufolge leergefegt, Beschäftigungen für Frauen dürften vornehmlich in dieser Form angeboten werden (Weber-Nau, 1984).

Theoretisch betrachtet, wird man die forcierte Verzweckung und Entsinnlichung der instrumentellen Kommunikation, unter der heute schon viele Beschäftigte zu leiden haben, womöglich kompensieren können, sofern genügend und anregende Gelegenheiten geschaffen werden. Aber es bedarf dann eben der professionellen Kompensations- und Kommunikationsofferten, und die Vielzahl von Encounter- und Selbsthilfegruppen, von Aktivferien und sinnlichen Tätigkeiten, von alternativen, genossenschaftlich orientierten Bewegungen bis hin zu weltanschaulichen Vereinigungen und religiösen Sekten sind

sinnfälliger Ausdruck dieser unerfüllten Bedürfnisse. Die Segmentierung ihrer Befriedigung, auch erste Voraussetzung ihrer Vermarktung, scheint jedenfalls unaufhaltsam, immer weniger Individuen genießen offenbar den Vorzug, ganzheitliche Erlebnisse und Erfahrungen gewärtigen zu können: „Heimarbeiterinnen“, konstatierte die Psychologin Ursula Lehr bei einem SPD-Hearing, „verlieren alle positiven Erlebnisfaktoren der eigenen Leistung, Anerkennung durch andere, Erweiterung des Lebensraumes und der sozialen Kontakte – erleiden aber auch zugleich die negativen Auswirkungen familienzentrierter Mütter, wie zu enge, zu häufige, aber nicht sehr intensive Kontakte zu den Kindern und der Wegfall von außerhäuslichen Anregungen und Stimulationen, die sich auch der Familie mitteilen“ (zit. nach Weber-Nau, 1984).

Eine neue kopernikanische Wende?

Aber ihre Deprivationen bleiben auf Dauer wohl nicht auf sie beschränkt. Wenn die alltäglichen Besorgungen, das Einkaufen, der Behörden-gang, die Erledigung bei Post und Bank, der Bezug öffentlicher Leistungen, allmählich jenem instrumentell-ökonomischen Kalkül zu gehorchen haben, dürfte die soziale Kontaktarmut noch weiter um sich greifen. Denn für viele, vor allem für die sozial „randständigen“ Bevölkerungsgruppen wie Alte, Ausländer, Behinderte, aber auch für Kinder und Hausfrauen, beinhalten solche Einrichtungen zugleich auch ungerichtete Kommunikation, soziale Erfahrung, bisweilen auch Bewährung und Anerkennung der eigenen Handlungsfähigkeit, so bescheiden sie auch immer ausfallen mögen. Meist sind damit zudem beiläufige Beratung, Orientierung oder gar Hilfestellung verbunden, auf die viele dringend angewiesen sind. Die elektronische Version der Besorgungen, in der Regel vom Heimterminal aus verrichtet, wird dieses kommunikative Surplus und Nebenbei nicht ohne weiteres bereitstellen; bei ihr kommt es voraussichtlich zur besonderen Serviceleistung. Schwellenängste werden dadurch gewiß nicht vermindert. Und ist sie erst als exklusiver Kundendienst entdeckt und ausgegrenzt, dürften ihre gesonderte Honorierung in der privaten Wirtschaft, ihre nachzuweisende Berechtigung im öffentlichen Sektor nicht lang auf sich warten lassen.

Höhere Anforderungen besonders an all jene, die es nicht (mehr) gewohnt sind, ihr Anliegen

strikt zu formalisieren, präzise auf die vorfindliche Bedienungsstruktur der Automaten auszurichten, werden die neuen Systeme gewiß stellen. Bequemlichkeit und rasante Datenübermittlung fordern ihren apparativen Preis. So mancher in den Versuchsgebieten von Bildschirmtext in Düsseldorf/Neuß und in Berlin hatte Mühe, mit den vermeintlich logisch aufgebauten, mancherorts aus Werbezwecken irreführenden Suchbäumen zurechtzukommen und tatsächlich den gewünschten Anbieter anwählen zu können. Dies, obwohl sich ohnehin vorwiegend Personen mit überdurchschnittlichem formellem Bildungsniveau, mit qualifizierten Berufspositionen und mit gehobenem Einkommen an Pilotprojekten beteiligten.

Vor einer derart „wachsenden Wissenskluft“ warnen amerikanische Wissenschaftler nun schon seit einigen Jahren. Sie meinen damit die Tendenz, daß nur auch sonst sozial privilegierte Bevölkerungsgruppen mit der ständig wachsenden Informationsflut ihren Interessen gemäß umzugehen wissen. Die überwiegende Mehrheit scheint darin „unterzugehen“ oder gegen sie abzustumpfen, weil sie keine Kriterien der Auswahl und der zielgerichteten Bewertung vermittelt bekommt.

Schon läßt sich aus den USA die Kunde von einer neuen romantischen, fast mystizistischen Strömung, von einer evolutionären Bescheidenheit vernehmen, die unter den Computereffreaks grassiert. Sie markiert wohl die psychische Reaktion auf die hypertrophe Entsinnlichung der Mensch-Maschinen-Interaktionen (und trifft sich zudem auf merkwürdige Weise mit dem dominanten konservativen Klima). Zu dieser Erkenntnis kommt die amerikanische Soziologin S. Turkle (1984), Professorin an der renommierten Technologenschmiede der USA, dem MIT (Massachusetts Institute of Technology), nachdem sie über 8 Jahre hinweg rund 400 Computernutzer, vom mit elektronischem Spielzeug virtuos hantierenden Kleinkind über die fanatischen, jugendlichen Hacker bis hin zum Forscher der sog. Artificial Intelligence (AI), eingehend befragt und beobachtet hat. Für die meisten von ihnen verkörpert der Computer nicht nur ein selbstverständliches und faszinierendes Werkzeug, vielmehr veranlaßt er sie, jeden auf seine Weise, über die eigenen Fähigkeiten und Perspektiven, aber auch über die der Menschen insgesamt nachzudenken.

Denn in wachsendem Maße billigen sie dem Computer offenbar eine eigene Existenz, eine Art Zwitterstatus zwischen Ding und Mensch zu; seine intellektuelle Konkurrenz ist völlig akzeptiert, ja oft schon so weit internalisiert, daß man Rationalität, Logik, selbst die Vernunft freiwillig an ihn abtritt und sich zu existentieller Identitätssicherung „in zunehmendem Maße auf die Seele und den Geist innerhalb der menschlichen Maschine“ konzentriert.

Für S. Turkle und ihre AI-Kollegen zeichnet sich mit der Computerisierung der Welt – und die sehen sie im selbstgerechten Ethnozentrismus nur aus amerikanischer Sicht – eine weitere kopernikanische Wende ab: Die evolutionäre Hierarchie werde neu aufgestellt, der Computer rückt dem Menschen näher, oder: die Menschen (de)generieren zu „fühlenden Computern, zu emotionalen Maschinen“.

In unerschrockener Naivität ist hier artikuliert, was die Telematisierung für die Individuen elementar zeitigen könnte: den Angriff auf das menschliche Denken und Handeln, auf das menschliche Selbstverständnis. Eine politische und gesellschaftliche Antwort darauf steht bei weitem noch aus, ja sie wird derzeit im bornierten Fortschrittstaumel nicht einmal gesucht. Im Gegenteil: die herrschende Politik forciert ihrerseits die zu befürchtenden Deformationen und Disparitäten, die sich hinter der gleißnerischen Fassade totaler Information und fulminanter Unterhaltung aufstun. Als Seismograph des affirmativen Bewußtseins reflektiert die kurante Sprache nur die sich anbahnende Verschmelzung und verheißt sie als neue Erfahrungsqualität; es bedarf der gesellschaftlichen und pädagogischen Aufklärung, um die strukturellen Frakturen und Fehlentwicklungen zu kennzeichnen und sie strategisch zu nutzen.

Zitierte Literatur

- Orwell, G.: 1984. Roman. Neu übersetzt von Michael Walter, Frankfurt/M. u. a. 1984
- Turkle, S.: Die Wunschmaschine. Vom Entstehen der Computerkultur, Reinbek bei Hamburg 1984.
- Watzlawick, P. u. a.: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien, 4. Aufl. Bern u. a. 1974
- Weber-Nau, M.: Kinder, Küche und Computer. Zu neuen Formen der Heimarbeit, in: Frankfurter Rundschau vom 8. Dez. 1984
- Weizenbaum, J.: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M. 1978

Rolf Linkohr: Keine kulturelle Selbst- behauptung ohne industrielle Präsenz

Plädoyer für eine europäische Computerindustrie

Der Physiker Dr. Rolf Linkohr, geb. 1941, ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Obmann der Sozialistischen Fraktion im Energieausschuß des EP.

Europas industrielle Abhängigkeit in der Com- puterbranche

Nur eine starke industrielle Präsenz Europas in der Welt sichert uns auf Dauer eine soziale und kulturelle Autonomie - diese These möchte ich den weiteren Ausführungen voranstellen. Damit soll ausgedrückt werden, daß die Beherrschung der Technik und ihrer Folgen nur möglich ist, wenn man die Freiheit hat, sie zu gestalten.

Europa ist dabei, diese Freiheit zu verlieren. Seine Abhängigkeit von den USA und Japan im Bereich der Informationstechnologie, insbesondere beim Computerbau ist so offenkundig, daß es fast schon langweilig, diese Feststellung zu wiederholen. Dabei hat die Computerindustrie eine unbestrittene Leitfunktion für die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik. Sie ist der Schlüssel zu den modernen Informationstechnologien, so wie einst die Dampfmaschine oder der Elektromotor zur treibenden Kraft einer ganzen Flut industrieller Innovation wurde.

Der Einwand, daß die Computerindustrie nur wenig Menschen beschäftige und daß es folglich unbedenklich sei, ihre Entwicklung zu vernachlässigen, übersieht die einfache Tatsache, daß es ohne starke Computerbranche auch keine moderne Fertigungstechnik, keine Mikroelektronik, keine neuen Telekommunikationsdienste gibt. Die Modernisierung unserer Volkswirtschaft beruht aber gerade auf der Beherrschung dieser Industrien. Es nützt auch wenig, anderen die Entwicklung der Computer zu überlassen, und sie dann zu kaufen. Spätestens seit der Hein-Studie - Werner Hein hat im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die Beschränkungen des Technologietransfers durch die USA untersucht - wissen wir, daß die Regeln für den amerikanischen Technologieexport im

Pentagon geschrieben werden, das bekanntlich wenig von der Freiheit der Wissenschaft und des Handels hält.

Es wird der europäischen, insbesondere der deutschen Industrie wenig nützen, auf ihre derzeitigen Exporterfolge hinzuweisen. Sicher, die europäische Industrie hat in den letzten Jahren wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Auf vielen Märkten konnten amerikanische und japanische Anbieter erfolgreich zurückgedrängt werden. Doch darf nicht übersehen werden, daß dieser Erfolg in Branchen erzielt wurde, deren strategischer Wert eher zweitrangig ist. Das Feld der Computerindustrie beherrschen mehr und mehr Japaner und Amerikaner.

Zu Beginn der 90er Jahre wird im Bereich der Daten- und Informationsverarbeitung ein Jahresumsatz von weltweit über 1000 Milliarden US-Dollar erwartet. Allein IBM will im Jahr 2000 über 100 Milliarden Dollar umsetzen. Big Blue, wie die Firma auch genannt wird, hat schon heute in Europa seine Hauptkonkurrenten abgehängt. IBM beherrscht das Geschäft nicht nur bei den Großrechnern, sondern ist auch bei den Mikrocomputern auf dem Vormarsch. Nicht nur die Preise, sondern auch die Normen für die offene Datenkommunikation werden von Big Blue bestimmt.

Neben Groß- und Mikrocomputern versucht IBM jetzt in die Telekommunikation einzusteigen. Erinnern wir uns daran, daß die Fernmeldebranche über viele Jahrzehnte hinweg eine der Säulen europäischer, besonders deutscher Exportpolitik war - und heute noch ist. Doch Übertragungstechniken und Datenverarbeitung wachsen in den kommenden Jahren zusammen. Wer in letzterer nicht präsent ist, hat in Zukunft in der Telekommunikation wenig zu melden.

Schon streckt auch die IBM-Leitung ihre Fühler aus. In Italien ging Big Blue mit dem staatlichen Telekommunikationskonzern „Stet“ eine Verbindung ein, aus der im nächsten Jahr in Genua ein gemeinsames Unternehmen im Bereich Mikroelektronik und Fertigungsautomation entstehen soll. In ähnlicher Weise handelt IBM in Deutschland. So vertreibt inzwischen Siemens die Computerspeichersysteme von IBM. Und es gibt Gerüchte, nach denen sich beide Firmen im Bereich der Telekommunikation näher kommen wollen. Unter Umständen spielt sich in Europa bald ein Zweikampf zwischen IBM/Siemens und ATT/Olivetti auf dem hiesi-

gen Telekommunikationsmarkt ab, denn auch letztgenannte Firmen sind aus den gleichen Gründen eine Partnerschaft eingegangen.

All dem steht die europäische Industrie ziemlich hilflos gegenüber. Der Markt ist zersplittert, was insbesondere für die Anbieter in der Fernmeldebranche gilt, waren sie doch aus historischen Gründen stets eng an die nationalen Postverwaltungen angebunden. Es gibt auch kein europäisches Ausschreibungsverfahren, das den Zuschlag jenem Anbieter erteilt, der zu günstigsten Konditionen anbietet. Und nicht zuletzt ist das Arbeits- und Sozialrecht noch auf die nationale Denkweise zugeschnitten. Während also IBM und ATT aggressiv auf einem zersplitterten europäischen Markt auftreten, darf ein Betriebsrat derselben Firma nicht einmal in das Werk im Nachbarland.

Von der industriellen zur kulturellen und sozialen Abhängigkeit

Der Verlust industrieller Autonomie bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die soziale und kulturelle Gestaltungsfreiheit einer Gesellschaft. Wer Waren, Produktionsverfahren oder Informationssysteme kauft, erwirbt damit auch Werte und Verhaltensweisen. So wie die Europäer in den vergangenen Jahrhunderten nicht nur ihre Waffen und industriellen Produkte an den Rest der Welt verkauft haben, sondern auch Wertsysteme von der Religion bis zum Industrialismus mitgeliefert haben, so werden wir in Zukunft auch Werte übernehmen, die nicht aus der europäischen Tradition herausgewachsen sind, sondern dem pazifischen Raum entstammen.

Kultur - schreibt Will Durant - ist soziale Ordnung, welche schöpferische Tätigkeit begünstigt. Kulturen sind wie ein gemeinsamer Erfahrungsschatz, aus dem hervorgeht, wie wir mit uns und der Welt umgehen, wie wir zusammenleben und was wir dabei denken und sprechen. Kultur ist damit auch Überlebensstrategie angesichts tödlicher Risiken. Doch ist europäische Kultur, europäische Überlebensstrategie nicht anders als die japanische, amerikanische oder sowjetische?

In der Kulturphilosophie unterscheidet man zwischen den Begriffen Machen und Handeln. Machen beschreibt die Sphäre der Produktion, ihre Akteure waren im Altertum die Bauern und die Handwerker. Handeln steht für die Abstraktion, die Künste und die Politik. Entsprechend war einstmal die Gesellschaft in zwei Schichten



geteilt, eine Klasse der anderen nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch philosophisch begründet untergeordnet. Die Oberschicht führte Krieg und schloß Frieden, faulenzte, genoß, philosophierte, gab Gesetze heraus, trieb Religion. Das Handeln hatte in allen Hochkulturen Vorrang vor dem Machen.

Doch mit dem Ausgang des Mittelalters löste sich Europas Kultur von den übrigen Weltkulturen. Nicht eine Erfindung stand am Anfang dieses Prozesses, sondern eine philosophische Revolution. Die religiöse Konzentration auf die Innenwelt wurde abgelöst durch das Bestreben, die Außenwelt zu entdecken und zu gestalten. Der Mensch des Mittelalters versuchte sich noch in seinem Gott zu verwirklichen, zu dessen Ehren er kühne Kathedralen baute. Der Mensch der Neuzeit hingegen suchte sein Heil im Diesseits. Die Arbeit erhielt von nun an einen fast religiösen Wert, war sie doch nun in den Mittelpunkt der

Selbstverwirklichung des Menschen gestellt. Machen war nun mehr gefragt als Handeln, Wirtschaft und Technik traten vor die Politik, deren enge Verbindung zur Ethik gerade im Altertum betont wurde.

Der Primat des Machens ist das Kennzeichen des Industrialismus. Die Natur wurde als dem Menschen unterworfen betrachtet, sie war lediglich zu dem Zweck da, dem Menschen Wohlbefinden zu verschaffen. Die Naturwissenschaften analysierten Belebtes und Unbelebtes, sie zerlegten das Ganze in Einzeldisziplinen, nach einer gemeinsamen Ordnung wurde kaum noch gesucht.

Europa hat diese Art des Denkens in alle Welt exportiert. Das Wertesystem des Industrialismus ist nicht nur semantisch Bestandteil unserer Weltkultur. Der europäische Arbeitsbegriff, also die Vorstellung daß sich der Mensch nur durch Arbeit verwirklicht, ist zum selbstverständlichen Bestandteil fast aller Industriegesellschaften geworden. Und dort, wo diese Entwicklung noch nicht vollzogen ist, wird sie als Mangel empfunden, der schleunigst zu beheben ist. Das gleiche gilt für die Folgen der industriellen Produktionsweise, etwa die totale Zerlegung der Arbeit, die bloße Zweckbestimmung der Natur oder die Verwissenschaftlichung menschlichen Handelns. Da Weisheit nicht berechenbar ist, hat sie in der Industrielwelt nichts mehr zu suchen. Sie wird ersetzt durch List und Gewalt. Der moderne Condottiere heißt Geschäftsmann.

Der Vorrang des Machens vor dem Handeln, das bloße Nachdenken über das, was man machen kann, und nicht über das, was wert wäre, gemacht zu werden, ist aber nicht eine zwingend notwendige Ableitung aus der Technik. So stellen wir heute den neuzeitlichen Arbeitsbegriff wieder in Frage. Uns interessiert mehr und mehr, was wir machen, nicht wie wir es machen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß sich vor allem Europäer mit dieser Frage befassen. So hat auch in der Vergangenheit jede Industrieregion der Welt eine andere Antwort auf die sozialen und kulturellen Folgen des technischen Zeitalters gegeben. Nehmen wir als Beispiel den Begriff der Freiheit, so finden wir – grosso modo – in den Vereinigten Staaten einen Freiheitsbegriff vor, der dem Individuum Vorrang vor seiner sozialen Verantwortung gibt. In der Sowjetunion tritt das Recht des einzelnen hinter das von der Partei vorgegebene Kollektivbedürfnis zurück, in Japan finden wir einen in tradierte

Verhaltensregeln eingebundenen Freiheitsbegriff vor und in Europa legen wir Wert auf eine gleichgewichtige Verbindung von sozialer Verantwortung und dem Recht auf individuelle Entfaltung.

Es ist kein Zufall, daß es in den USA nie eine dauerhafte politische Arbeiterbewegung gegeben hat, die diesen Namen verdient hätte. Auch in der UdSSR degenerierte das emanzipatorische Element der Oktoberrevolution recht schnell und ohne anhaltende Widerstände zu einer hemmungslosen Diktatur, deren Rituale nur noch äußerlich an die sozialistischen Ideale erinnern, während sie im Innern byzantinischen Charakters sind.

Von Japan wiederum gewinnt man den Eindruck, daß Politik mehr im Dienste nationaler Expansion als der Selbstverwirklichung seiner Bewohner steht. Die Eroberung der Märkte mit den Mitteln der Handels- und Industriepolitik hat den militärischen Imperialismus ersetzt. Technik wurde – nicht nur dort – zum Instrument politischen und wirtschaftlichen Ehrgeizes.

Europa hingegen ist verunsichert. Es hat noch keine Antwort auf die Fragen der Dritten Industriellen Revolution gefunden. Hin- und hergerissen zwischen „Modellen“ blickt es teils gebannt auf die USA, teils auf Japan und versucht, die Technik des Machens zu kopieren. Doch Venture-Capital und Technologieparks können die Suche nach dem Sinn nicht ersetzen. So gerät auch bei uns in Europa Technik nicht aus ihrem mythischen Bannkreis heraus.

Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen: Um Anschluß an die Weltraumtechnik zu gewinnen, wollen einige europäische Regierungen in den kommenden Jahren Milliarden in ein gemeinsames Projekt mit den Vereinigten Staaten stecken, das den Namen Kolumbus tragen soll und zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas die Verbundenheit beider Regionen unterstreichen soll. Jeder weiß, daß das Verhältnis des Nutzens zum Aufwand gerade bei dieser Technik gering ist. Und doch wird das Projekt wahrscheinlich realisiert, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Nationalismus breiter Bevölkerungskreise in der Technologie immer noch den Ausweis von Macht und Größe sieht. Um in der Sprache der römischen Kaiser zu bleiben: auch der moderne Staat sucht nach Ablenkungsmanövern – Brot und Spiele. Das Columbus-Projekt gehört wohl eher zu der Abteilung „Spiele“. Beschämend ist, daß hin-

gegen Vorhaben von großem Gewinn für die Menschheit kaum diskutiert werden. Etwa ein Programm zur Aufforstung großer Teile Afrikas. Oder eine Ernährungsstrategie zur Bekämpfung des Hungers in der Welt. Die Herausforderung an die menschliche Intelligenz wäre bei diesen Vorhaben sicher nicht geringer als beim Kolumbus-Projekt. Sollte dann noch etwas Geld übrigbleiben, so könnte man immer noch Weltraumforschung betreiben, deren prinzipieller Wert für die Menschheit ja nicht ganz bestritten werden soll.

Als zweites Beispiel möge die derzeitige Politik der Modernisierung herhalten, wie sie derzeit von der französischen sozialistischen Regierung verfolgt wird. Hier wird gesellschaftliche Reform durch Verkaufsziffern ersetzt. Die industrielle Herausforderung wird auf den Vorgang der technischen Modernisierung verkürzt. Daß - nach Kant - der Mensch Herr der Natur nur ist, sofern er höhere als bloße Naturzwecke hat, will man in Paris nicht wahrhaben. Ökologische Gesichtspunkte werden deswegen bewußt in den Hintergrund gedrängt. Es wird nicht gefragt, welche Technik und welche Produkte wir brauchen, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, sondern es wird lediglich gefordert, daß sich die Gesellschaft möglichst geschlossen und schnell an die Zwänge der neuen Technologien anpaßt. Doch Exporterfolge können keine Gesellschaftspolitik ersetzen.

Die Verunsicherung Europas rührt letztlich daher, daß es neben einem politischen auch einen technologischen Bedeutungsverlust hinnehmen mußte. Wir standen in den 60er Jahren schon einmal vor einem ähnlichen Problem, der sogenannten Technologielücke. Die Antwort wurde damals noch von den nationalen Regierungen gegeben, die die staatlichen Forschungsaufgaben drastisch erhöhten. Heute mündet das Denken eher in eine europäische Handlungsweise, wie etwa die Anstrengungen der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Mikroelektronik und Informationsverarbeitung (ESPRIT-Programm) zeigen. Doch stets handelt es sich um Vorgänge, die der Kopie näher kommen als dem eigenen Entwurf.

So erheben Konservative aller europäischen Schattierungen schon seit längerer Zeit den Ruf, die Rüstungsindustrie müsse in der EG zusammengefaßt werden, damit sie - ähnlich wie in den USA - zu einem Motor der militärischen und zivilen Innovation werde. Andere wiederum, und zu

ihnen gehören nicht wenige Linke, fordern eine aggressivere Verbindung von Handels- und Industriepolitik. Für sie ist Protektionismus kein Schimpfwort, sondern ein Instrument zur Durchsetzung partikularer Interessen. Während sich die erste Gruppe an den USA orientiert, kann die zweite ihre Nähe zu den japanischen Denkweisen nicht verleugnen.

Europa kann aber nur dann eine eigene, seiner Tradition und seinen Wertvorstellungen entsprechende Identität gewinnen, wenn es sich von billigen Kopien löst. Dazu gehört, daß wir Forschung und Industrie nicht militärischen oder machtpolitischen Zwecken unterordnen, sondern in ihnen ein Instrument gesellschaftlicher Befreiung sehen. Dazu gehört dann aber auch, daß wir einen kulturellen Entwurf zum Richtmaß unseres Handelns machen und nicht den Kommerz als Triebkraft der Technik akzeptieren. Die Lust am Pro-



zeß des Produzierens, Modernisierens, Konsumierens müßte ersetzt werden durch verantwortliches Handeln, das Überleben sichert. Wenn sich dabei noch verdienen läßt, um so besser.

Forschung ist nicht nur eine zweckgerichtete Tätigkeit, sie ist auch das Ergebnis unserer Neugier. Nicht erst Goethes Faust wollte wissen, was die Erde im Innersten zusammenhält. Und nicht immer läßt sich vorhersehen, was man mit dem Entdeckten auch anstellen kann. Ernest Rutherford, der 1912 das erste Atommodell entwarf, soll fünf Jahre vor Entdeckung der Atomspaltung durch Otto Hahn noch gesagt haben: „Jeder, der von der Umwandlung dieser Atome eine Energiequelle erwartet, redet Quatsch“. Die Berechenbarkeit und Zweckbestimmung wissenschaftlicher Forschung findet deshalb ihre Grenzen im Zufall. Risiko tritt an die Stelle von Sicherheit.

Um so mehr kommt es darauf an, Fragen der Forschung und Technik aus den Chefetagen der Manager hinaus in die kritische Öffentlichkeit zu tragen. Technik muß als demokratischer Prozeß verstanden werden. Sie den Marktstrategen zu überlassen, hieße, sich erneut dem Diktat des Machens zu unterwerfen. Doch wie will Europa einen öffentlichen Technikdialog führen, wenn es im Bereich der Computer und der Informationstechnologie auf Importe angewiesen ist? Wie wollen wir Einfluß nehmen auf Entwicklung und Forschung außerhalb unseres Machtbereiches?

Wenn Europa in Zukunft nur einkauft, was es an strategischer Spitzentechnologie braucht, bleiben ihm nur zwei Möglichkeiten, nämlich sich an die gekauften Produkte anzupassen oder den Kauf bleibenzulassen. Da letzteres in der Praxis kaum möglich sein wird, bleibt nur die Anpassung, was im schlimmsten Fall kulturelle und soziale Unterwerfung bedeutet. Dies ist der Fall bei dem superschnellen Computer, den das Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie in der Klimaforschung einsetzen möchte. Die Amerikaner verlangen eine Sicherheitsüberwachung aller Wissensschaffler, auch jener, die über ihre jeweiligen Terminals Zugang zum Computer haben. Bleiben sie bei ihrem Standpunkt, dann bedeutet dies, daß wir Europäer uns in Zukunft unsere Arbeitsbedingungen vom amerikanischen Verteidigungsministerium vorschreiben lassen.

So ergeben sich, aus der technologischen Abhängigkeit drei Gefahren:

- Europa begibt sich der Möglichkeit, über Forschung und Entwicklung Spitzentechnologie zu gestalten. Es kann nur kaufen, d. h. sich anpassen oder auf den Kauf verzichten.
- Längerfristig übernimmt Europa auch Leitbilder, Verhaltensweisen und Werte, wenn es in der Informations- und Computertechnologie nur als Objekt, nicht als Subjekt auftritt. In der Auseinandersetzung mit einer immer mächtiger werdenden pazifischen Industriekultur wird ein industriell defensiv angelegtes Europa den kürzeren ziehen.
- Der amerikanische Industrienationalismus, der Wissenschaft und Technik dem Pentagon unterordnet, läßt uns nur die Wahl zwischen Unterwerfung oder Verzicht.

Kultur und Wissensverarbeitung

Die Erfindung der Schrift vor etwa 6000 Jahren hatte in der Geschichte der Menschheit einen

gewaltigen Qualitätssprung zur Folge. Wissen und Erfahrung konnten festgehalten, über Entfernungen hinweg verglichen und weitergegeben werden. Die Menschheit erhielt ein leicht zu entzifferndes Gedächtnis. Ihre Fähigkeit zur Abstraktion wurde durch die Schreibkunst wesentlich gefördert.

Die lange Zeit einer kleinen Elite vorbehaltene Beherrschung der Schrift erfuhr durch die Erfindung des Buchdrucks ihre Demokratisierung. Von nun an nahmen immer mehr Menschen an der Kunst des Lesens und Schreibens teil. Das Buch und später die Zeitung wurden zu den bedeutendsten Trägern der Kultur. Die Herausbildung der europäischen Identität wäre ohne diese besondere Art der Informationsvermittlung nicht möglich gewesen.

Jetzt hebt die Menschheit zum nächsten Schritt an. Wir haben die ersten drei Computergenerationen erlebt, die sich mit der Speicherung, Verarbeitung, Erfassung und Übertragung von *Daten* befaßten. Wir stehen derzeit vor den Computern der vierten Generation, die die gleichen Vorgänge auf die *Informationen* beziehen. Und die noch zu entwickelnde fünfte Generation wird die *Wissensverarbeitung* in den Mittelpunkt stellen.

Die menschliche Fähigkeit, zu lernen, zu speichern und zu kommunizieren findet in der Natur unseres Gehirns ihre natürliche Grenze. Wir können diese Überforderung nur verhindern, indem wir entweder nur jene Informationen verarbeiten, die wir erfassen können, d. h. indem wir uns beschränken, oder indem wir Fakten bewußt übersehen und uns in bloße Gedanken flüchten. Beide Strategien lassen aber außer acht, daß die Komplexität heutiger gesellschaftlicher Probleme nach einer hochintelligenten Informationstechnik verlangt.

Nehmen wir als Beispiel das Vierfarbentheorem: In seiner einfachsten Form behauptet es, daß es möglich sei, eine Landkarte mit nur vier Farben so zu bemalen, daß alle Nachbarländer stets eine andere Farbe besitzen. Die Wurzeln dieses Problems reichen in das vergangene Jahrhundert zurück, als englische Landkartenmaler feststellten, daß sie nicht mehr als vier Farben zur Bemalung ihrer Karten brauchten. Doch der Beweis des Theorems konnte erst 1976 gegeben werden, und zwar mit Hilfe eines Computers. Das philosophische Problem bei diesem mathematischen Beweisgang besteht nun in der Tatsache

daß die Beweisführung derart aufwendig ist, daß sie ein Mensch nie erbringen kann. Und so zweifeln viele Mathematiker, ob man den vom Computer erbrachten Beweis wirklich akzeptieren darf. Doch das Problem reicht über den philosophischen Streit hinaus. Denn die Mathematik wird in Zukunft vor der Frage stehen, ob sie Computer deduktiv verwenden oder als aktiven Teil bei der Suche nach Existenzbeweisen akzeptieren will.

Der Computer wird damit fester Bestandteil des menschlichen Wissens. Er wird einbezogen in die menschliche Wissensverarbeitung als ein unverzichtbares und aktives Element. Er wird zum Angelpunkt der menschlichen Organisation, so wie einst die Schrift und die Buchdruckerkunst Staat und Wirtschaft bestimmten. Der Computer und im weiteren Sinne die Informationsindustrie werden unsere Kultur entscheidend prägen.

Wer diese Technologie politisch beherrschen, ja humanen Zwecken dienstbar machen will, muß sie zuerst einmal beherrschen. Er muß sie intellektuell verstehen. Sie pauschal abzulehnen käme der Flucht, nicht ihrer Beseitigung nahe. Denn Wissen läßt sich nicht vernichten.

So ergibt sich auf den ersten Blick eine paradoxe Situation für die Europäer: wenn sie sich die Freiheit des Umgangs mit dem Computer bewahren wollen, müssen sie zunächst lernen, ihn zu bauen. Verzichteten sie aber in diesem Schlüsselbereich der Technik auf industrielle Präsenz, sind sie gezwungen, das zu kaufen, was andere anbieten. Sie verzichten dann auf jegliche Möglichkeit sozialer und kultureller Gestaltung.

So würde industrielle Abstinenz nicht nur den Ausstieg aus einer Technologie bedeuten, sie hätte auch den Verlust der kulturellen Autonomie zur Folge. Gerade weil der Computer zum Drehpunkt der kommenden Industriekultur werden wird, weil sich über ihn Organisation und Wissen realisiert, weil er in bezug auf andere Industriebranchen eine zentrale Leitfunktion hat, muß er fester Bestandteil der Industriepolitik werden.

Ob die Europäer zu einer kollektiven Anstrengung den nötigen Willen aufbringen, ob sie ihre kulturelle und soziale Autonomie bewahren wollen – vor allem, welchen Gebrauch sie von der Computerwissenschaft machen wollen, steht auf einem anderen Blatt, da es den Europäer nicht gibt, sondern Parteien, Interessengruppen und auch noch Gesetze des kapitalistischen Markts.

Horst Hinz: Innovationspolitik aus Gewerkschaftsperspektive

Der Diplom-Volkswirt Horst Hinz ist Mitarbeiter in der Wirtschaftsabteilung beim Vorstand der Industriegewerkschaft Metall.

Die Situation in der Bundesrepublik zur Mitte der 80er Jahre dieses Jahrhunderts scheint den öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen „auf den Leib geschrieben“ zu sein, wenn man ihnen – wie es der Perspektive der Gemeinwirtschaftstheoretiker G. Wiesser, A. von Loesch und W. Hesselbach entspricht – folgende drei Aufgaben überträgt:

- das marktwirtschaftliche System zu ergänzen (Infrastrukturunternehmen);
- als Ordnungsfaktor im freien Wettbewerb zu wirken (Hecht im Karpfenteich);
- andere Verhaltensweisen zu erproben (Erweiterung der unternehmerischen Zielfunktion, Alternativen zur Erwerbswirtschaft).

Diese drei Aufgaben sind Teilergebnisse eines gesellschaftsweiten, seit langem andauernden Diskussionsprozesses. Er kulminierte schließlich in der Warnung des „Club of Rome“ vor den „Grenzen des Wachstums“ und in der zur gleichen Zeit von der IG Metall begonnenen Diskussion um die „Qualität des Lebens“ (1972).

Die beiden Problemkreise sind zwei Seiten einer Medaille, deren Wert entscheidend durch Wissenschaft und Forschung geprägt sind. Auf der Suche nach Problemlösungen sind daher „Forschung und Entwicklung“ (FuE) dabei, anderen „Produktionsfaktoren“ den traditionellen Rang abzulaufen: *Kapital und Arbeit*.

Diese Verwissenschaftlichung – und, damit verbunden, die Technisierung – unseres Lebens ist wesentlicher Teil des weltweiten wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Strukturwandels. Intensiv setzt sich die Umstrukturierung der nationalen und internationalen Arbeitsteilung fort.

Betreiber und Nutznießer der Intensivierung der FuE-Prozesse sind bisher vor allem die Großunternehmen und Konzerne. Im Zuge der Vermachtung der Märkte verschaffen sie sich jene erheblichen Geldmittel, die für den Aufbau der zum Teil riesigen FuE-Abteilungen benötigt werden. Ausgestattet mit diesen FuE-Kapazitäten,

ergänzen oder ersetzen sie den Preiswettbewerb durch eine viel wirkungsvollere Art des Konkurrenzkampfes, nämlich durch den – auf Forschung und Entwicklung basierenden – Innovationswettbewerb:

Zunehmend entscheidet die schnellere Durchsetzung und effizientere Nutzung (Markteinführung usw.) von neuen Ideen, Entdeckungen, Erfindungen, Patenten usw. über den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolg eines Unternehmens und damit über die Sicherheit, Zahl und Qualität der alten und neuen Arbeitsplätze. Allerdings muß die aus den FuE-Prozessen resultierende Mehrproduktion infolge Produktivitätssteigerung auf eine ausreichend hohe Gesamtnachfrage stoßen – eine Aufgabe vor allem der staatlichen Wirtschaftspolitik.

„Lebenszyklus“ von Produkten und Verfahren

Der den Innovationsstrategien der Unternehmen zugrundeliegende Mechanismus ist der sogenannte „Lebenszyklus“ von Produkten und Produktionsverfahren: Neuerungen kommen, bewähren sich und werden schließlich in einem ständigen Ablösungsprozeß durch „leistungsfähigere“ Produkte und Verfahren wieder ersetzt. An der Spitze der Ziele, die die Auswahl der Neuerungen bestimmten, steht die Rentabilität; andere Ziele – wie Zahl und Qualität von Arbeitsplätzen – kommen dabei leicht zu kurz.

Zu den Zwängen, stets für Neues sorgen zu müssen, gehört z. B. die Marktsättigung (Radio, Fernsehen, Kameras, Kühlschränke) ebenso wie ein moderneres Maschinenangebot der Konkurrenz (NC-Maschinen aus Korea, Taiwan und Japan) oder auch ein „kostengünstiger“ erstelltes Produkt, wie es etwa von Niedriglohnländern (z. B. Standardmaschinen) bereitgestellt wird.

Also muß das Unternehmen früh genug auf die nächste Generation von Produkten und Verfahren „umsteigen“, wenn es mitsamt den Arbeitsplätzen „überleben“ will und soll. Natürlich wird sich eine realistische „Umsteige“-Politik weitgehend an den festgefahrenen Gewohnheiten, Regeln und Institutionen im gegebenen kommerzialisierten System orientieren müssen. Nur langsam und schrittweise werden Veränderungen hin zu einer flexibleren und humaneren Gesellschaft durchzusetzen sein.

Aber daß die gegenwärtigen, sich selbst beschleunigenden Innovations-, Produktions- und Verschleißprozesse letztlich an Grenzen

stoßen müssen, hat der „Club of Rome“ verdienstvollerweise klargemacht: Die Knappheit der Rohstoffressourcen, die Belastbarkeit der Umwelt, das die Infrastruktur kennzeichnende Ungleichgewicht zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut und nicht zuletzt die Not und Ungeduld der Völker der unterentwickelten Länder werden uns vor Augen führen, daß „die Erde ein Raumschiff“ ist, auf dem die Menschheit sich unter neuen Bedingungen einzurichten hat.

„Große innovatorische Stunde“

Eher heute als morgen sollte daher das Schwerkraft der privaten und staatlichen Innovationspolitik von der Forcierung der wirtschaftlichen und technologischen Rationalisierungs- und Verfahrensinnovationen auf die sozialen, organisatorischen und bildungsspezifischen Innovationen verlagert werden. Damit könnte für die öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen „die große innovatorische Stunde schlagen“, wenn es gilt, entweder die unternehmerischen Zielfunktionen um weitere – gesellschaftliche – Ziele zu ergänzen und/oder Alternativen zur traditionellen Erwerbswirtschaft zu erproben.

Dabei sollte der politische Lenkungseffekt in den Vordergrund und der finanzielle Unternehmenszweck in den Hintergrund treten, weil „aus dem Gewinnstreben privater Unternehmen unmittelbar Belastungen für die Arbeitnehmer und ebenso mittelbar eine Bedrohung der Lebensqualität durch Vernachlässigung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben erwachsen können“ (DGB-Bundesausschuß am 6. 12. 1978: Konzept zu den Zielen und Funktionen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen).

Auf positive Effekte des Wettbewerbs muß hierbei nicht verzichtet werden. Denn heute schon beweisen die öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen „durch ihre Existenz und Leistung, daß mit sozialverpflichtetem Kapital in einer Marktwirtschaft erfolgreich für das Gemeinwohl gearbeitet werden kann, ... daß sie eine zweckmäßige Alternative zu privaten Unternehmen sind, ... daß sie die Marktwirtschaft funktionsfähiger machen“ (DGB-Konzept).

Die gemeinwirtschaftliche Innovationsfunktion

Ausdrücklich und mehrmals wird im DGB-Konzept die Innovationsfunktion der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen hervorgehoben, und zwar bezogen sowohl auf wirtschaftliche und

technologische wie auf sozial-organisatorische Innovationen:

- ▶ wettbewerbsförderndes und strukturverbesserndes Verhalten setze Beispiele für die öffentliche und private Wirtschaft;
- ▶ Neuerungen bei Preis- und Produktpolitik, Service und anderen Marktleistungen fördern den Leistungswettbewerb;
- ▶ neue gewerkschaftspolitische wesentliche Unternehmensaufgaben sollten vorrangig verwirklicht werden, z. B. die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen (insbesondere für „Problemgruppen“), humane Gestaltung der Arbeitsbedingungen und vorbildliche berufliche Bildung.

Es sind hier im DGB-Konzept genau jene Bereiche angesprochen, die auch im Zentrum der Stellungnahme des Vorstandes der IG Metall zur Innovationspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht stehen: Innovationspolitik ist Bestandteil einer beschäftigungsorientierten Technologiepolitik, deren Ziel es sein muß, Beschäftigung, Einkommen und Qualifikation der betroffenen Arbeitnehmer bei Neuerungen zu sichern sowie arbeitsplatzschaffende und rohstoff- und energiesparende Technologien zu fördern.

Daraus ergibt sich einerseits die Absage an eine vorrangig kapitalorientierte Innovationspolitik, die Produktivitätssteigerungen durch Produkt- und Prozeßinnovationen mit quantitativen und qualitativen Beschäftigungsrisiken sowie mit Gefährdungen von Lebensqualität und Umwelt zu erkaufen bereit ist. Und es ergibt sich andererseits die Forderung nach einer arbeitsorientierten Innovationspolitik, die den Beschäftigungsrisiken der Arbeitnehmer ebenso dient wie den Bedarfsinteressen der Gesellschaft.

Unter strukturpolitischem Aspekt setzt das natürlich die Einsicht voraus, daß arbeitsplatzschaffende Produktinnovationen bei Herstellern von Investitionsgütern negative Beschäftigungseffekte beim Anwender dieser gleichen Investitionsgüter zeitigen und daß Produktinnovationen in einer Region durchaus negative Wirkungen in einer anderen Region haben können: ein noch ungelöstes Problem der sektoralen und regionalen Strukturpolitik, dessen Lösung nicht allein vom Markt erwartet werden darf. Zumal der Markt den Arbeitnehmern bisher vor allem negative Auswirkungen des gewinnorientierten Technologieeinsatzes präsentierte: Entweder man beschränkte sich auf die „klassische“ Rationali-

sierung bei alten Produkten und alten Verfahren und provozierte auf diese Weise arbeitsplatzvernichtende Innovationsrückstände wie in der Uhrenindustrie und neuerdings auch im (Werkzeug-)Maschinenbau oder man realisierte rücksichtslos - wie in der Fernschreiberproduktion - einkommensmindernde, arbeits- und qualifikationsvernichtende Innovationsschübe.

Besorgnisse der Arbeitnehmer und Gewerkschaften

Sicher sind dies „nur“ branchen- und produktspezifische Beispiele, und ein „Hochrechnen“ auf die gesamte Volkswirtschaft ist daher kaum gestattet. Aber vorläufig häufen sich derartige



Negativ-Erfahrungen, die die Arbeitnehmer machen müssen, so daß es kein Wunder ist, wenn sie dem technologischen Wandel - der ja keinesfalls automatisch ein „sozialer Fortschritt“ ist - äußerst skeptisch gegenüberstehen. Soll diese Skepsis gemildert und „soziale Akzeptanz“ der neuen Technologie erreicht werden, wird man den Arbeitnehmern schon konstruktive Alternativen anbieten müssen.

Auch die bisher vorliegenden Gutachten und Studien zerstreuen die Besorgnisse der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht. So muß man doch bei jener Aussage amtlicher wie privater Experten, daß rund 50 Prozent aller Beschäftigten von den Folgen z. B. der mikroelektronischen Revolution in den nächsten 10 bis 15 Jah-

ren „betroffen“ seien, feststellen, daß hier ein wahrhaft brisantes Thema relativ neutralistisch und optimistisch beurteilt worden ist: Zumal die aktuelle Massenarbeitslosigkeit noch mindestens 10 Jahre anhalten dürfte und 4 bis 5 Mio. Arbeitssuchende (einschließlich stiller Reserve) nicht ausgeschlossen werden können, wenn in nächster Zeit nichts Ernsthaftes an Beschäftigungsprogrammen realisiert wird.

Die Zurückhaltung der Gewerkschaften gegenüber den neuen Technologien ist also nicht unbegründet. Aber nachdem die Menschheit nun einmal vom „Baum der Erkenntnis“ – sprich: Wissenschaft und Technologie – gegessen hat, stellt sich nicht nur als Aufgabe die Analyse der Gegebenheiten und die Abschätzung ihrer Auswirkungen auf Individuen und Gesellschaft; vielmehr ist noch wichtiger die *Umsetzung und Erprobung* der Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne des gewerkschaftlichen Zielkatalogs.

Daß dabei prinzipiell *alle* Beteiligten und Betroffenen mitwirken sollten, ist für die Gewerkschaften eine Selbstverständlichkeit, zumal alle Betroffenen als mündige Bürger „auszulöffeln“ haben; was ihnen die (Sozial-)Technologien „einbrocken“. Je mehr Köpfe überdies an den Analyse- und Meinungsbildungsprozessen mitwirken, um so eher dürften praktikable und annehmbare Lösungen der Probleme gefunden und durchgesetzt werden können. So jedenfalls lehrt es die Erfahrung.

Daher auch die Förderung der IG Metall nach Beteiligung der Betriebsräte und Gewerkschaften an durch öffentliche Gelder geförderten FuE-Projekten, und zwar sowohl auf der Ebene des Unternehmens als auch auf der Ebene der Branchen und Ministerien. Daher auch die zunehmende Orientierung in der Tarifvertrags- und Betriebsvereinbarungspolitik auf technologische und arbeitsorganisatorische Sachverhalte. Und daher auch schließlich das IG Metall-Projekt „Innovations- und Technologieberatungsstellen“ (IBS/IGM) in Hamburg und Berlin vor allem für Betriebsräte und Vertrauensleute. Hier überall sollen Erfahrungen gesammelt, erprobt, geprüft und ausgewertet werden, um sie dann in (am gewerkschaftlichen Zielkatalog orientierte) Entscheidungen und Aktionen zu überführen.

Aufgaben und Struktur des IBS/IGM-Projektes

Die Adressaten der gewerkschaftlichen Beratungsstellen sind die vom technisch-wirtschaft-

lichen Wandel betroffenen Arbeitnehmer, insbesondere Betriebsräte, Vertrauensleute und andere Arbeitnehmer. Zielsetzung von Innovations- und Technologieberatung aus gewerkschaftlicher Sicht ist es, die Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, die betrieblichen und überbetrieblichen Prozesse des technischen Wandels kontrollierend und aktiv mitgestaltend in ihrem Interesse beeinflussen zu können.

Die bisher weithin dominierende – vorwiegend defensive – Rationalisierungsschutzstrategie der Gewerkschaften wird damit ergänzt durch ein zweites „Standbein“, die *offensive* Innovationsstrategie. Nachweisbar steigt das Interesse an der Arbeit der IBS/IGM, die auf drei Strategieansätzen beruht; es sind dies

1. die *Nachfragestrategie*, nach der auf Anforderung der Betriebsräte bei der Lösung betrieblicher Probleme geholfen wird;
2. die *Angebotsstrategie*, gemäß der in überbetrieblichen Fachgesprächen, Seminaren usw. über allgemeine Technologietrends und ihre konkreten Folgen für Qualifikationen, Einkommen und Arbeitsplätze informiert wird;
3. die *Infrastrukturstrategie*, mit der das öffentliche Bewußsein für die Notwendigkeit arbeitsorientierter Innovationspolitik wachzurütteln versucht wird und mit der Institutionen wie Universitäten, Institute, Behörden usw. für die Interessen der Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden.

Aufgabe der Ingenieure und Ökonomen der gewerkschaftlichen Beratungsstellen ist es,

- Innovationsprozesse im Zuge der Anwendung neuer Technologien auf ihre positiven und negativen Folgen hin zu beobachten;
- die Auswirkungen auf die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze festzustellen und
- zusammen mit den örtlichen Mitgliedern der IG Metall und anderen Gewerkschaften gemäß einem Kriterienkatalog Anregungen für die Herstellung und Durchsetzung neuer Produkte (arbeitschaffende Produktinnovationen) und neuer Produktionsverfahren (arbeitsparende Prozeßinnovationen) mit erkennbarem Nutzen für Arbeitnehmer zu entwickeln und als „Kooperationsangebot“ in die Betriebe zurückzutragen.

Inzwischen beginnen sowohl die Erfahrungen aus den IBS/IGM- und TBS/DGB-Modellen als auch die Erkenntnisse aus den Projekten „Humanisierung des Arbeitslebens (HdA)“ – insbeson-

dere die Ergebnisse der HdA-Berater- und HdA-Qualifizierungsprojekte der IG Metall – in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik mehr und mehr gewerkschaftliche Interessen und Nachahmer zu finden. Dieser „Druck der Basis“ wurde bereitwilligst von den Vorständen der Einzelgewerkschaften und vom DGB-Bundeschvorstand aufgenommen und zu ersten Umsetzungskonzept-Vorschlägen verarbeitet.

Das gilt vor allem für den Vorstand der IG Metall, der gemäß dem Auftrag des Gewerkschaftstages 1982 die Konzipierung und Umsetzung des „Aktionsprogramms Arbeit und Technik“ zu betreiben hat: Beratungs-, Umsetzungs- und Handlungshilfen werden den örtlichen Gewerkschaftlichen „Basisinstanzen“ – d. h. den Betriebsräten und Vertrauensleuten, den Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen „vor Ort“ – zur eigenständigen (dezentralen) Erarbeitung von Gestaltungsalternativen zur Verfügung gestellt werden.

Der Diskussionsprozeß um gewerkschaftliche Innovations-, Humanisierungs- und Technologiepolitik tritt damit verstärkt in die Realisierungs-, Durchsetzungs- bzw. Umsetzungsphase: konkrete Umsetzung in Büro und Fabrik, in Branche, Region und auf gesamtwirtschaftlicher bzw. politischer Ebene.

Alle diese Überlegungen und Einsichten – gemeinsam mit anderen Projektarbeitern – vorzubereiten, zusammenzufassen und dann speziell auf die Region Hamburg/Berlin zu übertragen und die Übertragungsmechanismen auf ihre Anwendbarkeit zu prüfen und zu testen, ist zum Teil schon bisher die (vorbereitende!) Arbeit sowohl der beiden Beratungsstellen in Hamburg und Berlin als auch der HdA-Projekte gewesen. Die Verallgemeinerung, Intensivierung und Übertragung der Umsetzungs- und Beratungskonzepte insbesondere auf die Regionen Hamburg/Norddeutschland/Berlin – doch jetzt mit stetem Blick auf andere Regionen in der Bundesrepublik – wird die Hauptaufgabe der IBS/IGM in den nächsten zwei Jahren bis Ende 1986 sein. Die bundesweit angelegten HdA-Projekte der IG Metall werden damit durch spezifische Erfahrungen und Erkenntnisse der Innovations- und Technologieberatung ergänzt. Der Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst 1986 wird dann – wie bereits 1982 in München – ein immer wichtiger und brisanter werdendes Thema zu diskutieren haben.

Peter Paterna: Gesellschaftliche Auswirkungen der „Neuen Medien“

Peter Paterna, Jahrgang 1937, MdB, ist Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Post- und Fernmeldewesen und Mitglied des Postverwaltungsrates. Bis 1983 war er stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission Neue Informations- und Kommunikationstechniken im Bundestag.

Begriffsverwirrung

In der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre wird häufig der Begriff „Neue Medien“ benutzt. Doch so „neu“ – das wird meist übersehen – sind diese Medien durchaus nicht. Im Streit sind nicht überwiegend „neue“ Medien wie z. B. Videotext oder Bildschirmtext, sondern zusätzliche Übertragungswege, die auch nicht überwiegend „neu“ sind wie z. B. der Einsatz von Fernmelde- und direktstrahlenden TV-Satelliten, sondern „alt“ im Sinne einer längst ausgereiften und seit langem angewendeten technischen Konzeption wie Kupferkoaxialnetze.

Auch der „Material“-Streit um Kupfer oder Glasfasernetze geht am Kern der Sache vorbei; wir sind ja längst verkabelt, nämlich mit der schmalbandigen Kupfer-Doppelader des Fernsprechnetzes. Dieses aber ist ein sogenanntes Sternnetz, d. h. ein Vermittlungsnetz, in dem sich jeder Teilnehmer mit jedem anderen in Verbindung setzen und Informationen austauschen kann. Hingegen ist das heiß umstrittene Kupferkoaxialnetz nach den Plänen des amtierenden Postministers Schwarz-Schilling ein reines Verteilnetz in einer sogenannten Baumstruktur, in dem nach Art eines Bewässerungssystems von einer Zentrale an viele Endteilnehmer Informationen – hier sinnvollerweise fast ausschließlich Fernsehprogramme – verteilt werden können. Die Teilnehmer könnten sich zwar auch über einen sogenannten Rückkanal jeder für sich wieder mit der Zentrale, nicht aber untereinander in Verbindung setzen. Dies wäre möglich in einem Glasfasernetz, das nur als Vermittlungsnetz sinnvoll ist und in dem alle Dienste vom Telefonieren bis zur Übertragung sehr großer Datenmengen in hohen Geschwindigkeiten integriert werden können und in dem auch eine Verteil-Vermittlung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen möglich ist.

Zum Teil handelt es sich auch - wie bei der beginnenden Digitalisierung des Fernsprechnetzes - um „neue“ Techniken in vorhandenen Netzen: das „alte“ Telefonnetz bleibt, wie es ist, wird aber durch Digitalisierung der Vermittlungseinrichtungen und Endgeräte leistungsfähiger.

Auch ein weiterer vielfach verwendeter Begriff verrät, wie wenig die technologische Entwicklung zur Kenntnis genommen wird: Häufig wird immer noch streng zwischen „Massenkommunikation“, „Individualkommunikation“ und „geschäftlicher Kommunikation“ unterschieden, wobei sich die parteipolitische Auseinandersetzung ganz überwiegend auf „Massenkommunikation“ konzentriert. So spitzt sich die Auseinandersetzung meistens auf zwei miteinander zusammenhängende Fragen zu: Soll die Zahl der Rundfunkprogramme (im Vordergrund des Streites liegen dabei eigentlich nur die Fernsehprogramme) vermehrt werden? Sollen dabei kommerzielle Veranstalter zugelassen werden, - und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

In einer solcherart verengt geführten Diskussion wird übersehen, daß die technologische Entwicklung diese getrennte Betrachtungsweise nicht mehr zuläßt: Bildschirmtext enthält z. B. Elemente sowohl der Massenkommunikation als auch der Individual- und geschäftlichen Kommunikation. Hinzu kommt, daß die schwerwiegenden gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Techniken mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch vermehrten Fernsehkonsum und veränderte Programmstrukturen im Bereich der herkömmlichen Massenkommunikation entstehen, sondern auf den Gebieten Datenschutz und Arbeitsmarkt/Arbeitsplatz liegen werden - auf Problemfeldern also, die in den nun schon über viele Jahre geführten Diskussionen um „neue Medien“ bisher eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt haben.

Es wird deshalb in Zukunft nicht nur darauf ankommen, für mehr begriffliche Klarheit zu sorgen, sondern auch darauf, die durch neue Informations- und Kommunikationstechniken ausgelösten gesellschaftlichen Wirkungen sehr viel umfassender zu betrachten und dabei die Schwerpunkte neu zu ordnen.

Am Ende steht nicht mehr Vielfalt, sondern mehr Einfach

In der Auseinandersetzung um zusätzliche Fernsehprogramme sollte man sich nicht den

Blick durch Schlagworte wie „Meinungsvielfalt“, „Meinungsfreiheit“, „Konkurrenz belebt das Geschäft“, „mündiger Bürger“ etc. vernebeln lassen. Tatsache ist, daß das Veranstalten von Fernsehprogrammen sehr teuer ist und daß sich dies nur sehr kapitalkräftige Gruppen leisten können, also vordringlich die Medienkonzerne Springer, Bauer, Burda, Bertelsmann und Holtzbrinck. Wahrscheinlich steigen, nach amerikanischem Muster, auch medienfremde Konzerne ein, z. B. aus der Mineralöl-, Automobil- und Bankenbranche. Ein Fernseh-Vollprogramm ist nicht unter mehreren hundert Mio. DM Programmkosten zu haben - die Kosten für die Verteilung gar nicht gerechnet. Am Ende der Kommerzialisierung elektronischer Medien werden deshalb mit Sicherheit nicht mehr, sondern weniger Informationsanbieter stehen.

Klar ist auch, daß die Struktur eines kommerziellen Fernsehprogramms dem Diktat hoher Einschaltquoten folgen muß. Massenattraktive Programme müssen sich auf wenige Sparten konzentrieren: bestimmte Sportarten, Filme, Quizsendungen, Shows, Krimi- und „Familien“-Serien, Zeichentrickfilme. Auch ohne intellektuellen Hochmut und Bildungsdünkel wird man polemisch vorhersagen können: Auf diese Weise gibt es nicht mehr Vielfalt, sondern mehr Einfach.

Und was den „mündigen Bürger“ im Streit um die Breitbandverkabelung anlangt, so geht es nicht darum, dem Bürger durch die Politik vorschreiben zu wollen, was er sehen darf und was nicht. Mir jedenfalls geht es darum, daß derjenige, der mehr haben will als bisher, auch den vollen Preis dafür bezahlt. Wenn sich ein Bürger ein Video-Gerät und Video-Bänder kauft, zahlt dafür nur er und nicht der Nachbar. Wer wollte ihm das verwehren? Aber die flächendeckende Errichtung von Breitbandverteilnetzen kostet brutto 40 - 60 Mrd. DM. Diese Kosten werden durch die Bundespost von den ans Kabel angeschlossenen Haushalten nicht annähernd wieder eingenommen werden. Anders ausgedrückt: Alle werden über Porto- und Telefongebühren für diese medienpolitisch motivierten Investitionen mit zur Kasse gebeten werden, ob sie wollen oder nicht. Und dies hat mit dem vielzitierten mündigen Bürger nichts zu tun.

Aber dies sind nicht die gravierendsten Probleme, die auf die „Informationsgesellschaft“ zukommen. Nicht die Verteil-, sondern die Vermittlungsnetze sollten im Vordergrund des

gesellschaftlichen Interesses stehen: Die grundsätzlichen Trends, mit denen wir es zu tun haben, hängen an den Stichworten Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Digitalisierung der vorhandenen schmalbandigen Netze, Satellitentechnik und Lichtwellenleitertechnik oder volkstümlich Glasfaser genannt. Kennzeichnend für die technische Entwicklung ist unter anderem eine Miniaturisierung technischer Intelligenz in unvorstellbarem Ausmaß und eine ebenso vor 10-15 Jahren noch unvorstellbare Verbilligung der Elektronikbausteine, so daß die Anwendung in Produkten eigentlich vor keinem Lebensbereich Halt macht. Das geht vom Spielzeug bis hin in die Militärtechnologie, so daß auch eine Verhinderungsstrategie praktisch nicht möglich ist. Im übrigen sprechen auch unser Wirtschaftssystem, unser politisches System und die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften gegen die Hoffnung mancher Kritiker, eine Strategie der Verhinderung oder auch nur der Verzögerung könne Erfolg haben.

Bei jeder Vernetzung privater Endgeräte entstehen enorme Datenschutzprobleme, weil sich Bedienungs- und Verbindungs-Daten technisch in beliebiger Fülle speichern lassen. Wenn in dieser Hinsicht keine wirksamen Schutzvorkehrungen getroffen werden, können wirtschaftlich mächtige Gruppen und insbesondere der Staat durch Zugriff auf Daten aus der Privatsphäre der Bürger ein so starkes Übergewicht bekommen, daß grundgesetzlich geschützte Persönlichkeitsrechte ausgehöhlt werden. Auch im Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist eine weitere gefährliche Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber und zu Lasten der Arbeitnehmer bereits im Gange: Bei jedem vernetzten elektronischen Produktionsmittel lassen sich personenbezogene, insbesondere auch auf das Arbeitsverhalten bezogene Daten in beliebiger Fülle speichern, wobei nicht erst der tatsächliche Mißbrauch, sondern bereits die Möglichkeit dazu Abhängigkeitsverhältnisse dramatisch verstärkt.

Rationalisierung und Dequalifizierung

Große Probleme werden uns die Informations- und Kommunikationstechniken auch aus einem ganz anderen Grunde bescheren: Es handelt sich um Rationalisierungstechnologien, und zwar nicht wie bisher gewohnt überwiegend im produktiven Sektor, sondern im Bereich der Anwender.



Die Konservativen sagen uns, hier eröffneten sich enorme Chancen, weil alles, was mit diesen Informations- und Kommunikationstechniken zusammenhängt, Wachstumsmärkte seien. Hier böte sich eine Lösung auch für die Arbeitsmarktproblematik. Dies ist mit Sicherheit falsch, denn die Herstellung solcher informations- und kommunikationstechnischer Geräte - gleich, ob es sich jetzt um Videorecorder und Fernsehgeräte, also um Geräte der Unterhaltungselektronik handelt oder um Büromaschinen und was sonst noch in diesen Bereich fällt - unterliegt auch einem enormen Produktivitätsfortschritt, weil diese Technologie natürlich auch bei der Produktion der Geräte selbst verstärkt eingesetzt wird. Außerdem ist die Zahl der Arbeitsplätze, die mit der Herstellung dieser Techniken verbunden sind, außerordentlich viel niedriger als die Zahl der Arbeitsplätze, die von der Anwendung dieser Produkte betroffen sind. Wir haben in der Bundesrepublik etwa 350 000 Arbeitsplätze im Herstellerbereich von der Unterhaltungselektronik über Büromaschinen bis hin zur Satellitentechnik. Betroffen von der Anwendung der IuK-Techniken sind aber etwa die Hälfte aller heute in der Bundesrepublik noch vorhandenen Arbeitsplätze, also etwa 10 bis 12 Millionen - Büroberufe im weitesten Sinne und Verwandte des Dienstleistungssektors. Wenn das Rationalisierungspotential, wie viele Fachleute übereinstimmend sagen, bei etwa 20 bis 30 Prozent liegt, wenn also im Laufe der nächsten acht bis zehn Jahre 20-30 Prozent derjenigen Tätigkeiten, die heute von Menschen ausgeführt werden, durch solche Technologien maschinisiert werden können, dann haben wir es zu tun mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen in der Größenordnung von zusätzlich 2 bis 3 Millionen. Natürlich werden in

begrenztem Umfang auch neue Dienstleistungen, neue Arbeitsplätze entstehen. Aber daß der Saldo negativ sein wird, ist völlig klar; man kann sich nur über die Größenordnung streiten, und die liegt irgendwo zwischen 1 und 3 Millionen.

Es ist klar, daß auch die verbleibenden Arbeitsplätze sich in ihrer Qualifikationsstruktur verändern werden. Auch da gibt es Unsicherheiten in der Prognose. Es gibt Leute, die sagen: Der Trend wird allgemein zu Höher-Qualifizierung im Umgang mit diesen Technologien am Arbeitsplatz hinauslaufen. Es gibt auch andere Prognosen, denen ich mehr zuneige, die sagen: Es wird eine Polarisierung der Qualifikationsstruktur in Höchstqualifikation und niedrige Qualifikation auf Anlern-Niveau geben, und der heute noch relativ breite Mittelbau etwa eines qualifizierten Facharbeiters und Sachbearbeiters wird weitgehend wegfallen. Und es werden auch ganze Berufsgruppen endgültig wegfallen, so wie wir das auch dem Druckbereich z. B. mit der Einführung des Lichtsatzes schon kennen. Zu den Problemen auf dem Arbeitsmarkt und mit der Veränderung der Qualifikationsstruktur kommt noch die Gefahr neuer Arbeitsorganisationen - Stichwort: Heim- oder besser Telearbeitsplätze.

Auch wenn wir zumindest in Expertenzirkeln der SPD und der Grünen sowie einiger Gewerkschaften mit der Analyse dessen, was uns die Informations- und Kommunikationstechniken an gesellschaftlichen Veränderungen aufladen können, gute Fortschritte gemacht haben, bleibt der Mangel an Handlungskonzepten, die über allgemeine Forderungen wie „sozialverträgliche Rahmenbedingungen“ hinausgehen.

Umkehrung der Beweislast

Es fehlt bisher auch an Mobilisierungsstrategien. Während es einerseits die Konservativen und Wirtschaftsliberalen mit ihrem Glauben an die nahezu zwangsläufig sich einstellenden Segnungen des technischen Fortschritts und des freien Spiels der Kräfte und andererseits die Grünen mit ihrer Flucht aus der Wirklichkeit leicht haben, muß die SPD das Kunststück vollbringen, die Risiken der IuK-Techniken drastisch zu schildern, um bei den Bürgern allgemein und der Arbeitnehmerschaft insbesondere Problembewußtsein zu erzeugen, ohne damit zugleich zu Blockadeversuchen oder Resignation zu verleiten.

Widerstandskraft muß erzeugt werden, denn

nur wenn es in der Bevölkerung und insbesondere in der Arbeitnehmerschaft massive Widerstände gibt, wird die Gegenseite, die nur an die Kapitalverwertungsinteressen denkt, auch zu qualitativen Fortschritten im Interesse der Bürger und der Arbeitnehmer bereit sein. Die Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen um die Kernenergie können dabei sehr lehrreich sein. Die weit verbreitete bedingungslose Ablehnung der Kernenergie hat zwar im Ergebnis nicht dazu geführt, daß Kernenergie nicht mehr genutzt wird, aber der Widerstand war doch insofern erfolgreich, als er zur Reduzierung der Zuwächse beigetragen und zu enormen Qualitätsverbesserungen in den Sicherheitsvorschriften geführt hat. Ein Nein wird auch bei den IuK-Techniken im Ergebnis nicht dazu führen, daß ihre weitere Verbreitung tatsächlich verhindert wird, aber es kann zu erheblichen Verbesserungen der Rahmenbedingungen führen. Mit diesem Spannungszustand werden wir lernen müssen zu leben und zu arbeiten.

Bevor mit Aussicht auf Erfolg an die Novellierung einschlägiger Gesetze gegangen werden kann, werden wir uns um einige grundlegende Einsichten bemühen müssen. So kommt es z. B. auf die Umkehr der Beweislast an: Es kann doch nicht auf Dauer so bleiben, daß diejenigen, die befürchten, die Risiken neuer Techniken könnten größer sein als ihre Chancen, beweisen müssen, daß die Risiken auch wirklich eintreten. Umgekehrt müßten diejenigen, die behaupten, die Risiken seien vernachlässigbar, den Beweis führen, daß dem tatsächlich so ist. Es sollte in Zukunft nicht bewiesen werden müssen, daß eine bestimmte Anwendung schädlich ist, sondern derjenige, der eine bestimmte Anwendung will, muß ihre Unschädlichkeit nachweisen. Nicht ein befürchteter gesellschaftlicher Schaden, sondern ein behaupteter gesellschaftlicher Nutzen müßte glaubhaft gemacht werden, bevor man sich für neue Anwendungsformen neuer Technologien entscheidet.

Man wird auch sehr viel stärker das Verursacherprinzip betonen müssen. Nicht die betriebswirtschaftliche, sondern die volkswirtschaftliche Rechnung muß ausschlaggebend sein. Und wir werden davon ausgehen müssen, daß wir den Mangel an Arbeit und Einkommen für eine wachsende Zahl von Bürgern nicht durch mehr Wachstum, sondern durch größere Verteilungsgerechtigkeit bekämpfen können.

Handlungsfelder

Vordringlich bleibt zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar in allen ihren möglichen Formen. Also nicht nur generelle Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, sondern z. B. gestufte Zu- bzw. Abnahme der Arbeitszeit bei jungen bzw. älteren Menschen, Erweiterung der Aus- und Fortbildung, Abbau von Überstunden, vorbeugenden Freizeitausgleich für besondere Belastungen, etwa im Schichtdienst, etc.

Auch der Ausbau der Mitbestimmung – paritätisch, betrieblich und überbetrieblich, regional und sektoral – wird durch die Einführung und Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechniken in seiner Notwendigkeit neu und zusätzlich begründet. Dazu gehört die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes; dazu gehören klar definierte Rechte der Beteiligung der Arbeitnehmer am Planungsprozeß, am Arbeitsablauf und an der Organisation bei Anwendung dieser Technologien. Zur Einführung und Anwendung von Personalinformationssystemen – wenn man sie denn nicht gesetzlich überhaupt grundsätzlich verbieten kann – müßte die Vermittlung umfassender Kenntnisse über Anwendungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume kommen.

Man wird, drittens, die Finanzierungssysteme der sozialen Sicherung umstellen müssen: weg von der ausschließlichen Bindung des Arbeitgeberbeitrags an die Lohnsumme, hin zu einem stärkeren Finanzierungsanteil kapitalintensiver Betriebe.

Der Ausbau diverser Arbeitnehmerschutzbestimmungen wäre ein viertes Handlungsfeld: verbesserter Kündigungsschutz, Schutz vor Qualifikationsverlusten, Rationalisierungsschutz, Festlegung ergonomischer Bedingungen, Ausbau der Gesundheitssicherung, verbesserte Pausenregelungen, betriebliche Aus- und Weiterbildung etc.

Fünftens, kommt es auf die Sicherung der Netzträgerschaft in öffentlich-rechtlicher Hand, d. h. bei der Deutschen Bundespost, an, damit wenigstens über die technische Kommunikationsinfrastruktur für den Staat ein effektives Steuerungselement gegeben bleibt. Die allein bis Ende dieses Jahrzehnts etwa 100 Milliarden DM schweren Investitionen der Bundespost in die kommunikationstechnische Infrastruktur bedürfen zwar einer wesentlich kritischeren Aufmerksamkeit bezüg-

lich ihrer gesellschaftsverändernden Wirkung, sie sind aber nicht der einzige relevante Faktor.

Von mindestens gleicher Bedeutung sind, sechstens, die politisch wesentlich schwerer zu steuernden Entwicklungen der zunehmenden Endgeräte-„Intelligenz“ und der unternehmensinternen Computer-Verbünde in sogenannten „In-house-Netzen“, also außerhalb der öffentlichen Netze.

Siebter Punkt meiner Liste für den Handlungsbedarf ist der Bereich des Datenschutzes, und zwar nicht nur durch Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes, sondern durch eine Fülle bereichsspezifischer Regelungen. Das ist ein sehr mühsames Geschäft, weil man sich die konkreten Anwendungsfälle sehr genau anschauen muß. Exemplarische Handlungsfelder gibt es im Bereich Innere Sicherheit. Noch problematischer wird alles, was unter dem Stichwort „Amtshilfe“ schon praktiziert wurde und wirksamer eingeschränkt werden muß, weil durch Computer-Verbünde qualitativ und quantitativ neue Gefahren entstehen.

Auch weitere Handlungsfelder wie Anpassung der Verbraucherschutzbestimmungen, der kommunalen Infrastruktur, des Bildungswesens, der Sicherung kollektiver Arbeitnehmerrechte etc. wären, jedes für sich, ein mehr als nur abendfüllendes Thema.

Analysen über die Chancen und Risiken neuer Informations- und Kommunikationstechniken – manche nennen sie, weniger neutral, Rationalisierungs- und Überwachungstechniken – füllen inzwischen viele Bücher. Der Handlungsbedarf wird wenigstens für einige inzwischen überschaubar. Jetzt kommt es darauf an, angesichts der Fülle der Probleme nicht zu resignieren, sondern bei vielen partiell vorhandenes Engagement und partiell vorhandenen Sachverstand in den Parteien, den Gewerkschaften, in sozial und kulturell engagierten gesellschaftlichen Gruppen, bisher nur spärlich vorhandenes arbeitnehmerorientiertes Wissen an den Hochschulen zu gemeinsamer zäher Arbeit zu bündeln, um einen wirksamen Gegenpol zu schaffen gegen das technologische und ökonomische Wissen und Durchsetzungsvermögen der Arbeitgeberseite, damit Kapitalverwertungsinteressen nicht so einseitig dominieren wie bisher, sondern damit vielmehr volkswirtschaftliche, soziale, kulturelle, ökologische und friedenssichernde Zielsetzungen die Oberhand gewinnen.

Hans-Günter Rolff: Wieviel Computer braucht die Schule?

Prof. Dr. Hans-Günter Rolff, geb. 1939, ist Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund.

In der letzten Zeit scheint sich die schulpolitische Debatte nur noch um Computer zu drehen. Wieviel Computer braucht ein Schüler und wieviel Computer braucht eine Schule? fragen sich Kultusminister und Eltern, Lehrer und Schulleiter, die GEW, der Philologenverband und der Verband Bildung und Erziehung, „Die Zeit“, der „Stern“ und zuguterletzt auch noch „Der Spiegel“. Alle anderen Probleme scheinen nicht mehr so wichtig zu sein, ob es nun die Lage der Hauptschule, Probleme der Ausländerbetreuung, Disziplin im Berufsgrundschuljahr oder die Lage der Gesamtschule ist. Alle reden vom Computer, und alle fürchten, sie verpaßten etwas, wenn sie keinen haben oder nicht wenigstens mitreden können.

Schuldezernenten und Stadträte geben die letzten Haushaltsmittel für die Anschaffung von Computern aus, oder Schulen lassen sich Computer schenken, wenn die eigenen Mittel nicht mehr reichen, häufig nicht ahnend, daß geschenkte Computer ein Danaer-Geschenk sein können: Sie sind vielleicht DM 600,- wert und erfordern Zusatzgeräte für mehrere tausend Mark und jährliche Wartungskosten von mehreren hundert Mark. Hektik kommt auf, wo doch pädagogische Besinnung und Planung viel angebracht sind.

Pädagogische Besinnung und Planung standen im Mittelpunkt eines Kongresses, den die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich mit den zuständigen Gewerkschaften zum Thema „Neue Medien und Lernen“ vom 6. bis 8. September 1984 in Dortmund veranstalteten und den das „Institut für Schulentwicklungsforschung“ wissenschaftlich vorbereitet hatte. Es ging dabei nicht zuletzt darum, der Computer-„Euphorie“ entgegenzuwirken, ohne den Computer zum Teufelszeug zu erklären und klarzustellen, daß der Computer nur einen Teil eines größeren Problems bezeichnet, das man „Neue Medien“ zu nennen sich angewöhnt hat. Was ist das Neue an den Neuen Medien, im

Unterschied zu den Medien, die ja schon in den sechziger Jahren auf die Schule zuzukommen schienen?

Das Besondere der Neuen Medien liegt weniger in der raschen Verbreitung ihrer schon längst bekannten Bestandteile wie Computer, Video oder Kabelfernsehen, sondern in der spezifischen Verknüpfung zu umfassenden elektronischen Informations- und Kommunikationssystemen. Bildhaft läßt sich das mit dem Zusammenfügen vergleichsweise harmloser chemischer Grundstoffe zu einer hochbrisanten Verbindung vergleichen.

TV-Computer beispielsweise, die als sogenannte Homecomputer schon in vielen Haushalten stehen, eignen sich als Spielcomputer, zum Rechnen wie zum Prozeßsteuern oder zur Textverrarbeitung und damit auch als Heimarbeitsplätze wie als Bestellapparaturen für Dienstleistungen von Banken oder Reisebüros. Nahezu allseitige Verwendbarkeit entwickeln sie aller-

„Der Computer in der Schule ist eine reine Frage der Priorität. Ich frage: Beherrschen 18jährige in diesem Land ihre Muttersprache, wissen sie viel von ihrer Geschichte, ihrer Kultur, ihrer Literatur? Können sie denken? Wenn die Schule diese Dinge vermittelt hat, wäre ich damit einverstanden, wenn der Computer eingeführt wird.“

(Computerexperte Wetzenbaum auf dem Symposium der Hessischen Landesregierung über „Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat“, Protokoll S. 366)

dings erst, wenn sie durch Kabel oder ein ausgebautes Telefonnetz miteinander verbunden sind. Mit einem Wort: Es handelt sich um *Universalmedien*, die für fast jeden Haushalt erschwinglich sind. Das unterscheidet sie grundlegend von den technologischen Neuerungen der sechziger Jahre. Wenn auch die Einsatzmöglichkeiten der Neuen Medien in der Werbung häufig übertrieben werden, so versprechen sie fraglos eine Fülle von Chancen. Aber sie bergen ebenso viele Gefahren, je nachdem wer sie in welcher Weise aus welchem Interesse nutzt. Die Herausforderung der Neuen Medien besteht im wesentlichen darin, die Gefahren zu meiden und die Chancen zu nutzen.

Über die Neuen Medien, deren Chancen und Gefahren wie über deren soziale Beherrschbarkeit, wird in allen betroffenen Bereichen seit eini-

gen Jahren heftig debattiert, z. T. auch geforscht – außer im Bereich von Bildung und Erziehung. Die Verfechter der Neuen Medien schenken offenbar den entwicklungspsychologischen und schulpädagogischen Auswirkungen keine Beachtung. Noch existiert in der Bundesrepublik beispielsweise keine einzige wissenschaftliche Untersuchung über die Auswirkungen von Computerspielen auf die Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. In den einschlägigen Gremien sind Psychologen, Pädagogen und Erziehungssoziologen nicht vertreten. Zutreffend hat unlängst der „Deutsche Kinderschutzbund“ festgestellt: „Medienpolitische Entscheidungen, die von großer Tragweite für die Erziehung und Sozialisation des Menschen sind, werden ausschließlich nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ohne Anhörung der Pädagogen gefällt.“ Pädagogische Gesichtspunkte zu debattieren und sie mit bildungspolitischen Orientierungen zu verbinden, war die Hauptaufgabe des Dortmunder Kongresses. Ich will die wesentlichen Ergebnisse im folgenden zu acht Thesen zusammenfassen und erläutern:

1. Der Computer muß Lerngegenstand in allen Sekundarschulen werden.

Diese These mag trivial erscheinen, sie wird dennoch nicht von allen geteilt. Eine Begründung kann ich mir also nicht ersparen: Ein Grund liegt darin, daß der Computer zur Basistechnologie geworden ist, zumindest aber in der unmittelbaren Zukunft Basistechnologie werden wird. Ein weiterer Grund mag die heute schon starke Verbreitung in Schulen sein: Schätzungen sprechen davon, daß in über 60 Prozent der bundesdeutschen Sekundarschulen bereits Computer stehen.

Dies sind zugegebenermaßen keine pädagogischen Begründungen. Aber auch für ein Pflichtfach Englisch gibt es keine genuin pädagogische Begründung; daß Englisch unumstritten in allen Sekundarschulen gelehrt wird, hat andere Ursachen, ökonomische, utilitaristische und womöglich auch kulturimperialistische.

Für den Computer als Lerngegenstand gibt es demgegenüber zumindest ein pädagogisches Motiv: Computer sind mystische Apparate, was in ihnen vorgeht, wenn auf der einen Seite Tasten bedient werden und auf der anderen Seite, dem Bildschirm oder Plotter, in Sekundenschnelle Ergebnisse erscheinen, bleibt geheimnisvoll. Die Neuen Medien sind so konstruiert, daß sie ihre

Funktionsweise verbergen, die dahinter liegenden technischen und Organisationsstrukturen, die Machtverhältnisse, ja sogar die rechtliche Struktur (Beispiel: Bildschirmtext) uneinsehbar sind. Sie treten dem Nutzer lediglich als virtuelles System gegenüber, das das Verhalten des Nutzers vorbestimmt. Kompetenter und kritischer Umgang der Anwender sollte aber über das „blinde“ technische Bedienen hinausgehen. Den Computer zu entmystifizieren, gewinnt deshalb mit der wachsenden Komplexität der Systeme zunehmend an pädagogischer Bedeutung.

2. Der Computer muß nicht unbedingt Lehrmittel werden.

Computer werden auf absehbare Zeit kaum in der Lage sein, Lehrer zu ersetzen. Sieht man sich einmal die bisher vorliegenden US-amerikanischen Forschungen über die Wirksamkeit von „Lernmaschinen“ durch, wie man in den 60er Jah-



ren sagte, so zeigt sich: Mikrocomputer wirken gegenüber dem bisherigen Unterricht nicht ersetzend, sondern bestenfalls ergänzend. Nicht-lehrgangsförmiges Lernen und erst recht anspruchsvolle Bildung sind nur im sozialen Rahmen eines Klassenverbandes bzw. einer verhältnismäßig stabilen Lerngruppe realisierbar. Isolierte „Interaktion“ mit der „Lernmaschine“ führt schon frühzeitig zum Motivationsverfall, weil es den Bedürfnissen der Subjekte widerspricht, isoliert ohne andere zu lernen.

Die Mensch-Maschine-„Interaktion“ ist nur ein Schatten zwischenmenschlicher Kommunikation und weit entfernt von einem Diskurs, der eine eigene, nicht algorithmierbare Dynamik von Rede und Gegenrede entfaltet, die im klassischen Sinne bildet. Der Computer als Lehrmittel findet

deshalb nennenswerte Verbreitung nur in der beruflichen Weiterbildung und Umschulung, wo es um lehrgangsmäßige Wissensvermittlung geht und wo Lernbedingungen vorherrschen, gegen die sich Umschüler kaum wehren können. Die Schranken kommunikativer Lernprozesse lassen sich lediglich mit Zwang durchbrechen und auch dann nur, sofern es sich um lehrgangsmäßige Wissensvermittlung handelt – auf englisch klarer „drill and practice“ genannt.

3. Hektik ist nicht angesagt.

Vielfach wird heute gefordert, den Schülern möglichst schnell eine Art „Computerführerschein“ mitzugeben. Als Gründe werden immer wieder die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die besseren Chancen der einzelnen am Arbeitsmarkt angeführt. Beides trifft nicht zu. Über die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft entscheidet auf diesem Gebiet die Forschung und nicht die Schule. Und im Kampf um die immer weniger werdenden Arbeitsplätze wird der „Computerführerschein“ wenig nützen.

Statistiken des Labour Office der USA zeigen, daß Computerberufe prozentual zwar steigen, aber in absoluten Zahlen kaum ins Gewicht fallen. Schnellimbißläden im Stile von MacDonalds werden bis 1990 vermutlich mehr Arbeitsstellen schaffen, als die am raschesten steigenden Computerberufe zusammen. Und wer glaubt, durch bessere Computerkenntnisse bessere Arbeitsmarktchancen zu haben, erkennt, daß, wenn alle sich auf Zehenspitzen stellen, keiner besser sieht.

Auch dieses läßt die Computereuphorie sehr fragwürdig erscheinen. Es besteht überhaupt kein Anlaß, die Bildungseinrichtungen in hektischer Atmosphäre von der Grundstufe an zu „computerisieren“, was nur den Herstellern nützen und die Schulträgerretats auf Jahre festlegen würde. Es ist sogar denkbar, daß mit den mühsam erworbenen Computerkenntnissen an den künftigen Arbeitsplätzen rein gar nichts anzufangen ist, weil diese automatisiert, vorprogrammiert und sich selbst bedienend sind. Dann würde nicht das heutige Schulwissen zum „Verwelkwissen“, wie die Protagonisten der Computerisierung meinen, sondern gerade das neue Wissen.

4. Unabhängige Technologieberatung für Schulen ist dringlich.

Die Computerindustrie sieht wie bereits die Unterhaltungselektronik in den Kindern und

Jugendlichen einen bedeutenden Absatzmarkt. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie diese Computer zum Programmieren, zum Spielen oder als Lernsysteme benutzen. Eltern kaufen Computer, die Schulträger ebenfalls, oder sie lassen sich welche schenken. Die Schulen werden mit Computern ausgestattet, ohne daß zu übersehen ist, wie deren Hardware einzuschätzen ist, ob Software existiert und welche, ob neuangeschaffte Computer mit bisher vorhandenen kompatibel sind und ob die passende Software pädagogischen Ansprüchen genügt. Es herrscht allgemeine Ratlosigkeit.

Es ist deshalb von höchster Dringlichkeit, daß die Bildungseinrichtungen durch klare Zielperspektiven und pädagogische Konzepte der verbreiteten gesellschaftlichen Verunsicherung entgegenwirken und den Strategien des Marktes und den Verwertungsinteressen im Bildungssektor eindeutige Positionen entgegenstellen. Erforderlich dazu ist der rasche Aufbau von eigener Kompetenz im Bildungsbereich, insbesondere auf den Gebieten, die am stärksten dem Markteinfluß unterworfen sind. Wenn irgendwo Eile angebracht ist, dann hinsichtlich der folgenden Maßnahmen:

- Aufbau von gemeinnützigen öffentlichen *Beratungsstellen für Neue Medien* in den Ländern mit Koordination der Beratungsstellen auf Bundesebene,
- Entwicklung von Software und Unterrichtsmaterialien für die öffentlichen Bildungseinrichtungen unter *didaktischen Zielsetzungen*,
- Errichtung eines *Zulassungsverfahrens* für Hardware und Software, vergleichbar der Schulbuchgenehmigung,
- gleichmäßige Ausstattung aller Schulen mit geeigneten Medientechnologien durch Schulträger und Länder als regulärer Bestandteil der Einrichtung und Ausstattung,
- *öffentliche Prüfung* und Bewertung von Bildungsprogrammen, die über Kabelmedien verbreitet werden.

5. Weiterbildung hat Vorrang.

Angesichts der Situation, daß bereits heute in vielen Betrieben Arbeitsplätze mit Computern und Bildschirmen ausgestattet sind – und dieser Prozeß wird sich weiter beschleunigen –, muß der beruflichen Fort- und Weiterbildung Vorrang eingeräumt werden. Die heute im Arbeitsprozeß stehenden Menschen dürfen nicht durch besser qualifizierte verdrängt werden. Allen Arbeit-

nehmern, aber auch den Arbeitslosen, muß das individuelle gesetzliche oder tarifliche Recht auf Weiterbildung eingeräumt werden, damit sie ihre Qualifikation bei der Veränderung der Arbeitsplätze erhalten können.

Priorität muß in der gegenwärtigen Phase ebenso eine intensive *Aus- und Fortbildung der Lehrer* haben, die technologisches Knowhow und fachdidaktisches Problembewußtsein vermittelt und eingebettet ist in eine gründliche Aufarbeitung des gesellschaftlichen Umfeldes, in dem die Neuen Technologien zur Anwendung kommen. Dieses hat zeitlichen Vorrang vor einer weiteren Komplettierung des Geräteparks. Nur wenn Lehrer pädagogisch qualifiziert werden, die Computer in pädagogisch vertretbarer Weise zum Unterrichtsgegenstand zu machen, besteht überhaupt die Chance, Computer in Schulen sinnvoll einzusetzen. Das gilt auch für Unterricht im Fach Informatik (Englisch: computer science). Um Informatik unterrichten zu können, müssen erst einmal Informatiklehrer aus- oder weitergebildet werden.

6. Der Informatikunterricht ist zu pädagogisieren.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß Mädchen seltener als Jungen am Informatikunterricht teilnehmen. Ungleichheiten des Zugangs dürften aber auch unter Jungen bestehen. Um hier biographisch-sozialisationsbedingte Hemmschwellen (die ja auch für das Fach Mathematik bekannt sind) abzubauen, muß Informatik stärker als bisher pädagogisiert bzw. didaktisiert werden. Sherry Turkle (Die Wunschmaschine. Vom Entstehen einer Computer-Kultur, Hamburg 1984, S. 129) hat darauf hingewiesen, daß das Programmieren von Computern radikal unterschiedliche Stilarten zuläßt. Sie unterscheidet u. a. zwischen „harten“ und „weichen“ Programmierern. Kinder und Jugendliche mit „hartem“ Programmierstil versuchen, ihr Ziel auf direktem Wege zu erreichen. Das Programm ist das Mittel zur Kontrolle ihrer Welt. „Harte“ Programmierer wollen ihre Maschine beherrschen, um einen vorher festgelegten Plan umzusetzen. Die sanfte Beherrschung der Computer ist eher interaktiv und orientiert sich auch an ästhetischen Ansprüchen. Es wird ausprobiert, Reaktionen werden abgewartet, dann wird wieder neu probiert. Es kommt zu einer wechselnden Anordnung der vorgegebenen Elemente und so zu neuen Kombinationen.

Für die Didaktik des Informatikunterrichts

bedeutet dies, daß Computersysteme und -sprachen vorhanden sein müssen, die es zulassen, daß solche Programmierstile auch zum Ausdruck kommen können. BASIC als alleinige Computersprache ist beispielsweise wenig sinnvoll, denn sie ist wenig formbar und läßt kaum Variationen und Eigentätigkeit zu.

Es ist im übrigen früh genug, Informatik als Fach in der Sekundarstufe II anzubieten, also nach der Pflichtschulzeit. Um der Forderung nach Chancengleichheit gerecht zu werden, müßten die beruflichen Schulen genau so reichhaltig mit Informatikangeboten ausgestattet werden, wie gymnasiale Oberstufen.

7. Informationstechnologische Grundbildung muß entwickelt werden.

Informationstechnologische Grundbildung müßte allerdings bereits am Ende der Pflichtschule, also in den 9. und 10. Klassen angesiedelt werden, und zwar verpflichtend für alle. Doch was bedeutet informationstechnologische Grundbildung? Zumeist wird die neue Gesellschaftsformation, die auf der Basis der Neuen Technologien entsteht, *Informationsgesellschaft* genannt. Das ist ein Begriff aus der „computer science“, nicht aus den Sozialwissenschaften. Er beinhaltet, daß die Produktion und Verteilung von Informationen diejenige von Gütern und Dienstleistungen überwiegt. Doch es geht nicht lediglich um ein mehr an Informationen, um eine andere, meist schnellere Art der Informationsverarbeitung oder um eine Ausweitung binärer Operationen. Die Neuen Technologien werden die Arbeit, Freizeit, Kultur und das Denken umwälzen und damit die wesentlichen Aspekte menschlichen Lebens verändern. Entsprechend darf es nicht darum gehen, allein mehr Informatikunterricht zu fordern. Die Heranwachsenden benötigen vielmehr eine Grundbildung, die über Informatik weit hinausgeht und eher als eine sozio-technische Bildung zu verstehen ist, die als Teil einer neuen Allgemeinbildung in allen Schulen Eingang finden muß. Darin besteht eine Chance, daß Schüler wie auch Lehrer besser verstehen, was geschieht, jetzt – und erst recht in der Zukunft. Informationstechnologische Grundbildung handelt also von der universellen Verwendbarkeit Neuer Medien und Technologien und deren Folgen. Sie ist deshalb fächerübergreifend und eher auf Unterrichtsprojekte angelegt denn auf Lehrgänge.

Es ist unerlässlich, daß darüber hinaus eine Art

Erkenntniskritik der Informatik gelehrt wird, wie sie Hamburgs Schulsenator Grolle vorgeschlagen hat. Es muß in den Bildungseinrichtungen dargelegt werden, nach welchen methodischen Kriterien Verdatungsprozesse verlaufen und welche Erkenntnisgrenzen damit verbunden sind. Es geht in prinzipieller Hinsicht um das notwendige Maß an Reflexion, intellektueller Distanz gegenüber dem Totalitätsanspruch und Kritik der umfassenden Kontrollmöglichkeiten.

8. Nicht mehr Spezialbildung, sondern mehr Allgemeinbildung ist angesagt.

Nicht die Überwucherung des Alltags mit Fernsehangeboten und Computerspielen sind das zentrale Bildungsproblem, sondern das Entstehen einer neuen Gesellschaftsformation, der sogenannten Informationsgesellschaft. Deshalb besteht die Herausforderung der Neuen Medien auch nicht allein in Brutal-Videos, so abscheulich diese auch sind, und auch nicht in der gewiß begründeten Notwendigkeit, Grundwissen über Informatik zu vermitteln, sondern in der *Neubestimmung des Bildungsauftrags insgesamt*.

Langfristig benötigen die Bildungseinrichtungen, um auf die Herausforderungen der Neuen Medien antworten zu können, nicht mehr Informationsvermittlung oder -verarbeitung, sondern mehr konkretes, anschauliches und wirkliches Leben. Denn mediatisierte Kommunikation, elektronische Textverarbeitung, Maschinenducken und Fernsehbilder laufen ja allesamt auf eine weitere Entfremdung des Unterrichts von der Lebenswelt hinaus. Die Bildungseinrichtungen müßten demgegenüber bewußt Erfahrungen aus erster Hand gegen Medienerfahrung aus zweiter Hand setzen.

Um auf die Herausforderung durch die Neuen Technologien am Arbeitsplatz antworten zu können, benötigen die Heranwachsenden nicht mehr Spezialwissen, sondern eine insgesamt breitere Qualifikation. Einfache Spezialtätigkeiten sind die ersten, die von informationstechnologischen Systemen übernommen werden, und verbleibende wie neu entstehende Arbeitsplätze verlangen in aller Regel nach mehr Qualifikation (vgl. Horst Kern und Michael Schumann: *Das Ende der Arbeitsteilung?*, München 1984). Zudem ergibt sich der Qualifikationsbedarf Neuer Technologien in der Regel nicht aus diesen selbst, sondern aus deren arbeitsorganisatorischer Auslegung. Neue Technologien sind Integra-

tionstechnologien, sie vermögen Aufgaben wie der zusammenzuführen, die mit der ersten industriellen Revolution auseinanderfielen. Die Chance des Einsatzes breiterer Qualifikation ist allerdings nur gegeben, wenn breitere Qualifikationen auch vorhanden sind; sonst fühlen sich die Planer des Arbeitsprozesses legitimiert, die Arbeitsteilung noch weiter voranzutreiben und den einzelnen entsprechend weniger Qualifikation abzuverlangen.

Die US-amerikanische Entwicklung läßt erkennen, daß die meisten der neu entstehenden Berufe eher Jobs sind, die wenig Qualifikation verlangen. Wenn man diejenigen, die oft nach diesen Jobs greifen wie der Ertrinkende nach dem sprichwörtlichen Strohalm, nicht zumuten will, daß sie durch permanente Unterforderung zu „funktionalen Analphabeten“ werden, wie sich die Enquêtekommission zu den Neuen Technologien des Bundestages ausdrückte, muß man sie „überqualifizieren“ – mit anderen Worten: ihnen Gelegenheit zu einer Ausbildung geben, die sie zu mehr als ihrem Job befähigt, zu Mobilität, zu Job enrichment, zur Selbsterfüllung außerhalb der Jobs, zu politischer Teilhabe, kurz: zum sinn-erfüllten Leben.

Wenn alles stimmt, benötigen wir nicht mehr Spezialisten, sondern besser gebildete Menschen, also Menschen, die in der Lage sind, in einer Welt, die immer mehr in Einzelinformationen zerfällt, *Gesamtzusammenhänge* zu erkennen, zu reflektieren, Schlüsse daraus zu ziehen und entsprechend praktisch zu handeln. Bildung erwirbt man nun gerade nicht durch optimierte Informationsverarbeitung, sondern durch aktive Aneignung der kulturellen Überlieferung, durch Auseinandersetzung mit anderen Menschen, durch gemeinsame Erfahrungen und durch Bigentätigkeit.

Perfektionierte Technologien können ohnehin die meisten der wirklich zentralen Probleme der Bildungseinrichtungen nicht lösen, eine verschwenderische Vermehrung des Fernsehprogrammangebots oder der Videospiele schon gar nicht.

So komme ich zu einer nur scheinbar paradoxen Schlußfolgerung: Um auf die Herausforderung der Neuen Medien und der heraufziehenden Informationsgesellschaft angemessen reagieren zu können, braucht die Schule nicht unbedingt mehr Informationstechnologie, aber um so mehr Bildung im guten alten Sinne.

Giorgio Napolitano: Die Grenzen überwinden Die PCI, die Sozialdemokratie und die Zukunft der Linken in Europa

Dr. Giorgio Napolitano, Jahrgang 1925, ist Mitglied des Sekretariats und der Leitung der Kommunistischen Partei Italiens und deren Fraktionsvorsitzender im Parlament.

Der Artikel von Horst Ehmke (s. NG 8/84, S. 722-728) über das Werk Enrico Berlinguers erscheint mir aus mehreren Gründen wichtig. Er stellte nicht nur eine ernstgemeinte Ehrerbietung vor der politischen und moralischen Persönlichkeit des PCI-Sekretärs anlässlich seines dramatischen Todes dar, sondern legte Probleme offen, die für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den italienischen Kommunisten und den deutschen Sozialdemokraten und zwischen allen Bestandteilen der europäischen Linken von wesentlicher Bedeutung sind. Über diese Probleme wird nicht genügend diskutiert. Ehmke erinnerte an die „zahlreichen Treffen“ mit SPD-Führern, die Berlinguer initiierte und deren Protagonist er war. Und es ist auch kein Geheimnis, daß man bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre mit fruchtbaren Kontakten zwischen den beiden Parteien „in der Sichtweise der neuen Ostpolitik“ begann, und daß sich später Diskussionen und Konvergenzen über die breitere Problematik der Ost-West-Beziehungen und die Rolle Europas entwickelten. Bisher hatte man aber noch nicht versucht, eine Bilanz dieses Annäherungsprozesses zwischen den beiden größten Parteien der europäischen Linken, die historisch so unterschiedlich sind, zu ziehen. Und man hatte auch die Grenzen einer „diplomatischen“ Auffassung der Beziehungen zwischen PCI und SPD nicht überwunden, um eine Reihe von politischen und ideologischen Fragen anzugehen, die bei diesen Beziehungen immer im Hintergrund geblieben waren. In diesem Sinne

stellt der Artikel von Horst Ehmke eine wichtige Neuigkeit dar, einen Beitrag, auf den man um so mehr zurückkommen sollte – was ich mit diesem Artikel tun möchte –, als es sich um Probleme handelt, die die gesamte europäische Linke betreffen.

Tatsächlich hat die PCI im Laufe der siebziger Jahre die Suche nach Kontakten und Konvergenzen zu allen westeuropäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien immer mehr verstärkt. Zu einigen von ihnen wurden „offizielle“ Verbindungen hergestellt, während sie zu anderen mehr informell und unregelmäßig blieben; mal mit der einen und mal mit der anderen Partei stellte man ähnliche oder gemeinsame Gesichtspunkte zu mehr oder weniger weiten Punkten fest. Dies hing auch mit der Entwicklung der politischen Situation in den einzelnen Ländern und mit der Unterschiedlichkeit der Positionen der einzelnen Parteien zusammen. Aber es besteht kein Zweifel darüber, daß die PCI heute die europäische Linke als eine Einheit, als eine zusammengehörige Realität ansieht, mit der man sich auseinandersetzen muß, ohne auf die „scharfen Abgrenzungen“ der Vergangenheit zu achten; und daß sie (seit dem XV. Parteitag von 1979) erklärt, daß die Bedingungen für eine Überwindung der Spaltung und der historischen Divergenzen der westeuropäischen Arbeiterbewegung bestehen.

Das hat den Niedergang alter *Tabus* mit sich gebracht. Die Sozialdemokratie war lange Zeit als die Antithese des Kampfes für den Sozialismus definiert worden, wie ihn die Kommunisten führen: als Synonym für die Absage an sozialistische Ideale. Der Ausdruck „sozialdemokratisch“ war lange Zeit eine liquidatorische Etikette, eine Definition, die ausreichte, um den wesentlichen Charakter einer historischen Erfahrung und einer Politik zu charakterisieren, mithin die Tatsache, daß eine Politik im Rahmen des Kapitalismus und seiner „Logik“ verblieben war. Diese abwertenden Etiketten sind von uns in der Praxis aufgegeben worden; schematische Urteile wurden nach und nach korrigiert, machten tiefergehenden und differenzierteren Bewertungen Platz. Wir haben versucht, die Wege einiger sozialdemokratischer Parteien und ihre Regierungstätigkeit eingehender zu untersuchen, Licht und Schatten, Erfolge und grundlegende Grenzen des „sozialdemokratischen Weges“ besser zu verstehen. Dabei handelt es sich um historische und kulturelle Überle-

gungen, die es verdienen, weiterentwickelt und angereichert zu werden; eine Überlegung, die – das erscheint mir offensichtlich – auch dadurch angeregt wurde, daß innerhalb der Führungsgruppe unserer Partei ein immer kritischeres Urteil über das „sowjetische Modell“ heranreifte.

Aber nicht weniger wichtig als diese Anstrengung einer Revision und Forschungsarbeit seitens der PCI war die Tatsache, daß im gleichen Zeitraum – und besonders seit Ende der siebziger Jahre – innerhalb der verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien damit begonnen wurde, erneut über ihre Regierungserfahrungen und über ihre Politik nachzudenken. Den Anlaß dazu gaben nicht nur die Wahlniederlagen, sondern auch tiefe Veränderungen wie die die es in den letzten zehn Jahren in der Wirtschaft und in den Gesellschaften Westeuropas und gleichzeitig in den internationalen Beziehungen zu verzeichnen gab. Insgesamt kann man sagen, daß diese Veränderungen die Erfolgsmöglichkeiten der linken Politik in Frage gestellt haben, die

1. in einer rein nationalen Sicht der Probleme der Entwicklung und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts befangen bleibt;

2. weiterhin die Verteidigung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen und der Volksmassen durch soziale Reformen und Regierungsaktionen mit Mitteln und Konzepten anstrebt, die in der Vergangenheit von den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien verfolgt wurden;

3. sich dem passiven Konsens und der „Treue“ der traditionell linken Wähler anvertraut.

Eine Neuüberlegung war also notwendig. Daher ist es mechanisch und simplizistisch, wenn man die PCI fragt, ob sie die Positionen der Sozialdemokratie übernommen habe oder in was sie sich noch von dieser unterscheide. Viele der Positionen, die bis zu den siebziger Jahren aufrecht erhalten worden waren, wurden in Frage gestellt und werden immer noch innerhalb der europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien diskutiert. Die Sozialdemokratie ist nicht stehen geblieben, sie „bewegt“ sich und zeigt in ihrem Inneren unterschiedliche Tendenzen und Strömungen; und genauso ist auch die PCI nicht stehen geblieben und „bewegt“ sich. Zwei Dinge braucht die europäische Linke: eine größere Einheit und neue Ideen. Die PCI empfindet beide Notwendigkeiten als ihr zugehörige Aufgaben.

In einigen zweifellos wichtigen Fragen hat man – sei es durch Beiträge der PCI sei es durch solche der SPD – bereits neue Positionen erreicht. Ich beziehe mich vor allem auf die Probleme des Verhältnisses zwischen linker Politik im nationalen Rahmen und europäischem Engagement und, allgemeiner, auf die Frage des „Internationalismus“ sowie auf die der internationalen Stellung der Parteien der europäischen Linken. Von verschiedenen Ausgangspunkten aus sind wir – die PCI, die SPD und andere Parteien – zum gemeinsamen Schluß gekommen, daß man die Risiken einer Stagnation oder eines Rückfalls in die Rezession und noch mehr die einer gravierenden sozialen Regression in jedem einzelnen unserer Länder nicht überwinden, daß man eine dauerhafte ökonomische Entwicklung oder die Lösung von so dramatischen Problemen wie denen der Arbeitslosigkeit nicht angehen kann, ohne die *Anstrengung einer Konzentrierung auf europäischer Ebene ohne einen erneuten Aufschwung der Europäischen Gemeinschaft*. Diese Anstrengung ist unerlässlich, will man vermeiden, daß unsere Länder gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan im produktiven und technologischen Wettbewerb fatal ins Hintertreffen geraten, und um schließlich einen Untergang der allgemeinen Rolle Westeuropas zu verhindern.

Eine Politik der „europäischen Selbstbehauptung“ muß von den Kräften der Linken auch verfolgt werden, um sich einer „bipolaren“ Sicht der Weltpolitik zu widersetzen, um auf der internationalen Szene auch anderen Subjekten außer den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Gewicht zu verleihen und um – bei Respektierung der Verpflichtungen der europäischen Mitgliedstaaten der NATO – aktiv zur Entspannung zwischen Ost und West und zur Realisierung von Abrüstungsabkommen beizutragen. Und schließlich können die linken Parteien, die sich den Idealen des Sozialismus verpflichtet fühlen, Ziele des sozialen Fortschritts und des Friedens nicht verfolgen, ohne über die Grenzen Europas hinauszusehen, ohne die dramatischen und grundlegenden Probleme der Entwicklung der Dritten Welt und der Nord-Süd-Beziehungen in allen ihren Aspekten anzugehen.

Diese Positionen stellen für die PCI den Endpunkt eines langen Weges dar, dessen wichtigste Etappen die Entscheidung für eine kritische Mitarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die Ausarbeitung einer Erneuerungsstrategie der

europäischen Politik und der europäischen Institutionen, die Abwendung von der Forderung des Austritts aus der NATO sowie – auf der Ebene der großen ideellen Richtlinien – der Übergang vom „Proletarischen Internationalismus“ zum „Neuen Internationalismus“ waren. Dieser Übergang bedeutete die Überwindung der apologetischen Urteile der Vergangenheit, was die internationale Funktion und die Außenpolitik der UdSSR anbetrifft und – nach dem Versuch des „Eurokommunismus“ – die Überwindung eines Systems der privilegierten Beziehungen zwischen der PCI und den anderen kommunistischen Parteien.

Aber die Positionen, auf die ich mich bezogen habe, stellten auch eine neue Entwicklung gegenüber den Traditionen und der Politik der SPD und der Sozialistischen Internationale dar. Wie Ehmke bemerkte, wurde auf Betreiben von Willy Brandt die alte Grenze des „Eurozentrismus“ überwunden. Gegen jegliche Versuchung eines ideologischen Kreuzzuges wurde die Linie des Dialogs mit dem Osten verfolgt. Besonders nach der ersten Wahl von Ronald Reagan zum Präsidenten wurde von den deutschen Sozialdemokraten eine kritischere Haltung gegenüber den USA eingenommen; die Strategie der NATO wurde in Frage gestellt und es wurde eine neue Plattform zu den Problemen der europäischen Sicherheit ausgearbeitet. Auch in bezug auf diese Probleme, die von der PCI im Rahmen ihres Engagements für die Entspannung, die Abrüstung und die europäische Einheit noch nicht genügend vertieft wurden, halten wir eine wachsende Zusammenarbeit mit der SPD für möglich und eine intensivere Konfrontation zwischen allen Kräften der europäischen Linken für notwendig, wobei man den verschiedenen Positionen, die diesbezüglich bestehen, Rechnung tragen muß.

Aber wenn man auf die Gesamtheit der Probleme zurückkommt, mit denen sich die europäische Linke, um aus ihren Schwierigkeiten herauszukommen und um den Herausforderungen der heutigen Zeit gewachsen zu sein, messen muß, so tauchen andere Fragestellungen auf, die bisher noch weit entfernt davon sind, befriedigende Antworten erhalten zu haben. Wie kann eine neue Reformpolitik konzipiert sein, wie können die Charakteristika einer linken Regierung aussehen, vor allem in einer Phase scharfer internationaler Wirtschaftskonkurrenz, der Krise des „Welfare State“, tiefer und andauernder tech-

nologischer und sozialer Veränderung? Heute erscheint es klar, daß die Kräfte der Linken – seien sie an der Regierung oder in der Opposition – nicht mehr wie bis Mitte der siebziger Jahre mit einem Wirtschaftswachstum rechnen können, das beachtliche Margen für soziale Reformen und für Einkommensumverteilung läßt, ohne „strukturelle“ Probleme angehen zu müssen. Es ist unerläßlich geworden, Lösungen für die grundlegenden Probleme des Wiederaufschwunges des Akkumulationsprozesses, der Zielbestimmung von Investitionen, der Erneuerung der Produktionsstruktur, der Einführung neuer Technologien, der technologischen Arbeitslosigkeit und der Neustellung der Arbeitskraft vorzuschlagen. Und man muß Lösungen, die anders aussehen als die der Rechten, vorschlagen; Lösungen, die man aber weder im Rahmen der Orientierung finden kann, die – daran erinnerte ich bereits – in den letzten Jahrzehnten von den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die Regierungsverantwortlichkeiten trugen, verfolgt wurde, noch im Rahmen einer immer weiter ausgedehnten Verstaatlichung der Produktionsmittel unter imperativer Planung.

Von diesem Schema, das sicherlich zur kommunistischen Tradition gehört, hat sich die PCI seit langem und immer klarer differenziert (und es entfernen sich davon in gewissem Maße sogar einige osteuropäische kommunistische Parteien und die chinesische kommunistische Partei). In diesem Zusammenhang haben wir vom „Dritten Weg“ gesprochen. Mit diesem Ausdruck wollen wir die Notwendigkeit unterstreichen, daß man über die historisch überholten oder klar negativen Elemente sowohl der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Tradition hinausgehen muß; die Notwendigkeit, die Energien auf die Suche nach neuen Antworten auf neue Probleme zu konzentrieren. Klar ist für uns hingegen, daß es keinen dritten Weg zwischen der Aktion zur demokratischen Gewinnung der Mehrheit und der Machtübernahme durch Gewalt gibt, zwischen der Anstrengung, die Ideale des Sozialismus in der Demokratie und durch demokratische Reformen zu realisieren und der Negation der Freiheit und der grundlegenden demokratischen Rechte im Namen des Sozialismus.

Als italienische Kommunisten sind wir Träger einer originellen Ausarbeitung und Erfahrung, die es uns gestatten, der europäischen Linken einen in vielen Aspekten spezifischen und rele-

vanten Beitrag auf der Suche nach neuen Charakterisierungen und Plattformen zu geben. Unser eindeutiges Engagement für die Verteidigung und die Entwicklung der Demokratie hat altgewachsene und profunde Wurzeln vor allem im antifaschistischen Kampf. Und in der augenblicklichen historischen Phase scheint uns die Demokratieauffassung, die wir ausgearbeitet haben, besonders wichtig: Wir haben dabei die Notwendigkeit von Formen der demokratischen Kontrolle – von oben wie von unten – über die großen Entscheidungs- und wirtschaftlichen Machtzentren und die Notwendigkeit vielfältiger Formen der Partizipation und der demokratischen Mobilisierung unterstrichen. Wir sehen uns nämlich Konzentrationen der ökonomischen Macht, die supranationale Kennzeichen angenommen haben und die das immer wichtigere Feld der neuen Technologien und besonders der neuen Informationstechnologien beherrschen wollen, gegenüber. Und wir befinden uns im Angesicht großer sozialer und kultureller Veränderungen, in denen sich Phänomene der Passivität und der Abwendung von der Politik mit neuen Erfahrungen der politischen Aktion und Aggregation sowie Phänomene der politischen und ideologischen Penetration der Rechten auch in die traditionell linke Wählerschaft mit konstruktiven Stimuli sowohl für eine Neudefinition der Werte des Sozialismus wie für die „Aufnahme“ neuer Werte in die Plattformen der Linken vermischen.

Um viele dieser Themen anzugehen, hat die SPD beschlossen, das Programm von Bad Godesberg neu auszuarbeiten. Ehmke hat bekanntgegeben, daß man zu diesen Themen auch die PCI konsultieren will. Und tatsächlich ist der Augenblick gekommen, um bilaterale Treffen und Initiativen für Forschung und Diskussion zwischen den wichtigsten Parteien der europäischen Linken zu vermehren. Als PCI sind wir sehr daran interessiert, und wir meinen, daß auch die PSI interessiert sein müßte. Es ist sicherlich richtig, daß das Europaparlament in diesen Jahren der Sitz von bedeutsamen Diskussionen und Konvergenzen zwischen den Kräften der Linken, die PCI eingeschlossen, geworden ist. Aber ohne übertriebene Schüchternheit muß man auch andere Foren und andere Formen „konfrontierender Begegnung“ finden, um Rückständigkeiten und Grenzen zu überwinden, die bereits jetzt auf dem Kampf um neue Perspektiven, was den Fortschritt und die Einheit Europas anbetrifft, lasten.



THEORIE

Rudolf Schottlaender Die Spannung zwischen philosophischer Anthropologie und marxistischem Humanismus

Prof. Dr. Rudolf Schottlaender, Jahrgang 1900, ist emeritierter Professor der Humboldt-Universität, Berlin (DDR); s. a. seine zahlreichen Beiträge in den FH.

Die westöstliche Entfremdung in Europa wird wohl durch nichts deutlicher als durch die Abkehr der in den beiden deutschen Staaten amtierenden Philosophieprofessoren voneinander. Am „XIII. Deutschen Kongreß für Philosophie“, der vom 24. bis 29. September 1984 in Bonn stattfand, nahm niemand aus der DDR teil. Den „VI. Philosophiekongreß der DDR“ in Ostberlin vom 17. bis 19. Oktober 1984 besuchten aus der Bundesrepublik einige wenige politische Sympathisanten und ein beiläufig erwähnter Zunftrepräsentant. Kaum anders als in Bonn war es seinerzeit in Innsbruck auf dem „XII. Deutschen Kongreß für Philosophie“ vom 29. September bis 3. Oktober 1981¹, der sich mir zu einem die Gegensätze illustrierenden Vergleich mit dem genannten DDR-Kongreß deswegen zu eignen scheint, weil die Generalthemen dazu herausfordern. Der Innsbrucker Kongreß stand unter dem Obertitel „Der Mensch und die Wissenschaften vom Menschen“; der Philosophiekongreß der DDR, an dem ich – obwohl politischer Außenseiter – gleichfalls teilnahm², war veranstaltet von der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED“. Er hatte neben der politischen Parole „Sozialismus und Frieden“ im Titel die Überschrift „Humanismus in den Kämpfen unserer Zeit“. Die „Wissenschaften vom Menschen“ laufen, soweit die Philosophie dazu gerechnet wird, in der „Philosophischen Anthropologie“ zusammen; schon das Inhaltsverzeichnis des ersten Bandes der insgesamt 1145

Seiten umfassenden Dokumentation des Innsbrucker Kongresses läßt dies erkennen. Der „Humanismus“ wiederum, wie ihn mit besonderem Nachdruck die Philosophieprofessoren der DDR vertreten und propagieren, soll im Sinne des jungen Marx ein „realer“ sein, d. h. eine Gesinnung, die ohne Bevorzugung der aus dem griechisch-römischen Altertum überlieferten Klassizität sich vielmehr auf die Fortschritte und Gefährdungen der Menschheit, heute vor allem der gegenwärtigen und zukünftigen, bezieht.

In der DDR ist seit 1964, dem Erscheinungsjahr der ersten Auflage des von Georg Klaus und Manfred Buhr herausgegebenen „Philosophischen Wörterbuchs“, die Vorstellung maßgebend, „der gesamten philosophischen Anthropologie“ sei „als Grundzug die Abkehr vom humanistischen Menschenbild der klassischen bürgerlichen Philosophie eigen“, ja, „eine ahumane und als Folge politisch-reaktionäre und apologetische Tendenz durchzieht die philosophische Anthropologie von ihren Anfängen bis zu ihren gegenwärtigen Ausgestaltungen.“ Nun, in ihrer kulturpolitischen Theorie und Praxis haben die marxistischen Realhumanisten mit dem idealistischen Humanismus der Schöpfer des „humanistischen Gymnasiums“ längst aufgeräumt, nur eben aus ganz anderen Gründen. Für die Marxisten hat jener altphilologisch orientierte Humanismus etwas Elitäres, einen Wesenszug also, der entweder eine mit den im Kapitalismus herrschenden Schichten konforme politische Haltung oder eine unpolitische und damit dem revolutionären Klassenkampf abgeneigte Denkweise zur Folge habe. Hiervon sind die Motive der den althumanistischen Klassizisten ja auch höchst unähnlichen modernen Anthropologen zwar grundverschieden, sie wurzeln aber ebenfalls in der Überzeugung, daß keine geschichtliche Vergangenheit, auch nicht die in der Kultur der Griechen und Römer repräsentierte, uns darüber aufklären könne, worauf es mit der Gattung Mensch hinaus soll.

Im „Historischen Wörterbuch der Philosophie“ (Basel/Stuttgart, ab 1971) hebt Odo Marquard, Verfasser des Artikels „Anthropologie (philosophische)“ hervor, daß die Anthropologie der Gegenwart da einspringt, wo die Geschichtsphilosophie versagt hat. Die Herkunft aus den Naturwissenschaften, zu denen die Anthropologie ursprünglich gehörte, verleugnet sich nicht. Die Frage nach den Konstanten in der Natur des Men-

schen bleibt beherrschend. Gerade von der konstanten Menschennatur aber will der Marxismus, abgesehen vom physiologischen Bereich, nichts wissen; ist er doch von Hause aus die Theorie einer revolutionären politischen Bewegung, die auf die Veränderbarkeit des Menschen setzt. Karl Marx und bis heute wohl alle seine Schüler bleiben auf Hegel, den Geschichtsphilosophen par excellence, fixiert, auch wenn sie die Hegelsche Geistmetaphysik ablehnen und als Materialisten den dialektischen Geschichtsprozeß, wie sie es nennen, „vom Kopf auf die Füße stellen“.

Dilemma des historischen Materialismus

Aber – mit Horaz zu reden –: „Jäte Natur mit der Forke! – sie wird stets rasch wieder da sein!“ In den Begriff „Humanismus“ werden die sonst geleugneten Konstanten verstaubt. Denn wie anders soll man es nennen, wenn es in der neuesten Bestimmung des Begriffs „Humanismus“, wie Prof. Helmut Seidel (Leipzig) sie vorgelegt hat³, heißt: „Unter Humanismus sei also zusammenfassend die Gesamtheit jener in der Menschheitsgeschichte aufgetretenen Ideen und Bestrebungen verstanden, die im Menschen den höchsten Wert und den letzten Zweck für den Menschen sehen, die das Wohl und das Glück der menschlichen Individuen und ihrer Gesellschaft als Maßstab des Wertens und Handelns setzen, die auf Bewahrung und Sicherung der natürlichen und gesellschaftlichen Existenz des Menschen zielen, die allseitige Ausbildung seiner Kräfte und Fähigkeiten, seiner praktischen, theoretischen und künstlerischen Talente befördern, die Achtung vor der Würde und der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit fordern und realisieren, die die Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft, ihre sittliche Vervollkommenung und die Erweiterung der Freiheit des Menschengeschlechts zum Ziele haben“. Wer wollte da nicht zustimmen?! „Die Achtung vor der Würde und der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit zu fordern und zu realisieren“, nun, wenn das zum „Humanismus“ gehört, dann ist damit nicht nur etwas Ewiges im Menschen respektiert, sondern zugleich die vollste Übereinstimmung erreicht mit dem, was im Westen, vorab im Bonner Grundgesetz, verfassungsmäßig festgeschrieben ist.

Aber gemach! – der gleiche Autor hat vorgesorgt: „Insofern Humanismus“, sagt er, „darauf gerichtet ist, Tugend, ja Sittlichkeit überhaupt zu

vervollkommen, muß er die Achtung vor der Würde der Persönlichkeit und ihrer Freiheit zur eigenen Voraussetzung machen. Das schließt Toleranz gegenüber dem Denken und Handeln des andern ein; eine Toleranz allerdings, die ihre Grenzen genau dort setzt, wo antihumanes Handeln und antihumanistisches Denken beginnt.“ Dementsprechend hatte denn auch einer der zehn Arbeitskreise des letzten Philosophiekongresses der DDR das Thema „Humanismus und Antihumanismus“; und als eines der Ergebnisse dieses Kreises wurde mitgeteilt, daß schon allein die „Totalitarismuskonzeption antihumanistisch“ (also nicht etwa bloß unwahr!) sei. Die hiermit des Antihumanismus Beschuldigten bezeichnen aber ihrerseits das, was sie „Totalitarismus“ nennen, als etwas insgesamt Unmenschliches, was also ganz gewiß keinen Anspruch auf den Ehrennamen „Humanismus“ erheben könnte. Mit dieser zur Terminologie geronnenen Feindseligkeit ist die west-östliche Entfremdung, die der tragikomischen Züge nicht entbehrt, wahrlich auf ihrer ideologischen Höhe angelangt!

Berichterstatler des Arbeitskreises „Humanismus und Antihumanismus“ war Prof. Manfred Buhr, der für die oben zitierte polemische Charakterisierung der philosophischen Anthropologie mitverantwortlich ist, ja, sie wahrscheinlich selber verfaßt hat. Er (Jahrgang 1927), der für den Bereich der Philosophie innerhalb der Akademie der Wissenschaften der DDR als in erster Linie kompetent Angesehene, stimmt mit Prof. Kurt Hager, dem Chefideologen der SED, der den Kongreß mit einer Rede abschloß, überein in dem Bestreben, den marxistischen Humanismus in die „Kämpfe unserer Zeit“, insbesondere in den Kampf um und für den Frieden, mitten hinein zu stellen. In den mehrfachen ausführlichen Berichten, Interviews, Kommentaren der Tagespresse der DDR zum Kongreß dominierte das Schlagwort „Humanismus“. Zum uneingeschränkten Lob in diesen Zeitungen, einer Art von kollektivem Eigenlob des Herrschaftssystems, stand übrigens in grellem Kontrast die Aufnahme des Bonner Philosophiekongresses in der Tagespresse der Bundesrepublik, vor allem die wohl meistgelesene, offensichtlich übelwollende, vernichtende Kritik von Günter Masche in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (3. Oktober 1984), wo das Generalthema „Tradition und Innovation“ glossiert wurde durch die Überschrift „Die Angst, die Entscheidung zu denken“. Die Maßlosigkeit des

Tadels hier, des Lobes dort ist wohl bezeichnend für die heutigen deutschen Zustände, soweit sie die Rezeption der Philosophie in der Gesellschaft betreffen; immerhin mit der Einschränkung, daß wenigstens in der „Süddeutschen Zeitung“ (3. Oktober 1984) Ivo Frenzel das Für und Wider feiner abgewogen hat als sein Frankfurter Kollege, allerdings mit dem Endergebnis, daß angesichts einer „Philosophie im Zeichen der Wende“ diesmal jedenfalls „noch keine Wende der Philosophie“ zu erkennen war.

Interessant ist, daß auch „innerhalb der kommunistischen Bewegung einige Theoretiker“ behaupten, Marx habe „mit der wissenschaftlichen Erkenntnis der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion, mit der Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung den Bruch mit dem Humanismus vollzogen, weil dieser in der wissenschaftlichen Analyse nur als ideologischer Schein von Klasseninteressen erschien. Der Marxismus ist daher kein Humanismus, sondern die kritische Auflösung dieser besonderen Form des falschen Bewußtseins.“⁴ Mit diesem Votum einer Art von Fraktion innerhalb des Weltkommunismus stimmt eine Feststellung überein, die im Artikel „Humanismus, Humanität“ des „Historischen Wörterbuchs der Philosophie“ (Bd. 3, Spalte 1217-1230) die Verfasserin I. Pape macht: „Marx' philosophischer Humanismus ist dann von ihm selbst aufgegeben worden, als er das Für-sich-Sein des Menschen nicht mehr als sein zu bewährendes Wesen auffaßte, sondern ausschließlich als Resultat seiner Arbeit.“ Darum ist es weder Zufall noch Willkür, daß die heutigen philosophischen Propagandisten eines marxistischen Humanismus auf Formulierungen zurückgreifen, die Marx in der vorrevolutionären Phase zwischen 1843 und 1847, z. B. in den „Philosophisch-ökonomischen Manuskripten“ von 1844, geprägt hat. Die heutige Wiederverwendung jener vorrevolutionären Terminologie beleuchtet das Dilemma, welches darin besteht, daß einerseits dem historischen Materialismus zufolge ein gleichbleibendes Wesen des Menschen keinesfalls anerkannt oder gar terminologisch fixiert werden darf, man aber andererseits unaufhörlich darauf stößt oder gestoßen wird und sich nun zu helfen sucht, indem man unter sorgsamer Vermeidung aller Worte, die eine solche Anerkennung explizit ausdrücken würden, die Sache selbst implizit und unter anderem Namen (z. B. „Humanismus“) wieder hereinbringt.

Die ökologische Krise - Herausforderung für die Philosophie

Die Gegenkritik seitens der so scharf kritisierten philosophischen Anthropologen der Gegenwart ist nicht ausgeblieben. Wolfgang Schirmacher (geb. 1944), Professor in Hamburg und Präsident der Schopenhauer-Gesellschaft, hat seine Einwendungen auf dem Innsbrucker Kongreß vorgetragen und sie anschließend in geraffter und klarer Form in der neugegründeten Zeitschrift „Mensch - Natur - Gesellschaft“ wiederholt. Er hebt hervor, daß „die ökologische Krise zur Herausforderung für die marxistische Technikphilosophie wurde.“ Diese basiere auf der Voraussetzung, daß „Arbeit ein Prozeß fortschreitender Humanisierung der Natur, der Kommunismus daher ein vollendeter Humanismus“ sei. Aber die Umweltvergiftung nehme heute ihren Fortgang ganz ebenso in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wie in der kapitalistischen, und darum sei nichts gewonnen mit dem Argument, die Technik sei im Sozialismus nicht mehr von subjektiven Eigeninteressen, sondern „gesellschaftlich“ determiniert. Hiermit werde - so Schirmacher - nur verdeckt, daß der individuelle Egoismus durch einen „anthropozentrischen Gattungsegoismus, der sich altruistisch geben kann“, überhöht wird. Die „Humanisierung der Natur“, wie Marx sie verkündet hat, sei durch die moderne Technik oder zumindest durch deren allüberall verbreitete Auswüchse umgeschlagen in eine „tödliche Drohung“ - ein Phänomen, das durchzureflectieren Pflicht auch der Philosophen sozialistischer Länder sei.

Diese Einwände von seiten einer ökologischen Philosophie lassen sich in der Tat nicht damit abtun, daß sie von einem weltanschaulich pessimistischen Schopenhauerianer kommen. Der Kritiker erwartet mit Recht, daß die marxistischen Humanisten sich gründlich auch mit jenen Problemen befassen, die durch eine allzu weit getriebene „Anthropozentrik“ verschleiert werden. Schirmachers Haupteinwand entspringt ja keinem „reaktionären“ Rückfall in irgendeine theologische oder mystifizierende Frömmigkeit, sondern aus der ebenso sympathischen wie praktisch begründeten Anteilnahme an jenem Nichtmenschlichen, welches der Name „Natur“ heute in einer Weise mitbezeichnet, die uns Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie mit einer über den Horizont der Begründer des Marxismus hinausgehenden Tragweite bewußt macht.

Dem übersteigerten Optimismus der Fortschrittsgläubigkeit entspricht eine Neigung zu pessimistischen oder skeptischen Einstellungen auf der Gegenseite, und so ist es gewiß kein Zufall, daß sich unter den Wortführern der philosophischen Anthropologie verhältnismäßig viele konservative Denker befinden; ich nenne nur den Ende 1983 verstorbenen Michael Landmann, der sich besonders um die „Kulturanthropologie“ verdient gemacht hat. Aber gerade diese an sich begrüßenswerte Erweiterung des Bereichs der philosophischen Anthropologie - über den von Arnold Gehlen seit 1940 festgelegten Rahmen hinaus - läßt vermissen, daß (beispielsweise) in den Akten des Innsbrucker Kongresses keine einzige Vortragsüberschrift die *Kreativität* als zu den Gegenständen der philosophischen Anthropologie gehörig thematisiert. Im „Historischen Wörterbuch der Philosophie“ wird sie vollends generell in die Psychologie verwiesen (ungeachtet der eingehenden Darstellung, die ihr gewidmet ist, vgl. 4/1976, Sp. 1194-1204), während die ihr geltenden theoretischen Bemühungen den Marxisten als „bürgerliche Kreativitätsforschung“ von vornherein suspekt erscheinen, wie dies auch auf dem letzten Philosophiekongreß der DDR zu hören war. Um sich auch terminologisch abzugrenzen, hatte man dort zwar nicht der „Kreativität“, wohl aber dem „Schöpfungstum“ einen eigenen Abschnitt in einem der Arbeitskreise eingeräumt. Hier scheint sich also etwas zu bewegen, denn im „Philosophischen Wörterbuch“ (10. Aufl. Berlin-DDR 1974) findet sich das Stichwort „Schöpfungstum“ (oder Schöpfungskraft, schöpferisch) noch nicht. Da ich mich aufgrund eigener Arbeiten⁶ in jenen Arbeitskreis eingereiht hatte, zu dessen Themen u. a. das „Schöpfungstum“ gehörte, möchte ich an diesem Beispiel ausführlicher zeigen, daß die Spannung zwischen „westlicher“ und „östlicher“ Philosophie nicht unbedingt zur Ignorierung oder Herabwürdigung der Gegenseite führen muß, selbst wenn aus dem Beispiel noch lange keine intensive Kommunikation oder auch nur ein faires Streitgespräch als wahrscheinlich zu folgern ist.

Schöpfungstum oder Kreativität?

Wie groß der Gegensatz der Auffassungen zunächst ist, kann man ermessen, wenn man eine Charakteristik, die sich im Baseler Historischen Wörterbuch der Philosophie findet, der Ansicht gegenüberstellt, die in der DDR als offiziell und

maßgebend umläuft. Dem Verfasser des westlichen Wörterbuchartikels „Kreativität“, W. Matthäus, fällt 1976 im Blick auf die amerikanische Kreativitätsforschung auf: „In dieser nationalstisch getönten Ideologie dient die Kreativitätsforschung der Schaffung einer kreativen Elite“ (Bd. 4, Sp. 1204). Auf der anderen Seite sagte Prof. Herbert Hörz, Leiter des Arbeitskreises, in dessen Rahmen auch ich (mit einem auf fünf Minuten begrenzten Diskussionsbeitrag) zu Worte kam, klipp und klar, *jeder Mensch sei potentiell schöpferisch*, und im Hinblick auf die Weltgeschichte könne man von einem „Schöpferium der Massen“ reden. Diese Doktrin entspricht dem Verständnis von revolutionärer Demokratie im Programm der sowjetischen KP und somit auch der SED und der anderen kommunistischen Parteien.

Vorbereitet wurde die These durch den von G. Banse und H. Hörz verfaßten Aufsatz „Wissenschaftlich-technische Revolution – Schöpferium – Verantwortung“, der im Septemberheft 1984 der Monatsschrift „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ erschienen war. Dort waren bereits Kurt Hagers Worte zitiert worden: „Im Sozialismus fördern die modernen technischen Entwicklungen das massenhafte wissenschaftlich-technische Schöpferium und sind zugleich auf dieses Schöpferium angewiesen.“ Es ist klar, daß zwischen jener amerikanisch elitären Voreingenommenheit für die erstklassigen Ausnahmeherrschaften und dieser kommunistischen Verherrlichung der Massen eine Kluft besteht, die unüberbrückbar scheinen mag. Und doch ist es Aufgabe des Philosophen, die alledem zugrundeliegende Begriffsverwirrung und Wirklichkeitsverzerrung aufzudecken, um zu Aussagen zu gelangen, die dem Gegeneinander der Vorurteile entrückt sind.

Banse und Hörz definieren so: „Schöpferium ist die praktische und theoretische Beherrschung der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt sowie des eigenen Verhaltens auf neue Weise unter bestimmten Bedingungen und konkreten räumlichen und zeitlichen Beziehungen.“ Eine ebenso komplizierte wie verwaschene Definition! Darunter läßt sich vielleicht Picassos Friedens-Taube zwingen, aber sicherlich nicht seine Stierlithographie.

Auf der anderen Seite spricht W. Matthäus in dem genannten Wörterbuchartikel von einer „relativen Übereinstimmung“ der Definitionsversuche darin, „daß folgenreiche Produkte, die

bezüglich des Erwartungssystems der sie auswertenden Gruppe neu sind und die dieses Erwartungssystem modifizieren, Anspruch auf den Titel „kreativ“ haben“. Hiernach wäre Kopernikus wohl kaum als „kreativ“ zu bezeichnen, denn ein „Erwartungssystem“, auf das seine heliozentrische Hypothese sich bezogen hätte, war jedenfalls zu seinen Lebzeiten nicht zu erkennen; wurde ihm doch das erste Exemplar der Publikation seiner Lehre, deren Veröffentlichung er nach ihrer Ausarbeitung (1507), aus berechtigter Besorgnis wegen fehlender „Erwartungssysteme“, um 36 Jahre verschoben hatte, erst am Morgen seines Todestages (1543) überreicht!

Was durch beide Definitionen nicht in Sicht kommt, ist das, was ich zusammenfasse unter den drei Titeln: „Richtungsbewußtsein anstelle von Zielbewußtsein, selbstvergessene Sachbesessenheit, Nichtanpassung an die Umweltmeinungen um der Anpassung an den objektiven Sachverhalt willen.“ Ohne das letztgenannte Kriterium könnte man, mit Immanuel Kant zu reden, „Originalität nicht von originalem Unsinn unterscheiden“ oder gar, wie Banse und Hörz es fordern, sogenannte „verrückte“ Ideen mit einem „hohen Sozialprestige“ ausstatten; wobei die genannten Autoren vorsichtshalber hinzufügen, solches Sozialprestige sei gebunden an eine „sachlich-kritische Atmosphäre in den Arbeitskollektiven“. Zu dieser Klausel müßte man hinzusetzen: sollte der Mann mit der „verrückten“ Idee sich etwa auf Resultate, Vorschläge, Problemstellungen der „bürgerlichen Kreativitätsforschung“ beziehen, wohl gar unbelehrbar „Kreativität“ statt „Schöpferium“ sagen, wäre es um sein „Sozialprestige“ bald geschehen.

Daß übrigens die philosophisch interessierten Leute aus der Praxis, die den Philosophiekongreß der DDR besuchten – eine Erweiterung des Teilnehmerkreises, die mir durchaus begrüßenswert scheint! –, sich an die überladene Schöpferiumsdefinition des Arbeitskreisleiters nicht hielten (sie vielleicht nicht einmal kannten), sondern schlicht auf das losgingen, was man eigentlich mit „Schöpferium“ meint, geht aus der in der Diskussion vorgebrachten Forderung hervor, es sollte „Erfinderschulen“ geben, in denen man es ebenso lernen könne, ein Erfinder zu werden, wie man ein Handwerk oder eine Fremdsprache erlernen kann. Diese Forderung wurde zwar von anderer Seite mit Fragezeichen umgeben, sie zeigt aber deutlich, auf welche Art von Machbarkeit die

Fortschrittsoptimisten im „real existierenden Sozialismus“ ihre Hoffnungen setzen. Tatsächlich wäre es ja, aufgrund der philosophischen Doktrin, daß jeder Mensch potentiell schöpferisch sei, nur folgerichtig, von vornherein anzunehmen, daß nach Wegräumung ungünstiger äußerer Bedingungen das schlummernde Potential massenhaft durch geeignete didaktische Methoden aktualisiert werden kann. Daß aber die Behinderungen überwiegend in solchen Hemmnissen liegen, die aus der offiziell eingeführten sozialistischen Pädagogik folgen, davon will man nichts hören. Die Pädagogen der DDR einschließlich der Universitätslehrer hätten über genug damit zu tun, den von ihnen Abhängigen keine widerwilligen oder heuchlerischen Loyalitätsbekundungen ideologischer Art zu oktroyieren, weil sie dadurch zu viele möglicherweise schöpferische Schüler und Studenten verstimmen oder am Ende lahmlegen oder gar vertreiben. Die Erzieher würden durch solche Selbstbeschränkung einen besseren Beitrag zur Entfesselung erfinderischer Potenzen leisten, als es durch Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Erfindertum“ zu erreichen wäre.

Die Vermittlung zwischen der elitären und der volksdemokratischen Auffassung von Schöpfungstum läßt sich am ehesten bewerkstelligen, wenn man bedenkt, daß die zahlreichen Faktoren, die in der kreativen Persönlichkeit zusammenkommen, einzeln durchaus allgemein-menschlich sind, ihre Synthese aber dennoch selten vorkommt und nicht methodisch produzierbar ist. Wahrscheinlich ist die Reihe dieser Faktoren unabschließbar, aber selbst wenn die Synthese hochkomplex sein und bei Wissenschaftlern andere Varianten bedingen sollte als bei Künstlern, Technikern, Ökonomen, lohnt es doch, immer umfassender und tiefer in diesen Bereich einzudringen und ihn ausdrücklich in die philosophische Anthropologie als in eine seit einem halben Jahrhundert betriebene Forschungsweise ebenso einzubeziehen wie in einen allerdings nicht doktrinär zu verstehenden Humanismus gemäß der in der DDR vorherrschenden Terminologie.

Feminismus in der Philosophie

Den Philosophiewörterbüchern der westlichen und der östlichen Seite gemeinsam ist das Bestreben, interdisziplinäre Zusammenhänge einzubeziehen und daher weit mehr, als ältere philoso-

phische Lexikographen es getan hatten, Artikel aufzunehmen, die beim jeweiligen Verfasser außer der Kompetenz in Bereichen der Philosophie auch genauere Kenntnis spezialwissenschaftlicher Forschungsgebiete voraussetzen. Die Einmannarbeit des verdienstvollen Rudolf Elser mochte bis etwa 1930 noch zu genügen scheinen, ist aber längst abgelöst durch die Mitwirkung zahlreicher Haupt- und Nebenmitarbeiter um die beiden, letztlich verantwortlichen, Herausgeber herum. Das gilt für das Baseler ebenso wie für das Leipziger Unternehmen. Wie bei jedem Lexikon wachsen die Stichwörter nach, und Neuaufnahmen in neuen Auflagen werden notwendig.

Hatte Joachim Ritter vor 1972 „Kreativität“ schon berücksichtigt, Manfred Buhr aber bis 1974 „Schöpfungstum“ noch nicht, so besteht in beiden Wörterbüchern eine Lücke insofern, als hier wie dort das Stichwort „Feminismus“ fehlt. Es gehört sowohl in die philosophische Anthropologie als auch in den marxistischen Humanismus hinein. Dies gilt besonders dann, wenn die Anthropologie den Sozialwissenschaften so zugewandt ist, wie das in den Innsbrucker Kongreßakten ersichtlich ist aus einem der Hauptvorträge, dem von Karl Acham (Graz): „Die anthropologische Perspektive in der sozialwissenschaftlichen Theorie“ (I, 117-143), aber auch aus dem Sektionsvortrag von Herbert Stachowiak (Paderborn): „Das Verhältnis von Anthropologie, Sozialwissenschaft und politischem Handeln“ (I, 343-350). Es ist erstaunlich, daß Acham in die „*Biologisierung der sozialen Ungleichheit*“ (S. 130, Herv. von Acham selbst) außer den Problemen der Benachteiligung Farbiger (worauf er eingeht) nicht auch die vom Feminismus beleuchteten Aspekte der – nicht nur amerikanischen – Vorurteilsforschung ins Auge faßt. Und wenn Stachowiak den Begriff einer „*normativen Anthropologie*“ mit maßgebend sein läßt für sein philosophisches Forschungsprogramm, das „*neue Formen der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik*“ aufzeigen und zu einer „*beratungstüchtigen Sozialwissenschaft*“ beitragen soll, dann gehören in ein solches Programm sicherlich die Fragen hinein, die der Feminismus in seinen mannigfachen Ausprägungen aufwirft. Wie vieldeutig der Begriff auch sein mag – was er übrigens mit dem Begriff „*Anthropologie*“ gemein hat –, so ist er doch seit dem Erscheinen des Essays „*Le deuxième sexe*“ von Simone de Beauvoir (1949) in ganz Europa so sehr ins öffentliche Bewußtsein

und allgemeine Gespräch gedungen, daß die Fachvertreter der Philosophie nicht länger hinterherhinken sollten.

Während dies, ausweislich der Akten des Innsbrucker Kongresses und wohl auch angesichts der Plenarsitzungen des Bonner Kongresses von 1984 - Zeitungsberichten zufolge - noch der Fall zu sein scheint, sind gleichzeitig die Philosophinnen um so rühriger. Nachdem Annegret Stopczyk mit ihrem Buch „Was Philosophen über Frauen denken“ (München 1980) vorangegangen war, wurde die feministische Sicht erneut artikuliert in dem Band „Was Philosophinnen denken“ (Zürich 1983). In dieser Dokumentation zweier Symposien (in Würzburg 1980 und in Zürich 1982) sind die Vorträge vor einem von Brigitte Weisshaupt eingeladenen Hörerinnenkreis abgedruckt. Frau Weisshaupt selbst nimmt darin mehrmals das Wort: als Vorwortverfasserin, als Partnerin im Dialog (mit Margaretha Huber) und mit einem (zuvor in *Studia Philosophica* 40/1980 als Aufsatz veröffentlichten) Vortrag „Sisyphos ohne Pathos - Selbsterhaltung und Selbstbestimmung im Alltag“. Sie bezeichnet ihre Ausführungen als eine „Auseinandersetzung mit Kategorien der philosophischen Anthropologie“ (272). Offenbar meint sie sich selbst, wenn sie davon spricht, daß es sich um eine „weibliche praktische Vernunft im höchsten Grade“ handelt, wenn „Frauen einen Haushalt führen, Kinder kriegen und sehr sensibel aufziehen können und dann noch Philosophie studieren und Philosophie dozieren und ein Gespräch über Vernunft führen“ (29).

Mit dem Terminus „Vernunft“ will sie den geläufigen Gegensatz von Rationalität und Emotionalität überhöhen. So sehr sie Vernunft von bloßer Rationalität unterscheidet und ihr überordnet, so wenig pflichtet sie denen bei, die im Überwiegen der Emotionalität über die Vernunft einen Wesenszug der Frau - sei es im Sinne einer Stärke oder einer Schwäche - erblicken. Anders als Camus will B. Weisshaupt das Ertragen und Meistern des Alltags nicht heroisieren, Sisyphos nicht zum Helden einer an den Rand der Verzweiflung treibenden Alltagswiederholung machen. Die Erfahrung, daß „am weiblichen Dasein das Alltägliche sich in seiner besonderen Aufdringlichkeit und Härte zeigt“, kann uns darauf führen, daß „die Frage nach Sinn, Existenz und Tun des Menschen sich bei der Frau darum exponiert stellt, weil die hinter der Frage stehende menschliche Not für die Existenz der Frau

zur Nötigung geworden ist insofern, als sich die Not nicht nur als Naturnotwendigkeit bedürftiger Wesen im anthropologischen Sinne erweist, sondern als der Frau *allein* - Herv. R. Sch. - von dem anderen Geschlecht aufgenötigte gesellschaftliche Position.“ *Selbstbestimmung* im Sinne eines zu erweiternden Aufklärungspostulats wird hier nicht als einzelpersönliche Freiwilligkeit verstanden, sondern als Gegensatz zu der von den Männern ausgeübten Fremdbestimmung, die auch dann gegeben sein kann, wenn noch so viele Frauen sie akzeptieren. Solche geschlechtsspezifische weibliche Selbstbestimmung erschöpft sich nicht in der Nachahmung männlichen Rollenverständnisses, dem Willen, es den Männern gleichzutun, wie das großenteils von der Frauenemanzipation früherer Generationen erstrebt wurde.

Die wichtigste Frage, die der Feminismus sowohl der philosophischen Anthropologie als auch dem marxistischen Humanismus zu stellen hätte, scheint mir nach alledem: ob überhaupt das Mutter-Kind-Verhältnis als weibliches Spezifikum der Menschennatur in Verbindung mit der gattungsspezifischen biologischen Überlänge der für Pflege und Aufzucht benötigten Lebenszeit des Menschenkindes das weibliche Wesen schon vor der eingetretenen Mutterschaft oder möglicherweise ganz ohne deren Eintreten so mitprägt, daß daraus geschlechtsbedingte soziale Besonderheiten, seien sie Vorzüge oder Mängel, Eignungen oder Nichteignungen, resultieren.

Feminismus und Friedensengagement

Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade von Zürich eine so starke feministische Bewegung ausgeht, wurde doch in der Schweiz seit Jahrzehnten der Streit um die Gleichberechtigung der Frau mit einer besonders lebhaften, durch Referenden markierten öffentlichen Beteiligung geführt. Wie sehr die Bewegung inzwischen auf die Bundesrepublik übergegriffen hat, zeigt u.a. das Autorinnenverzeichnis des Züricher Dokumentationsbandes. Doch auch in der Deutschen Demokratischen Republik wird der Feminismus, insbesondere unter pazifistischen Gesichtspunkten, oft und eingehend, wenn auch nicht in großer Öffentlichkeit, diskutiert. Nur zu verständlich ist es daher, daß Christa Wolf mit ihrer „Kassandra“ größtes Interesse in beiden deutschen Staaten findet. Mit einiger Verzögerung hat man sich auch in der DDR zu einer

(rasch vergriffenen) Publikation im Aufbau-Verlag entschlossen.

Indirekt und uneingestanden verriet sich ein Interesse daran auch beim letzten Philosophiekongreß der DDR in der Fragestellung eines Referats: „Feminismus und Friedenskampf“. Das Fragezeichen bedeutet zumindest, daß die SED als Veranstalterin dem Feminismus keine eigenständige Funktion in dem, was sie „Friedenskampf“ nennt, zugestehen möchte. Immerhin durfte eine Gruppe von Studenten der Universität Jena eine Sprecherin (Evelyn Hille) entsenden, die, ohne Christa Wolf zu nennen, den Feminismus in seinem pazifistischen Anspruch mitbehandelte. Das geschah sehr bescheiden in einer kleinen Untergruppe innerhalb des „Wettstreits junger Philosophen“, worunter man sich übrigens kein Miteinanderringen voller Spontaneität oder gar Polarität vorzustellen hat, vielmehr war es eine von einer Jury gelenkte Kandidatenauslese. Meine Frage an die Sprecherin, wie sie die „Kassandra“ von Christa Wolf einschätze, beantwortete sie denn auch verlegen und ausweichend. Kein Wunder! – lautete doch der Schlußsatz ihres Referats so: „Der Feminismus ist aufgrund seines Engagements bei der Aktivierung von Frauen gegen die atomare Aufrüstung Bündnispartner im Friedenskampf; abzulehnen ist die Forderung des Feminismus nach einer speziellen Frauenfriedensbewegung, die in ihren Konsequenzen eine Spaltung der Friedensbewegung zur Folge hätte.“

Nun betrifft aber ein Hauptmerkmal der feministischen Position von Christa Wolf, ihre These nämlich von der speziellen Eignung der Frau zum gewaltlosen Widerstand gegen Kriegshandlungen und Kriegsvorbereitungen einschließlich, wohl-gemerkt, der als Verteidigungsanstrengungen deklarierten Rüstungen, implizit unzweifelhaft auch die gesamte sowjetische Militärpolitik, die ja ihre Rüstungen von jeher mit Argumenten der Verteidigungsnotwendigkeit begründet. Christa Wolf dagegen steht auf dem Standpunkt, die Geschichte der Menschheit wäre besser, vor allem unblutiger verlaufen, wenn sie nicht fast ausschließlich von Männern gemacht worden wäre. Daher würde sie sich von einer Verstärkung des weiblichen Einflusses auf die Politik einen weniger kriegesischen, einen humaneren Fortgang des Weltgeschehens erhoffen. Diese Hoffnung läßt sich nicht einfach entkräften durch den Hinweis darauf, daß die einflußreichsten Frauen

des letzten Jahrzehnts: Indira Gandhi und Margaret Thatcher, eine Hinwendung zu gewaltlosen politischen Problemlösungen wahrlich nicht haben erkennen lassen. Doch das Beispiel solcher Nichtfeministinnen läßt die Besinnung auf spezifisch weibliche politische Aufgaben nur um so dringlicher erscheinen. Die geringere Neigung zur Gewaltanwendung durch das eigene Geschlecht braucht sich nicht ohne weiteres umzusetzen in eine Ablehnung von Gewaltanwendung überhaupt. Auch muß im Auge behalten werden, daß die Alternative zur Gewalt nicht nur in der Nichtgewalt besteht, sondern auch in der List, in deren eventuell zerstörerischer Betätigung es Frauen gewiß ebenso weit gebracht haben und immer wieder bringen könnten wie Männer.

Günstiger ist die Prognose für den Fall, daß die weibliche Neigung zur non-violence ergänzt wird durch edle Uneigennützigkeit, rege Erfindungsgabe, willenskräftiges Durchsetzungsvermögen. Ob mit oder ohne männliche Mitwirkung – wenn Feministinnen kraft solcher Eigenschaften sich einen Zuzug verschaffen, der bei der Bewirkung und Erhaltung des Friedens in der Welt entscheidend mithilft, dann würden wir und unsere Nachkommen ihnen viel zu verdanken haben. Das läuft freilich auf eine im Prinzip neutrale Haltung im Ost-West-Konflikt hinaus, die sich dem internationalen Haß und Streit in seinen politischen, militärischen und ideologischen Formen versagt und für solche Weigerung auch zu werben den Mut hat, wie Christa Wolf das wagt.

Anmerkungen

- 1) Vgl. *Der Mensch und die Wissenschaften vom Menschen, Kongreßakten Solaris-Verlag Innsbruck 1983; darin R. Schottlaender, Hoffnung, Entsagung, Verzweiflung – Philosophische Prophetien als Epochenphänomene* (I, S. 313–318), verkürzt nachgedruckt in der Zeitschrift des gleichen Verlages „Mensch – Natur – Gesellschaft“ 1/1984.
- 2) Gestützt auf meinen Aufsatz: *Wissenschaftliche und künstlerische Kreativität, in: „Wissenschaft und Fortschritt“, Monatsschrift der Akademie der Wissenschaften der DDR, April 1983.*
- 3) In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Monatsschrift, hrsg. v. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin-DDR, 32/1984, Heft 8–9, S. 748–755.*
- 4) H. Seidel, a. a. O., S. 749.
- 5) Vgl. *Fortschreitende Humanisierung der Natur – Heutige Probleme marxistischer Technikphilosophie (Kongreßakten I, S. 513–525).*
- 6) s. o. Anm. 2; hierzu noch: R. Schottlaender, *Paradoxien der Kreativität in Zeitschrift für philosophische Forschung* 26/1972, S. 153–180, sowie ders.: *Goethes Formen der Hindeutung auf das „Schöpferische“ im Goethe-Jahrbuch Weimar 1972, S. 62–80.*



KULTUR UND POLITIK

Eberhard Knödler-Bunte: Wider die Kurzatmigkeit sozialdemokratischer Kulturpolitik Eine problemgeschichtliche Skizze

Eberhard Knödler-Bunte, M.A., geb. 1945, Studium der Philosophie, Soziologie und Germanistik an der Universität Frankfurt. 1968 Mitbegründer eines selbstverwalteten Instituts für Kultur und Ästhetik (IKAe), aus dem 1970 die Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ hervorging. Von 1972 bis 1980 wiss. Assistent im Fach Bildende Kunst an der PH Berlin; seit 1977 Geschäftsführer des Verlages Ästhetik und Kommunikation. In den letzten Jahren zahlreiche Ausstellungen zur Kulturgeschichte und Industriekultur.

Vorbemerkung

Diese eher problemgeschichtliche Skizze argumentiert für die Wiederaufnahme einer gesellschaftskritischen Kulturdiskussion, indem sie die Geschichte ihres bisherigen Scheiterns an einigen Punkten markiert. Die Kurzatmigkeit sozialdemokratischer Kulturpolitik von heute läßt sich nur dann überwinden, wenn man sich Klarheit darüber verschafft, warum die Linke im Umgang mit Kunst und Kultur schon immer ihre Schwierigkeiten hatte. Dazu bedarf es auch einer theoretisch geführten Diskussion, die Kultur als eine eigenständige Dimension von Gesellschaft begreift, als eine wichtige Ausdrucksebene von sozialen Konflikten, gesellschaftlichen Verschiebungen und individuellen Lebensentwürfen. Erst wenn man Kultur in diesem weiten Horizont von Lebensverhältnissen versteht, erst wenn man eine Beschäftigung mit kulturellen Zusammenhängen eine „Horizontenerweiterung von Politik“ (Peter Glotz) zutraut, lassen sich die Bereiche und die Probleme herausarbeiten, auf die man mit den Mitteln von Kunst- und Kulturpolitik eingehen kann.

Die gegenwärtige Kulturdiskussion

Kultur hat gegenwärtig wieder Konjunktur. Sieht man sich die gesellschaftlichen Bereiche und Tendenzen an, in denen sich etwas bewegt, dann wird deutlich, daß Kultur als Medium, als Ausdrucksebene von neuen Konflikten und Thematiken immer wichtiger wird. Keine der neuen sozialen Bewegungen der letzten Jahre, von der neuen Frauenbewegung über die Alternativ- und Ökobewegung bis hin zu den vielen Friedensinitiativen, läßt sich verstehen, ohne daß man die kulturellen Verschiebungen analysiert, auf die diese Bewegungen reagieren. Und keine der Stimmungen, die das gegenwärtige geistige Klima der Bundesrepublik prägen, von postmodernen Strömungen, z. B. in der Architektur, über einen politischen Fundamentalismus bis hin zum Neo-Expressionismus und zu neuen religiösen Bewegungen, läßt sich begreifen ohne ein Konzept von Kultur, das die Suchbewegungen nach neuen, subjektbezogenen Symbolen und Lebensentwürfen als strukturellen Sachverhalt einer Gesellschaft ernstnimmt, in der Kultur immer mehr die Funktion einer gesellschaftlichen Synthesis zufällt. Selbst die Konflikte in Politik und Ökonomie werden immer mehr angereichert durch Themen, die die kulturellen Selbstverständlichkeiten von politischer Machtverteilung und industrieller Arbeit berühren. Wer heute die Krise industrieller Arbeit oder den drohenden Verfall von Arbeits- und Leistungsmoral beklagt oder die Krise der institutionellen Politik von Parteien, Verbänden und staatlichen Verwaltungen analysiert, reagiert damit, ob er es weiß oder nicht, auf die Auswirkungen einer beschleunigten kulturellen Dynamik, die das Bild von Gesellschaftlichkeit und erfülltem Leben zu verändern im Begriffe ist. Unter dieser Perspektive ist die politische Wende nach dem Zerfall der sozialliberalen Koalition selbst nur ein Symbol veränderter kultureller Einstellungen und Verhaltensweisen, die lange zuvor schon virulent waren. Die konservative Politik der Union ist nicht Motor dieses Prozesses, sondern setzt sich nur, allerdings mit fatalen Folgen, an die leergewordenen Stellen sozialer Utopien und Reformprojekte, die dem neuen Erwartungsdruck nicht mehr standzuhalten vermochten. Insofern sind die Konservativen nur die unmittelbaren Krisengewinnler tieferliegender Veränderungen, die ihren politischen Ausdruck noch gar nicht gefunden haben. Gerade am politischen Schicksal der Grünen wird sich

zeigen, ob sich eine fundamentale Opposition gegenüber der industriellen Kultur, wie sie sich in neuen Lebensformen und Selbstbildern ausdrückt, mit einer radikalen Reformpolitik überhaupt verknüpfen läßt.

In dieser Situation fällt es der Sozialdemokratie noch am schwersten, auf die zu Tage getretenen kulturellen Verschiebungen produktiv zu reagieren. Ihre bisherige Programmatik wie ihre Politik, die auf Krisenmanagement einerseits und sozialstaatliche Reformpolitik andererseits konzentriert ist, lassen keinen Raum für ein Konzept von Kultur, das ihr eine eigenständige Auseinandersetzungsebene von gesellschaftlichen Konflikten zuerkennt. Die marxistische Orthodoxie mit ihrem schematischen Modell von Basis und Überbau rächt sich gerade da, wo ihr systemspengender Kern aufgegeben wurde. Kultur zerfällt in die beiden Bereiche von Ideologie, d. h. falschem Bewußtsein einerseits und Kunst andererseits, die eine sozialdemokratische Reformpolitik arbeitsteilig angeht. In beiden Fällen ist Kultur bloßes Anhängsel an sozioökonomische Prozesse, auf die sie bestenfalls noch reflektiert. Aus dem Blick gerät, daß Veränderungen in den künstlerischen Ausdrucksmitteln wie in den politischen Einstellungen ihrerseits eingebettet sind in tiefergreifende Prozesse kulturellen Wandels, die häufig in Gang gesetzt wurden, lange ehe ihre Auswirkungen politisch sichtbar werden. Das fatale Erbe des Ökonomismus, der sich für die Theoretiker der alten II. Internationale mit einem objektivistischen Vertrauen in den industriellen Fortschritt verband, ist offensichtlich bis in seinen neuen Varianten der Stamokap-Theorie und eines gewerkschaftlichen Traditionalismus hinein noch so gegenwärtig, daß Fragen nach den kulturellen Zusammenhängen nicht gestellt werden. Auf diese Weise kann es erst gar nicht zu der, auch politisch folgenreichen, Einsicht kommen, daß zwischen den neuen sozialen Bewegungen und den postmodernen Strömungen, zwischen dem Stimmungsumschwung eines beträchtlichen Teils der Intellektuellen und Künstler und dem gesteigerten ästhetischen Ausdrucksbedürfnis ein gar nicht so untergründiger Zusammenhang besteht, der auf gemeinsame Verarbeitungsmuster gegenüber neueren gesellschaftlichen Entwicklungen verweist. Eine Folge dieses verkürzten Kulturverständnisses ist, daß die SPD politisch-taktisch auf die Grünen reagiert und Teile von deren Thematik dem alten SPD-Pro-

gramm bloß additiv hinzufügt, während im Bereich der Kunst- und Kulturpolitik die alte Programmatik von „Breitenkultur“ und „Kultur für alle“, wie sie seit Ende der 60er Jahre diskutiert wurde, mit denselben sozialstaatlichen Methoden weitergeführt wird. Unter den Tisch fällt, daß die in Gang gekommenen kulturellen Verschiebungen eine Krise der überkommenden Formen von Politik absehbar machen, der mit bloßen programmatischen *Ergänzungen* ganz sicher nicht mehr beizukommen ist.

Ein Blick nach den USA kann lehren, daß eine autoritäre, nationalstaatliche Machtpolitik sich sehr wohl mit einer populistischen Aufbruchsstimmung oder dem Fundamentalismus einer „Moral Majority“ verbinden läßt. Vorstellbar ist das Bild eines autoritären Staates, der die gewachsenen kulturellen Bedürfnisse durch ein vielfältiges Angebot von Symbolen im vorstaatlichen Bereich befriedigt, um desto ungehinderter seine Politik des großen Geldes fortsetzen zu können. In einer solchen Gesellschaft käme einem auf Aufklärung und Gleichheit setzenden, sozialstaatlichen Reformkonzept nur noch minoritäre Bedeutung zu, von weiteren, radikaleren Konzepten ganz zu schweigen.

Eine in Gang gesetzte Kulturdebatte, die sich selbstkritisch zu ihren eigenen Verkürzungen verhält, könnte die Strukturprobleme von industriellen Massendemokratien sicher nicht lösen, aber sie könnte die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Prozessen richten, die in der tradierten Wahrnehmungshierarchie von Ökonomie einerseits und Politik andererseits gar nicht mehr sichtbar werden. Die vorliegende Skizze versucht, in groben Umrissen die verschiedenen Zugangsweisen zum Thema Kultur nachzuzeichnen, wie sie gegenwärtig diskutiert werden.

Der traditionelle Kulturbegriff

Im traditionellen deutschen Verständnis ist Kultur der Inbegriff künstlerischer Objektivierungen, eine Art Sammelbegriff für bildende Kunst und Literatur, für Musik und Theater. In diesem Konzept von Kultur, wie es im deutschen Idealismus zum ersten Mal formuliert wurde, bezeichnet Kunst jene Art von Hervorbringungen, in denen sich der Geist einer Zeit im Medium der Anschauung verdichtet. Hegels Satz, daß die Kunst das sinnliche Erscheinen der Idee sei, weist ihr eine besondere und herausragende Rolle in der Selbstwahrnehmung des Geistes zu. Für

Hegel ist dieses Verständnis von Kunst, das er in seiner Ästhetik als eine Theorie des Kunstschönen ausgeführt hat, noch eingebunden in eine Geschichtsphilosophie, die die Gattungsgeschichte zu rekonstruieren versucht als ein Zusichselbstfinden des Geistes. Die Kunst bezeichnet in diesem Prozeß eine bestimmte Stufe der Selbsterkenntnis des Geistes, der in der (Hegelschen) Philosophie dann zu sich selber kommt. Diese Hervorhebung der Kunst gegenüber allen anderen geistigen Produktionen ermöglicht es, in der Nachfolge Hegels, auf der einen Seite, Kunstwerke als autonome Gebilde zu begreifen, die nur immanent, also von ihren eigenen Voraussetzungen her, beurteilt werden können; auf der anderen Seite wird diese „Autonomie des Ästhetischen“ erkauft durch eine Ausgrenzung all jener alltäglichen Vergegenständlichungen, die die aufklärerischen Konzepte einer „Kulturgeschichte“ gegen die sich formierende Staatsgeschichte (Ranke, Treitschke) ins Felde zu führen suchten. Diese Kulturgeschichtsschreibung, die Herders Konzept des „Volksgeistes“ weiterführte und erst in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts der einsetzenden Restauration weichen mußte, verstand unter Kultur noch jene Einheit von Sprache und Arbeit, von Sitten und Gebräuchen, von Technik und Zivilisation, die heute mühsam über interdisziplinäre Forschungsarbeit rekonstruiert wird. Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Frankreich und im angelsächsischen Raum konnte diese Tradition einer Kulturgeschichte in Deutschland nie richtig Fuß fassen.

Ihre Vertreter hatten nur sehr geringe Chancen, in den damaligen Wissenschaftsbetrieb zu kommen und so wurde dieses Konzept von Kultur dann schließlich überholt durch die neuen wissenschaftlichen Arbeitsteilungen, die in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Ausbildung von Soziologie und Psychologie, Literatur- und Kunstwissenschaft, von Ethnologie und Anthropologie führten. Lediglich in der Tradition der Volkskunde hat jener weite Kulturbegriff überwinden können, an den die gegenwärtige Kulturdiskussion wieder anzuknüpfen versucht.

Vorherrschend wurde in Deutschland ein Begriff von Kultur, in den das Bürgertum, nachdem es seine Revolutionen teils verschlafen, teils verkauft hatte, all jene Ideale und geistigen Werte hineinstopfte, die es von der Aristokratie ebenso unterscheiden sollte wie von dem sich proletari-

sierenden 3. Stand. Kunst als humanistische Bildung wurde zu einem wichtigen Medium eines bürgerlichen Publikums, über den es sich seiner Zielsetzungen und Selbstansprüche vergegenwärtigte und mit dem es sich über die widersprüchlichen und zerrissenen Verhältnisse hinwegtrösten konnte. Gleichzeitig muß Kunst aber immer auch verstanden werden als eine spezifische Form von Öffentlichkeit, in der abweichende Realitätsdeutungen und neue Ansprüche an Gesellschaftlichkeit ausgedrückt werden konnten. Insofern können in ihr jene Motive und Gefühle anschaulich gemacht werden, die keinen Eingang in den gesellschaftlichen Rationalisierungsprozeß finden. Dies macht Kunst zum Indikator von kulturellen Umschichtungen und zu einem Gegenstand von Genuß und Befriedigung in einem.

Arbeiterbewegung: Humanistisches Erbe oder Proletarische Kultur?

Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat schon sehr früh gegen diesen normativen, die Klassen transzendierenden Kulturbegriff rebelliert. Aber die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Kultur ging dabei in zwei entgegengesetzte Richtungen. Die eine Richtung zielte auf eine Aneignung der progressiven Traditionen innerhalb der bürgerlichen Kunst und Literatur, die als humanistisches Erbe der Arbeiterbewegung zufallen sollten. Eine fortgesetzte Schulung und Bildung sollte die Arbeiter befähigen, an der Kultur teilzunehmen, von der sie im 19. Jahrhundert noch weitgehend ausgeschlossen waren. Wichtige Mittel dafür waren die Einrichtung von Arbeiterbibliotheken und Lesezirkeln, die Durchführung von Vorträgen und Lesungen und schließlich die Gründung der „Volksbühne“ in Berlin. Bevorzugt wurden dabei Richtungen innerhalb der bürgerlichen Kunst und Literatur, die durch ihre fortschrittliche oder rebellische Haltung oder durch ihre soziale Thematik Anknüpfungspunkte für die Erfahrungen und Träume der Arbeiter boten. Weitgehend ausgeblendet blieben die Fragen nach der ästhetischen Form und den künstlerischen Ausdrucksmitteln sowie die Probleme ästhetischer Vermittlung. Diese Konzentration auf die inhaltliche Thematik von Kunst verband sich historisch mit einem ästhetischen Traditionalismus in dem Kunstverständnis, der von den Funktionären der Bildungsinstitutionen vertreten wurde und der auch innerhalb der sozial

demokratischen Facharbeiterschaft vorherrschte. Welche sozialen und kulturellen Voraussetzungen dafür auch immer verantwortlich waren: jedenfalls wurde in der Naturalismus-Debatte auf dem Gothaer Parteitag von 1896 bereits deutlich, daß sich jenes brüchige Bündnis von Arbeiterbewegung und progressiver bürgerlicher Kunst dort auflösen beginnt, wo eine künstlerische Avantgarde ihre Ausdrucksmittel mit neuen Formexperimenten zu verändern beginnt. Die damit verbundene Reduktion von Kunst auf den richtigen sozialen und politischen Inhalt führte in den nachfolgenden Kunstdebatten im Umkreis der Arbeiterbewegung zu einer immer rigoroseren Aufteilung der Kunst in fortschrittlich-aufklärerische Traditionen einerseits und eine irrationalistische, formalästhetische Strömung andererseits. Einer der führenden Vertreter eines ästhetischen Traditionalismus wurde Georg Lukács, dessen marxistische Ästhetik den bürgerlichen Realismus zu einer ästhetischen Norm erhob, an der die linke künstlerische Avantgarde, wie sie u. a. Brecht und Tretjakov in den 20er und 30er Jahren verkörperte, ebenso gemessen wurde wie die Arbeiten aus dem Umkreis des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. In der berühmten Literaturdebatte in der Zeitschrift „Linkskurve“ forderte Lukács, am Vorabend des Faschismus, die Schaffung des großen, proletarischen Kunstwerkes, mit dem die Arbeiterklasse die Höhe bürgerlicher Kultur erklimmen solle. Lukács hat in seinen späteren Arbeiten diese Position relativiert und in wichtigen Punkten modifiziert; dennoch fanden die von ihm postulierten ästhetischen Normen Eingang in die offizielle Kulturpolitik in den meisten sozialistischen Ländern und beeinflussten die Kulturdiskussionen der Sozialdemokratie und der Neuen Linken. Was seine Position für eine professionelle Politik so attraktiv macht, ist das Festhalten an einem Kulturbegriff, der an ihrer Trennung von der Politik ontologisch festhält. Indem er große Kunst auf den engen Kanon humanistischer Zielsetzungen einschränkt, kommt er jenem weitverbreiteten Funktionärsdenken entgegen, das Kunst als hehres Feiertagsvergnügen betrachtet, das die Menschen der alltäglichen Zwänge enthebt. Gerade diese Ehrfurchthaltung gegenüber dem Erhabenen und Schönen, durch die man an einer klassenmäßig fremden Kultur partizipiert, verträgt sich sehr gut mit einer Geringschätzung oder Feindlichkeit gegenüber der Kunst und den In-

telektuellen, wo immer es um praktische Belange geht. Insofern steckt in dieser Ambivalenz gegenüber der Kunst jene klassenspezifische Erfahrung, daß das Experimentieren mit ästhetischen Formen und die Produktion von kulturellen Symbolen eine luxurierende Arbeitsweise repräsentiert, die man an sich selber auszubilden nie eine Chance hatte. Eine sozialdemokratische Kulturpolitik, die sich auf eine bloße Erweiterung der Möglichkeiten, an Kultur zu partizipieren, beschränkt, kommt an diese grundsätzliche Erfahrung, von der Kulturproduktion ausgeschlossen zu sein, gar nicht heran.

Gegen diese dominante, an ästhetischen Inhalten und Werten orientierte Tradition haben immer wieder die Vertreter einer neuen, revolutionären Kunst (von den Naturalisten über Expressionisten und Dadaisten bis hin zu den Konstruktivisten) rebelliert, die von der Kultur eine verändernde, politische Funktion erwarteten. Indem sie gegen die eingefahrenen, konventionellen Ausdrucksmittel kämpften, revoltierten sie auch gegen die Absonderung der Kunst von politischen und alltäglichen Zusammenhängen. Sie zielten auf eine Politisierung der in der Kunst eingefrorenen, emanzipatorischen Gehalte, die sie mit Hilfe neuer, experimenteller Formen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen hineinbringen wollten. Viele dieser Vertreter einer politisch engagierten Avantgarde (z. B. Heinrich Vogeler, Franz Jung, Franz Seibert, Max Hermann-Neiße) sahen in der revolutionären Arbeiterbewegung ihren natürlichen Bündnispartner, mit dessen Hilfe man die gemeinsamen Ziele durchsetzen zu können glaubte. Parteilichkeit der Kunst war für sie nicht eine Frage des richtigen Standpunktes in der Kunst, sondern eine Form politisch-ästhetischer Praxis, mit der man in politische Auseinandersetzungen eingriff, durch Plakate und politische Schriften, durch Agitpropgruppen und Straßentheater, durch Film- und Fotopraxis, durch Veranstaltungen und öffentliche Aufrufe. Eine ihrer weitestgespannten Utopien war die Schaffung einer proletarischen Kultur, die auf der kulturellen Selbsttätigkeit der Massen beruht und die sich der neuen ästhetischen Ausdrucksmittel bedient. Tatsächlich kam es im Zuge der Umwälzungen nach dem 1. Weltkrieg nicht nur im revolutionären Sowjetrußland, sondern auch in Ländern wie Italien, Österreich, Frankreich und Deutschland vor allem im linksradikalen Spektrum der Arbei-

terparteien zu zahlreichen Versuchen einer proletarischen Kulturrevolution, an denen sich die künstlerische Avantgarde beteiligte. Sie waren aber alle, obwohl sie oft den Charakter von Massenbewegungen hatten (in Sowjetrußland kurz nach der Revolution hatte der „Proletkult“ mehr Mitglieder als die Kommunistische Partei), nicht von langer Dauer, aus sehr verschiedenen historischen und politischen Gründen. Ein Element ihres Scheiterns war die große kulturelle Differenz zwischen einer künstlerischen Intelligenz, die, wie etwa die kommunistischen Futuristen und Konstruktivisten in Sowjetrußland, auf ihrer abstrakten Formsprache beharrten, und dem Bedürfnis von breiten Arbeiterschichten, sich die Kultur in den Formen anzueignen, die sie selber mitbrachten. Worauf immer man auch den Hauptakzent legen mag, auf die *kulturelle Kluft* oder auf die *Vermittlungsunfähigkeit der Intelligenz*, das Experiment einer proletarischen Kulturrevolution hat jedenfalls gezeigt, daß erst die selbsttätige Produktion von kulturellen Symbolen die Bedingungen zu verändern vermag, in denen wir uns Gesellschaft umfassend aneignen. Dazu bedarf es allerdings der Herstellung von Öffentlichkeit als eines vermittelnden Mediums von Produktion und Rezeption, von subjektiven Motiven und öffentlicher Ausdrucksform, und eines offenen Erwartungshorizontes, der gesellschaftliche wie persönliche Verhältnisse als veränderbar erscheinen läßt.

Gerade weil in diesen Formen kulturrevolutionäre Praxis, wie sie die Organisationen des „Proletkult“ in Sowjetrußland zwischen 1917 und 1924 entwickelten, Kultur noch nicht aufgeteilt war in die getrennten Bereiche von Kunst, Medienarbeit, Hobby- und Bastelkultur, Kunsthandwerk sowie Bildungs- und Sozialarbeit, wie wir das heute nennen würden, konnten sich ästhetische und kulturelle Mischformen ausbilden, die mit der ganzen Breite der alltäglichen Belange zu tun hatten. Was immer auch in den einzelnen Klubs und Werkstätten des „Proletkult“ herauskam, im Ansatz waren jene Trennungen aufgehoben, die heute mit den Unterscheidungen von Elitekultur und Massenkultur zum selbstverständlichen Bestandteil vor allem auch sozialdemokratischer Kulturpolitik gehören.

Wer die neuen kulturellen Strömungen ausspielen wollte gegen die noch existierenden Restbestände von Arbeiterkultur, der würde nicht nur die Gemeinsamkeiten der neuen und alten „Kul-

tur von unten“ verkennen, sondern er würde auch die kulturpolitische Chance vertun, Berührungspunkte zwischen verschiedenen kulturellen Milieus zu befördern, die in vielen Bereichen von Stadtteilgruppen, Bürgerinitiativen und Kulturprojekten ganz von selbst schon Praxis geworden sind.

Insofern hat die Aufarbeitung kultureller Produktionsformen in der Arbeiterbewegung den Sinn, vergessene Bereiche von Kulturpolitik wieder in Erinnerung zu rufen, die heute, unter historisch neuen Konstellationen, wieder aufgegriffen werden müssen als kleinteilige, aber wirksame Alternative gegenüber dem massenmedialen Konsum wie gegenüber einer ästhetischen Repräsentativkultur. Die Trauer über verlorengegangene proletarische Traditionen muß durch die Geschichte ihres Scheiterns hindurch, um neue, kulturelle Perspektiven zu entwickeln, sonst bleibt sie eine nostalgische Geste, die ihren Frieden mit den gegenwärtigen Verhältnissen schließt.

Ein erweiterter Kulturbegriff: Alltag und Kultur

Im Unterschied zu dem normativen Kulturbegriff, wie er sich in Deutschland durchsetzen konnte, wird vor allem im angelsächsischen Raum ein weiter Begriff von Kultur verwendet, der die Gesamtheit der Regeln, Orientierungsmuster und Verhaltensformen umgreift, die eine gesellschaftliche Entwicklungsstufe jeweils prägen. Seine Tragfähigkeit erwies dieser Kulturbegriff in den ethnologischen und anthropologischen Untersuchungen gesellschaftlich wenig entwickelter Stämme, sog. „primitiver Kulturen“, die seit dem 19. Jahrhundert immer mehr in das Blickfeld der Europäer rückten. Kultur stand für Gesellschaftsformationen, die wenig differenziert schienen und in denen sich die Systeme des Politischen und Ökonomischen noch nicht arbeitsteilig verselbständigt hatten. Insofern standen im Mittelpunkt des Interesses die Sitten und Gebräuche der Menschen, ihre Interaktionssysteme von Familie, Verwandtschaft und Stammeszugehörigkeit, ihre symbolischen Ausdrucksformen und ihre mythologischen Deutungssysteme, deren Untersuchung auszureichen schien, um sich ein Bild über die Reproduktionsmuster dieser Kulturen machen zu können. Die Kulturen sollten nicht nach ihrem Entwicklungsstand bewertet, sondern nach ihren inneren Funktionen beschrieben werden. Dieser neutrale beobachtende Blick auf fremde Kulturen fiel

um so leichter in einer Zeit, in der die Überlegenheit der industriellen Gesellschaft noch zu selbstverständlich schien, als daß man sich von ihnen hätte irritieren lassen können. Die zivilisationsmüden Anklagen der eigenen Kultur, etwa aus dem Munde des Südseehäuptlings Papalagis kurz nach dem 1. Weltkrieg, blieben vorerst noch literarische Projektion.

Gleichzeitig erleichterten die geringen Hierarchisierungen in diesen Kulturen die Wahrnehmung ihrer innerkulturellen Verflechtungen. Je nachdem, worauf der Hauptakzent lag, war Kultur beschreibbar, als *objektives System*, das den Menschen als normativ organisierte Umwelt entgegentrat, oder als *kulturelles Produkt*, das durch die Produktion von Symbolen und Deutungen immer wieder von neuem hervorgebracht werden mußte. Insofern ist in jenem weiten Begriff von Kultur schon jenes Problem mit angelegt, das allen nachfolgenden Kulturdiskussionen zum Angelpunkt ihrer Überlegungen wurde: das Verhältnis von objektiver und subjektiver Kultur. Mindestens ebenso wichtig wurde der mikrologische Blick, der auf die kulturellen Selbstverständlichkeiten gerichtet war, in denen das Alltagsleben eingebunden ist. Während die Gesellschaftswissenschaften in Europa primär an den großen Systemen und Institutionen von Politik, Wirtschaft, von Staat und Stadt interessiert waren, deren Entwicklungen sie in Theorien des sozialen Wandels oder in Modernisierungstheorien untersuchten, griffen die kulturanthropologischen und ethnologischen Untersuchungen eher die Themen auf, die mit der subjektiven Reproduktion von Gesellschaft zu tun hatten. Erst über den Umweg der Erforschung von Subkulturen und gesellschaftlichen Randgruppen, vor allem in den USA, fanden kulturtheoretische Ansätze Eingang in eine soziologische Theorie komplexer, industrieller Gesellschaften. Und erst in den letzten Jahren begann man zu entdecken, daß es auch in den deutschen Gesellschaftswissenschaften eine immer wieder unterbrochene Tradition kulturwissenschaftlicher Arbeiten und Argumentationen gab, die sich mit Fragen von Alltag und Kultur beschäftigten.

Vor allem die Linke in Deutschland tat sich schwer, mit kulturellen Themen umzugehen. Sie übernahm von dem System der Hegelschen Philosophie einen objektivistischen Entwicklungsbegriff, den sie in der Phase nach Marx auf ein mechanistisches Fortschrittsmodell reduzierte.

Und sie verstand das Marxsche „Aufdiefußstellen“ von Hegel als Begründung einer materialistischen Gesellschaftsauffassung, die die Bewegungsgesetze des Kapitals zum Erklärungsprinzip aller gesellschaftlichen Erscheinungen machte. Unter dem Eindruck eines naturwissenschaftlichen Positivismus, der mit festen Größen und Naturgesetzen rechnete, versuchte sie, die Wissenschaftlichkeit des Marxismus dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie auch der Geschichte und ihren sozialen und politischen Kämpfen eine gesetzmäßige Entwicklung unterlegte. Objektivismus und Ökonomismus verbanden sich zu einem deterministischen Erklärungsmodell, das immer schon wußte, wohin die Gesellschaft sich entwickelte. Auf der Strecke blieb jenes dialektisch-kritische Denken von Marx, das die gesellschaftliche, umwälzende Praxis zum Angelpunkt von theoretischer Erkenntnis und politischem Handeln machte. Diese Verengungen und Umbiegungen der Marxschen Theorie, an denen bereits Engels nicht ganz unschuldig war, hatten beträchtliche Folgen sowohl für die politische Strategie der Sozialdemokratie wie für die Wahrnehmung kultureller Prozesse, gerade weil sie eine spezifische sozialdemokratische Mentalität formten, in der sich ein orthodoxer Klassenstandpunkt mit einer Kulturfeindlichkeit mischte. Politisch entsprach dieser Mentalität eine Abwärtshaltung gegenüber dem wilhelminischen Imperialismus, von dem man erwartete, er würde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen und den Sozialismus gleichsam von selbst freisetzen. Für die Gesellschaftsanalyse bedeutete dies, daß die kulturellen Integrationsformen des herrschenden Systems, die Bedeutung etwa der Religion, der vielen regionalen Kulturen, des aufkommenden bürgerlichen Kulturimperialismus, ebenso unterschätzt wurden wie die antibürgerlichen Kritikformen, wie sie in der zeitgenössischen Kunst zum Ausdruck kamen.

Es bedurfte erst tiefer Krisen und historischer Umbrüche (in Jahreszahlen: 1914, 1918, 1933, 1946/1947, 1968/1969), ehe in der sozialistischen Tradition Fragen nach dem Eigengewicht von Kultur gestellt werden konnte. Und es waren Häretiker und Außenseiter am Rande der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Bewegung, die versuchten, den Bezugsrahmen der Marxschen Theorie zu erweitern oder verdeckte Motive des jungen Marx im Interesse einer Gegenwartsanalyse zu aktualisieren. Deren Tradi-

tion, für die der Begriff des „westlichen Marxismus“ geprägt wurde, blieb schwach, immer wieder unterbrochen durch Ausgrenzung, faschistische Unterdrückung, stalinistische Säuberung, Exil. Das Scheitern der Revolution in Deutschland 1917/1918, der Sieg des Nationalsozialismus und die Erfahrungen im Exil waren für sie die großen Herausforderungen, auf die sie mit neuen Interpretationen antworteten: der junge Georg Lukács, Karl Korsch, Ernst Bloch, August Thalheimer, schließlich die erste Generation der Kritischen Theorie.

Kultur als Bezugsrahmen von außerökonomischen Fragestellungen wird in der deutschen sozialistischen Tradition offensichtlich immer nur dann aktuell, wenn es gilt, die eigenen Niederlagen sich zu vergegenwärtigen. Auch die gegen-

wärtige Kulturdiskussion in der Linken, die ohne diese Tradition des westlichen Marxismus gar nicht zu denken wäre, hat ihren Ausgangspunkt im Scheitern der revolutionären Erwartungen, wie sie im Umkreis der Studentenrevolte verbreitet waren. Die rebellischen Studenten, bei denen das bildungsbürgerliche Element überrepräsentiert war, sahen sich mit dem Problem konfrontiert, daß ihr antibürgerlicher Protest gegen starre und überkommene Gesellschaftsstrukturen nur punktuell übergriff auf eine politische Streikbewegung innerhalb der Arbeiterschaft. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in Deutschland und der französische Mai 1968 vermittelte die Erfahrung, daß für begrenzte politische Zielsetzungen eine Gemeinsamkeit in den Aktionen von Arbeitern und Studenten durchaus möglich



Sowjetische Collage aus den frühen 20er Jahren

war; gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß die Einbindung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in das gesellschaftliche System viel zu weit vorangeschritten war, als daß sie für die weitgespannten, gesellschaftsverändernden Ziele der Studentenbewegung zu mobilisieren gewesen wären. An dieser Stelle wurden die Einsichten der Kritischen Theorie wieder aktuell, die sie an dem Sieg des Faschismus einerseits und an der Exilierung mit der US-amerikanischen Massendemokratie andererseits gewonnen hatte. Dabei entwickelte die Kritische Theorie drei miteinander zusammenhängende Erklärungsansätze, mit denen sie auf die neuen Verschränkungen von Ökonomie, Politik und Kultur antwortete:

1. durch eine erweiterte Funktionsbestimmung des Staates, der als *autoritärer Staat* des Faschismus die Verwertungsbedingungen in Krisenzeiten unmittelbar absichert, und der als *Sozialstaat* durch erweiterte Eingriffe selber Steuerungsfunktionen übernimmt.
2. durch die Annahme einer umfassenden Änderung in der Persönlichkeitsstruktur der Subjekte, die unter Zuhilfenahme von sozialgeschichtlichen, sozialpsychologischen und psychoanalytischen Argumentationen untersucht wurden.
3. durch die Thesen der „Kulturindustrie“ (Horkheimer/Adorno) und des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (Habermas), die den Mechanismen massenmedial vermittelter Vergesellschaftung eine eigenständige Bedeutung zukommen ließen.

Verkürzt gesagt, versuchte die Kritische Theorie, mit diesen neuen Theorieansätzen zu erklären, was sich zwischen den objektiv gesetzten Strukturkonflikt von Lohnarbeit und Kapital, von dessen Fortdauer sie ausging, und seiner klassenbewußten Erfahrung und politischen Umsetzung an gesellschaftlichen Prozessen gesetzt hat. Horkheimer und Adorno zogen daraus den Schluß, daß die Klassenantagonismen stillgestellt sind und sprachen von einem totalen Verblendungs- und Verdinglichungszusammenhang, der keine Perspektive von grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen mehr offenließ. Viele Theoretiker der Studentenrevolte haben diese These vom affirmativen Charakter der Kultur übernommen, aber zusammen mit Herbert Marcuse, Oskar Negt und einigen anderen Vertretern der Kritischen Theorie andere politische und theoretische Schlüsse daraus gezogen. Gegen die Annahme

einer universellen Verblendung stellten sie das Konzept einer praktischen Kultur- und Gesellschaftskritik, das in den kulturellen Zusammenhängen die Widersprüche und Brüche kenntlich zu machen sucht, die gezielte politische Eingriffe und gesellschaftliche Aufklärung ermöglichen: durch symbolische Aktionen, durch eine politisierte Kunst und Ästhetik, durch eine Veränderung von Schule und Erziehung und durch die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten. Vieles von dem, was an Konzepten und Projekten dort formuliert wurde, hat die Sozialdemokratie aufgegriffen und vor allem in ihre Bildungsarbeit integriert; und ohne die damit verbundenen Hoffnungen und Mobilisierungen hätte sie nie diesen Schub von unten erhalten, der ihr schließlich zur Regierung verhalf.

Auf der Suche nach theoretischen Ansätzen, die die inneren Widersprüche von Kultur erklären helfen, stießen viele an kulturellen und ästhetischen Fragen interessierte Linke auf vier verschiedene Traditionen, die in Deutschland bis in die 70er Jahre hinein nahezu unbekannt waren:

1. auf das Konzept des zivilisatorischen Prozesses, wie es Norbert Elias bereits in den 30er und 40er Jahren formulierte.
2. auf die französische Schule der „Annales“, die schon in den 30er Jahren mit historischen Untersuchungen begannen, in denen kulturellen, ökonomischen, sozialen Strukturen gleichermaßen Beachtung geschenkt wurden (Stichwort: Mentalitätsgeschichte).

3. auf die englische Sozialgeschichtsschreibung (Thompson, Hobsbawm, Rudé etc.) und Literaturwissenschaft (Hoggart, Williams) im Umkreis der alten New Left, die kulturellen Traditionen und Mechanismen eine besondere Bedeutung zusprachen, sowohl bei der Herausbildung von sozialen Klassen und deren Kämpfen wie bei den klassenspezifischen Auswirkungen der Massenkultur. Diese Ansätze wurden im Rahmen einer empirisch fundierten Kulturtheorie weitergeführt, die sich vor allem um das Center for Contemporary Cultural Studies in Birmingham zentrierten. Kultur wird in dieser Tradition als „Way of Life“, als Lebensweise verstanden, in der sich klassenspezifische Deutungsformen mit der Aneignung gesellschaftlicher Symbole und industrieller Umwelt vermitteln. Dieser weite, an historischen Prozessen orientierte Kulturbegriff ermöglicht es, in den alltäglichen Lebens- und Arbeitsformen die aktiven und widerständigen

Elemente sichtbar zu machen, mit denen die Menschen jeweils klassen- und schichtspezifisch auf die gesellschaftlichen Zumutungen reagieren. Dies ist sicher einer der Gründe, weshalb gerade dieses englische Konzept von Kultur in den letzten Jahren so breite Resonanz in der deutschen Soziologie gefunden hat.

4. auf das Konzept einer empirischen Kulturwissenschaft, wie es als gesellschaftskritische Alternative zum überkommenen, auf Bauern- und Heimatkultur festgelegten Konzept einer Volkskunde vom Tübinger Ludwig-Uhland-Institut formuliert wurde. Im Gegensatz zu den traditionellen Aufspaltungen von Volkskultur und Elitekultur, von Alltag und Feiertag, von Arbeits- und Freizeitkultur verstehen die Tübinger unter Kultur die Gesamtheit der kulturellen Äußerungen, die sich im historischen Prozeß herausbilden als ein je spezifisches Verhältnis symbolisch geprägter Umwelt und ihrer subjektiven Verarbeitung. Ein Hauptaugenmerk gilt dabei massenkulturellen und trivialästhetischen Erscheinungen, die auf ihre kulturellen Wirkungen und subjektiven Verarbeitungen hin untersucht werden. Damit gelingt es ihnen, Seiten des kulturellen Verhaltens sichtbar zu machen, die durch die Menschen von Soziologie und Kunst- und Literaturwissenschaft fallen. Ein Blick auf die zahlreichen Veröffentlichungen des Ludwig-Uhland-Instituts macht deutlich, welche thematische Breite unter diesem Begriff von Kultur erreicht wird und was alles bei unserem günstigen Verständnis von Kultur herausfällt (vgl. dazu die Vorstellung dieses Instituts in „Ästhetik und Kommunikation“, Heft 42).

So verschieden diese vier Traditionslinien bzw. Theoriesansätze auch sein mögen, sie alle begreifen Kultur als ein je historisches Verhältnis, in das die Gesellschaft zu den in ihr lebenden Menschen tritt. In ihnen wird Kultur verstanden, verkürzt gesagt, als *die andere, den Subjekten zugekehrte Seite der Gesellschaft*. Mit dieser Formel sind zwei wichtige Perspektiven verbunden:

a. Was Kultur jeweils ist, läßt sich nur im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Organisation erschließen. Kultur ist also nicht bestimmten Verhaltensweisen, einzelnen gesellschaftlichen Bereichen oder bestimmten kulturellen Werten zurechenbar. Insofern kann von einer politischen Kultur ebenso sinnvoll geredet werden wie von einer Kultur der Arbeitswelt oder von einer erotischen Kultur.

b. Was jeweils von einer Gesellschaft als Kultur erscheint, hängt immer auch davon ab, wie offen und wie transparent sie für ihre Aneignung und Verarbeitung durch die Menschen ist. Kultur ist eine jeweils im Einzelnen und Konkreten *herstellbare Verhältnisbestimmung von gesellschaftlichen Strukturen und individuellen wie kollektiven Aneignungen*. Insofern ist der subjektive Gebrauchswert, den eine Gesellschaft für ihre Individuen jeweils hat, ein Gradmesser für die Kultur, die sie produziert. Formelhaft gesagt: Kultur ist der angeeignete gesellschaftliche Reichtum. Und daß es bei dieser Aneignung nicht mit rechten Dingen zugeht, ist der Stachel einer kritischen Kulturtheorie.

Dieser weite Kulturbegriff führt zu einer Reihe von Fragestellungen und Untersuchungsrichtungen, die in der gängigen Sozialgeschichtsschreibung ebenso zu kurz kommen wie in empirisch-soziologischen Analysen. So werden z. B. die alltäglichen Dinge oder die stadträumliche Umwelt als eine Organisationsform von Wahrnehmung und Erfahrung lesbar, in der der Grad ihrer Verarbeitung vorstrukturiert ist. Die verschiedenen Lebenswelten werden verstehbar als symbolische Ordnungssysteme, die ständig mitproduziert werden und ohne deren Verständnis ein realitätshaltiges Überleben in der Gesellschaft gar nicht möglich wäre. Insofern stecken in der dinglichen Umwelt wie in den sozialen Regeln Muster von Identitätsbildern, in denen die Ausbildung von personaler Identität verläuft, unter den jeweiligen klassenmäßigen und triebgeschichtlichen Voraussetzungen.

Die Bedeutung dieses kritischen Kulturbegriffs liegt in seinem Perspektivwechsel, der die kulturellen Dimensionen der gesellschaftlichen Reproduktion deutlich macht. Er macht eine gesellschaftliche Realität sichtbar, die hinter den eindeutigen Bedeutungen und gesellschaftlichen Bezeichnungen liegt, in denen Menschen sich verständigen.

Aktualität der Kulturdiskussion

Die Rechte hat unter dem Begriff „Kultur“ ein Programm formuliert, mit dem sie all das einlegt, was sie durch den Modernisierungsprozeß bedroht sieht: die geistigen Werte, die Freiheit des Individuums, die Geborgenheit von Familie und Heimat, die sittliche Kraft von Religion und Recht. Gegen die Vertreter von Demokratisierung und Modernisierung der Gesellschaft, von

den Republikanern der Französischen Revolution bis hin zur Sozialdemokratie von heute, hat sie das Konzept einer Ordnungspolitik gestellt, das im Namen von Kultur den gesamten Prozeß der Moderne als Vermassung und Kulturverfall erscheinen läßt. Sie stellte damit immer wieder von neuem die kulturellen Tröstungen bereit, in denen sich die durch den industriellen Prozeß bedrohten Menschen in ihren Ängsten und Verlust Erfahrungen wiedererkannten, um desto ungehinderter sich auf die Seite derer zu schlagen, die nur an der ungehinderten Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen interessiert waren. Die Rechte wußte immer, wenn auch oft nur instinktiv, daß die Herrschaft über politische Macht auch die Herrschaft über die Sprache und die Bilder mit einschließt, in denen die Menschen ihre Wünsche und ihre Ängste ausdrücken. Im Gegensatz dazu war für die Linke Kultur und Kunst erst einmal ein fremdes Klassenprodukt, das von den sozialen und politischen Kämpfen ablenkte und dem bestenfalls eine Unterhaltungs- und Bildungsqualität zugeschrieben werden konnte. Sie machte aus dem konservativen Vorwurf der Kulturlosigkeit eine Tugend und konzentrierte sich auf ein gesellschaftliches Aufklärungskonzept, das die wahren Kräfte der Geschichte aufdecken sollte. Auf die gesellschaftlichen Probleme, die der industrielle Prozeß mit sich brachte, gab sie organisatorische Antworten: Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und Arbeiterkulturorganisationen. Der selbstbewußten Behauptung, daß die Kultur der Arbeiterklasse ihre Organisation sei, wurde aber spätestens dann der Boden entzogen, als das gesellschaftliche Spektrum auch kulturell sich weiter ausdifferenzierte und die Organisationskultur der Arbeiterbewegung immer mehr zu einer Teilkultur neben anderen Kulturen wurde, die in immer geringer werdendem Umfang die wachsenden kulturellen Bedürfnisse einzubinden vermochte. Nutznießer dieser Entwicklung war die gesellschaftliche Rechte. Ihr fiel politisch zu, was die Arbeiterbewegung kulturell nicht mehr organisieren konnte und was durch die sich entfaltende Massenmediale Kultur scheinbar klassenübergreifend befriedigt wurde. An die Macht kam sie freilich immer nur dann, wenn das Leitbild von Aufklärung verblaßte und die ökonomisch verunsicherten Massen nach rückwärts gerichteten Mythen griffen. Keine noch so gute Gesellschaftskritik hätte in diesen strukturellen Prozeß von

Rationalisierung verändernd eingreifen können; aber ein offener Umgang mit kulturellen Problemen hätte eine Reihe von kulturellen Verschiebungen sichtbar machen können, die so gar nicht zum Gegenstand von politischer Reflexion und politischem Handeln werden konnten.

Im Gegensatz zu dem mächtigen Strom konservativer Kulturtheorien gab es zwar eine vergleichsweise dünne und immer wieder unterbrochene Traditionslinie von links, die kulturelle Problemstellungen in sich aufnahm, aber die vorherrschende Mentalität von Ökonomismus und Objektivismus im gesamten Spektrum der Linken hat bis heute verhindert, daß diese Ansätze aufgegriffen und diskutiert wurden. Insofern kann die Erinnerung an alte, liegengebliebene Problemstellungen ins Bewußtsein rufen, woran eine gegenwärtige Kulturdiskussion wieder anknüpfen könnte. Die Vergegenwärtigung der Problemgeschichte von Kultur kann gleichzeitig zu Bewußtsein bringen, daß eine Kulturdiskussion einen wichtigen Beitrag zur Gegenwartsanalyse leisten könnte. Voraussetzung dafür ist ein weiterer Kulturbegriff, nicht als Zauberformel, die die Dinge aus ihrem Bann löst, sondern als Perspektive und als Orientierung, die die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Lebensverhältnissen aufschließt.

Was bedeutet dies für eine Kulturpolitik? Zunächst wird deutlich, daß sich eine Kulturpolitik nicht ressortmäßig abtrennen lassen kann auf die traditionellen Bereiche kultureller und künstlerischer Artikulationen und Institutionen. In dem Maße, wie die kulturellen Selbstverständlichkeiten brüchiger werden und wie die berufliche Rolle und die familiäre Organisation immer ärmer werden in ihrer kulturellen Vermittlung, wird Kultur als Ausdrucksebene von Identität, als Experimentierfeld von Lebensentwürfen immer wichtiger. Notwendig ist deshalb eine erhöhte Aufmerksamkeit für mentale Stimmungen und Strömungen, die auf den ersten Blick mit Kultur nichts zu tun haben, in denen sich aber kulturelle Verschiebungen desto deutlicher abbilden. So haben etwa religiöse und therapeutische Bewegungen, alternative Ansprüche an die Arbeit oder an Politik oder das Anwachsen einer Hobby- und Bastelkultur mehr mit Kultur zu tun als die klassischen Bereiche kultureller Artikulation, wie sie gesellschaftliche Institutionen wie das Theater organisieren. Eine Kulturpolitik, die sich dessen bewußt wäre, müßte ihre erhöhte Aufmerksam-

keit eben auf jene Zwischenbereiche richten, in denen die in Gang gesetzte kulturelle Dynamik ihren Ausdruck findet. Erforderlich wäre eine Unterstützung von Projekten, die mit diesen Zwischenformen arbeiten und in denen die Mischung von Arbeit und Politik, von alternativem Leben und neuen Sinnentwürfen, von künstlerischen Experimenten und sozialer Phantasie zur Struktur gehört.

Auf der anderen Seite müßte eine Kulturpolitik die gewachsenen Bedürfnisse nach neuen, kulturellen Ausdrucksformen und Öffentlichkeiten ernst nehmen. Gerade weil die tradierte politische und soziale Symbolik immer verbrauchter wird, wächst das Bedürfnis nach kulturellen Orten und Symbolen, in denen sich ein neues Lebensgefühl ausdrücken kann, in all seiner Widersprüchlichkeit von Katastrophenangst und Friedenssehnsucht, von Nähebedürfnissen und entfernten Identifikationsobjekten. Gerade weil die Übergänge fließend sind und die Aggregatzustände abrupt und schnell wechseln können (Hausbesetzungen und Punk-Rock liegen näher beieinander als die Unterschiede der einzelnen Musikstile), sind kulturelle Vermittlungsorte notwendig, über die sich die kulturellen Ausdrucksformen in Beziehung setzen können. Kulturpolitik müßte Vermittlungsebenen formulieren zwischen der massenmedialen Repräsentativkultur einerseits und den sich fragmentierenden subkulturellen Kleinmilieus andererseits. Vermittlung hieße dabei nichts Mittleres, auf das die kulturelle Spannung zurückzuführen wäre, sondern Berührung der verschiedenen Richtungen und Tendenzen durch gemeinsame Orte, übergreifende Projekte, stadtpolitische Aufgabenstellungen.

Nicht alles, was eine Kulturanalyse der Gegenwart an Problemen sichtbar macht, kann zum Gegenstand von Politik werden, und nicht alles, was sich als kulturelles Bedürfnis artikuliert oder als Problem sich darstellt, kann mit den Mitteln von Politik, oder gar mit Kulturpolitik, gelöst werden. Vieles läuft besser, und gar nicht naturwüchsig nach rechts, wenn man es den Mechanismen

von Selbstregulierung überläßt; vieles von dem, was als Kunst und Kultur in den etablierten Institutionen organisiert ist, verläuft ohnehin in den vorgegebenen Bahnen, auch ohne Beihilfe sozialdemokratischer Politik. Wieder anderes bedarf gezielter Politik, damit die Bedingungen in Form von Häusern, Werkstätten, Einrichtungen, Arbeitsmitteln geschaffen werden, auf deren Basis dann kulturelle Selbsttätigkeit sich entfalten kann.

Nichts ist schädlicher, gerade im Bereich der Kunst und der Kultur, als wenn man mit den gewohnten sozialstaatlichen Kriterien von ungerechter, aber gleicher Verteilung, von Gleichbehandlung aller kultureller Angebote nach Maßgabe von Sozialdaten oder Besucherzahlen Kulturpolitik zu machen sucht. Nichts ist schädlicher als eine Sozialhelfermentalität in der Kultur, die ästhetische Ausdrucksformen und künstlerische Qualität mißt an einem gleichen, mittleren Anspruchsniveau, das sowieso nur statistisch sich herstellen läßt. Kultur und Kunst leben von Einseitigkeit, Vielfalt, psychischen Fixierungen, luxurierenden Phantasien und der Sehnsucht nach großen Gesten und Entwürfen, mit denen wir die Routine des Alltags immer wieder hinter uns lassen wollen. Diese Eigensinnigkeit in den privaten Ansprüchen ist der Nährboden von Kultur, im alltäglichen Leben ebenso wie in der ästhetischen Produktion. Die Sozialdemokratie hätte viel, auch an ihren eigenen Verfestigungen, begriffen, wenn sie an Hand einer Kulturdiskussion lernen würde, selbstbewußt, aber offen und flexibel für vielfältige kulturelle und ästhetische Unterscheidungen mit Kultur umzugehen, anstatt mit flächendeckenden, sozialstaatlichen Maßnahmen Kulturpolitik zu machen. Ihr Leitbild wäre das eines Kunstliebhabers, der sich einen eigenen ästhetischen Geschmack zutraut, seinen vielversprechenden Nachwuchs nach besten Kräften fördert und sich im übrigen damit begnügt, den kulturellen Nährboden zu vergrößern, eingedenk der alten Bedeutung von Kultur, die sich aus dem Ackerbau herleitet: anbauen und pflegen.



Karlheinz Lohs: Chemische Kampfstoffe — derzeitiger Stand und Entwicklungstendenzen

Prof. Dr. rer. nat. habil. Karlheinz Lohs, Jahrgang 1929, ist Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und Direktor der Forschungsstelle für chemische Toxikologie in Leipzig. Wichtigste Veröffentlichungen: „Akute Vergiftung“ (zusammen mit Prof. Ludewig), G. Fischer Verlag Jena, G. Fischer Verlag Stuttgart, 6. Auflage 1980; „Synthetische Gifte“, Militärverlag der DDR, 4. Auflage 1974. Karlheinz Lohs ist auf Seiten der SED Mitglied der Arbeitsgruppe „Chemische Abrüstung“.

Der hier gegebene kurze Überblick wurde auf der Grundlage von öffentlich zugänglichen Angaben der internationalen Fachliteratur zusammengestellt. Die getroffene Auswahl entspricht der Sicht des Autors und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder abschließende Bewertung der derzeitigen Situation. Es konnte hier auch nicht auf Einzelheiten der Geschichte der chemischen Kampfstoffe in den zurückliegenden siebzig Jahren eingegangen werden; hierzu liegt eine umfangreiche Spezialliteratur vor. In einer kleinen Auswahl im Anhang zu diesem kurzen Überblick sind einige Buchtitel aufgeführt, die nach dem 2. Weltkrieg erschienen sind und die international als Basisliteratur gelten.

I.

Am 22. April dieses Jahres sind es auf den Tag 70 Jahre, daß zum ersten Mal in der Geschichte ein Gift aus der industriellen Herstellung in großen Mengen militärisch als chemischer Kampfstoff eingesetzt wurde. Dieser erste chemische Kampfstoff war das Gift Chlor. Dem Chlor folgten sehr schnell andere industriell hergestellte Gifte, die — als Gase, als Flüssigkeiten und als kristalline Stoffe — im Verlaufe des 1. Weltkrieges Verwendung fanden und von denen

heute wohl nur noch das sogenannte „Senfgas“ (auch Schwefel-Lost, Schwefel-Yperit oder Mustard-Gas genannt) als „seßhafter“ chemischer Kampfstoff für die längerdauernde Geländevergiftung mit extremer Wirkung auf die Haut bei gleichzeitiger Wirkung als Stoffwechselgift und mit hohem Spätschadenrisiko (Krebs!) eine begrenzte Rolle spielt.

Markante Entwicklungsetappen der Kampfstoffchemie seit dem Ende des 1. Weltkrieges waren die Erschließung phosphor-organischer Ester als chemische Kampfstoffe kurz vor und während des 2. Weltkrieges in Deutschland sowie analoge, jedoch ganz voneinander unabhängige Entdeckungen und militärische Einsatzvorbereitungen auf westallierter Seite.

Von den in dieser Zeit entwickelten und großtechnisch hergestellten chemischen Kampfstoffen sind die bekanntesten das Tabun, das Sarin und das Soman — sämtlich hochwirksame Nervengifte, die in einer Dosis von 20 bis 100 mg einen Menschen innerhalb weniger Minuten töten. Aus der Gruppe dieser Verbindungen wird in der militärischen Fachliteratur der NATO bis heute dem Sarin und dem Soman besondere Bedeutung beigemessen; entsprechend groß ist die militärische Bevorratung und auch das Bemühen um einen effektiven Schutz vor diesen Giften — wobei es für diese Kampfstoffe bisher noch keine hinreichende Behandlungsmethode gibt, und bei einem Massenansturm Geschädigter die zivilen ärztlichen Behandlungssysteme vor unlösbare Probleme in der Therapie und der Nachsorge gestellt wären. Hierbei muß man sich vor Augen halten, daß Sarin und Soman aus heutiger militärtoxikologischer Sicht noch zur „ersten Generation“ der phosphororganischen Kampfstoffe zählen.

II.

Die entscheidende militärtoxikologische Weiterentwicklung auf dem Gebiet der vorstehend genannten Nervengifte nahm in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ihren Anfang, als abgeleitet aus Forschungsprogrammen über phosphororganische Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie bei Studien zur Molekularbiologie der Nervenleitprozesse die US-amerikanische Armee auf neue Erkenntnisse englischer und später schwedischer Wissenschaftler zurückgriff, um eine neue Gruppe chemischer Kampfstoffe zur Produktionsreife zu

bringen. Sie sind heute allgemein unter der Bezeichnung V- bzw. VX-Stoffe bekannt. Ihre Giftigkeit beträgt das 10 bis 20fache gegenüber den während des 2. Weltkrieges produzierten phosphororganischen Kampfstoffen Tabun und Sarin.

Die V- bzw. VX-Stoffe beruhen auf dem gleichen biochemischen Wirkungsprinzip wie Tabun, Sarin und Soman, das heißt, es handelt sich um Cholinesterase-Hemmstoffe. Allen diesen phosphororganischen Kampfstoffen ist gemein, daß sie ohne äußerlich sichtbare Reizerscheinungen nicht nur durch Inhalation über die Atemwege, sondern ebenso auch über die Haut in den Organismus eindringen und ihre tödliche Wirkung mit einer solchen Schnelligkeit entfalten, daß in der Mehrzahl der Vergiftungsfälle die ärztliche Hilfe zu spät kommt. In den Fällen, in denen durch ärztliche Kunst und günstige Umstände der sofortige Tod des Betroffenen verhindert werden kann, bedarf es monatelanger aufwendiger Nachsorge, bis die durch solche Kampfstoffe vergifteten Personen wieder einsatzfähig sind. Es mehren sich in der medizinischen Fachliteratur inzwischen die Hinweise, daß noch Jahre nach überstandener Vergiftung mit dem Auftreten von psychopathologisch-neurologischen Spätschäden sowie gestörten Organfunktionen (Leber, Niere, Genitalbereich) und auch mit erhöhter Krebsrate gerechnet werden muß.

Die extreme Giftigkeit der phosphororganischen Kampfstoffe der Sarin/Soman- und V-Stoffgruppe war bereits 1954 der Anlaß zur Entwicklung einer völlig neuartigen Anwendungstechnologie bzw. Einsatzvorbereitung für diese chemischen Kriegsmittel in den US-amerikanischen Streitkräften.

Ausgangspunkt waren u.a. Forderungen der US-Marine, die angesichts der hohen Eigengefährdung durch solche Gifte eine entsprechende Transportsicherheit für ihre Schiffe verlangte, wie überhaupt die Lager- und Transporterfordernisse.

III.

Diese Tatsachen sowie die Probleme der chemischen Stabilität und insbesondere der Vernichtung überlagerter Bestände dieser Kampfstoffe förderten in den USA das Konzept zur Schaffung von binären Kampfstoffen.

Binäre chemische Waffen sind dadurch gekennzeichnet, daß nicht der eigentliche Kampfstoff produziert, gelagert, transportiert und in das

Einsatzmittel (Granate, Bombe, Rakete) gefüllt wird, sondern seine beiden unmittelbaren Vorprodukte. Aus ihnen entsteht nach dem Abschuß des Einsatzmittels in einer chemischen Reaktion, das heißt erst auf dem Wege des Einsatzmittels ins Zielgebiet, der chemische Kampfstoff. Die eigentliche Kampfstoffsynthese ist also aus einer chemischen Produktionsanlage in das Einsatzmittel verlagert worden.

Die erste ingenieurtechnisch ausgereifte und zur Serienproduktion vorbereitete binäre Waffe war die 1972 in den USA entwicklungsseitig abgeschlossene 155-mm-Saringranate XM 687, die für die strukturmäßigen 155-mm-Haubitzen der NATO-Streitkräfte bestimmt ist.

Das Prinzip der Binärsynthese im Einsatzmittel ist ausgehend von den in der USA-Bewaffnung bereits vorhandenen Einsatzmitteln für alle strukturmäßigen Einsatzverfahren auf seine Anwendbarkeit geprüft worden. Entsprechende Programme existier(t)en für insgesamt 18 verschiedene Systeme, darunter Flugzeugabsprühgeräte, Landminen, Raketen Sprengköpfe, einschließlich solcher für Mehrfachwerfer (MSRS), Granaten verschiedener Kaliber und Flugzeugbomben.

Entscheidungen bzw. Anträge zur Aufnahme der Serienproduktion gibt es vorerst für die 155-mm-Haubitzengranate XM 687, die 8-inch-Binärgranate XM 738 mit VX-Kampfstoff-Füllung und die binäre VX-Fliegerbombe „Big Eye“. Nach US-amerikanischen Quellen wird die im Militärarsenal Pine Bluff (Arkansas) errichtete Produktionsanlage für binäre chemische Artilleriemunition eine monatliche Kapazität von 70.000 Munitionseinheiten besitzen.

Insgesamt ist der Schluß zulässig, daß die „Binärwaffen“ eine Realität sind, die dem Begriff des chemischen Krieges einen neuen gefährlicheren Bedeutungsinhalt gegeben und das Risiko der Anwendung chemischer Kampfstoffe enorm erhöht haben. Die Militärliteratur der NATO-Staaten weist eindeutig aus, daß es sich bei diesen binären chemischen Kampfstoffen um eine neue Generation von Waffen handelt. Es ist also nicht nur ein bloßer Austausch überlagerter Bestände alter Munition gegen neue Munition, sondern eine weitere Stufe der Eskalation in der Einführung von Massenvernichtungsmitteln, deren Stationierung auf den US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien und in Italien sowie für die Flottenverbände der

USA im Ozeanatlantik und im Mittelmeer vorgesehen ist. Mit diesen Stationierungen werden die Gesamtbestände der USA von etwa 3 Millionen auf etwa 5 Millionen Munitionseinheiten erhöht.

IV.

Neben der militärtechnischen Umsetzung des Binärwaffenprogramms wird auch die militärchemische und militärtoxikologische Entwicklung fortgesetzt. So wird in den USA seit den 70er Jahren an einem neuen, tödlich wirkenden Nervenkampfstoff gearbeitet, der in Binärwaffen eingesetzt werden kann. Dieser sogenannte „IVA-Kampfstoff“ (abgeleitet von intermediate volatility agent) soll in seinen physikalischen Eigenschaften (Verdampfbarkeit und damit Wirkungsdauer) zwischen Sarin und VX liegen und so die militärischen Vorteile beider Stoffe auf sich vereinigen. Er wäre sowohl zur Luftraum- als auch zur Oberflächenvergiftung geeignet. Es gibt Vermutungen, daß es sich auch um eine Mischung der Kampfstoffe Sarin und Soman handeln könnte. Generell ist aus der Literatur ersichtlich, daß mit dem Übergang zur Binärtechnologie eine größere Breite in der Auswahl der Kampfstoffe und damit eine entsprechende Variabilität der chemischen Waffensysteme (bei gleichzeitiger Nutzbarkeit einiger der Einzelkomponenten für zivile Zwecke in Friedenszeiten!) möglich geworden ist. Es ist naheliegend, daß die Konzeption der Binärwaffentechnologie auch die Möglichkeit zur Schaffung völlig neuartiger Kombinationen von Reaktionspartnern zu extrem giftigen Finalprodukten einschließt.

Die vorstehend genannten chemischen Kampfstoffe aus der Gruppe der „Hautgifte“ (Lost bzw. Yperit) und der „Nervengifte“ (Sarin/Soman sowie V-Stoffe) stellen durch ihre extreme Toxizität für den Menschen sowie ihre große Flächenwirkung im Gelände die mit Abstand gefährlichsten chemischen Kriegsmittel der Gegenwart dar. Daneben sind jedoch auch die Vorräte an nicht-tödlichen chemischen Kampfstoffen aus der Zeit des 1. und des 2. Weltkrieges sowie der nach dem 2. Weltkrieg betriebenen Weiterentwicklung solcher nicht-tödlicher Kampfstoffe durchaus zu beachten. Zu den nicht akut tödlichen chemischen Kampfstoffen zählen die Reizkampfstoffe, deren derzeit bekannteste Vertreter die Tränenreizstoffe CN, CS und CR sind (bezüglich chemisch-toxikologischer Einzelheiten siehe die Literaturangaben im Anhang).

V.

Eine andere Gruppe nicht akut tödlicher chemischer Kampfstoffe umfaßt die Psychogifte. Es sind auf das Nervensystem wirkende, nicht reizende Substanzen, die zu schweren Verhaltensstörungen der Betroffenen führen und vorzugsweise zur Auslösung von Panik bei ungeschützten Truppen sowie unter der Zivilbevölkerung bereitgehalten werden. Bekanntester Vertreter ist derzeit der BZ-Stoff der US-Armee.

VI.

Zu erwähnen sind schließlich auch noch solche Kampfstoffe, die nicht primär gegen den Menschen, sondern zur Schädigung der Umwelt eingesetzt werden. Beispiele hierfür sind die von den USA in Vietnam angewandten Herbizid-Kampfstoffe wie das Agent Orange und Agent White. Die Gefährlichkeit dieser chemischen Kampfstoffe hat sich nicht nur in der großflächigen Vernichtung der Pflanzen- und Tierwelt Vietnams, sondern auch in dem Auftreten von Spätschäden bei der vietnamesischen Bevölkerung und bei den US-amerikanischen sowie australischen Soldaten gezeigt (z. B. hohe Krebsrate, Zeugung mißgebildeter Kinder, vorzeitige Vergreisung).

VII.

Bei der Beurteilung der derzeitigen Bevorratung chemischer Kampfstoffe und ihrer Einsatzmittel ist der Umstand wesentlich, daß die verfügbaren Angaben der Militärliteratur einen Kenntnisstand widerspiegeln, welcher erfahrungsgemäß fünf bis zehn Jahre hinter dem tatsächlichen militärischen Sachverhalt zurückliegt. Trotzdem erlaubt die Auswertung der Fachliteratur Rückschlüsse auf Tendenzen zur Entwicklung neuer chemischer Waffen resp. von Kampfstoffneuentwicklungen.

In diesem Sinne sind beispielsweise folgende Ableitungen aus der wissenschaftlichen Literatur möglich (in thesenartiger Kurzfassung):

- Ausdehnung des Binärprinzips auf andere Giftstoffklassen,
- Einbeziehung neuer phosphororganischer Gifte in die Palette chemischer Kampfstoffe (z. B. hochtoxische bizyklische Phosphorverbindungen),
- Entwicklung neuer hochtoxischer Carbamate sowie siliziumorganischer Verbindungen als Kampfstoffe,
- Weiterentwicklung psychotoxischer Kampf-

stoffe mit Hautpenetrationswirkung als Ersatz für die derzeitige Gruppe der BZ-Stoffe,

- Weiterentwicklung extremer Reizstoffe, insbesondere von Nervenreizstoffen zur Schmerzerzeugung (sog. Algogene bzw. PPA, d.h. pain producing agents),
- militärtoxikologische Forschungen über zyklische Peptide sowie andere synthetisch zugängliche Toxine mittels Biotechnologie bzw. technischer Mikrobiologie und gentechnischer Verfahren und
- Forschungs- und Entwicklungsarbeiten über neuartige „Maskenbrecher“ zur Ausschaltung der derzeit gebräuchlichen Adsorbermischungen in Schutzmaskenfiltern (in Anlehnung und Fortführung von Untersuchungen, die im 2. Weltkrieg in den Laboratorien der Waffen-SS betrieben worden waren).

Zum Abschluß dieses kurzen Überblicks kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß aufgrund des Standes und der Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der chemischen Kampfstoffe nach wie vor die USA den chemischen Waffen eine militärisch wesentliche Rolle in ihrer Militärdoktrin einräumen.

Siebzig Jahre Kampfstoffentwicklung haben gezeigt, wie aus zivilen Forschungen auf chemischen und biochemischen Gebieten mißbräuchliche Anwendungen für die Militärchemie und -toxikologie abgeleitet werden, wie die chemische Waffe immer differenzierter einsetzbar wurde, wie die Entwicklung des industriellen Schutzes und der therapeutischen Gegenmaßnahmen stets hinter den militärtechnischen Realitäten der Kampfstoffproduktion zurückblieb, wie immer stärker die Zivilbevölkerung als „Zielgruppe“ für eine chemische Kriegsführung ausersehen wurde und wie weitgehend auch die natürliche Umwelt des Menschen in die Konzepte chemischer Kriegsführung einbezogen wird.

Das umgehende und umfassende Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung chemischer Kampfstoffe sowie ihre Weitergabe an andere Staaten oder Interessengruppen ist dringender denn je. Bis zur Erreichung dieses umfassenden und weltweiten Verbotes kann die Schaffung von Zonen, welche frei von chemischen Waffen sind, ihr Einsatzzisiko herabsetzen und ebenso auch die Gefahren minimieren, welche sich bereits in Friedenszeiten aus ihrem Besitz resp. ihrer Lagerung durch technische Zwischenfälle ergeben können.

Literaturhinweise (Auswahl)

- 1) SIPRI (Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut): „The Problem of Chemical and Biological Warfare“, 6 Bände, Almquist and Wiksell Stockholm/New York 1971 - 1975
- 2) SIPRI (Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut): „Chemical Weapons: Destruction and Conversion“ Taylor and Francis Ltd., London 1980
- 3) SIPRI (Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut): „Chemical Disarmament: New Weapons for Old“, Humanities Press, New York, Almquist and Wiksell International, Stockholm 1975
- 4) Lohs, Karlheinz: „Synthetische Gifte“, 4. Auflage, Militärverlag der DDR, Berlin 1974
- 5) Franke, S.: „Lehrbuch der Militärchemie“, 2 Bände, Militärverlag der DDR, 2. Auflage, Berlin 1976
- 6) „Chemical Weapons and Arms Control - Views from Europe“, Centro di Studi Strategici, Roma, June 1983
- 7) Weltföderation der Wissenschaftler (WFSW): „Zu den Konsequenzen eines Krieges mit chemischen Massenvernichtungsmitteln“ - Studie, London/Berlin/Moskau, 1983
- 8) Harries, R./Paxman, J.: „A Higher Form of Killing“, Chatto and Windus Ltd., London 1982

FRANKFURTER HEFTE Zeitschrift für Kultur und Politik

Thema der letzten Ausgabe der „alten“
Frankfurter Hefte:

Nach 1984: Die Krise der Zivilisation und unsere Zukunft

Preis: DM 19,80 / 176 Seiten

Zu bestellen bei:

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte
Godesberger Allee 143,
Postfach 200189, 5300 Bonn 2



GESCHICHTE DER ARBEITER- BEWEGUNG

Benno Haunhorst: Katholizismus und Sozialismus Georg Beyer – Erinnerung an einen „vergessenen Brückenschlag“

Benno Haunhorst, geb. 1953, ist Studienrat in Lehrte bei Hannover; s. a. seinen Essay über Willt Eichlers Beiträge zum Verhältnis der Katholischen Kirche und SPD, NG 9/80, sowie seine zahlreichen Artikel in den FH.

Unter den großen Gedenktagen des vergangenen Jahres suchte man vergebens eine Erinnerung an den 100. Geburtstag Georg Beyers. Der am 2. Oktober 1884 in Breslau geborene sozialdemokratische Publizist ist heute nur noch in den Zettelkästen einiger Experten präsent. Doch seine Schrift „Katholizismus und Sozialismus“ aus dem Jahre 1927 fällt unter das, was Walter Dirks einmal „vergessene Brückenschläge“ genannt hat. An Beyers vielfältige Bemühungen um einen Dialog zwischen Katholizismus und Sozialismus und an seine richtungweisenden Analysen zu erinnern, erscheint als sinnvoll in einer Zeit, in der angesichts der großen Probleme separatistische Alleingänge politischer Luxus sind.

Der in eine assimilierte jüdische Bürgerfamilie hineingeborene Georg Beyer¹⁾ blieb Zeit seines Lebens religiös ungebunden. Bereits mit 17 Jahren fühlte er sich zur SPD hingezogen, der er schließlich 1905 beitrug. In der Zwischenzeit wurde er vom Gymnasium relegiert, brach eine Lehre ab und studierte in Leipzig. Er arbeitete als Redakteur an verschiedenen Parteizeitungen in Sachsen und Westfalen und engagierte sich als Parteiredner, was ihm 1910 zwei Haftstrafen einbrachte, denen bis 1918 noch weitere Verurteilungen folgten. Schließlich wurde Beyer 1912 Kulturredakteur der „Rheinischen Zeitung“. Für dieses Blatt der rheinischen Sozialdemokratie aus Köln arbeitete er bis zum Ende der Weimarer Republik. Georg Beyer war Stadtverordneter in Köln, Dozent in der Arbeiterbildung des „Freige-

werkschaftlichen Seminars“ und Parteiredner. Dem Vorbild der beiden großen rheinischen Sozialdemokraten Jean Meerfeld und Wilhelm Sollmann folgend, beschäftigte sich Beyer Mitte der zwanziger Jahre immer intensiver mit dem Katholizismus und entwickelte dabei eine rege publizistische Tätigkeit. Er verfaßte mindestens zwanzig verschiedene Artikel zu diesem Themenbereich, veröffentlichte neben „Katholizismus und Sozialismus“ zusammen mit August Rathmann den Tagungsbericht „Sozialismus aus dem Glauben“ (1929) und unterstützte die Bestrebungen um „Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten“. Als Jude und Sozialist war Beyer schon vor 1933 bevorzugtes Ziel nationalsozialistischer Angriffe gewesen. Nach der Machtübernahme floh er zuerst ins Saarland und dann nach Südfrankreich. Trotz katastrophaler finanzieller Verhältnisse und einer bis zur totalen Lähmung fortschreitenden Krankheit arbeitete Beyer weiterhin für die Parteipresse im Exil und unterstützte deutsche Emigranten. Nach der Besetzung Südfrankreichs durch deutsche Truppen wurde Georg Beyer mit seiner Familie durch die Vermittlung des Erzbischofs von Toulouse in einem katholischen Altersheim in der Wäschekammer untergebracht. Nach einem Jahr zog er sich eine Lungenentzündung zu und starb am 27. Oktober 1943. Georg Beyer wurde unter dem Namen „Boyer“ in Toulouse beigesetzt.

Katholizismus und Sozialismus in der Weimarer Republik

Der lähmende Zwiespalt zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis durchzog die Sozialdemokratie bis 1933. Dies entfachte eine vielfältige Theoriediskussion an den Rändern der Partei, etwa um einen „religiösen Sozialismus“ in dem Kreis um Paul Tillich oder um einen „ethischen Sozialismus“ in der Nachfolge von Leonard Nelson oder in der Gruppierung um Hendrik de Man. So wie sich diese und ähnliche sozialistische Kreise vom marxistischen Erbe zu befreien versuchten, so unternahmen kleine Kreise im Katholizismus den Versuch, vom Klerikalismus weg und hin zu einer eigenständigen, welt-offenen Laienbewegung zu finden. Ernst Michel, Walter Dirks, Theodor Steinbüchel, Heinrich Mertens sind hier unter anderen zu nennen. Hinzu kam das ungelöste „Kapitalismusproblem“, das zu heftigen Diskussionen im Sozialkatholizismus führte, weil es hier auch um Theorie und Pra-

xis der christlichen Gewerkschaften und einer eigenständigen katholischen Sozialbewegung ging. Im Zentrum setzte sich 1928 Prälat Kaas als Parteivorsitzender gegen die Gewerkschafter Joos und Stegerwald durch. Im selben Jahr verlor das Zentrum bei den Reichstagswahlen in seinen Arbeiterhochburgen über 400 000 Stimmen an SPD und KPD²⁾.

Die SPD hatte das tendenzielle Abbröckeln im katholischen Lager in Ansätzen erkannt. Die relativ starke Freidenkerbewegung wurde von der SPD geduldet und aus taktischen Gründen sogar punktuell unterstützt, aber Einfluß auf die Programmatik der Partei hat sie nie gewonnen. Das Görlitzer Programm von 1921 hatte erklärt, „Religion ist Privatsache. Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache“. Durch die modifizierte Behandlung dieser Aussage im Heidelberger Programm von 1925 eröffnete sich für die SPD der Weg, sich verstärkt den katholischen Arbeitern zuzuwenden. Rudolf Hilferding unterbreitete dem Kieler Parteitag von 1927 sogar den Vorschlag, auch im Blick auf die katholischen Arbeiter die gesamte Arbeiterklasse als politische Partei zu konstituieren³⁾. Zur Grundlage der in Kiel beschlossenen Werbekampagne, die von dem Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“, Wilhelm Sollmann, geleitet wurde, machte die SPD den Hinweis auf die gemeinsame Klassenlage von Christen und Sozialisten und das damit notwendig gewordene gemeinsame Vorgehen. Parteiintern wurde die Anweisung ausgegeben, sich künftig jedweder antikirchlicher und antireligiöser Propaganda zu enthalten. Georg Beyer weist übrigens im Vorwort seines Buches jeden Zusammenhang mit diesen Unternehmungen zurück.

Die katholischen Bischöfe reagierten während der gesamten Weimarer Jahre unverändert aggressiv gegenüber dem Sozialismus und der Sozialdemokratie. 1919 verfaßten die Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz einen Wahlhirtenbrief, der auf die Unvereinbarkeit von Sozialdemokratie und Katholizismus hinwies⁴⁾. Ende 1923 ordnete die deutsche Bischofskonferenz in dem später so genannten „Gewerkschaftserlaß“ an: „...immer von neuem auf das schwer Sündhafte des Lesens“ freigewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Zeitungen hinzuweisen⁵⁾. Die wiederholt beklagte Abwanderung katholischer Arbeiter zu den nichtchristlichen Arbeiterorganisationen wurde mit der Androhung der Strafe des Sakramentenverbots zu be-

kämpfen versucht. Nach dem Tode von Friedrich Ebert, der katholisch getauft war, lehnte der Münchener Kardinal Faulhaber am 3. März 1925 kirchliches Trauergeläut mit der Begründung ab, Ebert sei Mitglied und Führer einer „politisch grundsätzlich religiös- und kirchenfeindlichen Partei“ gewesen⁶⁾.

Daß unter diesen Umständen den katholischen Brückenbauern zum Sozialismus ihre Existenz als Sozialist und Katholik fast unmöglich gemacht wurde, liegt auf der Hand. Pastor Hohoff mußte sich bis ins hohe Alter gegen Anwürfe seiner kirchlichen Oberen verteidigen; Ernst Michels „Politik aus dem Glauben“ wurde 1929 auf den Index der für Katholiken verbotenen Bücher ge-



Georg Beyer

(Foto: AsD)

setzt. Im selben Jahr warnte Pius XI. in seinem Schreiben an den Katholikentag von Freiburg das katholische Volk vor solchen Theorien, „die offen oder versteckt die Meinung vertreten, es ließen sich die katholischen Soziallehren in friedlichem Bunde vereinen mit anderen, die ihnen doch von Grund aus entgegenstehen“⁷⁾.

„Katholizismus und Sozialismus“

„Katholizismus und Sozialismus“ erschien Ende 1927 im J. H. W. Dietz Nachf. Verlag, Berlin, in einer Auflage von 5200 Exemplaren und gehörte damit zu den auflagenstärksten Neuerscheinungen des SPD-Verlags⁸⁾. Beyers Buch wurde in der Reihe „Schriften zur Zeit“ veröffent-

licht, die von Gustav Radbruch, Karl Bröger, Hugo Sinzheimer, August Rathmann und Franz Osterroth herausgegeben wurde und aus dem geistigen Umfeld des „Hofgeismarkreises“ heraus einige für Sozialdemokraten „heiße Eisen“ aufgriff⁹⁾. August Rathmann beschreibt in seiner Autobiographie eingehend die Schwierigkeiten, die dieser Reihe seitens der Parteihierarchie gemacht wurden, da sich dieser Genossen ohne offiziellen Status durchaus eigenständige Gedanken machten¹⁰⁾. Nach den Repliken August Bebels auf Pastor Hohoffs Äußerungen zum Verhältnis von Katholizismus und Sozialismus von 1874 und Karl Kautskys „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche“ von 1902 war Beyerers Schrift die dritte ernst zu nehmende Stellungnahme aus der Sozialdemokratie; allerdings brach er in ihr mit vielen Gedankenführungen seiner Vorgänger.

Die katholische Weltanschauung

Georg Beyer versucht in seiner Schrift mit großer Gewissenhaftigkeit, die theologische Tiefendimension des katholischen Weltverständnisses seiner Zeit zu erfassen. Seine Quintessenz lautet: „Für den Katholizismus sind immer Natur- und Menschenwelt nicht zu trennen von Gott und Überwelt. Der gläubige Katholik lebt im Schoße der Kirche Christi in einer ihn stärkenden und tragenden Gesamtheit“ (S. 22), das aufklärerische Freiheits- und Toleranzverständnis und sein Humanitätsideal sind dem Katholizismus fremd, es gibt keine autonome Geschichte der Menschheit und Arbeit ist Mitarbeit an Gottes Schöpfung. Hier sieht Beyer bereits die erste Trennungslinie zwischen Katholizismus und Sozialismus: Die „Eroberung der Erde für den Menschen“ ist für den Katholizismus nur ein Problem unter anderen, so daß es für ihn auch keine Eigenständigkeit sozialer Umgestaltung gibt; „sie muß immer hingelenkt sein zu Gott, von dem alles Menschsein kam, und das sich in seinem Antlitz wieder erfüllt“ (S. 25).

Vier Problembereiche ergeben sich für den Sozialisten Georg Beyer aus dieser katholischen Weltansicht und werden von ihm im Laufe seiner Darstellungen in immer neuen Ansätzen beleuchtet: Die „Ethisierung der Wirtschaft“, das Verhältnis von kirchlicher Hierarchie und weltlicher Macht, die „Universalität des Katholizismus“ und die Weltanschauung als künstlich errichtete Schranke in den sozialen Bewegungen.

Dem Katholizismus liegt laut Beyer die Ten-

denz zugrunde, „Wirtschaftsfragen als bloße Gesinnungsfragen des christlichen Geistes zu behandeln“ (S. 36). Dies führt einerseits zu einer bloßen „Ethisierung der Wirtschaft“ durch Appelle an ein wahrhaft christliches Verhalten, andererseits zu kirchlichen Äußerungen, etwa in den Sozialenzykliken des 19. Jahrhunderts, in denen Abgrenzungen und Warnungen vor Irrlehren dominieren. Für Beyer tritt dieser erste Problembereich deutlich in vielen katholischen Stellungnahmen zum Kapitalismus hervor. Zutreffend diagnostiziert er zunächst die traditionelle Reserviertheit des Katholizismus gegenüber dem Kapitalismus, dem egoistisches Besitzstreben vorgeworfen werde. Gleichzeitig könne man aber feststellen, daß manche Sozialethiker einen Ausweg suchen, indem sie zwischen „kapitalistischer Wirtschaft“ und „kapitalistischem Geist“ unterscheiden. Das erste meint schlicht eine moralisch unbedenkliche Technik des Wirtschaftens, das zweite aber jenen selbstlüchtigen und damit verwerflichen Antrieb im Kapitalismus, der im Menschen nur einen Produktionsfaktor sieht. Beyer betont zu Recht, daß in dieser Trennung ein liberalistisches Wirtschaftsverständnis durchscheint, das zwar zur Beruhigung moralischer Skrupel aufgestellt werden kann, nicht aber der Realität entspricht. Er sieht den Unterschied zwischen Sozialismus und Katholizismus in der Kapitalismusfrage darin, daß der Sozialismus eine *Strukturreform* notwendig verlangt, während der Katholizismus wesentlich eine *Gestaltungsreform*, die Durchsetzung von Glaube und Moral in der Wirtschaft, fordert. Beyer stellt dem katholischen Modell einer „Ethisierung der Wirtschaft“ gegenüber lapidar fest: „Jenseits der christlichen Sittengebote stehen die komplizierten Organisationsformen der kapitalistischen Ballungen und Verfilzungen.“ (S. 75)

Georg Beyer analysiert behutsam die hierarchische Struktur des Katholizismus und bringt viel Verständnis für jene Katholiken auf, die sich zwar vorurteilsfrei über den Sozialismus äußern, aber wegen der kirchenoffiziellen Frontstellung nicht begeistert zu ihm stoßen. An zwei Stellen sieht er allerdings Probleme für das Verhältnis vieler gläubiger Katholiken zur kirchlichen Hierarchie. Das erste Problem betrifft die Anwendung kirchlicher Moralvorstellungen im Alltag: „Viele gläubige Katholiken hadern mit ihrer Kirche, weil irgend ein armes Weib Todsünderin wird, während der katholische Unternehmer, mag er auch

auf einer Pyramide von mißbrauchten Menschen thronen, den Kirchensegen und bei besonderen 'Verdiensten' den päpstlichen Orden erhält." (S. 41f.) Das zweite Problem sieht Beyer im Machtstreben der kirchlichen Hierarchie, das zu einer Verbrüderung mit den weltlich Mächtigen führt: „In demselben Maße aber, in dem sie sich mit dem Staate verbindet und verbündet, verliert sie die Freiheit und Unabhängigkeit in der Verkündigung ihrer frohen Botschaft. Auch dadurch kommen dann breite katholische Massen, die sich von gewissen Einrichtungen und Machtmitteln des Staates bedrückt fühlen, wenn in ihm besitzende Schichten einen starken Einfluß errungen haben, leicht in eine Oppositionsstellung zur Kirche. Sie machen diese dafür mit verantwortlich für das, was der Staat tut.“ (S. 42)

Bebel, Kautsky und andere Sozialisten, die die fehlende Schärfe katholischer Kapitalismuskritik und die mangelnde Option für die Sache der Arbeiter kritisierten, sahen den Grund dafür ausschließlich in der Verquickung von geistlicher Macht der Kirche und weltlicher Macht der herrschenden Kreise. Nicht so Georg Beyer; für ihn ist hierfür letztlich kein politischer, sondern ein religiöser Grund entscheidend: Vom Gedanken einer „katholischen Universalität“ beseelt, versucht die Kirche über nationale und soziale Grenzen hinweg alle Seiten umfassende Aussagen zu treffen. Den katholischen Äußerungen zu sozialen Konflikten fehlt es deshalb an Eindeutigkeit, weil sie der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum harmonisierend gerecht zu werden versuchen. Symptomatisch in diesem Sinne sind für Georg Beyer die katholischen Gegenmodelle zum Kapitalismus wie etwa die Gedanken um eine nach mittelalterlichem Vorbild entworfenen berufsständischen Ordnung oder die Idee des Solidarismus. „Sie [die Kirche] sieht nicht den Zwang und die Gewalt eines Systems, das Ausbeuter, wie Ausgebeutete mit automatischer Gewalt jener Selbstverantwortung beraubt, die von ihnen zur Führung des sittlichen Lebens gefordert wird. Der Versuch, die Kapitalswirtschaft anzuerkennen, falls man auf ihrem Boden Kapitalsvermehrung mit dem Gesamtwohl in Einklang bringe, deckt immer aufs neue die Klüfte und Risse auf, über die die hierarchische Harmonielehre schwankende Notbrücken errichten will.“ (S. 78)

Beyer stellt eine zunehmende kritische Distanz in der katholischen Arbeiterschaft und der katholischen Jugendbewegung gegenüber solchen

kirchlichen Unternehmungen fest, die darauf zielen, soziale Differenzen zu beschönigen. „Das Leben der katholischen Arbeiterschaft steht im allzustarken Widerspruch zu der ihr anempfohlenen Beruhigung im Glauben und in der Kirche.“ (S. 83) Tatsächlich haben ein katholischer Arbeiter und ein katholischer Unternehmer ebenso wenig gemeinsam wie irgendein Arbeiter und irgendein Unternehmer. „Kann die beamtete Kirche mit ihrer gegenwärtigen Haltung und Kundgebung diesen arbeitenden Menschen noch die frohe Botschaft geben?“ (S. 86f.), fragt Georg Beyer und registriert in diesem Zusammenhang die Bemühungen einiger katholischer Arbeiterführer, der wachsenden Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Bis auf wenige Ausnahmen – Beyer nennt Wilhelm Hoff, Theodor Steinbüchel und August Pieper – gelingt es den katholischen Sozialethikern aber nicht, aus ihrer Sympathie für die Arbeiterschaft auch weitergehende politische Konsequenzen, einschließlich der Akzeptanz sozialistischen Gedankenguts, zu ziehen. Den Grund dafür sieht Beyer in der vom Katholizismus künstlich errichteten „Weltanschauungsgrenze“. Der Katholizismus sehe den Sozialismus als „natürlichen Sprößling der Aufklärung und des Materialismus“ und als „umgekehrten Kapitalismus“ (S. 30). „Immer wieder steckt der Katholizismus weltanschauliche Grenzen ab. Die Lebensidee des Sozialismus wird gewaltsam in einen Gegensatz zum Katholizismus hineingebracht, der gar nicht besteht. Viele katholische Betrachter des Sozialismus vermögen nicht zu sehen, daß die philosophisch-weltanschauliche Herkunft des ethischen Antriebs für ein großes menschliches Ziel nicht das Entscheidende sein kann.“ (S. 34) Hinzu kommt noch, so Beyer, daß viele katholische Kritiker ein falsches Verständnis vom Sozialismus haben: „Niemals wurde der marxistische Sozialismus in seinem Ursprung von der Auffassung getragen, daß es gelte, die Arbeiterschaft durch eine bloße Umstellung der Machtverhältnisse und des individuellen Besitzes in verlorene Rechte einzusetzen.“ (S. 32)

Sozialismus als Lebensidee und Kulturbewegung

An dieser Stelle entwickelt nun Georg Beyer sein Verständnis des Sozialismus als Lebensidee und Kulturbewegung. Er stellt kurz die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von den utopischen Sozialisten über den Marxismus bis zur So-

zialdemokratie seiner Tage dar. Sein Urteil ist vernichtend: „Mit der Sozialpolitik, gewerkschaftlichen Errungenschaften und Genossenschaften, mit der Erfüllung materieller Forderungen, mit der Erfüllung sozialistischer Lager eine bestimmte Gattung von Spießbürgern an, deren Überzeugungsbedürfnisse durch die Bilder von Bebel und Liebknecht über dem Plüschsofa befriedigt wurden. Überalterungserscheinungen, Denkbequemlichkeiten, illusionäre Geborgenheiten waren die Begleiter. Die rhetorische Übersteigerung, die manchmal noch auftrat, wurde hohl; die Verantwortung vor der schwierigen Wirklichkeit mit ihren kühnen Spannungen und neuen Problemen wurde nicht mehr erlebt und erarbeitet.“ (S. 109) Die entscheidende Aufgabe bestehe jetzt darin, die sittlichen Antriebskräfte des Sozialismus neu zu beleben. Das heißt in erster Linie, neben den Produktionsverhältnissen auch das innere Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit von Grund auf zu ändern. „Erst wenn jeder das Bewußtsein hat, daß seine Mühe im Gemeinschaftsdienst unentbehrlich ist, seine Arbeit dem Zwange des nackten Geldverdienens entronnen ist, erst dann wird neben der materiellen auch die kulturelle Neuschöpfung der Gesellschaft beginnen können.“ (S. 111) Der Sozialismus, der nach Beyers Verständnis stets nur Mittel zu einer Höherorganisation der Gesellschaft sein kann, muß erneut im Menschen sein Endziel entdecken. Jenseits der materialistischen Geschichtsauffassung des Marxismus kann der Sozialismus eine neue Begründung in weltanschaulicher Weite finden. „Er steht mit den Füßen auf den Schultern von Marx, von dem er den Sinn für die wirkliche Welt erlernte... Aber mit seinem Haupte ragt der Sozialismus der Gegenwart schon hoch hinaus über die ideengeschichtlichen Begrenzungen des Marxismus, die das Erbe des neunzehnten Jahrhunderts sind.“ (S. 114)

Ebenso wie die christlichen Kirchen in ihrer dogmatischen Erstarrung den Aufbruch der Arbeiterbewegung behinderten und somit alle sittlichen und religiösen Energien der Arbeiterschaft auf die sozialistische Idee lenkten, so ist diese sozialistische Idee in den Fängen eines marxistischen Dogmatismus zuschanden gekommen. Wo aber, fragt Georg Beyer, findet nunmehr die sittlich-religiöse Dimension der sozialen Gestaltung ihre Heimat? Die Beantwortung dieser Frage weist auf die „Schicksalsgemeinschaft“ von Sozialismus und Katholizismus hin: „Katholizismus

und Sozialismus, die bei weitem stärksten Kräfte, die Macht über die deutschen Arbeitermassen haben, sind erschüttert: der Katholizismus vom Sozialen, der Sozialismus vom Geistig-Seelischen her... Die Weltanschauung des Katholizismus steht vor der Forderung einer neuen sozialen Begründung. Es geht um das Sein oder Nichtsein des Glaubens und der Treue religiös bewegter, von der Kirche erfaßter Menschen. Der Sozialismus, Erkenntnis und Bewegung zur Gesellschaftsumgestaltung mit höchster Kulturbeziehung, kämpft mit dem Zwange, sich als erlebtes Bewußtsein voller Bekenntnisglut aus der falschen Geborgenheit des bloßen Verstandes zur herbeizwingenden Höhe sittlichen Forderns zu erheben. Die Synthese dieser Unruhezustände weist auf die Linie, auf der sich Katholizismus und Sozialismus zu treffen vermögen.“ (S. 135) Auf einer solchen Linie bewegen sich die dem Sozialismus wie dem Katholizismus gemeinsamen Grundhaltungen: Opferbereitschaft, soziale Verantwortung und solidarische Lebensführung. Diese gilt es gegen die beiderseitigen Bürokratien wachzuhalten. Katholizismus und Sozialismus können sich nach Georg Beyers Vorstellung außerdem in der Ablehnung des wirtschaftlichen Liberalismus finden, der mit Ausbeutung, Entwürdigung und Entfremdung der arbeitenden Menschen einhergeht. Demgegenüber gilt es den wahren Wert der Persönlichkeit in seiner Gemeinschaftsbezogenheit neu in den Mittelpunkt zu rücken.

Georg Beyer beschließt seine Ausführungen mit Überlegungen zur Möglichkeit einer katholisch-sozialistischen Synthese. Für Beyer ist der Katholizismus eine jenseitsbezogene Weltanschauung; der Sozialismus hingegen eine kulturelle Bewegung, die, angespornt von moralischen Skrupeln und ausgehend von einer Analyse der Realität, in Richtung Befreiung der Menschheit zur Humanität wirken will. Katholizismus und Sozialismus sind „unvergleichbare Größen“. „Darum ist der Sozialismus nicht religionsfeindlich oder gar gegen den Katholizismus gerichtet. Der Sozialist, dessen Bewußtsein vom Religiösen her stark bewegt ist, wird durch das Bekenntnis zum Sozialismus an seinem Glauben nicht irre, genau so, wie er Sozialist werden kann – aus Religion.“ (S. 27 f.) Georg Beyer schließt mit Sätzen, die bis heute weder etwas von ihrer analytischen Schärfe noch von ihrer utopischen Kraft verloren haben: „Niemals wird eine katholisch-sozialistische Synthese möglich sein, weil es zwischen ver-

schiedenen Elementen keine mittlere Mischung gibt. Der Sozialismus wird bei aller möglichen religiösen Durchblutung immer weltanschauliche Freiheit fordern, die Vollendung des Sozialismus wird keine religiöse Ausschließlichkeit kennen. Der Sozialismus selber muß frei sein: Raum für alle hat seine Erde, ob zu ihm Menschen als neue Kulturgemeinschaft mit dem Ethos des Humanismus oder auf Grund der überlieferten christlichen Religiosität kommen. Es kann sich nur darum handeln, die kalte Feindschaft, Mißtrauen und Mißverständnis und den platten Gleichmut, die die Beziehungen zwischen Katholizismus und Sozialismus umkrusten, in die Helle der Wahrfähigkeit, in die Deutlichkeit der Grenze, aber auch ins Bewußtsein eines Stückes diesseitiger Weggemeinschaft zu wandeln. Der Sozialismus wird dabei mit dem Katholizismus als einer der stärksten Mächte zu rechnen haben, die den von der menschlichen Sehnsucht bestätigten Durchbruch von der Welt zur Überwelt bestimmen.“ (S. 156 f.)

Wirkung und Aktualität

Am treffendsten hat Georg Beyer selbst die Aufnahme seiner Schrift geschildert: „Es sind jetzt zwei Jahre her, seit mein Buch ‚Katholizismus und Sozialismus‘ erschienen ist. Ich gestehe offen, daß wohl niemanden die Aufnahme dieser Schrift lebhafter überrascht hat als mich... In der katholischen Presse erfolgten unter Führung von Josef Joos, der drei Leitartikel über die Schrift verfaßte, grundlegende Auseinandersetzungen, die in teils anerkennender, teils ablehnender Weise Stellung nahmen. Ich darf heute sagen, daß ich von der katholischen Publizistik im allgemeinen ein wenig glimpflicher behandelt wurde als von meinen sozialistischen Freunden. August Erdmann, Otto Henke und Georg Decker schrieben über meine Arbeit in einer Weise, daß künftig kein von alters her geschulter marxistischer Sozialdemokrat von mir ein Stücklein Brot hätte annehmen dürfen. Immerhin kann ich die beiderseitigen Polemiken auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Die Katholiken bezeichneten den Verfasser als guten Sozialisten, der schlecht über den Katholizismus Bescheid wisse, die sozialistischen Kritiker aber bezweifelten seine sozialistische Legitimität, um ihm eine allzu wohlwollende Würdigung des Katholizismus aufs nachdrücklichste anzukreiden.“⁽¹¹⁾

In sozialistischen Kreisen fanden Beyers Gedanken eine Heimat unter den sozialdemokrati-

schen Intellektuellen, die über eine religiöse und ethische Erneuerung des Sozialismus nachdachten⁽¹²⁾. Interessanterweise äußerte sich der junge Willi Eichler recht mißmutig über Beyers Ausführungen⁽¹³⁾. Nach 1945 war aber gerade er es, der die ideologische Neuorientierung der SPD vorantrieb und sich dabei auch um ein positives Verhältnis von Katholizismus und Sozialismus bemühte, indem er sich viele Gedanken Beyers zu eigen machte⁽¹⁴⁾.

Besonders in engeren Zentrumskreisen wurde Beyers Schrift ablehnend zur Kenntnis genommen. Für die Windthorstbünde, der Jugendorganisation des Zentrums, zog deren Geschäftsführer und späterer CDU-Politiker Heinrich Krone einen klaren Trennungsstrich. Er warf Georg Beyer und allen verwandten Bemühungen vor, sie würden nur aus „partei-pädagogischen Gründen“ den Sozialismus als rein ökonomische Bewegung darstellen, um neue Mitglieder unter den Katholiken zu werben.⁽¹⁵⁾ Die Reihe kompetenter und sachlicher katholischer Auseinandersetzungen mit Bemühungen im Sinne Georg Beyers ist nicht lang⁽¹⁶⁾, wenn auch eindrucksvoller als die Stellungnahmen aus sozialistischen Kreisen. Theodor Brauer, der sich ansonsten sehr positiv äußerte, führte ein auch heute zu hörendes Argument der Abgrenzung an: „Beyer steckt in einem entscheidenden Irrtum, wenn er annimmt, daß die philosophisch-weltanschauliche Herkunft des ethischen Antriebes nicht das Entscheidende sein könne. Für den Katholizismus besteht gewiß die Eigenständigkeit der Sachgebiete; doch ist diese immer nur eine relative.“⁽¹⁷⁾ Walter Dirks kommentierte Beyers Schrift im Sinne des „Brückenschlages“ und erkannte in ihr einen wichtigen Schritt in Richtung einer Revision der Beziehungen zwischen Sozialismus und Katholizismus, ohne allerdings zu verhehlen, daß er noch weit mehr Probleme sähe als Beyer, die dieser mangels einer ausreichenden Durchdringung der katholischen Religiosität noch gar nicht erfaßt hätte.

Georg Beyer zeigte selbst eine sehr interessante Reaktion auf seine Schrift: „Bald aber erlebte meine Schrift ein merkwürdiges Schicksal, das wohl keiner der Rezensenten vorausgeahnt hat. Sie ist nämlich, nach zwei Jahren schon, in ihrer Grundhaltung inaktuell geworden, und ich bin in der etwas peinlichen Lage, meine eigene Arbeit nicht mehr mit gutem Gewissen empfehlen zu können.“⁽¹⁸⁾ Was war geschehen? Um Heinrich Mertens hatte sich der „Bund der katholischen

Sozialisten" zusammengefunden, der in den Jahren 1929 und 1930 „Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten" herausgab¹⁹⁾. Beyer unterstützte die Bemühungen des früheren Mitarbeiters der „Rheinischen Zeitung" von Anbeginn an und sah sich nunmehr in der Lage, eine wesentliche These seines Buches, daß es keine Synthese zwischen Katholizismus und Sozialismus geben könne, unter dem Eindruck der „katholischen Sozialisten" zu revidieren. In zweierlei Hinsicht erwies sich Beyers Urteil jedoch als vorschnell. Zum einen gelangten die „katholischen Sozialisten" nie über eine publizistische und organisatorische Randexistenz hinaus, was einmal mehr verdeutlichte, daß der Boden zwischen Sozialismus und Katholizismus eben noch nicht begehbar war; zum anderen lehnten die „katholischen Sozialisten" eine Synthese, etwa im Sinne der protestantischen „religiösen Sozialisten", ab.

Warum sich heute mit Georg Beyer beschäftigen? Die erste Antwort lautet: Um erkunden zu können, was sich verändert hat und wo wir heute stehen. Viele von Beyers Vorstellungen sind mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und dem Godesberger Programm der SPD in Erfüllung gegangen. Heute zweifeln nicht mehr alle daran, daß auch Sozialisten gute Katholiken sein können, wenn ihnen auch nach wie vor die meisten Türen im organisierten Katholizismus vor der Nase zugeschlagen werden. Obwohl vieles von jener starren Frontstellung der Weimarer Zeit abgebröckelt ist, muß es jedoch nachdenklich stimmen, daß die wesentlichen Kritikpunkte Beyers am Katholizismus wie am Sozialismus auch heute noch ihre Berechtigung finden: geschichtsloses, harmonisierendes Moralisieren hier; erstarrter Sozialpragmatismus dort. Auf weiten Strecken ist die soziale Gestaltungskraft von Katholizismus und Sozialismus zum Rinnsal verkümmert und schließlich ganz versickert. Wo entdecken wir heute noch die sittlich-religiöse Dimension politischer und sozialer Arbeit?

Die zweite Antwort auf die Frage, warum man sich auch heute noch mit Georg Beyer beschäftigen sollte, lautet: Um erraten zu können, wo wir noch hin wollen und was dafür zu tun ist. Im Katholizismus wird derzeit über eine „neue katholische Soziallehre" diskutiert, und im Sozialismus steht die Fortschreibung des Godesberger Programms zur Debatte. Es bleibt zu hoffen, daß diese beiden Orientierungsversuche erneuerte Perspektiven und Formen zutage fördern, die in ei-

ner Konvergenz von katholischen und sozialistischen Grundhaltungen die politische Kultur unseres Landes stimulieren.

Anmerkungen

- 1) Zur Biographie Georg Beyers vgl.: Heinz-Dieter Knippschild, *Die Verbindung zwischen Sozialdemokraten und christlichen Sozialisten anhand der „Rheinischen Zeitung" von der Novemberrevolution 1918 bis 1933*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Ruhr-Universität Bochum. Abteilung für Sozialwissenschaften, Seite 29–35.
- 2) vgl.: Helga Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick*. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1974, Seite 194.
- 3) vgl.: Franz Focke, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1978, Seite 147.
- 4) vgl.: Klaus Kreppel, *Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848–1923*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, Seite 98.
- 5) zitiert nach: Franz Focke, a.a.O., Seite 138.
- 6) zitiert nach: Norbert Stahl, Michael Kardinal Faulhaber – Gegner der Gewaltherrschaft, in: Bruno Moser (Hg.), *Große Gestalten des Glaubens. Leben, Werk und Wirkung*, Bonn 1983, Seite 348–355, hier 350.
- 7) zitiert nach: Viktor Cathrein, *Sozialismus und Katholizismus*, Paderborn 1929, Seite 100.
- 8) vgl.: *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1927*, Berlin 1928, Seite 223f.
- 9) vgl.: Franz Osterroth, *Der Hofgemarkt der Jungsozialisten*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4(1964), Seite 525–569, hier Seite 564.
- 10) vgl.: August Rathmann, *Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, Seite 84–86, 140–141.
- 11) Georg Beyer, *Wie ein Buch inaktuell wurde*, in: *Rotes Blatt der katholischen Sozialisten* 2(1930), Seite 86–88, hier 86.
- 12) vgl.: August Rathmann/Georg Beyer (Hgg.), *Sozialismus aus dem Glauben. Verhandlungen der sozialistischen Tagung in Heppenheim a. B. Pfingstwoche 1928*, Rotapfel Verlag, Zürich/Leipzig 1928.
- 13) vgl.: Willi Eichler, *Kommunistische und sozialdemokratische Kulturpolitik*, in: *Internationaler Sozialistischer Kampfbund* 4(1929), Heft 1.
- 14) vgl.: Benno Hahnhorst, *Das Gespräch ist die Voraussetzung für Verständnis*. Willi Eichlers Beiträge zum Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und SPD, in: *Die Neue Gesellschaft* 27(1980), Seite 778–783.
- 15) vgl.: *Das Junge Zentrum* 6(1929), Heft 2, Seite 25–28.
- 16) vgl.: Theodor Brauer, *Der moderne deutsche Sozialismus*, Herder Verlag, Freiburg i. B. 1929, Seite 304–329; Constantin Noppel, *Katholiken und Sozialisten*, in: *Stimmen der Zeit* 118(1930), Seite 32–45; Desiderius Breitenstein, *Die religiöse Bewegung im Sozialismus*, in: *Theologie und Glaube* 23(1931), Seite 77–93; Walter Dirks, *Erbe und Aufgabe. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze*, Verlag der Carolus-Druckerei, Frankfurt a. M. 1931, Seite 143–155.
- 17) a.a.O., Seite 306.
- 18) Georg Beyer, *Wie ein Buch inaktuell wurde*, a.a.O., Seite 86.
- 19) vgl.: Wolfgang Klein, *Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten*, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften* 16(1975), Seite 139–159.



EUROPA

Frankreich: Die Sozialisten und die „Modernisierung“

Mitte Dezember 1984 haben die Sozialisten, nach dem Ausscheiden der Kommunisten in alleiniger Regierungsverantwortung, den Versuch unternommen, zu einer Art von Selbstverständigung über ihre Aufgaben als Regierungspartei zu gelangen. Eine „convention nationale“, eine Mischung aus Parteitag und Parteirat, hatte nicht zufällig das Thema „Modernisierung und sozialer Fortschritt“ gewählt.

Nicht zufällig: denn in der Tat steht, und zwar schon seit langer Zeit, das Thema der Modernisierung der französischen Wirtschaft, die einige Mühe hat, dem technischen Fortschritt nachzukommen, auf der Tagesordnung. Aber auf der Tagesordnung steht auch das Problem, auf welche Weise diese Aufgabe bewältigt werden kann, ohne daß der soziale Fortschritt auf der Strecke bleibt.

Nicht zufällig auch wurde diese Überlegung gerade zu diesem Zeitpunkt angestellt: denn im Frühjahr 1986 finden in Frankreich die Parlamentswahlen statt, die über das Schicksal der sozialistischen Regierung und vielleicht auch darüber entscheiden werden, ob Staatspräsident Mitterrand, dessen Amtszeit bis zum Jahre 1988 läuft, wirklich in der Lage sein wird, bis zu diesem Datum im Elysée, seinem Amtssitz, zu bleiben.

Die „convention nationale“ hatte es auch mit einem intellektuellen Handikap zu tun. Im Jahre 1981, nach dem Sieg Mitterrands und dem gewaltigen Erfolg der Sozialisten, die die absolute Mehrheit im Parlament errangen, schien alles klar zu sein: es wurde die Ankurbelung der Wirtschaft verkündet, es wurde eine Politik betrieben, die sich die Anhebung der Kaufkraft zum Ziel setzte, es wurden neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen. Aber bereits im Jahre 1982 erfolgte, den berühmten „Zwängen“ gehorchend, eine Wende, die dann in den beiden folgenden Jahren noch akzentuiert wurde.

Es wurde rationalisiert, es erfolgten Massenentlassungen, die Kaufkraft wurde eingeschränkt, es wurden „Opfer“ gefordert. Viele Sozialisten hatten – und haben – Mühe, sich in dieser Politik wiederzuerkennen. Die sozialistische Identität schien beschädigt, angeschlagen zu sein. Es galt also wieder Klarheit zu gewinnen.

Es scheint nicht, daß dieser Versuch gelungen ist. Premierminister Laurent Fabius, der Pierre Mauroy ablöste, will „Realist“ sein, und das bedeutet angesichts der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage des Landes natürlich, daß die „Modernisierung“, die man auch mit Rationalisierung übersetzen kann, dem „sozialen Fortschritt“ nur eine geringe Chance einräumt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat keiner der Teilnehmer der „convention nationale“ dieser Auffassung wirklich grundsätzlich widersprochen. Nur einige meinten, daß es jetzt wieder an der Zeit sei, die Wirtschaft wieder ein wenig „anzukurbeln“, um der wachsenden Arbeitslosigkeit (über zehn Prozent) zu begegnen, auf die Gefahr hin, die Inflation, die im Sinken begriffen ist, wieder ansteigen zu lassen.

So versteht es sich denn, daß die „convention nationale“ kaum über die Festlegung einiger Grundsätze hinaus gelangte. Und diese sind eindeutig: weiterhin werden sich die französischen Sozialisten für das System einer „gemischten Wirtschaft“ einsetzen, von der Überzeugung ausgehend, daß dem Staat eine Rolle der „Regulierung“ im wirtschaftlichen Prozeß mit der Verstaatlichung der bedeutendsten Unternehmen und der „Nationalisierung“ des Bank- und Kreditwesens zukommen müsse. Scharf Stellung genommen wird – kaum überraschend – gegen die von Reagan und Thatcher betriebene Politik, die auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsschichten geht, und verworfen wird das „Modell“ des japanischen Paternalismus und des „sozialen Dualismus“.

Bleibt die Frage, worin der positive Beitrag dieser „convention nationale“ bestanden hat. Und hier kommt man auf den Begriff der „Modernisierung“ zurück: es soll, so wird erklärt, die „Demokratie“ in den Betrieben verstärkt werden; es soll, so wird hinzugefügt, die Rolle des „Planes“ (die sehr vernachlässigt wurde) erhöht werden; es müsse, so wird schließlich gesagt, die „kulturelle Initiative“ gefördert werden. Und schließlich: Europa müsse sich enger als bisher zusammenschließen, um sich von den Vereinigten Staaten

nicht das Gesetz des Handelns aufzwingen zu lassen...

Die Lektüre der langen Entschließung, die fast einstimmig angenommen wurde, läßt eine Malaise aufkommen, aus drei Gründen vor allem: zum ersten abstrahiert sie vollkommen von der Realität der Regierungspolitik, die seit zwei Jahren nach und nach von den „reinen“ sozialistischen Thesen abgekommen ist, wie sie früher unter „marxistischer“ Verhüllung im „Projet Socialiste“, dem vor dem „Machtwechsel“ ausgearbeiteten sozialistischen Grundsatzprogramm, formuliert wurden. Zum zweiten erscheint in dieser Resolution nicht die geringste Erklärung dafür, warum die Regierung von Pierre Mauroy und Laurent Fabius, zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet, einige der Thesen übernommen haben, die von den Konservativen gebilligt werden können; und zum dritten schließlich ist festzustellen, daß die PS aus wahltaktischen Gründen nicht die notwendige Grundsatzdebatte geführt hat.

Denn im Grunde genommen stehen sich in der Partei die widersprechendsten Auffassungen gegenüber wie eh und je: die einen, wie die Gruppe des CERES, aber auch zahlreiche „Mitterrandisten“, sprechen weiterhin vom „Bruch“ mit dem Kapitalismus, ohne indessen klar zu formulieren, worin er bestehen könnte. Andere – wohl die überwiegende Mehrheit – begreifen sich gegenwärtig eher als Sozialreformer, die einen Kompromiß zwischen den widersprechenden Interessen der Gesellschaftsschichten anstreben.

Aber die Diskussion über diese Fragen ist nicht ausgetragen, sie ist nicht einmal im Ansatz behandelt worden.

So bleibt denn ein großes Unbehagen zurück, das auch in der Entschließung zum Ausdruck kommt: da wird weiter (trotz Protestes der „Sozialreformer“) von einer „Klassenfront“ gesprochen, die zumindest in der Regierungspolitik, die auf einen Kompromiß mit dem Unternehmerverband ausgerichtet ist, nicht zum Ausdruck kommt; da wird weiterhin, unter dem Protest derselben, auf das „Projet Socialiste“ Bezug genommen. Die Einheit der Partei, so brüchig sie auf ideologischem Gebiet auch sein mag, muß auf jeden Fall gewahrt bleiben.

Der Kapitalismus ist in der Krise, wird erklärt, aber die sozialistische Antwort auf sie ist es ebenfalls, zumindest so, wie sie auf dieser „convention nationale“ formuliert wurde.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Chronik der Reformen

Nach drei Jahren PASOK-Regierung nimmt sich die sozialpolitische Bilanz recht beeindruckend aus.

November 1981: Im Zuge der ersten Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten werden die Grundgehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmen um 5% heraufgesetzt. Die Anpassungszahlung wird ebenfalls den Beschäftigten der Privatwirtschaft gewährt. Alle künftigen Arbeitsverträge enthalten entsprechende Klauseln.

Januar 1982: Im öffentlichen Dienst wird die automatische Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten eingeführt. Mit derselben Entscheidung werden die 1981 erlittenen Kaufkraftverluste kompensiert. Gleiches geschieht auch im privatwirtschaftlichen Sektor.

März 1982: Alle Lehrer – Hochschulprofessoren wie Volksschullehrer und Krankenschwestern – erhalten eine Sondervergütung. Merklich angehoben werden auch die untersten Sätze der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten.

Mai 1982: Die Zahl der Urlaubstage (während der ersten Beschäftigungsjahre beim gleichen Arbeitgeber) wird verdoppelt, d. h. nach einem Jahr Beschäftigung haben Arbeitnehmer Anspruch auf 24 Tage Jahresurlaub.

Juli 1982: Die Gewerkschaften werden auf eine neue Grundlage gestellt, die arbeitenden Menschen erhalten gewerkschaftliche Rechte, und die Gründung, der Aufbau und die Aktivitäten gewerkschaftlicher Organisationen werden gefördert. Der Schutz der gewerkschaftlichen Funktionäre und Vertrauensleute wird sichergestellt, während die Aussperrung und die Behinderung des Streikrechts durch einstweilige Verfügungen verboten werden. In Übergangsbestimmungen werden Unternehmen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes dies praktiziert hatten, verpflichtet, die betroffenen Arbeitnehmer wieder einzustellen.

Oktober 1982: Der Rat für die Gleichheit zwischen beiden Geschlechtern wird gebildet, um die gesetzlich verbriefte Gleichberechtigung zu fördern und zu verwirklichen. Die Sozialversicherung wird auf alle Arbeitenden ausgedehnt; Renten und medizinische Versorgung werden auch allen bisher nicht Versicherten gewährt, voraus-

gesetzt, daß sie keine anderen Einkommensquellen haben oder Beihilfen beziehen.

Mai 1983: Der Staat übernimmt die gesetzliche Verpflichtung, die medizinische Versorgung der Familienangehörigen (Frau, Kinder, Eltern, unverheiratete Schwestern) von Wehrdienstleistenden sicherzustellen. Bei der Rentenberechnung wird der Militärdienst als Ausfallzeit voll angerechnet.

August 1983: Fördermittel werden gewährt an Privatunternehmen, Kooperativen, gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Gemeindeunternehmen etc., um Arbeitsplätze für 16–18jährige, 30–45jährige sowie Problemgruppen zugehörige 18–25jährige und heimgekehrte Gastarbeiter bis 46 Jahre zu schaffen.

September 1983: In den Industrieunternehmen wird die Arbeitszeit auf 40 Stunden und fünf Tage wöchentlich beschränkt.

Dezember 1983: Die Versicherungszeiten von Beschäftigten in der Privatwirtschaft, die in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, werden ebenso anerkannt wie die in umgekehrten Fällen.

Februar 1984: Das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt, das jegliche Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit in bezug auf Arbeitsbedingungen und berufliches Fortkommen verbietet, wird in Kraft gesetzt. Der Mutterschutz wird von 12 auf 14 Wochen ausgedehnt.

April 1984: Für griechische Bürger, die in asiatischen oder afrikanischen Ländern arbeiten, werden Schutzregelungen getroffen.

Oktober 1984: Elternurlaub wird eingeführt; er steht Arbeitnehmern beiderlei Geschlechts zu, die Kinder oder pflegebedürftige Familienangehörige haben. Arbeitnehmerinnen genießen Kündigungsschutz während der Schwangerschaft und bis zu einem Jahr nach ihrer Niederkunft.

Für 1985 hat die Regierung weitere Sozialreformen angekündigt. Dabei geht es um die weitere Stärkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten und um Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, namentlich unter Jugendlichen. Die wirtschaftlichen Rahmendaten – rund 18 % Inflation (1981: 25 %) und ein (seit Jahren erstmals wieder positives) Wachstum von 2 % – sehen für die PASOK zwar nicht gerade „glänzend“ aus, aber für die Wahlen in diesem Jahr kann sich die Partei gute Chancen ausrechnen.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Palastrevolte

Gegen die Premierministerin regt sich massive Opposition in den eigenen Reihen. Ist Margaret Thatcher stark genug, ihren harten wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs durchzuhalten?

Mrs. Thatcher und zumindest einige ihrer Minister werden sich der letzten Wochen des Jahres 1984 wohl noch einige Zeit mit tiefem Unbehagen erinnern. Eine ganze Reihe spektakulärer und bisweilen „blutiger“ Hinterbänklerrevolten bei den Konservativen zwang die Regierung zu einigen bemerkenswerten Kurskorrekturen. Eher zynisch veranlagte Kommentatoren meinten, endlich gebe es in Großbritannien eine wirkungsvolle Opposition.

Die ersten dunklen Wolken zogen in der Debatte nach der jüngsten wirtschaftspolitischen Erklärung des Finanzministers auf, in welcher einige Hinterbänkler sich ungewöhnlich deutlich über die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit aussprachen. Interessant an der seither aufgebrochenen Rebellion ist das ganze Spektrum der Streitpunkte und die Anzahl der darin verwickelten Abgeordneten – vom rechten wie vom linken Flügel der Partei.

Was hat die einst so zahmen Truppen Mrs. Thatchers so in Rage gebracht? Kürzungen in der Entwicklungshilfe (auf dem Höhepunkt der Hungerkatastrophe in Äthiopien); höhere Elternbeiträge zu Stipendien und – erstmals – zum Schulgeld; Ausgabenbeschränkungen für Finanzmittel, welche die Kommunen aus dem Verkauf städtischer Häuser an deren Bewohner erlangt haben; Abschaffung des Groß-Londoner Stadtrats; der Bau eines neuen Flughafens, der den wachsenden Verkehr in London noch verstärkt. So entnervt über die daran sich entzündenden Rebellionen (und über frühere Rebellionen im Oberhaus) war die Regierung, daß sie einem aufmüpfigen ehemaligen Minister die Fraktionsgeschäftsführung im Oberhaus entziehen ließ, weil der offenbar zu häufig über Arbeitslosigkeit gesprochen hat. Doch die Warnung scheint ungehört zu verhallen. Bedeutet das, daß die Konservative Parlamentsfraktion ihr Rückgrat wiedererlangt und Mrs. Thatcher 1985 nichts zu lachen hat? Wendet sich jetzt alles zugunsten Neil Kinnocks?

Wohl kaum. Nicht daß die Hinterbänkler einfach klein beigeben würden. Denn, erstens haben

sie Blut geleckt, und etliche von ihnen haben bereits angedeutet, welche Politik und welche Maßnahmen sie dieses Jahr für unakzeptabel halten: Sie wollen keine Änderungen bei der großzügigen steuerlichen Behandlung von Renten, keine Genehmigung für Laborexperimente mit Fötusen (eine Empfehlung unter vielen in dem Mitte 1984 erschienenen wichtigen „Warnock Report“ über Befruchtung außerhalb des Mutterleibes, Fremdinsemination etc.), und ein Abgeordneter soll sogar für die Lockerung einiger Einwanderungsbestimmungen eintreten. Zweitens, vertreten viele der erstmals 1983 gewählten Abgeordneten Wahlkreise, die traditionell von Labour gehalten worden waren. Überwiegend industriell strukturiert, werden sie voll vom Niedergang der Manufaktur getroffen. Wenn in Sachen Arbeitslosigkeit nichts unternommen wird, werden diese Abgeordneten ihre Sitze schwerlich halten können. Sie äußern bereits ketzerische Zweifel am ökonomischen Wert von Steuersenkungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und fordern statt dessen höhere öffentliche Infrastrukturinvestitionen – eine Debatte, die im Verlauf des Jahres dominierend werden dürfte.

So hat es Mrs. Thatcher 1985 zweifellos schwerer, vermutlich sorgt sie sich aber nicht allzusehr. Erstens sind ihre Probleme mit der Unterhausfraktion noch nicht in die breite Öffentlichkeit gedrungen. In den Umfragen liegt die Regierung mit 9 Punkten in Führung, und Neil Kinnocks Popularität schwindet weiter. Zweitens kommt ihr die Popularität ihrer jüngsten und bislang umfangreichsten Privatisierungsaktion (unter Ein-schluß von British Telecom) zugute. Sie wird als Erfolg betrachtet, obwohl um 1,4 Milliarden Pfund unter dem geschätzten Wert verkauft wurde. Die von ihr versprochene „Anteilseigner-Demokratie“ erweist sich als fast so populär wie in den 70er Jahren die mit dem Verkauf von kommunalem Grundbesitz angestrebte „Immobilienbesitzer-Demokratie“. Der dritte Grund, dessen-wegen sich Mrs. Thatcher um den parteiinternen Streit nicht zu sorgen braucht, ist, daß weder die Labour Party noch die Allianz den Eindruck machen, entscheidend aufholen zu können bzw. auseinanderzubrechen. Die Opposition bleibt mithin gespalten und erlaubt der Regierung einen ruhigen Schlaf, welche politischen Holzwege und doktrinären Irrwege sie auch immer einschlagen mag.

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Grundlose Beleidigungen

Mit einem beleidigenden Affront beendete Margaret Thatcher ihr Gipfeltreffen mit Premierminister FitzGerald. Sind jetzt alle Brücken abgebrochen?

„Aus! Aus! Aus! Zusammenbruch der englisch-irischen Beziehungen.“ Die Riesenschlagzeile in einer Dubliner Zeitung spiegelt den dramatischen und möglicherweise verheerenden Ausgang des Treffens zwischen dem irischen Premierminister FitzGerald und Mrs. Thatcher am 19. November 1984 wider. Dem Treffen, das aus Sicherheitsgründen auf dem Landsitz der Britin, Chequers, stattgefunden hatte, folgten zwei Pressekonferenzen, auf denen die Schwierigkeiten begannen.

Das Gipfeltreffen war direktes Ergebnis des von den national-irischen Parteien Nordirlands und der Republik vorgelegten „Forum-Reports“. Dieser Report hatte die Realitäten der Situation im Norden darzustellen, die wesentlichen Elemente einer Befriedung zu beschreiben und die politischen Schritte zu spezifizieren, welche zu einer langfristigen und dauerhaften Lösung führen könnten. Der Report hob klar hervor, daß eine solche Lösung nur im Rahmen der britisch-irischen Beziehungen und auf dem Wege von Verhandlungen beider souveräner Regierungen gefunden werden könne. Neuerliche Versuche, eine politische Lösung in Nordirland selbst zu suchen, wurden als fruchtlos betrachtet. In seinen Schlußfolgerungen stellte der Report drei mögliche Modelle für einen Fortschritt vor: einen einheitlichen irischen Gesamtstaat, ein Konföderations-Abkommen und eine Art gemeinsamer Souveränität in Nordirland.

Was am Ende auf Chequers herauskam, bleibt ein Mysterium. Das offizielle Kommuniqué sagte sehr wenig aus, schien aber eine Grundlage für fortgesetzten Dialog und Ideenaustausch zu bieten. Einige Kommentatoren interpretieren aus den diplomatischen Formulierungen ein beträchtliches Maß an britischem Einverständnis mit der grundlegenden Analyse des Reports heraus, ja sogar eine gewisse Unterstützung oder positive Anerkennung der vorgeschlagenen Lösungen.

Auf ihrer Pressekonferenz machte Mrs. Thatcher zu zwei zentralen Punkten Bemerkungen,

die direkt zu Schwierigkeiten führten. Zum ersten schien sie den Begriff der Entfremdung der katholischen Minderheit völlig abzulehnen, obwohl dies von irischen Politikern als eine Angelegenheit von entscheidender Bedeutung betrachtet wird und sich diese Entfremdung allzu deutlich im Grad der Unterstützung für die IRA widerspiegelt. Und dann lehnte sie – in drei Sätzen – die drei Forum-Vorschläge ab: Einheitsstaat – Nein! Konföderation – Nein! Gemeinsame Souveränität – Nein! Die irischen Fernsehzuschauer waren schockiert.

FitzGerald hatte die Pressekonferenz nicht verfolgt. Und wie es jetzt den Anschein hat, wurde er von seinen Beamten über die Äußerungen von Mrs. Thatcher nicht ausreichend unterrichtet. Daß er nun auf seiner eigenen Pressekonferenz in sanftem, frohgemutem Tonfall von den künftigen Kontakten und offiziellen Begegnungen sprach, wirkte auf die irischen Zuschauer äußerst verwirrend, hatte Mrs. Thatcher doch gerade die Ergebnisse jahrelanger Arbeit des Forums mit drei Sätzen vom Tisch gewischt. FitzGerald hatte ihr keine gebührende Antwort gegeben und erschien deshalb als schwach, unentschlossen und unfähig, seine britische Gegenspielerin in die Schranken zu verweisen.

Die politische Reaktion in Irland war dramatisch. Oppositionsführer Charles Haughey schalt FitzGerald in scharfen Worten. Ein Journalist kommentierte: „Totaler Zusammenbruch. Eine nationale Schmach. Ein Tag, an dem man sich schämt, ein Ire zu sein.“ Sogar über einen Rücktritt FitzGeralds wurde geredet, über vorgezogene Neuwahlen, über eine Rückkehr Haugheys an die Regierung, damit wieder ein „harter Kurs“ eingeschlagen werde. Die nordirischen Unionisten jubelten. FitzGerald erklärte seinen Parteimitgliedern, Mrs. Thatcher habe „grundlos Beleidigungen ausgestoßen“, und diese sagte ihrem Unterhaus, sie wisse gar nicht, wovon er rede!

Mittlerweile wird nicht mehr so heiß gegessen, wie gekocht wurde. Man ist sich jetzt einig, daß einige leichte Fortschritte gemacht worden sein könnten – trotz des Desasters mit den Pressekonferenzen. Es wird anerkannt, daß ein weiteres Treffen Anfang dieses Jahres nötig sein wird, um abzuklopfen, wie weit dieser Fortschritt reicht und wie es um die Möglichkeit bestellt ist, ihn in eine Art Vorverständigung über Strukturen und Beziehungen umzuwandeln.

Tony Brown (Dublin)

Niederlande: Amsterdam – Magnet für Drogensüchtige?

Seit Jahren sind die Niederlande – und vor allem Amsterdam – auf der Suche nach einer Lösung für die wachsende Drogenproblematik. Pläne und Konzepte kommen und gehen, die Drogenszene aber ist noch immer da.

Amsterdam zählt z. Zt. 8000 Drogensüchtige, davon 2000 Ausländer, die Hälfte davon deutscher Nationalität. Dabei gilt es zu bemerken, daß die verstorbenen Süchtigen vor allem Deutsche sind, weil ihre physische Kondition bei Ankunft in den Niederlanden oft sehr schlecht ist und weil das in Amsterdam beschaffte Heroin reiner ist und dadurch stärker wirkt, so daß eine tödliche Überdosis schnell gespritzt oder geraucht ist. Es ist aber nicht nur die physische und soziale Not der Drogensüchtigen, die die Drogenproblematik zu einem erstrangigen Problem gemacht hat. Es mag ein schönes Beispiel Amsterdamer Humors sein, daß vor einiger Zeit einem Autobesitzer von der Polizei ein Blumenstrauß angeboten wurde, weil er der 2500. des Jahres 1984 war, dessen Autoradio geklaut worden war, es zeigt gleichzeitig die Ratlosigkeit bei der Bekämpfung der mit der Drogenproblematik zusammenhängenden Kriminalität. Obwohl unklar ist, wieviel Prozent die von Süchtigen verübte sogenannte „kleine“ Kriminalität in den Kriminalitätsstatistiken darstellt, besteht kein Zweifel daran, daß viele Diebstähle (vor allem aus Autos) von Drogensüchtigen begangen werden: Pro Person braucht man durchschnittlich pro Tag 150 Gulden (DM 135), um sich das Heroin beschaffen zu können, ein Betrag, der nur mittels Diebstahls oder Prostitution erreicht werden kann.

Daß allmählich eine kritische Grenze erreicht wurde, zeigte sich im letzten Herbst, als Bürgermeister und Stadtrat sich für eine Public-Relations-Kampagne entschieden, um den vor allem im Ausland schlechter gewordenen Ruf von Amsterdam aufzupolieren. Der in Armut geratene „Zeedijk“, bis jetzt Zentrum der Drogenszene, soll in wenigen Jahren in eine repräsentative Amsterdamer Straße mit einem großen Hotel, Geschäften usw. umgewandelt werden. Ohne wirkungsvolle Bekämpfung der Drogenproblematik selber wird dieser schöne Plan jedoch nur auf eine

Verschiebung der Probleme hinauslaufen, fürchten die Skeptiker nicht zu Unrecht.

Auch großen Teilen der Amsterdamer Bevölkerung ist langsam die Geduld ausgegangen. In mehreren Stadtbezirken wurde eine Bürgerwehr gegründet, um nachts durch die Straßen zu „patrouillieren“. Damit suchten Mittelstand und Kleinbürger sich die Sicherheitsgarantie, die Großbetriebe und Warenhäuser in In- und Ausland schon längst über private Firmen gefunden haben. Wie verständlich der Ärger der Amsterdamer auch sein mag, von mehreren Seiten wurde zu Recht auf die Gefahren von Selbstjustiz hingewiesen. Glücklicherweise ist aber auf Dauer nichts so langweilig, als nachts durch die Stadt zu gehen, um (drogensüchtige) Diebe an Ort und Stelle zu erwischen, so daß die meisten Bürgerwehren sich schon wieder aufgelöst haben. Hängegeblieben ist jedoch eine positiv zu wertende Tendenz, die jetzt auch von einem staatlichen Ausschuß zur Bekämpfung der „kleinen“ Kriminalität befürwortet wird, nämlich daß die Bürger mittels einer aktiveren sozialen Kontrolle und durch ein erhöhtes Sicherheitsbewußtsein eine größere Mitverantwortung für die Bekämpfung der Kriminalität in die Hand nehmen.

Wie wichtig das alles auch sein mag, Maßnahmen gegen die Kriminalität allein kommen jedoch nicht über bloße Symptombekämpfung hinaus, weil es die Drogenproblematik selber unberührt läßt. Im politisch links denkenden Amsterdam hat man sich nie viel von einfachen „Law and Order“-Maßnahmen versprochen und auch in bezug auf die Drogenprobleme ist Liberalität immer das tragende Prinzip gewesen. Konkret hieß das, daß immer eine „Zwei-Gleise-Politik“ angestrebt wurde, wobei neben öffentlicher Sicherheit eine sozial orientierte Politik für sehr wichtig gehalten wurde. Statt Festnahme, juristischer Verfolgung oder Zwangsentzug gab es Sozialhilfe, medizinische Versorgung und Freiräume, wo Drogengebrauch geduldet wurde. Außerdem wird seit Jahren kostenlos Methadon bereitgestellt, ein „Ersatzmittel“ für Heroin, das keinen „Kick“ gibt, die Drogenabhängigkeit jedoch nicht beeinträchtigt. Kritiker meinen, es sei gerade diese verhältnismäßig liberale Politik, die dafür verantwortlich sei, daß Amsterdam wie ein „Magnet“ auf die Drogensüchtigen des Auslandes wirkt, wobei vor allem an die BRD gedacht wird. Befürworter der bisherigen Politik weisen dagegen darauf hin, daß eine härtere juristische und polizeiliche Bekämpfung,

wie die Erfahrungen im Ausland zeigen, auch keine Lösung bringt.

So sind zwei Richtungen zu unterscheiden, wobei das Kräfteverhältnis sich im letzten Jahr zugunsten einer härteren Linie geändert hat. Es war die „soziale“ Richtung, die im Stadtparlament über die Mehrheit verfügt, die vor einem Jahr einen Plan bekanntgab, nach dem 300 Süchtige auf Probe gratis Heroin bekommen sollten. Man hoffte, damit die Kriminalität verringern und die Betreuung der „Kunden“ – wie die Süchtigen im Jargon heißen – verbessern zu können. Die Verwirklichung dieses Vorhabens wurde jedoch vom Staatssekretär im Gesundheitsministerium untersagt, während auch aus dem Ausland und von der Seite der Ärzte und Sozialarbeiter (sehr) kritische Töne laut wurden. Außerdem bleibt zu fragen, inwieweit derartige Maßnahmen tatsächlich zu einer Verringerung der Kriminalität geführt haben. Experten meinen, 50% der Junks seien schon vor ihrer Süchtigkeit kriminell gewesen.

Nachdem Amsterdam notgedrungen von diesem Plan abgerückt war, wurden Anfang Dezember letzten Jahres Änderungsvorschläge bekanntgegeben. Schon im November war deutlich geworden, daß die „soziale“ Richtung an Einfluß eingebüßt hatte, als die polizeilichen Befugnisse verschärft worden waren. Im neuen Plan wird diese Linie weiterverfolgt, wie z. B. das Plädoyer für eine Vergrößerung der Strafvollzugskapazität zeigt. Es war nur noch die Rede von Gratis-Heroinbeschaffung für 5 Personen mit einer späteren Erweiterung auf maximal 50 Personen. Entscheidendes Kriterium sollte dabei sein, ob der Süchtige ohne das bereitgestellte Heroin in direkte Lebensgefahr geraten würde, wobei nur im letzten Fall die Beschaffung erlaubt sein würde. Aber auch dieses mühsam erreichte Konzept kam nicht durch: Im Stadtparlament erlitt der sozialdemokratische Bürgermeister eine peinliche Niederlage, als die linke Mehrheit seine Pläne als zu beschränkt und einseitig juristisch orientiert ablehnte, während die oppositionellen Christdemokraten und Rechtsliberalen den Bürgermeister stützten. Die nächste Enttäuschung kam, als anschließend der Staatssekretär auch die stark eingeschränkte Gratis-Heroinbeschaffung verbot, weil er fürchtete, daß das die Magnetfunktion von Amsterdam weiter vergrößern würde. Die Hauptstadt muß sich erneut andere Konzepte einfallen lassen.

Friso Wielenga (Amsterdam)



Aufbruch zu neuen Ufern? Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit

von Marie-Luise Weinberger
Verlag Neue Gesellschaft, Reihe
Praktische Demokratie, Bonn
1984, 144 S., DM 9,80

So widersprüchlich das Erscheinungsbild der Grünen nach wie vor ist, ihr Erfolg kann nicht mehr wegdiskutiert werden: In nur fünf Jahren haben sich die Grünen derart im Parteiensystem der Bundesrepublik etabliert, daß heute linke Mehrheiten nur noch in Ausnahmefällen ohne sie möglich sind. Mit ihrem Einzug in die meisten Länderparlamente, in den Bundestag 1983 (5,6%) und ins Europaparlament 1984 (8,2%) stieg die Zahl der Publikationen, die sich mit diesem beispiellosen Aufstieg, mit der Programmatik, den Politikformen und inneren Konflikten der Grünen auseinandersetzen. Auf dem Taschenbuchmarkt etwa sind mittlerweile zahlreiche Standortbestimmungen der grünen Partei (zuletzt: Thomas Kluge [Hrsg.]: Grüne Politik. Der Stand der Auseinandersetzung, Frankfurt 1984), diverse Selbstreflexionen grüner Politiker (am gescheitertesten: Joschka Fischer: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek 1984) und verschiedene Analyseversuche von Kritikern (z.B. aus konservativer Sicht: Gerd Langguth: Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei? Zürich 1984) zu finden.

Doch vor allem der jüngst erschienene Band der Berliner Journalistin Weinberger sollte in dieser Bücherflut nicht untergehen, denn er stellt einen der selte-

nen Versuche dar, das grün-alternative Phänomen aus demokratisch-sozialistischer Sicht einzuschätzen, durchaus voll engagierter Sympathie, allerdings ohne modischen Gefühlslagen unkritisch zu erliegen.

Die Autorin konzentriert sich nicht nur (wie etwa Langguth) auf Entwicklung, Programmatik und innerparteiliche Struktur der grünen Parlamentspartei. Im Mittelpunkt ihrer Darstellung steht die Charakterisierung der „neuen sozialen Bewegungen“, aus denen die Grünen hervorgegangen sind und die nach wie vor deren vielbeschworene „Basis“ bilden: Die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung, die Jugend- und Hausbesetzerbewegung, die Selbsthilfe- und Alternativbewegung, die Psycho- und Lebensstilbewegung. Der grünen Wahlerfolge zugrunde liegende Einstellungs- und Verhaltenswandel eines großen Teils der jüngeren Generation wird so verständlich: Jenseits der „materiellen Werte“ der Wachstumsgesellschaft orientieren sich viele an der „neuen Politik“ von Selbstverwirklichung, alternativer Gemeinschaftlichkeit, direkter Demokratie, Gleichberechtigung und Kompromißlosigkeit in – vor allem ökologischen – „Überlebensfragen“. Damit wird auch das Dilemma der SPD deutlich: Die Konstellation „Bewegungen gegen den sozialliberalen Staat“ war in den siebziger Jahren offensichtlich für viele Jüngere ein Grundmuster politischer Sozialisation. Bleibt kritisch anzumerken, daß das Ausklammern der neuen Friedensbewegung wenig überzeugt und das Kapitel zur „neuen Innerlichkeit“ so oberflächlich bleibt, daß es dem Gerede vom „New Age“ und dem als Politik ausgegebenen Ansatz spiritueller Selbstveränderung wenig entgegenzusetzen vermag.

Zwar liefert der Band keine originäre Ursachenanalyse der neuen Protestbewegungen – dies wäre

auch eine falsche Erwartung an eine eher journalistische als wissenschaftliche Arbeit. Doch ist das Buch zur Einführung (etwa im Rahmen der politischen Bildung) sehr gut geeignet. Einen derart „locker“ geschriebenen Überblick über eigentlich sehr abstrakte sozialwissenschaftliche Interpretationshypothesen findet man selten. Im übrigen ist es wohl auch begründbar, daß hier zur Erklärung neuer Protestpotentiale von Capras Plädoyer für ein „neues Weltbild“ über Ingleharts „Wertewandel“ bis zu Habermas' „Kolonialisierung der Lebenswelten“ vieles undiskutiert nebeneinander steht: Wie die Bewegungen selber scheinen auch alle Theorienansätze zu ihrer Erklärung noch unfertig, und wer wollte bestreiten, daß unterschiedliche Interpretationen mit jeweils gewisser Plausibilität sich nicht auch ergänzen können?

Für den sozialdemokratischen Selbstverständigungsprozeß sind besonders Weinbergers Schlußfolgerungen von Interesse, schließlich steht die SPD erst am Anfang der Gratwanderung einer programmatischen Erneuerung, ohne den Kern demokratisch-sozialistischer Identität aufzugeben:

► Alternative Entwürfe, die dem „Projekt der Moderne“ entgegengestellt werden, sind nichts Neues: Es gab in der Geschichte immer wieder Bewegungen, wie etwa die Lebensreformbewegung Anfang dieses Jahrhunderts, die an sich emanzipatorische Ziele mit Antindustrialismus und Moralökonomie verbanden.

► Die einzelnen „neuen“ Bewegungen sind in den letzten Jahren nach einer Protestphase konjunkturell „erstarrt“ und werden jetzt durch die grüne Partei ins parlamentarische System integriert.

► „Zu neuen Ufern brechen die Grün-Alternativen nicht auf, wohl aber geben sie wichtige Impulse für den Weg dorthin“ (S. 131).

► Die neuen Bewegungen werden (in der Begrifflichkeit des So-

zialwissenschaftlers Raschke) als Vertreter eines „Lebensweiseparadigmas“ in Abgrenzung zum alten „Verteilungsparadigma“ interpretiert. Jetzt allerdings ist wiederum die Tendenz zu beobachten, daß diese Differenz von „alter“ und „neuer“ Politik von den traditionellen „rechts-links“-Polarisierungsmustern integriert wird.

► Diejenige politische Kraft, der die Synthese von „alter“ und „neuer“ Politik am glaubhaftesten gelingt, wird die politische Hegemonie der neunziger Jahre gewinnen. Da die Grünen nicht in der Lage sind, „mehrheitsfähige alternative Politikkonzepte“ zu entwickeln, ist dies die Aufgabe der Sozialdemokratie.

In diesen fünf Thesen Weinbergers steckt eine Menge Zündstoff. Wie immer man zu ihnen stehen mag, sie sollten dazu beitragen, den intensiven Dialog in der SPD über die grün-alternativen Herausforderungen fortzusetzen. Es geht schließlich um Inhalt und Strategie des Demokratischen Sozialismus in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sowie nicht zuletzt darum, ob die Sozialdemokratie wieder zum reformpolitischen Hoffnungsträger der jüngeren Generation wird. Der Band könnte diesen offenen Diskurs gerade auch deshalb fördern, weil die Schlußfolgerungen der Autorin Fragen offenlassen und kritische Anmerkungen herausfordern:

► Obwohl es zweifellos Bewegungskonjunkturen gibt, scheint es vorschnell, mit den neuen Bewegungen nicht mehr zu rechnen. Neue Anlässe bei anhaltender Problemverschärfung (z. B. im Umweltbereich) dürften auch weiterhin neue Mobilisierungen hervorrufen. In der SPD müßte das intensiver (wie ansatzweise nach dem „Friedensherbst“ 1983) über das konstruktive Wechselverhältnis Protestbewegungen und parlamentarisch-parteilichter Ebene nachgedacht werden und müßten Verbindungen zwischen

„alter“ Arbeiterbewegung und „neuen“ „Überlebens-“ und Emanzipationsbewegungen konkretisiert werden.

► Obwohl sich die Grünen heute auf der „Rechts-links-Achse“ relativ klar links von der SPD verorten lassen, ist damit die Frage nach einer anderen Politikdimension noch nicht abgehakt: Wir begegnen ihr etwa da, wo die Grünen einzelne politische Forderungen zu nicht verhandelbaren Lebensfragen fundamentalisieren (woran rot-grüne Kooperationsversuche bisher wiederholt scheiterten). Die Frage der parlamentarischen „Integration“ scheint von daher längst noch nicht geklärt. Aber auch für Sozialdemokraten bleibt die Grundsatzfrage, ob ihre Grundwerte nicht eine gewisse Einbeziehung der „neuen“ Politikdimensionen verlangen (die Grundwertekommission war sich hierin einig): Geht es heute nicht auch darum, jenseits eines politikunfähigen Antimodernismus, aber auch jenseits eigener Illusionen über den Selbstlauf technischen Fortschritts und über die staatliche Problemlösungskraft einen „dritten Weg“ der sozialökologischen Kurskorrektur des „Industrialismus“ (Strasser) zu beschreiten?

► Schließlich scheint die Forderung nach einer hegemoniefähigen Synthese des „alten“ und „neuen“ Paradigmas zu einfach: Die SPD darf die zunehmenden „neuen Mittelschichten“, die weder mit der alternativen Politisierung noch mit der gewerkschaftlichen Industriekultur etwas zu tun haben, nicht vergessen. Es ist noch nicht ausgemacht, ob diese eher modern-optimistischen Ingenieure, Techniker, neuen Selbständigen und heranwachsenden „Computer-Kids“ sich eher rechts (wie in den USA) oder links orientieren.

Klaus-Jürgen Scherer

Weiße Zeit der Dürre
von André Brink
Kiepenhauer & Witsch Verlag
Köln 1984, 425 S., DM 38,-

„Es wäre einfach, sich zurückzulehnen und so zu tun, als ob diese Welt draußen gar nicht existierte. Viele tun das. Und das getrennte Leben macht es für Weiße auch einfach, die Augen zu schließen. Aber wenn sie einmal von dieser verbotenen Frucht der Erkenntnis gekostet haben, dann können sie den Kopf nicht länger in den Sand stecken. Mein Gewissen ist einmal aufgeweckt worden, damit muß ich leben (...) Für mich ist Apartheid unmoralisch, und ich muß darüber schreiben.“ „Darüber“ hat André Brink, 1935 geborener Bure, heute Professor für Afrikaans in Grahamstown in der Kapregion, vier Romane geschrieben, die in 13 Ländern, aber nicht in seiner Heimat, erschienen sind. Nach Nadine Gordimer, deren politisches Engagement dem Brinks gleicht, zählt dieser Autor in der englischsprachigen Welt zu den bekanntesten der weißen Schriftsteller Südafrikas; in deutscher Sprache erschien 1981 im inzwischen liquidierten Steinhausen Verlag als Lizenzausgabe eine DDR-Übersetzung von „Stimmen im Wind“, ein Liebes- und Gesellschaftsroman mitsamt Auseinandersetzungen über Rassenkonflikte, angesiedelt im 18. Jahrhundert.

Jetzt hat der Kiepenhauer & Witsch Verlag Brinks 1979 zuerst in Großbritannien erschienenen politischen Roman mit Thriller-Qualitäten „Weiße Zeit der Dürre“ in Werner Peterichs Übersetzung herausgebracht – eine Lektüre, die auch weniger Sensiblen unter die Haut gehen dürfte. Der Autor führt seinen Helden Ben du Toit durch eine Hölle, durch das Fegfeuer der Erkenntnis über den alltäglichen Faschismus des Apartheid-Systems; er wird auf diesem Weg alles verlieren, was er hat, auch sein Leben.

Ben du Toit ist ein Bure, etwa 50 Jahre alt, verheiratet und Vater dreier Kinder, Oberschullehrer für Geschichte und Geographie in Johannesburg – ein weißer Durchschnittsbürger, der als Angehöriger der herrschenden Klasse bislang „die Augen geschlossen“ und den Terror der gesellschaftlichen Minderheit gegenüber der Majorität der Schwarzen verdrängt hatte. Aber Ben mußte zum erstenmal „hinsehen“, als er mit dem Leid Gordons, eines schwarzen Raumpflegers seiner Schule, konfrontiert wurde: Gordons halbwüchsiger Sohn war bei Unruhen in Soweto festgenommen und unter mysteriösen Umständen (ein schrecklicher Euphemismus) zu Tode gekommen. Gordon glaubt – wie sich später herausstellt: zu Recht – an einen politischen Mord der Geheimpolizei und versucht, den Fall aufzuklären. Er kommt dabei nicht weit; er wird selber als Terrorist verhaftet, er stirbt unter der Folter, die Geheimpolizei kehrt den Mord in einen „Freitod in der Untersuchungshaft“. Ben ist betroffen, er glaubt nicht an die offizielle Version, er recherchiert nun selber. Er strengt eine gerichtliche Untersuchung an, er glaubt noch an die Gerechtigkeit des Staates und der Gerichte. Aber das Untersuchungsergebnis und vor allem die Art und Weise, in der es zustande kommt (Einschüchterung und Erpressung der Zeugen durch die Polizei, Drohung mit Berufsverboten für Juristen und Gutachter) entsetzen Ben. Sein Gewissen ist aufgerüttelt, jetzt will er kämpfen, um die Wahrheit über den Terror der Polizei und den Justizirrtum aufzuklären; er beginnt einen „Amoklauf gegen das Unrechtssystem“ – und bleibt dabei auf der Strecke. Nachts wird er auf der Straße überfahren – zweifellos im Auftrag der Geheimpolizei, nachdem er mehr als ein Jahr lang (die erzählte Zeit des Romans) die schlimmsten Repressalien ausgehalten hatte.

Über diesen Kampf, den er um seiner moralischen Integrität willen gegen das von ihm immer mehr gehaßte Apartheid-Regime führt, ist seine Ehe in die Brüche gegangen, die Familie auseinandergesprengt; seiner Entlassung aus dem Schuldienst ist er durch seine Kündigung zugekommen; für den Kirchenvorstand ist er untragbar geworden. Sein unerbittlicher Kampf um die Wahrheit hat viele Opfer gekostet, und in seiner Verlassenheit setzt Ben sich in selbstquälerischen Zweifeln mit seinen Ansprüchen an die politische Moral, an das menschliche Gewissen auseinander. Er begreift, daß Humanität und Apartheid, Freiheit der Weißen und Unterdrückung der Schwarzen, der Wohlstand in der Stadt und die Armut in den „townships“ einander ausschließen, daß diese Gegensätze sich nicht versöhnen lassen.

Aber auf seinem Weg verliert Ben nicht nur einige Menschen, er gewinnt auch drei für sich hinzu, von denen der Autor eindrucksvolle Porträts zeichnet: einen im Untergrund agierenden schwarzen Taxifahrer, einen alten weißen Professor und vor allem dessen Tochter Melanie, eine Journalistin, die Ben Mut macht und ihm hilft. Diese Frau hat selber die schlimmsten Greuel erlebt und ist darüber nicht zerbrochen, sie hat ihren Glauben an das Gute bewahrt. Inmitten des sie umgebenden Terrors entdecken Ben und Melanie ihre Liebe zueinander und erleben eine kurze Zeit wunderbarer Zärtlichkeit und Leidenschaftlichkeit. Brink hat in diesen Buchkapiteln gewiß eine der schönsten und zugleich erschütterndsten Liebesgeschichten unserer Tage geschrieben.

Aber auch in dieser Liebesgeschichte hat der „Große Bruder“, den faschistischen Terror mit dem Kampf gegen kommunistische Unterwanderung der Gesellschaft heuchlerisch deckend, seine

schmutzigen Hände im Spiel. Melanie darf nach einer Auslandsreise nicht wieder nach Südafrika zurückkehren, dem Vater bricht diese Verfügung das ohnehin schwache Herz. Mit Bens Unfalltod ist für die Geheimpolizei dann der Fall endgültig erledigt.

Nach Brinks Auskunft basiert der Roman auf einem authentischen Fall; er habe nichts Wesentliches erfunden, und er beglaubigt das mit der Form des Romans. Er stellt die erzählte Geschichte in einen Rahmen, in dem er die Methode des Erzählens legitimiert. Der Erzähler habe umfangliche Materialien und Dokumente seines früheren Studienkollegen Ben kurz vor dessen Tod per Post zur Aufbewahrung und publizistischen Auswertung zugeschiedt bekommen. Den entscheidenden Schlag der Polizei gegen ihn ahnend, wollte Ben, daß der Autor überliefere, woran er zu scheitern drohte: die Wahrheit der Apartheid aufzudecken. Der Schriftsteller entzog sich nicht der moralischen Pflicht; aus den Dokumenten entwickelte er seine plausible Fiktion und beschrieb: die grauenhafte soziale Realität seines Landes.

Norbert Schachtsiek-Freitag

Bewegung in der deutschen Frage? Die ausländischen Besorgnisse über die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten

von Eberhard Schulz/Peter Danylow

(= Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik Nr. 33), Europa-Union-Verlag, Bonn 1984, 165 S., DM 12,-.

„Die deutsche Frage wird nur im Einvernehmen mit unseren Nachbarn gelöst oder sie wird nie gelöst“, sagte vor einiger Zeit der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen.

Eine solche Einschätzung verlagert das Interesse an der Lösung der „deutschen Frage“ also auch auf unsere Nachbarn. Einen empirischen Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie denn unsere Nachbarn das „deutsche Problem“ sehen, liefern die beiden Wissenschaftler Eberhard Schulz und Peter Danylow.

Unsere Nachbarn betrachten gegenwärtig die „deutsche Frage“ vor allem unter folgenden Gesichtspunkten: Suchen die Deutschen die nationale Einheit ohne Rücksicht auf die Folgen, die das für die Verbündeten oder den Frieden in Europa haben könnte? Vernachlässigen die Deutschen bei ihrem Streben nach besseren Beziehungen zur DDR ihre Bündnisverpflichtungen? Lassen sich bei den Deutschen wieder Eigenschaften erkennen, die sie in ihrer Geschichte negativ ausgezeichnet haben, nämlich Irrationalismus der verschiedensten Ausprägungen? Dies sind nur einige der zahlreichen Fragestellungen, unter denen die beiden Autoren das reichhaltige Material untermalen.

Die wichtigsten Befunde sind, daß die „deutsche Frage“ international einen Bedeutungswandel erfahren hat. Unabhängig davon besitzt sie in ihrem Kern Elemente, die viele unserer Nachbarn beunruhigen. Die Beunruhigung drückt sich in der Frage aus, was denn die Deutschen eigentlich wollen. Die Autoren haben herausgefunden, daß die Eliten in den verbündeten Ländern bei der Bundesrepublik eine Westpolitik vermissen, die ihnen plausibel erklärt, wohin die Reise der deutschen Ostpolitik schließlich gehen soll. Deutlich wird, daß für die Nachbarn die „deutsche Frage“ auch die Frage ihrer eigenen Sicherheit ist. Die beiden Wissenschaftler meinen, daß die Renaissance der „deutschen Frage“ (und sei es auch nur in Reden) bei unseren Nachbarn Sicherheitsüberlegungen auslöst. *Wilhelm Bruns*

Antisemitische Vorurteile in Österreich

von Hilde Weiss

Wilhelm Braumüller Verlag, Wien 1984, 155 S., DM 25,-

Die Studie beruht auf einer schriftlichen Befragung aus dem Jahre 1976 und einer verkürzten mündlichen Wiederholungsbefragung aus dem Jahre 1980. Die Ergebnisse zeigen, daß lediglich 15 % der österreichischen Bevölkerung als weitgehend vorurteilsfrei gegenüber Juden zu bezeichnen sind und bei weiteren 35 % eine relativ schwache Vorurteilsneigung nachzuweisen ist. Von den verbleibenden 50 % hat die Hälfte der befragten Personen eine starke antisemitische Einstellung. Die restlichen 25 % zeigen eine mittlere antisemitische Ausprägung, ... d. h. es wird keine stark affektive Ablehnung eingenommen und tendenzielle Diskriminierung der Juden nicht befürwortet, wohl aber bejaht diese Gruppe teilweise negative Aspekte des historisch tradierten Judenbildes.“ (S. 105)

Bei ihrer Untersuchung der sozialkulturellen Gründe für den Antisemitismus weist die Autorin signifikante Zusammenhänge zwischen antisemitischer Einstellung und Alter und Bildung nach. Stark antisemitische Einstellungen nehmen mit fortschreitendem Alter zu, wobei in der Altersgruppe ab 46 Jahren der Anteil der Antisemiten besonders hoch ist, und zwar völlig unabhängig vom Bildungsniveau. Weiss spricht in diesem Zusammenhang von einem „Generationseffekt“, der den Effekt der Bildung aufhebt. In den jüngeren Altersgruppen zeigt hingegen das Bildungsniveau deutliche Auswirkungen auf antisemitische Vorurteile – je niedriger die Schulbildung, um so höher der Anteil der Antisemiten. Haushaltseinkommen, Religionszugehörigkeit, Familienstand und Kinderzahl, Berufsstatus und Geschlecht bil-

den keine erklärenden Variablen für antisemitische Vorurteile.

Deprivationen aus dem Beruf erhöhen antisemitische Einstellungen, während hingegen kein Zusammenhang zwischen der Realisierung von Zielvorstellungen in den übrigen Lebensbereichen und Antisemitismus nachweisbar ist.

Antisemitische Einstellungen sind ähnlich strukturiert wie politische Apathie. Antisemitismus ist in wesentlich geringerem Ausmaß bei Personen vorzufinden, die sich politisch informieren. Eine hohe Korrelation besteht zwischen Antisemitismus und der Ablehnung gewerkschaftlicher Organisation. Zwischen Parteipräferenz und Antisemitismus ließ sich kein Zusammenhang herstellen (mit Ausnahme der FPÖ-Sympathisanten, die einen überdurchschnittlichen Anteil an Antisemiten aufweisen), wohl aber zur Selbsteinschätzung auf der politischen Links-Rechts-Skala. Erwartungsgemäß ist bei Personen, die sich selbst als politisch rechts stehend bezeichnen, der Anteil von Antisemiten besonders hoch.

Nur 18 % der Befragten schätzen den Anteil der Juden an der österreichischen Bevölkerung (nämlich weniger als 1 %) richtig ein; es besteht jedoch kein Zusammenhang zu antisemitischen Einstellungen. Von Interesse sind zweifellos auch die von der Verfasserin behandelten Einflüsse durch Bezugsgruppen, die Bedeutung von Kontakten mit Juden und der Einfluß der Sozialisationserfahrungen und Persönlichkeitserfahrungen auf das Ausmaß antisemitischer Vorurteile. Hilde Weiss ist bemüht, ihren empirischen Ergebnissen jeweils fundierte soziologische Theorien voranzustellen und zieht häufig Vergleiche zu anderen einschlägigen Untersuchungen.

Insgesamt ein interessantes und vor allem gut lesbares Buch.

Oskar Meggeneder